

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2014/205395]

22. MAI 2014 — Erlass der Regierung über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 2 Absatz 2, 7 Absätze 2, 3 und 4, 8 § 1 Absätze 2 und 5 sowie § 3, 9 Absatz 2, 10 § 1 Absatz 1 sowie § 2, 11 Absatz 2, 12 Absatz 2, 15 § 3 Absatz 3, 16 Absatz 3 sowie 22;

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, Artikel 3.2 letzter Absatz;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2007 zur Kinderbetreuung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 3. April 2014;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt vom 3. April 2014;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 55.982/3 des Staatsrates, das am 5. Mai 2014 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Beirates für Familien- und Generationenfragen vom 5. Mai 2014;

Auf Vorschlag des für die Familienpolitik zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Titel 1 — Allgemeine Bestimmungen

Kapitel 1 — Einführende Bestimmungen

Abschnitt 1 — Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Kinder: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2 des Dekrets Personen, die ihr zwölftes Lebensjahr noch nicht vollendet haben beziehungsweise, was die außerschulische Betreuung betrifft, ältere Personen, die die Primarschule besuchen;

2. Kleinkinder: Kinder bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres;

3. Kinderbetreuung: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets die regelmäßige Betreuung von Kindern gegen Entgelt und in festgelegten Räumlichkeiten außerhalb der Wohnung der Erziehungsberechtigten;

4. Dienstleister: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets natürliche oder juristische Person beziehungsweise nichtrechtsfähige Vereinigung, die haupt-, neben- oder ehrenamtlich eine Kinderbetreuung anbietet;

5. in der Kinderbetreuung tätige Person: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets natürliche Person, die als Dienstleister oder im Auftrag eines Dienstleisters tätig ist und selbst Kinder betreut oder unmittelbar und regelmäßig mit betreuten Kindern in Kontakt kommt;

6. Tagesmütterdienst: Dienstleister, der vorrangig Kleinkindbetreuung und gegebenenfalls außerschulische Betreuung durch konventionierte Tagesmütter/-väter gewährleistet;

7. konventionierte/r Tagesmutter/-vater: in der Kinderbetreuung tätige Person, die im Auftrag eines Tagesmütterdienstes, ohne durch einen Arbeitsvertrag an diesen Dienst gebunden zu sein, vorrangig Kleinkinder, die nicht die eigenen sind, betreut und/oder gegebenenfalls außerschulische Betreuung anbietet;

8. selbstständige/r Tagesmutter/-vater: Dienstleister und in der Kinderbetreuung tätige Person, die selbstständig im Rahmen eines Betreuungsvertrags vorrangig Kleinkinder, die nicht die eigenen sind, betreut und/oder gegebenenfalls außerschulische Betreuung anbietet;

9. Kinderkrippe: Dienstleister, der Kleinkindbetreuung in kollektiver Form gewährleistet und eine Aufnahmekapazität von mindestens 18 Plätzen besitzt;

10. Mini-Krippe: durch öffentliche oder private Einrichtungen finanziert Dienstleister, der Kleinkindbetreuung in kollektiver Form gewährleistet und eine Aufnahmekapazität von mindestens sechs Plätzen und höchstens 14 Plätzen besitzt;

11. Standort der außerschulischen Betreuung: Dienstleister, der Kinderbetreuung außerhalb der Schulzeit gewährleistet;

12. Dienste der Kinderbetreuung: die in den Nummern 6, 9, 10 und 11 beschriebenen Dienstleister;

13. Zentrum für Kinderbetreuung: Dienstleister, der gleichzeitig mindestens einen anerkannten Tagesmütterdienst, eine anerkannte Kinderkrippe und einen anerkannten Standort der außerschulischen Betreuung anbietet;

14. Kinderhort: Dienstleister, der die Betreuung von Kindern im Alter von vier Monaten bis zu sechs Jahren punktuell und kurzzeitig in kollektiver Form gewährleistet;

15. KBAK: Kommunalen Beratungsausschuss für Kinderbetreuung;

16. Inspektion: die gemäß Artikel 17 § 1 des Dekrets von der Regierung bestellten Inspektoren;

17. Fachbereich: der für Familie zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

18. Minister: der für die Familienpolitik zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

19. Dekret: das Dekret vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung.

Abschnitt 2 — Allgemeine Grundsätze

Art. 2 - Gemäß Artikel 6 des Dekrets muss jeder von diesem Erlass betroffene Dienstleister, der eine Kinderbetreuung anbietet, vor Aufnahme der Tätigkeit in Ausführung des vorliegenden Erlasses anerkannt sein.

Unbeschadet des Artikels 4 halten die von diesem Erlass betroffenen Dienstleister, um anerkannt zu werden, die im Dekret oder im vorliegenden Erlass aufgeführten Anerkennungsbedingungen ein.

Art. 3 - Gemäß Artikel 12 des Dekrets können nur von diesem Erlass betroffene und anerkannte Dienstleister im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung in Ausführung des vorliegenden Erlasses erhalten.

Art. 4 - Unbeschadet der Artikel 6-12 des Dekrets gelten die Dienstleister, mit denen die Regierung eine Konvention zur Durchführung eines örtlich begrenzten Projektes der Kinderbetreuung gemäß Titel 6 abschließt, für die Dauer der jeweiligen Konvention als anerkannt. Die Konvention präzisiert die weiteren Modalitäten.

Art. 5 - Jeder anerkannte Dienstleister garantiert die Qualität der Betreuung gemäß den Bestimmungen des Dekrets und den auf ihn anwendbaren Bestimmungen des vorliegenden Erlasses.

Kapitel 2 — Kommunalen Beratungsausschuss für Kinderbetreuung

Abschnitt 1 — Zusammensetzung und Funktionsweise

Art. 6 - Der Gemeinderat jeder Gemeinde des deutschen Sprachgebiets setzt einen KBAK ein und legt seine Geschäftsordnung fest.

Art. 7 - § 1 - Der KBAK setzt sich zusammen aus:

1. einem Vertreter des Gemeindegremiums;
2. einem Vertreter des öffentlichen Sozialhilfezentrums der Gemeinde;
3. jeweils einem Vertreter pro auf dem Gemeindegebiet angesiedelte Schule;
4. jeweils einem Vertreter pro Elternrat, der gegebenenfalls einer der in Nummer 3 erwähnten Schulen beigeordnet ist.

Für jedes in Absatz 1 erwähnte effektive Mitglied wird ein Ersatzmitglied bestellt.

§ 2 - Dem KBAK gehören ebenfalls mit beratender Stimme an:

1. ein Vertreter des Ministers;
2. ein Vertreter des Fachbereichs;
3. jeweils ein Vertreter der auf dem Gemeindegebiet tätigen Dienste der Kinderbetreuung oder Kinderhorte;
4. ein Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
5. andere für die Kinderbetreuung wichtige lokale Partner, die vom KBAK zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Art. 8 - Der Vertreter des Gemeindegremiums übernimmt den Vorsitz der Sitzungen des KBAK. Diese werden auf Initiative des Vorsitzenden oder nach schriftlicher Anfrage eines Interessenten und/oder eines potenziellen Dienstleisters durch den Vorsitzenden einberufen.

Ein Personalmitglied der Gemeindeverwaltung wohnt den Sitzungen des KBAK bei und führt unter der Verantwortung des Vorsitzenden das Protokoll.

Der Vertreter des Fachbereichs nimmt als Experte an den Sitzungen teil und sichert die fachliche Begleitung sowie den Informationsaustausch zwischen den KBAK der verschiedenen Gemeinden des deutschen Sprachgebiets.

Der Vertreter des Ministers sichert den Informationsaustausch zwischen dem KBAK und der Regierung.

Abschnitt 2 — Aufgaben

Art. 9 - § 1 - Der KBAK erstellt auf Anfrage des Ministers innerhalb einer von ihm vorgegebenen Frist oder aus eigener Initiative ein Gutachten an den Minister zu den folgenden Punkten:

1. die Ermittlung des kurz- und mittelfristigen Bedarfs an Kinderbetreuung in der Gemeinde;
2. die Formulierung von Handlungsempfehlungen zur Verbesserung des Angebots der Kinderbetreuung unter Beachtung der lokalen Gegebenheiten und Ermittlung der hierfür notwendigen quantitativen und qualitativen Voraussetzungen.

§ 2 - Der KBAK bezieht Stellung zu allen neuen lokalen Initiativen der Kinderbetreuung, mit Ausnahme von Initiativen, die die Anerkennung von selbstständigen Tagesmüttern/-vätern beziehungsweise die Zulassung von konventionierten Tagesmüttern/-vätern betreffen, und lässt dem Minister seine Stellungnahme zukommen. Zu diesem Zweck übermittelt der potentielle Dienstleister dem KBAK vorab alle dazu notwendigen Unterlagen.

Die Stellungnahme beinhaltet zumindest eine Behandlung folgender Punkte:

1. der Bedarf für die neue Initiative der Kinderbetreuung unter Berücksichtigung der geographischen, demographischen und sozioökonomischen Gegebenheiten;
2. die Eignung und Lage der vorgesehenen Räumlichkeiten;
3. das Betreuungskonzept;
4. die vorgesehene Aufnahmekapazität;
5. die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten;
6. bei nicht einstimmiger Stellungnahme, die Darlegung der verschiedenen Positionen.

Der KBAK lässt dem Minister seine Stellungnahme innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach Erhalt der Unterlagen des potenziellen Dienstleisters zukommen.

§ 3 - Der KBAK erteilt bei der Gründung eines neuen Standortes der außerschulischen Betreuung, der durch ein Zentrum für Kinderbetreuung angeboten und gleichzeitig durch die Deutschsprachige Gemeinschaft und eine oder mehrere Gemeinden bezuschusst wird, eine Stellungnahme gemäß Artikel 153.

Kapitel 3 — *Indexierung der Zuschüsse*

Art. 10 - Die in den Artikeln 72 § 2 Absatz 2, 74 Absatz 1, 76 § 1 und § 2 Absatz 1, 93 § 1 Absatz 1, 94, 106, 116 Absatz 1, 135 § 1 Absätze 1 und 2 sowie 137 festgelegten Beträge sowie der in Artikel 82 § 3 festgelegte Betrag in Höhe von 3,52 Euro sind an die Indexierung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 gebunden.

Titel 2 — Dienste der Kinderbetreuung

Untertitel 1 — *Gemeinsame inhaltliche Bestimmungen*Kapitel 1 — *Anwendungsbereich*

Art. 11 - Der vorliegende Untertitel findet Anwendung auf die in Artikel 1 Nummer 12 erwähnten Dienste der Kinderbetreuung.

Kapitel 2 — *Allgemeine Anerkennungsbedingungen*Abschnitt 1 — *Personenbezogene Bestimmungen*

Art. 12 - Gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Dekrets sorgen die Dienste der Kinderbetreuung dafür, dass für die in der Kinderbetreuung tätigen Personen, die von ihnen beauftragt wurden, vor Beginn ihrer Tätigkeit folgende Unterlagen vorliegen:

1. ein Auszug aus dem Strafregister (Muster 2) für sich selbst sowie, falls die Kinderbetreuung in ihrer Wohnung stattfindet, für alle volljährigen Personen vor, die dem Haushalt angehören und/oder regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden. Liegt der Wohnsitz dieser Personen im Ausland, weisen sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das den Zugang zu einer Tätigkeit ermöglicht, die in den Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen fällt;

2. ein ärztliches Attest, das nicht älter als zwei Monate ist und belegt, dass die Person gesundheitlich in der Lage ist, Kinder zu betreuen und keine Zeichen physischer oder psychischer Leiden oder Beeinträchtigungen bestehen, die eine gesundheitliche Gefahr für die betreuten Kinder darstellen könnten;

3. insofern dies nicht aus dem in Nummer 2 erwähnten ärztlichen Attest hervorgeht, für die in der Kinderbetreuung tätigen weiblichen Personen, die jünger als 55 Jahre sind, sowie, falls die Kinderbetreuung in ihrer Wohnung stattfindet, für die weiblichen Mitglieder ihres Haushaltes, die jünger als 55 Jahre sind, einen ärztlichen Beleg, dass sie gegen Röteln immunisiert sind. Die Verweigerung einer gegebenenfalls noch ausstehenden Impfung wird nur aufgrund eines entsprechenden begründeten ärztlichen Attestes angenommen.

Art. 13 - In ihren Verträgen oder Vereinbarungen mit den in der Kinderbetreuung tätigen Personen verpflichten die Dienste der Kinderbetreuung diese:

1. jede maßgebliche Veränderung ihres Gesundheitszustandes dem Dienst unverzüglich zu melden;

2. gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Dekrets keine berufliche oder außerberufliche Aktivität auszuüben, die nicht mit der Kinderbetreuung zu vereinbaren ist oder die sie während der Dienstleistungsstunden von der Betreuung der Kinder abhalten könnte.

Art. 14 - Die Dienste der Kinderbetreuung stellen den in der Kinderbetreuung tätigen Personen, die von ihnen beauftragt wurden, jährlich ein für sie kostenloses Weiterbildungsangebot von mindestens zehn Stunden zur Verfügung.

Abschnitt 2 — *Betreuungskonzept*

Art. 15 - Die Dienste der Kinderbetreuung erstellen ein Betreuungskonzept.

Das Betreuungskonzept enthält zumindest:

1. die Zielsetzungen der Angebote;

2. die pädagogischen Grundsätze;

3. die angewandte Methodik zur Umsetzung der pädagogischen Grundsätze;

4. die standardisierten Abläufe der Kernaufgaben;

5. die Vorgehensweise der Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten;

6. die Vorgehensweise der Zusammenarbeit mit anderen Diensten;

7. die Vorgehensweise der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen;

8. die Maßnahmen der Gesundheitsförderung;

9. die Angaben zum Beschwerdemanagement;

10. die Öffnungszeiten und Kontaktmöglichkeiten des Dienstes;

11. die Verfahrensrichtlinien bei Vermutung oder Feststellung von Kindesmisshandlung, -missbrauch und/oder Vernachlässigung, ansteckenden Krankheiten, andauerndem sozial auffälligem Verhalten, Vermutung oder Feststellung von Entwicklungsverzögerungen sowie über den Umgang mit Kindern mit Behinderung oder psychischer Beeinträchtigung.

Abschnitt 3 — Hausordnung

Art. 16 - Die Dienste der Kinderbetreuung erstellen eine Hausordnung.

Die Hausordnung enthält zumindest:

1. die Öffnungszeiten und Kontaktmöglichkeiten des Dienstes;
2. die wichtigsten Leitlinien des Betreuungskonzeptes;
3. die Höhe der Elternbeiträge;
4. die Rechte und Pflichten der Erziehungsberechtigten;
5. die Angaben zum in Artikel 15 Absatz 2 Nummer 9 erwähnten Beschwerdemanagement;
6. gegebenenfalls Angaben zur Möglichkeit der Aufnahme von Praktikanten.

Abschnitt 4 — Versicherungen

Art. 17 - Die Dienste der Kinderbetreuung schließen für die Ausübung ihrer Tätigkeit eine Haftpflichtversicherung und eine Feuerversicherung ab.

Kapitel 3 — Beschaffenheit der Räumlichkeiten

Art. 18 - Unbeschadet des Artikels 174 findet das vorliegende Kapitel ausschließlich Anwendung auf die Kinderkrippen, Mini-Krippen und Standorte der außerschulischen Betreuung.

Art. 19 - Gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Dekrets findet die Kinderbetreuung in einem hierfür angemessenen Umfeld und in ausreichend großen, sicheren und sauberen Räumlichkeiten statt. Es ist ein Bereich für Außenaktivitäten vorhanden, der vorzugsweise an die Betreuungsräume angegliedert ist.

Art. 20 - Die Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfindet, und alle Räume, die den Kindern zugänglich sind, erfüllen folgende Kriterien:

1. es besteht ein leichter Zugang für die Öffentlichkeit, beispielsweise durch eine gute verkehrstechnische Erreichbarkeit oder durch eine vorzugsweise im Erdgeschoss stattfindende Betreuung;
2. insofern nicht weiter definiert, entspricht die Größe der Räumlichkeiten der Anzahl betreuter Kinder, sodass diese sich frei bewegen können;
3. es sind verschiedene Spielbereiche vorhanden;
4. es ist ein Ruhebereich vorgesehen;
5. an den Betreuungsorten, an denen Mahlzeiten für die Kinder vorbereitet werden, ist eine Küchenzeile mit Spüle, Herd und Kühlschrank vorgesehen;
6. die Räume sind mit dem für die Betreuung erforderlichem Mobiliar und ausreichendem Spielmaterial ausgestattet;
7. die Räumlichkeiten befinden sich in einem guten Zustand und werden entsprechend gehalten;
8. die Betreuer sind in den Räumen telefonisch erreichbar.

Art. 21 - Die Dienste der Kinderbetreuung gestalten die Räumlichkeiten, zu denen die Kinder Zugang haben, so, dass eine maximale Sicherheit gewährleistet ist. Dazu sind die Dienste der Kinderbetreuung darauf bedacht, alle möglichen Gefahren und Risiken ausfindig zu machen. Sie treffen alle notwendigen Maßnahmen, um ein sicheres Umfeld mit vermindertem Unfallrisiko zu schaffen.

Bei der sicheren Gestaltung der Räumlichkeiten gelten folgende Kriterien:

1. die Verkehrssicherheit ist gegeben;
2. der Außenbereich und der Zugang zu diesem sind gesichert;
3. die Anordnung und Gestaltung der Bereiche sichert die visuelle Aufsicht der Kinder durch die Betreuer;
4. die Beheizung erfolgt durch eine Zentralheizung. Für die Beheizung dürfen keine Hochtemperaturstrahler verwendet werden. Die Heizkörper sind wirkungsvoll gesichert;
5. die Dienste der Kinderbetreuung treffen alle Maßnahmen zur Verhütung einer Kohlenstoffmonoxydvergiftung. Zu diesem Zweck sichern sie die regelmäßige Wartung der Geräte zur Beheizung und zur Warmwasserproduktion sowie zur Abluft;
6. der Gebrauch von gesundheitsschädlichen Produkten wie Pestizide, Unkrautvernichtungsmittel, Insektenvernichtungsmittel findet nur in Abwesenheit der Kinder und unter Sicherheitsvorkehrungen statt;
7. Wendeltreppen dürfen von den Kindern bis zu sechs Jahren nur in Begleitung von Erwachsenen betreten werden und ihr Zugang ist durch Treppenschutzgitter gesichert;
8. wenn die Kinder Zugang zu erhöhten Terrassen haben, dann sind diese durch ein Geländer oder eine Begrenzung gesichert;
9. die Geländer und/oder Begrenzungen entsprechen den Richtlinien des Ministers;
10. die Fenster und Türen öffnen und schließen sich auf sichere Art und Weise;
11. es gibt keine vorstehenden scharfen Kanten, Ecken oder Endpunkte, die eine Gefahr darstellen, es sei denn diese sind mit einem entsprechenden Schutz versehen;
12. die Steckdosen, die Schalter und alle elektrischen Geräte oder Installationen, die eine Gefahr darstellen könnten, sind außer Reichweite der Kinder oder mit einem sachgemäßen Sicherheitssystem ausgestattet;
13. Reinigungsmittel, chemische Produkte, leicht entzündliche Substanzen, Medikamente und andere möglicherweise gefährliche Gegenstände sind außer Reichweite der Kinder an einem gesicherten Platz aufzubewahren;
14. Schwimmbäder, Planschbecken, Gartenteiche, Tümpel oder andere Gewässer sind so abgedeckt und gesichert, dass sie für Kinder unzugänglich sind;
15. gesundheitsschädliche Pflanzen befinden sich sowohl im Innen- als auch im Außenbereich außer Reichweite der Kinder;

16 an jedem Betreuungsort steht ein ausgestatteter Erste-Hilfe-Kasten entsprechend den Richtlinien des Ministers zur Verfügung;

17. in den Schlaf- und Betreuungsräumen sind Rauchmelder gemäß dem Erlass der Wallonischen Regierung vom 21. Oktober 2004 über das Vorhandensein von Feuermeldeanlagen in den Wohnungen angebracht.

Art. 22 - Die Dienste der Kinderbetreuung sichern die Einhaltung der Hygiene und der entsprechenden Maßnahmen in allen Tätigkeitsbereichen, insbesondere bei der Pflege der Kinder, der Raumpflege, der Bereitung von Speisen und der Müllentsorgung.

Bei der hygienischen Gestaltung der Räumlichkeiten gelten folgende Kriterien:

1. es sind den verschiedenen Altersstufen angepasste Sanitäreanlagen und Waschbecken in ausreichender Zahl vorhanden;
2. eine ausreichende natürliche Beleuchtung und Belüftung ist vorgesehen. Sie wird den Aktivitäten angepasst, die in diesen Räumlichkeiten stattfinden;
3. es besteht die Möglichkeit, die Räumlichkeiten den Außentemperaturen entsprechend zu heizen;
4. ein wirksamer Schutz vor Sonneneinstrahlung ist vorhanden;
5. bei normalen Wetterbedingungen betragen die Raumtemperaturen in der Regel 18 Grad Celsius in den Schlafräumen und 20 bis 22 Grad Celsius in den Betreuungsräumen;
6. alle Räumlichkeiten sind leicht zu säubern;
7. die Räumlichkeiten und das Material werden regelmäßig gesäubert. Die Art der Pflege von Böden, Oberflächen und Material ist mit der Kinderbetreuung vereinbar;
8. die Entsorgung des Abfalls erfolgt täglich in einen von der Kinderbetreuung getrennten Raum, der sich vorzugsweise im Außenbereich befindet;
9. die Baumaterialien und der Zustand derselben dürfen die Gesundheit der Kinder nicht gefährden.

Kapitel 4 — *Allgemeine Verpflichtungen*

Abschnitt 1 — Anerkennungsbedingungen und Beschaffenheit der Räumlichkeiten

Art. 23 - Die Dienste der Kinderbetreuung erfüllen nach ihrer Anerkennung weiterhin die im Dekret oder im vorliegenden Titel aufgeführten allgemeinen und besonderen Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, und halten die vorgegebene Beschaffenheit der Räumlichkeiten ein.

Abschnitt 2 — Betreuungskonzept

Art. 24 - Die Dienste der Kinderbetreuung informieren die Erziehungsberechtigten zu Beginn und anschließend bei Änderungen über das in Artikel 15 erwähnte Betreuungskonzept und den Kundenservice sowie über ihre eigenen Verpflichtungen und die Verpflichtungen der Erziehungsberechtigten.

Die wichtigsten Leitlinien des Betreuungskonzeptes werden in Form eines Informationsblattes für die Erziehungsberechtigten gefasst und ihnen zusammen mit dem Betreuungsvertrag gegen Empfangsbestätigung ausgehändigt. Das Konzept ist auf der Webseite des Dienstes einsehbar, insofern eine solche besteht.

Abschnitt 3 — Hausordnung

Art. 25 - Die Dienste der Kinderbetreuung händigen den Erziehungsberechtigten zu Beginn die in Artikel 16 erwähnte Hausordnung gegen Empfangsbestätigung aus. Die Hausordnung ist auf der Webseite des Dienstes einsehbar, insofern eine solche besteht.

Abschnitt 4 — Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten

Art. 26 - Die Dienste der Kinderbetreuung nehmen die Betreuungsanfragen entgegen und bearbeiten sie gemäß dem Dekret und im vorliegenden Erlass festgelegten Bestimmungen.

Der regelmäßige Austausch und die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten erfolgt gemäß den Vorgaben des in Artikel 15 erwähnten Betreuungskonzeptes.

Art. 27 - Die Dienste der Kinderbetreuung sorgen dafür, dass die Ansprechpartner den Erziehungsberechtigten telefonisch oder persönlich für Auskünfte und Problembesprechungen zur Verfügung stehen, bei Bedarf auch außerhalb der üblichen Bürozeiten.

Die Sprechzeiten und entsprechende Ausnahmemöglichkeiten werden den Erziehungsberechtigten zu Beginn der Betreuung mitgeteilt.

Art. 28 - Die Dienste der Kinderbetreuung schließen vor Beginn der Betreuung einen schriftlichen Betreuungsvertrag mit den Erziehungsberechtigten ab.

Die Betreuung beginnt erst nach Unterzeichnung des Betreuungsvertrags durch alle Vertragsparteien.

Der Betreuungsvertrag sieht vor, dass die Erziehungsberechtigten oder der Dienst der Kinderbetreuung bei der Betreuung von Kleinkindern den Vertrag mit einer Frist von drei Monaten kündigen können. Der Dienst kann diese Frist verkürzen, wenn die Erziehungsberechtigten den Zahlungen nicht nachkommen oder die Betreuungssituation es im Interesse des Kindes erfordert.

Art. 29 - Mit Ausnahme der Tagesmutterdienste stellen die Dienste der Kinderbetreuung den Erziehungsberechtigten im Januar eines jeden Jahres einen Plan mit den verbindlichen Angaben zu den Schließungstagen zu.

Schließungstage aufgrund von Weiterbildungen werden den Erziehungsberechtigten mindestens vier Monate im Voraus mitgeteilt.

Art. 30 - Die Dienste der Kinderbetreuung füllen die Steuerbescheinigungen für die Erziehungsberechtigten aus, die ihnen durch den Fachbereich ausgehändigt werden, und leiten sie an die Erziehungsberechtigten weiter.

Art. 31 - Die Dienste der Kinderbetreuung weisen die Erziehungsberechtigten zu Beginn einer Betreuung schriftlich darauf hin, dass bei Unstimmigkeiten zwischen dem Dienst und den Erziehungsberechtigten, die nicht mittels des in Artikel 15 Absatz 2 Nummer 9 erwähnten Beschwerdemanagements gelöst werden können, die Erziehungsberechtigten sich unmittelbar an den Fachbereich wenden können.

Abschnitt 5 — Brandschutz

Art. 32 - Jeweils alle sechs Jahre nach Inkrafttreten der Anerkennung reichen die Dienste der Kinderbetreuung bei dem Fachbereich ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten, welches nicht älter als sechs Monate ist, zu den Räumlichkeiten ein, in denen die Betreuung stattfindet.

Darüber hinaus ist ein solches Gutachten bei jeder maßgeblichen Änderung an der Gebäudestruktur des Betreuungsortes oder jederzeit auf Anfrage des Fachbereichs einzureichen.

Abschnitt 6 — Berichtswesen

Art. 33 - Außer im ersten Jahr der Betreuung reichen die Dienste der Kinderbetreuung jährlich bis spätestens zum 1. Februar eine Übersichtsliste mit dem im vergangenen Kalenderjahr effektiv beschäftigten Personal bei dem Fachbereich ein.

Die Übersichtsliste beinhaltet folgende Angaben zu den einzelnen Personalmitgliedern: Name, Geburtsdatum, Diplom beziehungsweise Qualifikation, Funktion, Diensteintritt, effektives Dienstalder, Beschäftigungsgrad, Art etwaiger Zuschüsse im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die angewandten Gehaltstabellen sowie der Bruttojahreslohn.

Art. 34 - § 1 - Außer im ersten Jahr der Betreuung reichen die Dienste der Kinderbetreuung jährlich bis spätestens zum 1. Juni einen Tätigkeitsbericht des vergangenen Kalenderjahres bei dem Fachbereich ein.

Der Tätigkeitsbericht beinhaltet:

1. die Anzahl der Öffnungstage und die Öffnungszeiten;
2. die Gesamtzahl der Anwesenheiten;
3. die Gesamtzahl der durchschnittlichen Anwesenheiten;
4. die beantworteten und unbeantworteten Betreuungsanfragen auf Kleinkindbetreuung;
5. die Auswertung und Einschätzung der Aktivitäten;
6. die Zukunftsperspektiven der Betreuungsstruktur;
7. die Anzahl und Funktion des effektiv beschäftigten Personals, gegebenenfalls einschließlich der konventionierten Tagesmütter/-väter;
8. einen Querschnitt der besuchten Weiterbildungsveranstaltungen.

§ 2 - Die Dienste der Kinderbetreuung, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst werden, reichen gleichzeitig mit dem in § 1 erwähnten Tätigkeitsbericht eine Ergebnisrechnung und eine Bilanz des vergangenen Betreuungsjahres sowie einen Haushaltsvorschlag für das folgende Betreuungsjahr bei dem Fachbereich ein.

§ 3 - Bei verspätetem Einreichen des Tätigkeitsberichts, der Bilanz, der Ergebnisrechnung oder des Haushaltsvorschlags können 5 % des Zuschusses bei einem Monat und 10 % bei zwei oder mehr Monaten Verspätung einbehalten werden.

Art. 35 - Die Dienste der Kinderbetreuung führen ein Anwesenheitsregister.

Die Dienste der Kinderbetreuung führen eine Akte zu jedem betreuten Kind, in dem mindestens folgende Angaben vorliegen:

1. Name, Vorname und Adresse des Kindes;
2. Name, Adresse und Telefonnummer der Kontaktperson(en);
3. Name, Adresse und Telefonnummer des behandelnden Arztes;
4. besondere Angaben zum Gesundheitszustand des Kindes, wenn diese für den täglichen Umgang mit dem Kind relevant sind.

*Untertitel 2 — Gemeinsame Verfahrensbestimmungen**Kapitel 1 — Anwendungsbereich*

Art. 36 - Der vorliegende Untertitel findet Anwendung auf die in Artikel 1 Nummer 12 erwähnten Dienste der Kinderbetreuung.

*Kapitel 2 — Anerkennung**Abschnitt 1 — Vorläufige Anerkennung*

Art. 37 - § 1 - Für den Erhalt einer vorläufigen Anerkennung reichen die Dienstleister einen Antrag bei dem Fachbereich ein.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen und Angaben beigefügt:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der juristischen Person;
3. der Nachweis des Betreuungsbedarfs;
4. die beantragte Aufnahmekapazität;
5. das Finanzierungskonzept;
6. die Festlegung der Elternbeiträge;
7. die Beschreibung der Infrastruktur;
8. die Funktionsbeschreibung des Personals;
9. die Identität und Qualifikation der in der Kinderbetreuung tätigen Personen sowie des Verwaltungspersonals;
10. das Modell des Vertrags zwischen dem Dienstleister und den in der Kinderbetreuung tätigen Personen, in dem die in den Artikeln 12, 13 und 14 erwähnten Verpflichtungen aufgeführt sind;
11. das in Artikel 15 beschriebene Betreuungskonzept;
12. die in Artikel 16 beschriebene Hausordnung;

13. den Nachweis, dass die in Artikel 17 beschriebenen Versicherungen abgeschlossen wurden;
14. die Geschäftsordnung, die Aufschluss über die Arbeitsweise des Dienstleisters gibt;
15. das Modell des Betreuungsvertrags zwischen dem Dienstleister und den Erziehungsberechtigten;
16. ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten, welches nicht älter als sechs Monate ist, zu den Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfinden soll;
17. die gemäß Artikel 9 § 2 erteilte positive Stellungnahme des KBAK der Gemeinde, in der die Kinderbetreuung stattfinden soll. Richtet sich das Angebot an die Bevölkerung mehrerer Gemeinden, wird eine Stellungnahme der jeweils örtlich und sachlich zuständigen KBAK eingereicht.

§ 2 - Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung eines Tagesmütterdienstes, sind zudem folgende Unterlagen und Angaben beizufügen:

1. das in Artikel 58 erwähnte Verfahren zur Prüfung der Eignung der Kandidaten, die eine Zulassung als konventionierte Tagesmütter/-väter beantragen;
2. das in Artikel 59 erwähnte Modell für das Betreuungskonzept der konventionierten Tagesmütter/-väter;
3. die beantragte Anzahl der konventionierten Tagesmütter/-väter, die für den Tagesmütterdienst zugelassen werden können;
4. die Beschreibung der Zusammenarbeit mit den konventionierten Tagesmüttern/-vätern.

Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung eines Tagesmütterdienstes, ist in Abweichung von § 1 Nummer 16 kein Brandschutzgutachten beizufügen.

§ 3 - Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung eines Standortes der außerschulischen Betreuung, ist zudem das beabsichtigte Verfahren zur Überprüfung der Einhaltung der in Artikel 110 § 2 Nummern 1 und 2 beschriebenen Bedingungen beizufügen.

Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung eines Standortes der außerschulischen Betreuung, der durch ein Zentrum für Kinderbetreuung angeboten und gleichzeitig durch die Deutschsprachige Gemeinschaft und eine oder mehrere Gemeinden bezuschusst wird, sind zudem die in Artikel 153 erwähnten Gutachten und Beschlüsse beizufügen.

Art. 38 - Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Anerkennung sowie die beigefügten Unterlagen. Ist der Antrag vollständig, prüft der Fachbereich die Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfinden soll.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Erteilung einer vorläufigen Anerkennung. Die vorläufige Anerkennung beinhaltet die Festlegung der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, und gegebenenfalls der Aufnahmekapazität. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die vorläufige Anerkennung als verweigert.

Art. 39 - Die Dauer der vorläufigen Anerkennung beträgt sechs Monate.

Der Antragsteller kann den Dienst der Kinderbetreuung nur nach Erhalt der vorläufigen Anerkennung in Betrieb nehmen.

Art. 40 - Während der Dauer der vorläufigen Anerkennung führt die Inspektion eine oder mehrere Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der allgemeinen und besonderen Anerkennungsbedingungen durch.

Die Inspektion erstellt im Anschluss an diese Überprüfung auf Grundlage ihrer Erkenntnisse einen Inspektionsbericht. Dieser wird dem Minister und dem betroffenen Dienst der Kinderbetreuung spätestens 60 Tage vor Ablauf der vorläufigen Anerkennung übermittelt.

Art. 41 - § 1 - Auf begründeten Antrag hin kann der Dienst der Kinderbetreuung spätestens 60 Tage vor Ablauf der vorläufigen Anerkennung eine einmalige Verlängerung der vorläufigen Anerkennung von höchstens sechs Monaten bei dem Minister beantragen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags über die Verlängerung der vorläufigen Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Verlängerung als verweigert.

§ 2 - Der Minister kann die vorläufige Anerkennung aus eigener Initiative einmalig um höchstens sechs Monate verlängern.

Art. 42 - § 1 - Die Dienste der Kinderbetreuung teilen dem Fachbereich während der Dauer der vorläufigen Anerkennung innerhalb von 15 Tagen jede Änderung zu den in Artikel 37 § 1 Absatz 2 Nummern 1, 2, 3, 5, 8, 12, 13, 14 und 16 erwähnten Angaben schriftlich mit.

§ 2 - Der Fachbereich kann während der Dauer der vorläufigen Anerkennung jederzeit eine aktuelle Ausführung der in § 1 erwähnten Angaben bei den Diensten der Kinderbetreuung anfordern.

Art. 43 - Änderungen zu den in Artikel 37 § 1 Absatz 2 Nummern 4, 6, 7, 10, 11 und 15 sowie § 2 Absatz 1 Nummern 1, 2 und 3 erwähnten Angaben unterliegen einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reichen die Dienste der Kinderbetreuung einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Fachbereich ein. Der Fachbereich erstellt innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Genehmigung der Änderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Der Dienst der Kinderbetreuung kann die Änderungen nur nach Erhalt einer Zusage vornehmen.

Abschnitt 2 — Anerkennung

Art. 44 - § 1 - Unbeschadet des Artikels 41 entscheidet der Minister innerhalb von 30 Tagen vor Ablauf der vorläufigen Anerkennung über die Erteilung einer Anerkennung auf Grundlage des in Artikel 40 erwähnten Inspektionsberichts. Die Anerkennung beinhaltet die Festlegung der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, und gegebenenfalls der Aufnahmekapazität. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

§ 2 - Der Antragsteller kann im Fall einer verweigerten Anerkennung bei der Regierung Einspruch einlegen.

Der Antragsteller übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreibebrief oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des verweigerten Antrags beziehungsweise nach Ablauf der in § 1 genannten Frist.

Die Regierung informiert den Fachbereich und die Inspektion über den Einspruch. Diese übermitteln der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist die Verwaltungsakte sowie jeweils eine Stellungnahme.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Erteilung der Anerkennung. Die Anerkennung beinhaltet die Festlegung der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

Art. 45 - Die Anerkennung wird für einen unbestimmten Zeitraum erteilt.

Art. 46 - Erfüllt der Dienst der Kinderbetreuung zu dem in Artikel 44 erwähnten Zeitpunkt eine oder mehrere Anerkennungsbedingungen nicht, kann der Minister seine Entscheidung um höchstens sechs Monate verschieben, um dem Dienst der Kinderbetreuung zu ermöglichen, alle Anerkennungsbedingungen zu erfüllen.

Unter Einhaltung der in Artikel 44 festgelegten Fristen bleibt die vorläufige Anerkennung bis zur Entscheidung des Ministers gültig.

Art. 47 - § 1 - Die Dienste der Kinderbetreuung teilen dem Fachbereich während der Dauer der Anerkennung innerhalb von 30 Tagen jede Änderung zu den in Artikel 37 § 1 Absatz 2 Nummern 1, 2, 3, 5, 8, 12, 13, 14, und 16 erwähnten Angaben schriftlich mit.

§ 2 - Der Fachbereich kann während der Dauer der Anerkennung jederzeit eine aktuelle Ausführung der in § 1 erwähnten Angaben bei den Diensten der Kinderbetreuung anfordern.

Art. 48 - Änderungen zu den in Artikel 37 § 1 Absatz 2 Nummern 4, 6, 7, 10, 11 und 15 sowie § 2 Absatz 1 Nummern 1, 2 und 3 erwähnten Angaben unterliegen einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reichen die Dienste der Kinderbetreuung einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Fachbereich ein. Der Fachbereich erstellt innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Genehmigung der Änderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Der Dienst der Kinderbetreuung kann die Änderungen nur nach Erhalt einer Zusage vornehmen.

*Kapitel 3 — Aussetzung und Entzug der Anerkennung**Abschnitt 1 — Aussetzung der Anerkennung*

Art. 49 - § 1 - Der Fachbereich weist die Inspektion auf alle Fälle hin, in denen ein Dienst der Kinderbetreuung eine oder mehrere der im Dekret oder im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen auf Grundlage der ihm zur Verfügung stehenden Informationen vermutlich nicht einhält.

§ 2 - Kommt die Inspektion nach einem Hinweis gemäß § 1 oder aufgrund jeglicher anderer Hinweise oder Informationen zu der Schlussfolgerung, dass der Dienst der Kinderbetreuung eine oder mehrere der im Dekret oder im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen nicht einhält, fordert sie den betroffenen Dienst der Kinderbetreuung dazu auf, diesen Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann der Dienst der Kinderbetreuung spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen bei der Inspektion beantragen.

§ 3 - In dringenden Fällen kann die Inspektion mittels eines besonders begründeten Beschlusses eine sofortige Anpassung auferlegen.

Art. 50 - § 1 - Kommt der Dienst der Kinderbetreuung nach der in Artikel 49 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt der Minister nach einem Gutachten der Inspektion die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem betroffenen Dienst der Kinderbetreuung per Einschreibebrief seine Absicht mit. Der Dienst kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefs statt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 15 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Dienst der Kinderbetreuung unverzüglich zugestellt.

§ 2 - Während der Aussetzung der gegebenenfalls vorläufigen oder definitiven Anerkennung nimmt der betroffene Dienst der Kinderbetreuung keine neuen Kinder zur Betreuung auf.

Fallen während der Dauer der Aussetzung Betreuungen aus, kann der Minister die etwaige Bezuschussung des betroffenen Dienstes der Kinderbetreuung für die Dauer der Aussetzung im Verhältnis kürzen.

Art. 51 - § 1 - Der Minister kann aus volksgesundheitlichen Gründen oder Gründen der Sicherheit und der schweren Missachtung der anwendbaren Bestimmungen, um einen offensichtlich ernsthaften Schaden für die betreuten Kinder zu vermeiden, entscheiden, die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung im Dringlichkeitsverfahren für eine unbefristete Dauer auszusetzen. Der Minister handelt, wenn der Dienst der Kinderbetreuung nach der in Artikel 49 § 3 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nachkommt, und entscheidet aufgrund eines Gutachtens der Inspektion und mittels eines besonders begründeten Beschlusses.

Die Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren hat die sofortige vorläufige Schließung des Dienstes der Kinderbetreuung für eine unbefristete Dauer zur Folge.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem betroffenen Dienst der Kinderbetreuung unverzüglich seine Absicht per Fax, per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Der Dienst kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefs statt.

Der Minister entscheidet innerhalb von fünf Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 3 genannten Frist über die Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Dienst unverzüglich zugestellt. Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die sofortige vorläufige Schließung des Dienstes.

§ 2 - Sind die Umstände, die zur Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren geführt haben, behoben, beendet der Minister umgehend die Aussetzung der gegebenenfalls vorläufigen oder definitiven Anerkennung und die vorläufige Schließung des Dienstes der Kinderbetreuung. Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die erneute Öffnung des Dienstes.

Art. 52 - Der Dienst der Kinderbetreuung kann im Fall einer Aussetzung der Anerkennung bei der Regierung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Dienst der Kinderbetreuung übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreibebrief oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 15 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses zur Aussetzung der Anerkennung.

Die Regierung informiert den Fachbereich und die Inspektion über den Einspruch. Diese übermitteln der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist die Verwaltungsakte sowie jeweils eine Stellungnahme.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Zulässigkeit des Einspruchs. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

Abschnitt 2 — Entzug der Anerkennung

Art. 53 - Kommt der Dienst der Kinderbetreuung nach Ablauf der Dauer der in Artikel 50 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, kann der Minister nach einem Gutachten der Inspektion die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung entziehen.

Vor dem Entzug teilt der Minister dem betroffenen Dienst der Kinderbetreuung per Einschreibebrief seine Absicht mit. Der Dienst kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefs statt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über den Entzug.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Dienst der Kinderbetreuung unverzüglich zugestellt und im Belgischen Staatsblatt mit seinem Inkrafttreten veröffentlicht. Der Fachbereich informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über den Entzug der gegebenenfalls vorläufigen oder definitiven Anerkennung.

Art. 54 - Der Dienst der Kinderbetreuung kann im Fall eines Entzugs der Anerkennung bei der Regierung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Dienst der Kinderbetreuung übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreibebrief oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 15 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses zum Entzug der Anerkennung.

Die Regierung informiert den Fachbereich und die Inspektion über den Einspruch. Diese übermitteln der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist die Verwaltungsakte sowie jeweils eine Stellungnahme.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Zulässigkeit des Einspruchs. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

Kapitel 4 — Beendigung der Kinderbetreuung

Art. 55 - Unbeschadet des Artikels 51 hat der Entzug der gegebenenfalls vorläufigen oder definitiven Anerkennung gemäß Artikel 53 beziehungsweise die Verweigerung einer definitiven Anerkennung die Schließung des betroffenen Dienstes der Kinderbetreuung innerhalb von 30 Tagen zur Folge.

Mit der Schließung des Dienstes werden alle Kinderbetreuungen sowie die etwaige Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

Art. 56 - § 1 - Die Dienste der Kinderbetreuung teilen dem Fachbereich jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung ihrer Tätigkeit schriftlich mit, die nicht auf einen Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 53 zurückzuführen ist. Ausgenommen sind Urlaubsperioden und Feiertage.

Das Vorhaben des Dienstes der Kinderbetreuung wird dem Minister mindestens drei Monate vor der geplanten zeitweiligen Einstellung und sechs Monate vor der geplanten definitiven Einstellung schriftlich mitgeteilt.

§ 2 - Die definitive Einstellung der Tätigkeit des Dienstes der Kinderbetreuung hat den Entzug der Anerkennung von Rechtswegen zur Folge.

Mit der definitiven Einstellung der Tätigkeit des Dienstes werden alle Kinderbetreuungen sowie die etwaige Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

Art. 57 - Bei der Übertragung der Trägerschaft eines Dienstes der Kinderbetreuung bleibt die Anerkennung während einer Dauer von sechs Monaten nach dem Übertrag der Trägerschaft unter der Bedingung gültig, dass der neue Träger eine Anerkennung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Titels beantragt.

Liegt dem Fachbereich innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist kein Antrag vor, kommt dies einer definitiven Einstellung der Tätigkeit gemäß Artikel 56 § 2 gleich.

Untertitel 3 — Besondere Bestimmungen

Kapitel 1 — Tagesmütterdienste

Abschnitt 1 — Besondere Anerkennungsbedingungen

Art. 58 - Der Tagesmütterdienst erstellt ein Verfahren zur Prüfung der Eignung der Kandidaten, die eine Zulassung als konventionierte Tagesmütter/-väter beantragen.

Dieses Verfahren berücksichtigt die erzieherische Kompetenz, die zeitliche Verfügbarkeit, die Hygieneverhältnisse und die räumlichen Betreuungsmöglichkeiten, den Bedarf in der Gemeinde oder Ortschaft, sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Tagesmütterdienst und den Erziehungsberechtigten.

Art. 59 - Der Tagesmütterdienst erstellt ein Modell für das Betreuungskonzept der konventionierten Tagesmütter/-väter.

Abschnitt 2 — Besondere Verpflichtungen

Art. 60 - § 1 - Der Tagesmütterdienst sorgt für die Einhaltung der in Titel 3 aufgeführten Bestimmungen.

Der Tagesmütterdienst beauftragt für die Kinderbetreuung ausschließlich konventionierte Tagesmütter/-väter, die gemäß Titel 3 zugelassen wurden. Er schließt hierfür eine schriftliche Vereinbarung mit diesen ab.

§ 2 - Der Tagesmütterdienst kann unter folgenden Bedingungen eine außerschulische Betreuung organisieren:

1. der Auftrag der Kleinkindbetreuung wird vorrangig erfüllt;
2. die maximal festgelegten Betreuungstage des Tagesmütterdienstes und die Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, werden für jede/n konventionierte/n Tagesmutter/-vater eingehalten;
3. die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann sich frei für das Anbieten von außerschulischer Betreuung entscheiden.

Art. 61 - Der Tagesmütterdienst ist durch die Beauftragung der konventionierten Tagesmüttern/-väter verpflichtet:

1. die konventionierten Tagesmütter/-väter bei ihren Aufgaben zu begleiten und die Kontakte mit den Erziehungsberechtigten zu fördern beziehungsweise zu erleichtern;
2. die zur Betreuung von Kindern erforderliche Grundausstattung zur Verfügung zu stellen;
3. die soziale Absicherung der konventionierten Tagesmütter/-väter gemäß dem anwendbaren Sozialstatut zu gewährleisten;
4. eine Haftpflichtversicherung sowie eine Arbeitsunfallversicherung zu Gunsten der konventionierten Tagesmütter/-väter abzuschließen;
5. dafür zu sorgen, dass die konventionierten Tagesmütter/-väter die in Artikel 132 erwähnte Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, und das in Artikel 133 erwähnte Betreuungskapital nicht überschreiten;
6. für die Weiterbildung der konventionierten Tagesmütter/-väter zu sorgen. Der Tagesmütterdienst stellt dem Fachbereich zu Beginn eines jeden Kalenderjahres die Themen der Weiterbildungen zwecks Information zu.

Art. 62 - § 1 - Der Tagesmütterdienst verfügt mindestens über sozial-pädagogisches Fachpersonal gemäß nachfolgender kumulativer Tabelle:

Anzahl Betreuungstage	Anzahl sozial-pädagogisches Fachpersonal
7.420 - 14.840	0,5
14.841 - 18.500	1
18.501 - 22.600	1,5
22.601 - 26.700	1,75
26.701 - 30.800	2
30.801 - 35.300	2,25
35.301 - 39.800	2,5
39.801 - 44.300	2,75
44.301 - 50.000	3
50.001 - 55.700	3,25
55.701 - 61.400	3,5
61.401 - 67.100	4
67.101 - 72.800	4,5

Für die Berechnung des Personalschlüssels werden halbe Betreuungstage ganzen Tagen gleichgestellt. Eine Dritteltagsbetreuung wird zu einem Drittel berechnet.

§ 2 - Jedes in § 1 erwähnte Personalmitglied ist mindestens halbezeitig beschäftigt.

§ 3 - Das sozial-pädagogische Fachpersonal verfügt mindestens über einen Bildungsnachweis eines Hochschulstudiums kurzer Dauer in den Bereichen Sozialarbeit, Gesundheits- und Krankenplegewissenschaften, Pädagogik, Psychologie, Erziehungswissenschaften, Bildungswissenschaften oder ein diesen Ausbildungen gleichgestelltes Diplom.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

§ 4 - Der Minister kann in begründeten Ausnahmefällen dem Tagesmütterdienst eine Frist einräumen, um die in vorliegendem Artikel festgelegten Normen einzuhalten. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

§ 5 - In Abweichung von Artikel 72 § 1 Absatz 2 wird für die Bezuschussung der in § 3 Absatz 2 erwähnten Personen als Höchstzuschuss die durch die Regierung für die Personalbezuschussung im Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegte Gehaltstabelle für einen Sozialassistenten berücksichtigt.

Art. 63 - Der Tagesmütterdienst verfügt über ein Sekretariat.

Der für das Sekretariat zuständige Sachbearbeiter ist mindestens halbezeitig beschäftigt. Er verfügt mindestens über einen Bildungsnachweis der Oberstufe des Sekundarunterrichts.

Art. 64 - Der Tagesmütterdienst gewährleistet die Betreuung von Kleinkindern mindestens von montags bis freitags während zehn Stunden pro Tag und an 220 Arbeitstagen pro Kalenderjahr.

Art. 65 - Die Koordination der Betreuungsanfragen und die Vermittlung von Kindern an die konventionierten Tagesmütter/-väter erfolgt über den Tagesmütterdienst.

Die Betreuung kann auch während der Nacht oder an Samstagen, Sonn- und Feiertagen erfolgen.

Art. 66 - Im Rahmen der Möglichkeiten gewährleistet der Tagesmütterdienst die Kontinuität der Betreuung des Kindes bei zeitweiligem Ausfall einer/eines konventionierten Tagesmutter/-vaters.

Art. 67 - Um eine Betreuung in Anspruch nehmen zu können, reichen die Erziehungsberechtigten eine Betreuungsanfrage bei dem Tagesmütterdienst ein.

Jede Betreuungsanfrage wird in einem Register des Tagesmütterdienstes aufgeführt, das mindestens die Identität und das Alter des Kindes, das Datum der Betreuungsanfrage, die Betreuungszeiten, die Anzahl Betreuungstage pro Monat, den angefragten Betreuungsbeginn und gegebenenfalls das festgelegte Betreuungsende beinhaltet.

Der Tagesmütterdienst teilt dem Erziehungsberechtigten spätestens acht Wochen vor Beginn der angefragten Betreuung verbindlich mit, ob eine Betreuung zum angefragten Termin gewährleistet werden kann.

Falls keine Betreuung angeboten werden kann, wird dies mit dem Vermerk des Grundes im Register eingetragen.

Art. 68 - § 1 - Kranke Kinder können nur dann betreut werden, wenn keine Gefahr für die anderen betreuten Kinder besteht.

Der Tagesmütterdienst kann im Zweifelsfall ein medizinisches Attest verlangen.

Ist ein Kind aus Krankheitsgründen mehr als zwei Tage abwesend, kann der Tagesmütterdienst vor Wiederaufnahme der Betreuung ein ärztliches Attest verlangen, das bestätigt, dass das betroffene Kind keine Ansteckungsgefahr für die anderen betreuten Kinder darstellt.

§ 2 - Der Tagesmütterdienst empfiehlt den Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder, diese entsprechend den Richtlinien des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen impfen zu lassen.

Art. 69 - Der Tagesmütterdienst lädt alle Erziehungsberechtigten mindestens alle zwei Jahre gemeinsam ein, um deren Ansichten im Betreuungskonzept berücksichtigen zu können.

Abschnitt 3 — Bezuschussung

Art. 70 - Unbeschadet eines gegebenenfalls abgeschlossenen Geschäftsführungsvertrags gemäß Artikel 13 des Dekrets, können anerkannte Tagesmütterdienste im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts erhalten.

Art. 71 - § 1 - Um bezuschusst werden zu können, hält der Tagesmütterdienst folgende Bedingungen ein:

1. er gewährleistet mindestens 7.420 Betreuungstage für Kleinkinder;
2. seine Mindestauslastung liegt während der 212 festgelegten Öffnungstage durchschnittlich bei 70 % .

§ 2 - Die Berechnung der in § 1 Nummer 2 erwähnten Auslastung erfolgt einmal jährlich auf Basis der realen Anwesenheiten, wobei halbe Betreuungstage ganzen Tagen gleichgestellt werden. Eine Dritteltagsbetreuung wird zu einem Drittel berechnet. Für die Berechnung der Auslastung wird folgende Formel angewandt:

Theoretische maximale Aufnahmekapazität: $212 T \times \text{Aufnahmekapazität} = X$; Auslastungsberechnung: Reale Betreuungstage = $Y = \% \text{ von } X$.

Für konventionierte Tagesmütter/-väter, die nur einen Teil des Jahres aktiv sind, wird die Auslastung proportional zu den geleisteten Tagen berechnet.

§ 3 - Nach der Eröffnung eines neuen Tagesmütterdienstes beginnt eine dreijährige Startphase für die Berechnung der durchschnittlichen Mindestauslastung.

In Abweichung von § 1 Nummer 2 kann im ersten Kalenderjahr nach der Öffnung die durchschnittliche Auslastung zwischen 30 % und 50 % liegen. Im zweiten Kalenderjahr kann sie zwischen 50 % und 70 % liegen.

Im dritten Kalenderjahr dieser Startphase ist eine durchschnittliche Auslastung von 70 % zu erreichen. Falls diese Auslastung nicht erreicht wird, findet die in Artikel 72 § 4 erwähnte Anpassung der Bezuschussung der Personalkosten Anwendung. Falls es sich um einen Tagesmütterdienst handelt, der höchstens 14.480 Betreuungstage gewährleistet, wird die Bezuschussung ab dem folgenden Jahr eingestellt.

Insofern ein Tagesmütterdienst nach der dreijährigen Startphase in einem der nachfolgenden Kalenderjahre die in § 1 aufgeführte Auslastung nicht erreicht, findet die in Artikel 72 § 4 erwähnte Anpassung der Bezuschussung der Personalkosten Anwendung. Falls es sich um einen Tagesmütterdienst handelt, der höchstens 14.480 Betreuungstage gewährleistet, kann er noch im folgenden Jahr bezuschusst werden. Wenn er nach Ablauf dieses Kalenderjahres weiterhin nicht die durchschnittliche Mindestauslastung erfüllt, wird die Bezuschussung ab dem folgenden Jahr eingestellt.

Art. 72 - § 1 - Für die Bezuschussung der Personalkosten finden die durch die Regierung für den Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Bemessungsgrundlagen Anwendung.

Es werden nur die Kosten von Personalmitgliedern berücksichtigt, die über die in vorliegendem Kapitel zugelassenen Diplome verfügen.

§ 2 - Für die Bezuschussung der Personalkosten des sozial-pädagogischen Fachpersonals des Tagesmütterdienstes wird die in Artikel 62 § 1 festgelegte Tabelle berücksichtigt. Etwaige erhaltene Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden in Abzug gebracht.

Für das vollzeitbeschäftigte sozial-pädagogische Fachpersonal wird für die Fahrtkosten eine Pauschalsumme von 116,82 Euro pro Monat gewährt. Bei einer Teilzeitbeschäftigung wird der Betrag entsprechend angepasst.

§ 3 - Für die Bezuschussung der Personalkosten des im Sekretariat des Tagesmütterdienstes beschäftigten Sachbearbeiters wird die folgende kumulative Tabelle berücksichtigt:

Anzahl Betreuungstage	Anzahl Sachbearbeiter
35.301 - 50.000	0,5
50.001 - 64.700	0,75
64.701 - 79.400	1
79.401 - 94.100	1,25

Für die Berechnung des Personalschlüssels werden halbe Betreuungstage ganzen Tagen gleichgestellt. Eine Dritteltagsbetreuung wird zu einem Drittel berechnet.

Etwaige erhaltene Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden in Abzug gebracht.

§ 4 - Alle zwei Jahre wird die Bezuschussung der Personalkosten auf der Grundlage der Gesamtzahl der Betreuungstage der zwei vergangenen Kalenderjahre angepasst. Im Februar des Jahres der Anpassung wird der Tagesmütterdienst über den ab September desselben Jahres bezuschussbaren Personalbestand informiert.

§ 5 - Wird dem Tagesmütterdienst eine Frist eingeräumt, um die in Artikel 62 festgelegten Normen einzuhalten, bleibt die Bezuschussung gemäß dem vorliegenden Abschnitt unberührt.

Art. 73 - § 1 - Für die annehmbaren Betreuungskosten erhält der Tagesmütterdienst einen Zuschuss, der der Differenz zwischen der in Artikel 135 § 1 festgelegten Tagesentschädigung der konventionierten Tagesmütter/-väter und der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten, einschließlich der in Artikel 85 § 2 vorgesehenen Gebühr, entspricht.

§ 2 - Der Tagesmütterdienst kann einen zusätzlichen Zuschuss von 50 % der in Artikel 135 § 1 beschriebenen Tagesentschädigung für die Betreuung von Kindern mit einer Behinderung oder mit einem besonderen Pflegebedarf erhalten, insofern diese Kinder einer intensiveren Betreuung und Zuwendung bedürfen.

Zu diesem Zweck reicht der Tagesmütterdienst einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Fachbereich ein, dem ein Gutachten einer spezialisierten Einrichtung oder eines Facharztes oder gegebenenfalls ein Sozialbericht beigefügt ist. Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

§ 3 - Die Beträge der Arbeitgeberbeiträge und der Prämien für die Arbeitsunfallversicherung der konventionierten Tagesmütter/-väter werden dem Tagesmütterdienst von der Deutschsprachigen Gemeinschaft rückerstattet.

Art. 74 - Für die Verwaltungskosten erhält der Tagesmütterdienst einen Zuschuss von 1,14 Euro für jeden gebührenpflichtigen Betreuungstag pro Kind.

Für die Berechnung des Zuschusses werden halbe Betreuungstage ganzen Tagen gleichgestellt. Eine Dritteltagsbetreuung wird zu einem Drittel berechnet.

Art. 75 - Die in Artikel 85 § 2 erwähnte Gebühr wird unter Berücksichtigung einer Bearbeitungsentschädigung von 20 % zugunsten des Tagesmütterdienstes gegebenenfalls vom jährlichen Gesamtzuschuss des darauffolgenden Jahres abgezogen.

Art. 76 - § 1 - Für die Organisation der in Artikel 125 erwähnten Weiterbildung der konventionierten Tagesmütter/-väter und der in Artikel 14 erwähnten Weiterbildung des sozial-pädagogischen Fachpersonals sowie für die Anschaffung von pädagogischem Material erhält der Tagesmütterdienst eine Jahrespauschale von höchstens 4.500 Euro. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt erst, nachdem der Fachbereich die eingereichten Belege geprüft hat.

§ 2 - Zusätzlich erhält der Tagesmütterdienst für jede/n konventionierte/n Tagesmutter/-vater, die/der mindestens zehn Stunden im Jahr an Weiterbildungen teilgenommen hat, eine Jahrespauschale von 108,90 Euro, die der/dem teilnehmenden konventionierten Tagesmutter/-vater gemäß Artikel 137 auszuzahlen ist.

Um in den Genuss dieses Weiterbildungszuschusses zu kommen, legt der Tagesmütterdienst zum 1. Februar eines jeden Jahres dem Fachbereich eine Liste der Weiterbildungsteilnehmer des vergangenen Kalenderjahres vor.

Art. 77 - Der Tagesmütterdienst reicht die trimestriellen Belege für die Bezuschussung spätestens sechs Wochen nach Ende eines jeden Trimesters bei dem Fachbereich ein.

Bei verspätetem Einreichen der trimestriellen Belege können 5 % des Zuschusses bei einem Monat und 10 % bei zwei oder mehr Monaten Verspätung einbehalten werden.

Art. 78 - Unbeschadet des Artikels 70 gewährt der Minister auf Antrag des Tagesmütterdienstes die im vorliegenden Abschnitt genannten Zuschüsse nach vorheriger Prüfung durch den Fachbereich. Die Anträge auf Bezuschussung werden bei dem Fachbereich mit den gegebenenfalls erforderlichen Belegen eingereicht.

Abschnitt 4 — Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten

Art. 79 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind auf die Tagesmütterdienste anwendbar, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst werden.

Art. 80 - Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts gilt:

1. Kleinkinder: in Abweichung von Artikel 1 Nummer 2 Kinder, die ihr viertes Lebensjahr noch nicht vollendet haben;

2. bei der Kleinkindbetreuung:

a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf bis zehn Stunden pro Tag;

b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von bis zu fünf Stunden pro Tag;

c) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von mehr als zehn Stunden pro Tag.

3. bei der Kinderbetreuung im Rahmen einer außerschulischen Betreuung:

a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf bis zehn Stunden pro Tag;

b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von drei und bis fünf Stunden pro Tag;

c) Dritteltagsbetreuung: Kinderbetreuung von bis zu drei Stunden pro Tag;

d) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von mehr als zehn Stunden pro Tag

Art. 81 - § 1 - Der Tagesmütterdienst sorgt dafür, dass die Erziehungsberechtigten innerhalb von drei Monaten ihre Betreuungsanfrage durch die Entrichtung der im Anhang festgelegten Reservierungsgebühr bestätigen. Bei einem Mangel an Betreuungsplätzen kann die Reservierungsgebühr innerhalb von drei Monaten nach der Zusage des Betreuungsplatzes entrichtet werden.

Die Reservierungsgebühr wird einbehalten, wenn die Erziehungsberechtigten die vereinbarte Betreuung nicht beanspruchen.

Kann das vereinbarte Betreuungsangebot nicht aufrecht erhalten werden, erstattet der Tagesmütterdienst den Erziehungsberechtigten die Reservierungsgebühr unmittelbar zurück, es sei denn der Tagesmütterdienst trifft eine andere Vereinbarung mit den Erziehungsberechtigten.

Bei Ende des Betreuungsvertrages wird die Reservierungsgebühr spätestens drei Monate nach Vertragsende auf Initiative des Tagesmütterdienstes zurückerstattet oder mit eventuell noch geschuldeten Beträgen verrechnet.

Die Erziehungsberechtigten werden über die Zahlungs- und Rückzahlungsmodalitäten dieser Gebühr informiert.

§ 2 - Wenn die Erziehungsberechtigten die vereinbarte Betreuung nicht beanspruchen, erhält die/der konventionierte Tagesmutter/-vater, die/der den nicht beanspruchten Platz reserviert hat, vom Tagesmütterdienst 50 % der einbehaltenen Reservierungsgebühr.

Art. 82 - § 1 - Die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten, einschließlich des Beitrags zur Deckung der in Artikel 136 erwähnten zusätzlichen Müllkosten für die konventionierten Tagesmütter/-väter, erfolgt in Form einer zu zahlenden Tagespauschale gemäß der im Anhang aufgeführten Tabelle.

Die Kostenbeteiligung deckt nicht die Kosten für Diätkost, Biokost, Medikamente, Windeln, Milchpulver und spezifisch von den Erziehungsberechtigten gewünschte Produkte.

§ 2 - Der anwendbare Satz der in § 1 erwähnten Tagespauschale wird wie folgt berechnet:

1. für eine Ganztagsbetreuung (5-10 Stunden): 100 %

2. für eine Halbtagsbetreuung (bis zu 5 Stunden): 60 %

3. für eine Dritteltagsbetreuung im Rahmen außerschulischer Betreuung (0-3 Stunden): 40 %

4. für eine Langzeitbetreuung (mehr als 10 Stunden): 100 % plus jede angebrochene einzelne Stunde gemäß § 3.

In Abweichung von Absatz 1 sind folgende Beteiligungssätze für die Kinderbetreuung anwendbar:

1. bei gleichzeitiger Betreuung von zwei Kleinkindern beträgt die Beteiligung pro Kind 70 % . Unter gleichzeitiger Betreuung ist die Betreuung durch einen Tagesmütterdienst und/oder eine durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusste Kinderkrippe zu verstehen;

2. werden mindestens zwei Kinder eines Erziehungsberechtigten, wovon eines mindestens drei Jahre alt ist, gleichzeitig betreut, beträgt die Beteiligung 100 % für ein Kind unter drei Jahren und 70 % für ein Kind von drei Jahren und mehr;

3. bei Familien, die mindestens drei Kinder steuerlich zu Lasten haben, beträgt die Beteiligung 70 % pro Kind;

4. für Kinder mit einer Behinderung, die Anrecht auf erhöhte Familienzulagen geben, beträgt die Beteiligung pro Kind 70 % .

§ 3 - Für eine Langzeitbetreuung zahlen die Erziehungsberechtigten pro betreutes Kind, zusätzlich zu der in Anwendung von §§ 1-2 errechneten Tagespauschale, eine Pauschale von 3,52 Euro pro Stunde, insofern das errechnete Haushaltseinkommen 1.500 Euro übersteigt.

Art. 83 - § 1 - Die Kostenbeteiligung wird aufgrund der kumulierten monatlichen Nettoeinkünfte des Haushaltes der Erziehungsberechtigten berechnet.

Als Nettoeinkünfte gelten für die Anwendung des vorliegenden Artikels die in Artikel 6 des Einkommenssteuergesetzbuchs 1992 erwähnten Nettoeinkünfte.

Ehepartner und Personen, die in eheähnlicher Gemeinschaft zusammenleben, sowie Alleinerziehende gelten für die Anwendung des vorliegenden Artikels als ein Haushalt.

§ 2 - Als Referenzmonat für die Berechnung der Kostenbeteiligung bei Betreuungsbeginn gilt der Monat, der dem Betreuungsbeginn vorausgeht. Ist dieser aufgrund der aktuellen Situation des Haushaltes nicht repräsentativ, gilt der nächstfolgende repräsentative Monat.

Als Referenzmonat für die jährliche Anpassung der Kostenbeteiligung gilt der Monat November. Ist dieser aufgrund der aktuellen Situation des Haushaltes nicht repräsentativ, gilt der nächstfolgende repräsentative Monat.

Eine Anpassung der Beträge der Beteiligung erfolgt im Monat Januar eines jeden Jahres.

§ 3 - Der Tagesmütterdienst sorgt dafür, dass die Erziehungsberechtigten bei Betreuungsbeginn die entsprechenden Einkommensbelege einreichen. Werden diese Belege nicht vorgelegt, wird die höchste Kostenbeteiligung berechnet.

Anstelle dieser Belege kann der Tagesmütterdienst auch den letzten Steuerbescheid annehmen. In diesem Fall entsprechen die Einkünfte dem dort vermerkten steuerpflichtigen Einkommen zuzüglich 20 % dieser Summe. Spätestens am 1. Juli eines jeden Jahres werden die Einkünfte des neuen Steuerbescheids berücksichtigt.

§ 4 - Der Tagesmütterdienst weist die Erziehungsberechtigten darauf hin, dass jede Änderung des Haushaltseinkommens um mindestens 10 % des gemäß dem vorliegenden Artikel bestimmten Einkommens dem Tagesmütterdienst unverzüglich mitzuteilen ist. Der Tagesmütterdienst passt die Kostenbeteiligung ab dem Monat nach Eintreten der Veränderung entsprechend an.

Erfolgt die Mitteilung einer Einkommenserhöhung um mindestens 10 % nicht, berechnet der Tagesmütterdienst rückwirkend ab dieser Einkommenserhöhung den entsprechend anwendbaren Tarif gemäß der im Anhang festgelegten Kostenbeteiligung, zuzüglich einer Aufwandspauschale von 10 % des errechneten Fehlbetrages.

Art. 84 - Der Tagesmütterdienst kann die Kostenbeteiligung aufgrund der besonderen finanziellen Lage der Erziehungsberechtigten oder wenn das Haushaltseinkommen unter dem gesetzlich festgelegten Eingliederungseinkommen liegt, für eine Höchstdauer von drei Monaten entsprechend verringern. Der Tagesmütterdienst führt im Vorfeld eine Untersuchung über die besondere finanzielle Lage durch.

Insofern die in Absatz 1 beschriebene Lage voraussichtlich andauert, reicht der Tagesmütterdienst bei Bewilligung dieser Verringerung und spätestens 30 Tage vor Ablauf der bewilligten Frist bei dem Fachbereich einen begründeten Antrag auf Fortführung der Verringerung der Kostenbeteiligung ein. Der Nachweis, dass der Erziehungsberechtigte einer Schuldnerberatung gemäß dem Dekret vom 29. April 1996 über Schuldnerberatung und Entschuldung folgt, ist eine Bedingung für die Fortführung der Verringerung der Kostenbeteiligung. Der Fachbereich erstellt innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Fortführung der Verringerung der Kostenbeteiligung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Art. 85 - § 1 - Im Rahmen des im Betreuungsvertrag festgelegten Betreuungsplans steht den Erziehungsberechtigten bei einer Betreuung an fünf ganzen Tagen pro Woche ein Kredit in Höhe von 35 ganzen Tagen pro Betreuungsjahr für die Abwesenheit des Kindes zu. Bei einer Teilzeitbetreuung werden die Kredittage im Verhältnis hierzu errechnet.

Diesen Kredittagen werden hinzugefügt:

1. die gesetzlichen Feiertage, der Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der 2. Weihnachtstag sowie der Rosenmontag;
2. die Abwesenheitstage des Kindes aufgrund eines Krankenhausaufenthaltes und der hierdurch bedingten Rekonvaleszenzzeit, begründet durch ein medizinisches Attest;
3. die Abwesenheitstage der/des konventionierten Tagesmutter/-vaters aufgrund einer Krankheit;
4. die Urlaubstage der/des konventionierten Tagesmutter/-vaters;
5. die Abwesenheitstage der/des konventionierten Tagesmutter/-vaters aufgrund einer ansteckenden Krankheit eines Mitgliedes des Haushaltes.

§ 2 - Abwesenheiten des Kleinkindes über diese gewährten Kredittage hinaus gelten als Betreuungstage, für die der Tagesmütterdienst von den Erziehungsberechtigten eine Gebühr von 60 % der gemäß Artikel 83 berechneten Kostenbeteiligung abverlangt.

Bei besonders häufiger durch eine chronische Erkrankung bedingte Abwesenheit des Kleinkindes kann die zu zahlende Gebühr teilweise oder vollständig erlassen werden. Der Tagesmütterdienst reicht zu diesem Zweck einen begründeten Antrag bei dem Fachbereich ein, der neben einem Bericht des Sozialarbeiters ein ärztliches Gutachten beinhaltet. Der Fachbereich erstellt innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über den teilweisen oder vollständigen Erlass. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Kapitel 2 — Kinderkrippen

Abschnitt 1 — Besondere Anerkennungsbedingungen

Art. 86 - § 1 - Die Kinderkrippe weist eine Aufnahmekapazität von mindestens 18 Plätzen auf.

§ 2 - Eine Anpassung der Aufnahmekapazität unterliegt einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reicht die Kinderkrippe einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Fachbereich ein. Der Fachbereich erstellt innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Genehmigung der Anpassung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Art. 87 - Unbeschadet der Artikel 19-22 gelten für die Kinderkrippen zusätzlich folgende Bedingungen in Bezug auf die Beschaffenheit der Räumlichkeiten:

1. die Mindestfläche der gesamten Räumlichkeiten der Kinderkrippe beträgt 12 m² pro Betreuungsplatz, wovon mindestens 7 m² als Spiel-, Pflege- und Essbereich und 2 m² für den Schlaf und die Erholung vorgesehen sind;
2. falls die Kinderkrippe in einem Gebäude mit anderen Zweckbestimmungen als die der Kinderbetreuung angesiedelt ist, ist ein getrennter Zugang für die Kinderkrippe vorhanden;
3. die Kinderkrippe ist so eingerichtet, dass die Zugangskontrolle außenstehender Personen gewährleistet ist;
4. der in Artikel 19 genannte Bereich für Außenaktivitäten kann auf sichere Weise verriegelt werden;

5. die Treppen sind mit Stoßstufen ausgestattet und ihr Zugang ist durch Treppenschutzgitter gesichert. Die Treppen sind mit einem doppelten Handlauf, einen auf Kinderhöhe und einen auf Erwachsenenhöhe, versehen. Bei Fehlen dürfen diese nur in Begleitung von Erwachsenen genutzt werden. Wendeltreppen dürfen von den Kindern nicht genutzt werden, weder alleine noch in Begleitung von Erwachsenen;

6. alle den Kindern zugänglichen Räume sind mit einem Fußbodenbelag ausgelegt, der ein Ausrutschen verhindert. Es wird kein Teppich verwendet;

7. in den für die Betreuung bestimmten Räumen betragen die Öffnungen für Tageslicht mindestens ein Sechstel der Bodenfläche;

8. der Schlafraum ist von den anderen Räumen getrennt und so angelegt, dass eine akustische Isolation zu den anderen Bereichen besteht. Wenn Säuglinge betreut werden, ist eine getrennte Ruhefläche für diese vorzusehen;

9. die Ausstattung der Schlafräume entspricht den Richtlinien des Ministers;

10. die Kinderkrippe verfügt über ein Isolierzimmer mit Sichtkontakt zu den Betreuungsräumen;

11. die Gestaltung der in Artikel 20 Nummer 5 genannten Küche ermöglicht eine schnelle und einfache Verteilung der Nahrung;

12. der Hygienebereich ist mit genügend Waschbecken, Wickeltischen und dem Alter der Kinder angepassten Toiletten und Handwaschbecken ausgestattet;

13. an den Öffnungstagen werden die Räumlichkeiten täglich gesäubert. Die Art der Pflege von Böden und Oberflächen ist mit der Kleinkindbetreuung vereinbar;

14. die Kinderkrippe sorgt für eine regelmäßige Reinigung des Materials und der Bettwaren;

15. die eventuell vorhandenen Sandkästen sind derartig abgedeckt, dass eine Verunreinigung vermieden wird. Der Sand wird mindestens einmal jährlich erneuert.

Abschnitt 2 — Besondere Verpflichtungen

Art. 88 - § 1 - Die Kinderkrippe gewährleistet die Präsenz einer ausreichenden Anzahl Kinderbetreuer und verfügt mindestens über Kinderbetreuer gemäß nachfolgender kumulativer Tabelle:

Anzahl Plätze	Anzahl Kinderbetreuer
18	3
21	3,5
24	4
27	4,5
30	5
33	5,5
36	6
39	6,5
42	7
45	7,5
48	8

§ 2 - Die Kinderkrippe verfügt mindestens über sozial-pädagogisches Fachpersonal gemäß nachfolgender kumulativer Tabelle:

Anzahl Plätze	Anzahl sozial-pädagogisches Fachpersonal
18	0,5
21	0,5
24	0,75
27	0,75
30	1
33	1
36	1,25
39	1,25
42	1,50
45	1,50
48	1,75

§ 3 - Die Kinderkrippe verfügt für die Springerfunktion mindestens über Kinderbetreuer gemäß nachfolgender kumulativer Tabelle:

Anzahl Plätze	Anzahl Kinderbetreuer in Springerfunktion
18	0,5
21	0,5
24	0,75
27	0,75
30	1
33	1
36	1,25
39	1,25
42	1,50
45	1,50
48	1,75

§ 4 - Jedes in den §§ 1-3 erwähnte Personalmitglied ist mindestens halbezeitig beschäftigt.

§ 5 - Die Kinderbetreuer verfügen mindestens über einen Bildungsnachweis als Säuglings- oder Kinderpfleger, Kinderbetreuer, Erzieher oder ein diesen Ausbildungen gleichgestelltes Diplom.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Stehen aufgrund eines nachgewiesenen Arbeitskräftemangels keine Personen mit einer Ausbildung im Kinderbetreuungs- oder Erziehungsbereich zur Verfügung, kann die Kinderkrippe für eine Höchstdauer von vier Monaten Inhaber anderer Qualifikationen zulassen. Falls der Arbeitskräftemangel darüber hinaus anhält, beantragt die Kinderkrippe spätestens zwei Monate vor Ablauf der Viermonatsfrist eine begründete Ausnahmegenehmigung bei dem Minister. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Der Minister stimmt dem Antrag zu, wenn die Fähigkeiten der Betreuungsperson den von ihm festgelegten Richtlinien entsprechen.

§ 6 - In Abweichung von Artikel 92 § 1 Absatz 2 wird für die Bezuschussung der in § 5 Absatz 2 erwähnten Personen als Höchstzuschuss die durch die Regierung für die Personalbezuschussung im Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegte Gehaltstabelle für einen Kinderbetreuer berücksichtigt;

§ 7 - Artikel 62 §§ 3-5 ist auf die Kinderkrippen entsprechend anwendbar.

Art. 89 - Die Artikel 64 sowie 67-69 sind auf die Kinderkrippen entsprechend anwendbar.

Abschnitt 3 — Bezuschussung

Art. 90 - Unbeschadet eines gegebenenfalls abgeschlossenen Geschäftsführungsvertrags gemäß Artikel 13 des Dekrets, können anerkannte Kinderkrippen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts erhalten.

Art. 91 - § 1 - Um bezuschusst werden zu können, liegt die Mindestauslastung der Kinderkrippe während der 220 festgelegten Öffnungstage durchschnittlich bei 70 % .

§ 2 - Die Berechnung der Auslastung erfolgt einmal jährlich auf Basis der realen Anwesenheiten, wobei sowohl ganze als auch halbe Tage als volle Anwesenheiten gezählt werden. Für die Berechnung der Auslastung wird folgende Formel angewandt:

Theoretische maximale Aufnahmekapazität: $220 T \times \text{Aufnahmekapazität} = X$; Auslastungsberechnung: Reale Betreuungstage = $Y = \% \text{ von } X$.

§ 3 - Nach der Eröffnung einer neuen Kinderkrippe beginnt eine dreijährige Startphase für die Berechnung der durchschnittlichen Mindestauslastung.

In Abweichung von § 1 kann im ersten Kalenderjahr nach der Öffnung die durchschnittliche Auslastung zwischen 30 % und 50 % liegen. Im zweiten Kalenderjahr kann sie zwischen 50 % und 70 % liegen.

Im dritten Kalenderjahr dieser Startphase ist eine durchschnittliche Auslastung von 70 % zu erreichen. Falls diese Auslastung nicht erreicht wird, wird die Anzahl der anerkannten Plätze verringert. Falls es sich um eine Kinderkrippe mit 18 Plätzen handelt, wird die Bezuschussung ab dem folgenden Jahr eingestellt.

Insofern eine Kinderkrippe nach der dreijährigen Startphase in einem der nachfolgenden Kalenderjahre die in § 1 aufgeführte Auslastung nicht erreicht, kann sie noch ein Jahr weitergeführt werden. Wenn sie nach Ablauf dieses Kalenderjahres weiterhin nicht die durchschnittliche Mindestauslastung erfüllt, wird die Anzahl der anerkannten Plätze verringert. Falls es sich um eine Kinderkrippe mit 18 Plätzen handelt, wird die Bezuschussung ab dem folgenden Jahr eingestellt.

§ 4 - Eine Erweiterung der Anzahl Plätze setzt voraus, dass eine durchschnittliche Auslastung von mindestens 80 % der vorhandenen Plätze während zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren gewährleistet wurde.

Art. 92 - § 1 - Für die Bezuschussung der Personalkosten finden die durch die Regierung für den Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Bemessungsgrundlagen Anwendung.

Es werden nur die Kosten von Personalmitgliedern berücksichtigt, die über die in vorliegendem Kapitel zugelassenen Diplome verfügen.

§ 2 - Für die Bezuschussung der Personalkosten der Kinderkrippe wird die folgende kumulative Tabelle berücksichtigt:

Anzahl Plätze	Anzahl Betreuungstage	Anzahl Kinderbetreuer	Anzahl sozialpädagogisches Fachpersonal	Anzahl Kinderbetreuer in Springerfunktion
18	2.772	3	0,5	0,5
21	3.234	3,5	0,5	0,5
24	3.696	4	0,75	0,8
27	4.158	4,5	0,75	0,8
30	4.620	5	1	1
33	5.082	5,5	1	1
36	5.544	6	1,25	1,25
39	6.006	6,5	1,25	1,25
42	6.468	7	1,50	1,50
45	6.930	7,5	1,50	1,50
48	7.392	8	1,75	1,75

Etwaige erhaltene Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden in Abzug gebracht.

§ 3 - Artikel 72 § 5 ist auf die Kinderkrippen entsprechend anwendbar.

Art. 93 - § 1 - Die Kinderkrippe kann für die Betreuung von Kindern mit einer Behinderung oder mit einem besonderen Pflegebedarf, insofern diese Kinder einer intensiveren Betreuung und Zuwendung bedürfen, einen zusätzlichen Zuschuss von 9,26 Euro für einen ganzen und 5,55 Euro für einen halben Betreuungstag erhalten.

Zu diesem Zweck reicht die Kinderkrippe einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Fachbereich ein, dem ein Gutachten einer spezialisierten Einrichtung oder eines Facharztes oder gegebenenfalls ein Sozialbericht beigelegt ist. Der Fachbereich erstellt innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung des Zuschusses. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

§ 2 - Artikel 97 ist für die Anwendung des vorliegenden Artikels entsprechend anwendbar.

Art. 94 - Für die Organisation der in Artikel 14 erwähnten Weiterbildung erhält die Kinderkrippe eine Jahrespauschale von höchstens 745 Euro.

Art. 95 - Die Artikel 77-78 sind auf die Kinderkrippen entsprechend anwendbar.

Abschnitt 4 - Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten

Art. 96 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind auf die Kinderkrippen anwendbar, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst werden.

Art. 97 - Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts gilt:

1. Kleinkinder: in Abweichung von Artikel 1 Nummer 2 Kinder, die ihr viertes Lebensjahr noch nicht vollendet haben;

2. bei der Kleinkindbetreuung:

a) Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf bis zehn Stunden pro Tag;

b) Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von bis zu fünf Stunden pro Tag;

c) Langzeitbetreuung: Kinderbetreuung von mehr als zehn Stunden pro Tag.

Art. 98 - Die Artikel 81-85 sind auf die Kinderkrippen entsprechend anwendbar, mit Ausnahme der Artikel 81 § 2, 82 § 2 Absatz 1 Nummer 3 sowie 85 § 1 Absatz 2 Nummer 5.

Kapitel 3 — *Mini-Krippen*

Abschnitt 1 — Besondere Anerkennungsbedingungen

Art. 99 - § 1 - Die Mini-Krippe weist eine Aufnahmekapazität von mindestens sechs und höchstens 14 Plätzen auf.

§ 2 - Artikel 86 § 2 ist auf die Mini-Krippen entsprechend anwendbar.

Art. 100 - Artikel 87 ist auf die Mini-Krippen entsprechend anwendbar.

Abschnitt 2 — Besondere Verpflichtungen

Art. 101 - § 1 - Die Mini-Krippe gewährleistet die Präsenz einer ausreichenden Anzahl Kinderbetreuer und verfügt mindestens über Kinderbetreuer gemäß nachfolgender kumulativer Tabelle:

Anzahl Plätze	Anzahl Kinderbetreuer
6 - 8	1,25
9 - 11	1,75
12 - 14	2,25

§ 2 - Die Mini-Krippe verfügt mindestens über sozial-pädagogisches Fachpersonal gemäß nachfolgender kumulativer Tabelle:

Anzahl Plätze	Anzahl sozial-pädagogisches Fachpersonal
6-14	0,50

§ 3 - Die Mini-Krippe verfügt mindestens für die Springerfunktion über Kinderbetreuer gemäß nachfolgender kumulativer Tabelle:

Anzahl Plätze	Anzahl Springer/ Kinderbetreuer
6-14	0,50

§ 4 - Jedes in den §§ 1-3 erwähnte Personalmitglied ist mindestens halbezeitig beschäftigt.

Das sozial-pädagogische Fachpersonal kann auch in der Kinderbetreuung tätig sein.

§ 5 - Die Artikel 62 §§ 3-4 und 88 § 5 sind auf die Mini-Krippen entsprechend anwendbar.

Art. 102 - Die Mini-Krippe gewährleistet die Betreuung von Kleinkindern mindestens von montags bis freitags während neun Stunden pro Tag und an 220 Arbeitstagen pro Kalenderjahr.

Art. 103 - Die Artikel 67-69 sind auf die Mini-Krippen entsprechend anwendbar.

Abschnitt 3 — Bezuschussung

Art. 104 - Unbeschadet eines gegebenenfalls abgeschlossenen Geschäftsführungsvertrags gemäß Artikel 13 des Dekrets, können anerkannte Mini-Krippen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts erhalten.

Art. 105 - Um bezuschusst werden zu können, sieht die Mini-Krippe eine Kostenbeteiligung für Nutznießer sowie ein Sozialtarif für Familien mit geringem Einkommen vor.

Art. 106 - Für die Organisation der Mini-Krippe erhält der Dienst der Kinderbetreuung eine Jahrespauschale von 3.500 Euro pro Platz.

Der Dienst der Kinderbetreuung beantragt diesen Zuschuss bis spätestens zum 31. Mai des dem Tätigkeitsjahr folgenden Jahres bei dem Fachbereich.

Art. 107 - Die Artikel 78, 91 und 93 sind auf die Mini-Krippen entsprechend anwendbar.

*Kapitel 4 — Standorte der Ausserschulischen Betreuung**Abschnitt 1 — Besondere Anerkennungsbedingungen*

Art. 108 - In den Räumlichkeiten des Standortes der außerschulischen Betreuung ist mindestens ein Spielraum und ein Ruhebereich im wohnlichen Rahmen mit einer kinderfreundlichen Einrichtung vorhanden.

Abschnitt 2 — Besondere Verpflichtungen

Art. 109 - Die von dem Standort der außerschulischen Betreuung angebotene Betreuung ist deutlich vom schulischen Alltag abgegrenzt. Diese Abgrenzung ist in der Organisation, in den Räumlichkeiten und im Betreuungskonzept erkennbar.

Art. 110 - § 1 - Der Standort der außerschulischen Betreuung gewährleistet die Präsenz einer ausreichenden Anzahl Kinderbetreuer und verfügt mindestens über Betreuungspersonal gemäß nachfolgender kumulativer Tabelle:

Durchschnittliche Anwesenheit	Anzahl Betreuer
1-16	1
17-32	2
33-48	3

Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr.

§ 2 - Das Betreuungspersonal erfüllt mindestens folgende Bedingungen:

1. über pädagogische und organisatorische Fähigkeiten verfügen und für die Kinder und Erziehungsberechtigten zur Verfügung stehen;
2. bereit sein, seine Vorstellungen und Kenntnisse über die Kinderbetreuung weiterzuentwickeln;
3. einen abgeschlossenen Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder nachweisen oder sich vertraglich verpflichten, einen solchen Kursus binnen eines Jahres nach Anstellung zu absolvieren. Die Ersthelferkenntnisse werden alle zwei Jahre erneuert.

§ 3 - Der Minister kann in begründeten Ausnahmefällen dem Standort der außerschulischen Betreuung eine Frist einräumen, um die in § 1 erwähnten Normen einzuhalten. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Art. 111 - Der Standort der außerschulischen Betreuung gewährleistet die angebotene Betreuung an mindestens vier Tagen pro Schulwoche vor und/oder nach der Schule.

Der Standort der außerschulischen Betreuung kann auch Kinderbetreuung während der Schulferien anbieten.

Art. 112 - Der Standort der außerschulischen Betreuung sorgt für die Sicherheit der Kinder auf dem Weg zwischen der Schule und den Räumlichkeiten der außerschulischen Betreuung sowie bei eventuellen Außenaktivitäten.

Abschnitt 3 — Bezuschussung

Art. 113 - Unbeschadet eines gegebenenfalls abgeschlossenen Geschäftsführungsvertrags gemäß Artikel 13 des Dekrets, können anerkannte Standorte der außerschulischen Betreuung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts erhalten.

Art. 114 - § 1 - Um bezuschusst werden zu können, hält der Standort der außerschulischen Betreuung folgende Bedingungen ein:

1. das Betreuungsangebot richtet sich grundsätzlich an alle Kinder, die im deutschen Sprachgebiet ihren Wohnsitz haben oder als Schüler im Regel- oder Förderschulwesen eingeschrieben sind;
2. die durchschnittliche Anwesenheit liegt bei mindestens sechs Kindern pro Kalenderjahr. Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr;
3. es ist eine Kostenbeteiligung für Nutznießer sowie ein Sozialtarif für Familien mit geringem Einkommen vorgesehen.

§ 2 - Nach der Eröffnung eines neuen Standortes der außerschulischen Betreuung beginnt eine zweijährige Startphase.

In Abweichung von § 1 Nummer 2 muss die durchschnittliche Anwesenheit von mindestens sechs Kindern im ersten Jahr der Startphase nicht erreicht werden. Falls diese durchschnittliche Mindestanwesenheit im zweiten Jahr der Startphase nicht erreicht wird, wird die Bezuschussung des Standortes ab dem folgenden Jahr eingestellt.

Insofern ein Standort nach der zweijährigen Startphase in einem der nachfolgenden Kalenderjahre die in § 1 Nummer 2 aufgeführte durchschnittliche Mindestanwesenheit nicht erreicht, kann er noch im folgenden Jahr bezuschusst werden. Wenn er nach Ablauf dieses Kalenderjahres weiterhin nicht die durchschnittliche Mindestanwesenheit erfüllt, wird die Bezuschussung des Standortes eingestellt.

Art. 115 - § 1 - Um bezuschusst werden zu können, gewährleistet ein Standort der außerschulischen Betreuung die Präsenz einer ausreichenden Anzahl Kinderbetreuer und verfügt mindestens über Betreuungspersonal gemäß nachfolgender kumulativer Tabelle:

Durchschnittliche Anwesenheit	Anzahl Betreuer
1-10	1
11-22	2
23-36	3
37-50	4
51-64	5

§ 2 - Das Betreuungspersonal der bezuschussten Standorte der außerschulischen Betreuung erfüllt mindestens folgende Bedingungen:

1. über eine Ausbildung im Kinderbetreuungs- oder Erziehungsbereich verfügen;
2. bereit sein, seine Vorstellungen und Kenntnisse über Kinderbetreuung weiterzuentwickeln;
3. einen abgeschlossenen Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder nachweisen oder sich vertraglich verpflichten, einen solchen Kursus binnen eines Jahres nach Anstellung zu absolvieren. Die Ersthelferkenntnisse werden alle zwei Jahre erneuert.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Stehen aufgrund eines nachgewiesenen Arbeitskräftemangels keine Personen mit einer Ausbildung im Kinderbetreuungs- oder Erziehungsbereich zur Verfügung, kann der Standort der außerschulischen Betreuung für eine Höchstdauer von vier Monaten Inhaber anderer Qualifikationen zulassen. Falls der Arbeitskräftemangel darüber hinaus anhält, beantragt der Standort der außerschulischen Betreuung spätestens zwei Monate vor Ablauf der Viermonatsfrist eine begründete Ausnahmegenehmigung bei dem Minister. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Der Minister stimmt dem Antrag zu, wenn die Fähigkeiten der Betreuungsperson den von ihm festgelegten Richtlinien entsprechen.

§ 3 - Wird dem Standort der außerschulischen Betreuung eine Frist eingeräumt, um die in Artikel 110 festgelegten Normen einzuhalten, bleibt die Bezuschussung gemäß dem vorliegenden Abschnitt unberührt.

Art. 116 - Der Dienst der Kinderbetreuung erhält pro Standort der außerschulischen Betreuung einen einmaligen Erstausstattungszuschuss von höchstens 2.000 Euro, der innerhalb von zwei Jahren ab Datum der Anerkennung beansprucht werden kann. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt erst, nachdem der Fachbereich die eingereichten Belege geprüft hat.

Wird die außerschulische Betreuung vor Ablauf von zwei Jahren nach der Einrichtung wieder geschlossen, ist der Dienst der Kinderbetreuung auf Anforderung gegebenenfalls verpflichtet, die aus Mitteln der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeschaffte Ausstattung dem Fachbereich auszuhändigen.

Art. 117 - Werden die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts eingehalten, übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft 50 % des Defizits pro Standort, wenn die Ergebnisrechnung des Standortes der außerschulischen Betreuung am Ende des Kalenderjahres unter Berücksichtigung aller Einnahmen ein Defizit aufweist.

In Abweichung von Absatz 1 übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft für Kinder, die die außerschulische Betreuung in Anspruch nehmen oder genommen haben und nicht im deutschen Sprachgebiet ihren Wohnsitz haben, aber dort eine Schule besuchen oder besucht haben, das eventuelle Defizit vollständig.

Art. 118 - Der Dienst der Kinderbetreuung beantragt die in Artikel 116 und 117 beschriebenen Zuschüsse bis spätestens zum 31. Mai des dem Tätigkeitsjahr folgenden Jahres bei dem Fachbereich.

Art. 119 - Die Artikel 78 und 93 sind auf die Standorte der außerschulischen Betreuung entsprechend anwendbar.

Titel 3 — Konventionierte Tagesmütter/-väter

Untertitel 1 — Allgemeine Bestimmung

Art. 120 - Die Bestimmungen des vorliegenden Titels sind ausschließlich als besondere Verpflichtungen gemäß Artikel 60 § 1 auf den Tagesmüttersdienst anwendbar. Dieser sorgt für ihre Einhaltung.

Untertitel 2 — Inhaltliche Bestimmungen

Kapitel 1 — Zulassungsbedingungen

Art. 121 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter weisen vor Beginn ihrer Tätigkeit folgende Unterlagen vor:

1. einen Auszug aus dem Strafregister (Muster 2) für sich selbst sowie, falls die Kinderbetreuung in ihrer Wohnung stattfindet, für alle volljährigen Personen, die dem Haushalt angehören und/oder regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden. Liegt der Wohnsitz im Ausland, weisen sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das den Zugang zu einer Tätigkeit ermöglicht, die in den Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen fällt;

2. ein ärztliches Attest, das nicht älter als zwei Monate ist und belegt, dass sie gesundheitlich in der Lage sind, Kinder zu betreuen und keine Zeichen physischer oder psychischer Leiden oder Beeinträchtigungen bestehen, die eine gesundheitliche Gefahr für die betreuten Kinder darstellen könnten;

3. insofern dies nicht aus dem in Nummer 2 erwähnten ärztlichen Attest hervorgeht, für die in der Kinderbetreuung tätigen weiblichen Personen, die jünger als 55 Jahre sind, sowie, falls die Kinderbetreuung in ihrer Wohnung stattfindet, für die weiblichen Mitglieder ihres Haushaltes, die jünger als 55 Jahre sind, einen ärztlichen Beleg, dass sie gegen Röteln immunisiert sind. Die Verweigerung einer gegebenenfalls noch ausstehenden Impfung wird nur aufgrund eines entsprechenden begründeten ärztlichen Attestes angenommen.

Art. 122 - § 1 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter sind mindestens 21 und höchstens 65 Jahre alt.

§ 2 - In Abweichung von § 1 können die konventionierten Tagesmütter/-väter eine Ausnahmegenehmigung zur festgelegten Höchstaltersgrenze beantragen.

Zu diesem Zweck reichen die konventionierten Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Tagesmüttersdienst ein, dem ein positives ärztliches Attest beigelegt ist. Der Tagesmüttersdienst überprüft, ob die physische und psychische Belastbarkeit der Person eine Fortführung der Tätigkeit über die Höchstaltersgrenze hinaus erlaubt und entscheidet innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags über die Gewährung der Ausnahmegenehmigung und ihre Dauer. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Die Dauer der Ausnahmegenehmigung ist in jedem Fall auf höchstens zwei Jahre begrenzt und kann erneuert werden.

Der Tagesmüttersdienst hält jede individuelle Ausnahmegenehmigung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

Der Fachbereich erhält eine Abschrift der Ausnahmegenehmigung.

Art. 123 - § 1 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter verpflichten sich:

1. jede maßgebliche Veränderung ihres Gesundheitszustandes dem Tagesmüttersdienst unverzüglich zu melden;
2. keine berufliche oder außerberufliche Aktivität auszuüben, die nicht mit der Kinderbetreuung zu vereinbaren ist oder die sie während der Dienstleistungsstunden von der Betreuung der Kinder abhalten könnte;
3. eine Beschäftigung zu mindestens 34 % beziehungsweise für 288 Betreuungstage zu erlauben, wenn Betreuungsanfragen vorliegen. Die Berechnung der Auslastung erfolgt jährlich auf Basis der geleisteten Betreuungstage, wobei halbe Betreuungstage ganzen Betreuungstagen gleichgestellt werden. Dritteltagsbetreuungen werden zu einem Drittel berechnet.

§ 2 - In Abweichung von § 1 Nummer 3 können die konventionierten Tagesmütter/-väter eine zeitlich begrenzte Ausnahmegenehmigung zur festgelegten Mindestbeschäftigung beantragen.

Die Ausnahme ist möglich unter der Voraussetzung, dass gesundheitliche Gründe vorliegen. Dem Antrag wird ein entsprechendes ärztliches Attest beigelegt.

Der Tagesmüttersdienst hält jede individuelle Ausnahmegenehmigung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

Der Fachbereich erhält eine Abschrift der Ausnahmegenehmigung.

Art. 124 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter erstellen ein Betreuungskonzept nach dem Modell, das der Tagesmütterdienst gemäß Artikel 59 vorgibt.

Art. 125 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter erklären sich bereit, regelmäßig an den Weiterbildungen teilzunehmen, die der Tagesmütterdienst anbietet.

Kapitel 2 — Beschaffenheit der Räumlichkeiten

Art. 126 - Gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Dekrets findet die Kinderbetreuung in einem hierfür angemessenen Umfeld und in ausreichend großen, sicheren und sauberen Räumlichkeiten statt. Es ist ein Bereich für Außenaktivitäten vorhanden, der vorzugsweise an die Betreuungsräume angegliedert ist.

Art. 127 - Die Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfindet, und alle Räume, die den Kindern zugänglich sind, erfüllen folgende Kriterien:

1. insofern nicht weiter definiert, entspricht die Größe der Räumlichkeiten der Anzahl betreuter Kinder, sodass diese sich frei bewegen können;
2. es ist ein Schlaf- und Ruhebereich vorgesehen;
3. es ist eine Küchenzeile mit Spüle, Herd und Kühlschrank vorgesehen;
4. die Räume sind mit dem für die Betreuung erforderlichem Mobiliar und ausreichendem Spielmaterial ausgestattet;
5. die Räumlichkeiten befinden sich in einem guten Zustand und werden entsprechend gehalten;
6. die konventionierten Tagesmütter/-väter sind in den Räumen telefonisch erreichbar.

Art. 128 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter gestalten die Räumlichkeiten, zu denen die Kinder Zugang haben, so, dass eine maximale Sicherheit gewährleistet ist. Dazu sind die konventionierten Tagesmütter/-väter darauf bedacht, alle möglichen Gefahren und Risiken ausfindig zu machen. Sie treffen alle notwendigen Maßnahmen um ein sicheres Umfeld mit vermindertem Unfallrisiko zu schaffen.

Bei der sicheren Gestaltung der Räumlichkeiten gelten folgende Kriterien:

1. der Außenbereich und der Zugang zu diesem sind gesichert;
2. die Anordnung und Gestaltung der Bereiche sichert die visuelle Aufsicht der Kinder durch konventionierten Tagesmütter/-väter;
3. die Beheizung erfolgt durch eine Zentralheizung. Für die Beheizung dürfen keine Hochtemperaturstrahler verwendet werden. Die Heizkörper sind wirkungsvoll gesichert;
4. die konventionierten Tagesmütter/-väter treffen alle Maßnahmen zur Verhütung einer Kohlenstoffmonoxydvergiftung. Zu diesem Zweck sichern sie die regelmäßige Wartung der Geräte zur Beheizung und zur Warmwasserproduktion sowie zur Abluft;
5. der Gebrauch von gesundheitsschädlichen Produkten wie Pestizide, Unkrautvernichtungsmittel, Insektenvernichtungsmittel findet nur in Abwesenheit der Kinder und unter Sicherheitsvorkehrungen statt;
6. die Treppen sind vorzugsweise mit Stoßstufen ausgestattet und ihr Zugang ist durch Treppenschutzgitter gesichert. Falls keine Stoßstufen vorhanden sind, dürfen sie von Kindern bis sechs Jahren nur in Begleitung von Erwachsenen betreten werden;
7. Wendeltreppen dürfen von den Kindern nur in Begleitung von Erwachsenen betreten werden;
8. wenn die Kinder Zugang zu erhöhten Terrassen haben, dann sind diese durch ein Geländer oder eine Begrenzung gesichert;
9. die Geländer und/oder Begrenzungen entsprechen den Richtlinien des Ministers;
10. die Fenster und Türen öffnen und schließen sich auf sichere Art und Weise;
11. es gibt keine vorstehenden scharfen Kanten, Ecken oder Endpunkte, die keine Gefahr darstellen, es sei denn diese sind mit einem entsprechenden Schutz versehen;
12. die Ausstattung der Schlafräume entspricht den Richtlinien des Ministers;
13. die Steckdosen, die Schalter und alle elektrischen Geräte oder Installationen, die eine Gefahr darstellen könnten, sind außer Reichweite der Kinder oder mit einem sachgemäßen Sicherheitssystem ausgestattet;
14. Reinigungsmittel, chemische Produkte, leicht entzündliche Substanzen, Medikamente und andere möglicherweise gefährliche Gegenstände sind außer Reichweite der Kinder an einem gesicherten Platz aufzubewahren;
15. Schwimmbäder, Planschbecken, Gartenteiche, Tümpel oder andere Gewässer sind so abgedeckt und gesichert, dass sie für Kinder unzugänglich sind;
16. gesundheitsschädliche Pflanzen befinden sich sowohl im Innen- als auch im Außenbereich außer Reichweite der Kinder;
17. an jedem Betreuungsort steht ein ausgestatteter Erste-Hilfe-Kasten entsprechend den Richtlinien des Ministers zur Verfügung.
18. in den Schlaf- und Betreuungsräumen sind Rauchmelder gemäß dem Erlass der Wallonischen Regierung vom 21. Oktober 2004 über das Vorhandensein von Feuermeldeanlagen in den Wohnungen angebracht;
19. insofern die/der konventionierte Tagesmutter/-vater Haustiere hält, die in Kontakt mit den betreuten Kindern kommen, sind die entsprechenden Richtlinien des Ministers anwendbar.

Art. 129 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter sichern die Einhaltung der Hygiene und der entsprechenden Maßnahmen in allen Tätigkeitsbereichen, insbesondere bei der Pflege der Kinder, der Raumpflege, der Bereitung von Speisen und der Müllentsorgung.

Bei der hygienischen Gestaltung der Räumlichkeiten gelten folgende Kriterien:

1. es sind den verschiedenen Altersstufen angepasste Sanitäreinrichtungen und Waschbecken in ausreichender Zahl vorhanden;
2. eine ausreichende natürliche Beleuchtung und Belüftung ist vorgesehen. Sie wird den Aktivitäten angepasst, die in diesen Räumlichkeiten stattfinden;
3. es besteht die Möglichkeit, die Räumlichkeiten den Außentemperaturen entsprechend zu heizen;
4. ein wirksamer Schutz vor Sonneneinstrahlung ist vorhanden;
5. bei normalen Wetterbedingungen betragen die Raumtemperaturen in der Regel 18 Grad Celsius in den Schlafräumen und 20 bis 22 Grad Celsius in den Betreuungsräumen;
6. alle Räumlichkeiten sind leicht zu säubern;
7. die Räumlichkeiten und das Material werden regelmäßig gesäubert. Die Art der Pflege von Böden, Oberflächen und Material ist mit der Kinderbetreuung vereinbar;
8. die Entsorgung des Abfalls erfolgt täglich in einen von der Kinderbetreuung getrennten Raum, der sich vorzugsweise im Außenbereich befindet;
9. die eventuell vorhandenen Sandkästen sind derartig abgedeckt, dass eine Verunreinigung vermieden wird. Der Sand wird mindestens einmal jährlich erneuert;
10. die Baumaterialien und der Zustand derselben dürfen die Gesundheit der Kinder nicht gefährden;
11. gemäß dem Gesetz vom 22. Dezember 2009 zur Einführung einer allgemeinen Regelung zum Rauchverbot in den für die Öffentlichkeit zugänglichen geschlossenen Räumlichkeiten und zum Schutz der Arbeitnehmer vor Tabakrauch ist es verboten, in den Schlaf- und Betreuungsräumen zu rauchen.

Kapitel 3 — Verpflichtungen

Abschnitt 1 — Zulassungsbedingungen und Beschaffenheit der Räumlichkeiten

Art. 130 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter erfüllen nach ihrer Zulassung weiterhin die im Dekret oder im vorliegenden Titel aufgeführten Bedingungen, die der Zulassung zugrunde liegen, und halten die vorgegebene Beschaffenheit der Räumlichkeiten ein.

Abschnitt 2 — Allgemeine Verpflichtungen

Art. 131 - § 1 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter betreuen die Kinder immer persönlich.

§ 2 - Nach Absprache mit dem Tagesmütterdienst können die konventionierten Tagesmütter/-väter Praktikanten unter ihrer Verantwortung aufnehmen.

Der Praktikant gilt als zusätzliche Betreuungsperson und kann nicht die konventionierten Tagesmütter/-väter ersetzen.

Art. 132 - § 1 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter dürfen höchstens vier Kleinkinder bis zum Alter von 3 Jahren und insgesamt höchstens sechs Kinder gleichzeitig betreuen, wobei die eigenen Kinder im betreffenden Alter in der Höchstanzahl einbegriffen sind.

§ 2 - In Abweichung von § 1 können die konventionierten Tagesmütter/-väter eine zeitlich begrenzte Ausnahmegenehmigung zur Ausdehnung der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, zur gleichzeitigen Betreuung von bis zu höchstens sechs Kleinkindern und insgesamt acht Kindern anfragen, wobei die eigenen Kinder im betreffenden Alter in der Höchstanzahl einbegriffen sind.

Die Ausnahme ist möglich unter der Voraussetzung, dass ein Mangel an Betreuungsplätzen gegeben ist und der Tagesmütterdienst aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen mit der/dem Tagesmutter/-vater und aufgrund der vorhandenen räumlichen Kapazitäten zu dem Schluss kommt, dass diese Ausnahmegenehmigung erteilt werden kann. Eine solche Ausnahmegenehmigung kann frühestens nach einem Jahr Tätigkeit erteilt werden.

Der Tagesmütterdienst hält jede individuelle Ausnahmegenehmigung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

Der Fachbereich erhält eine Abschrift der Ausnahmegenehmigung.

Art. 133 - § 1 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter verpflichten sich, ein Betreuungskapital von 115 Tagen pro Monat nicht zu überschreiten.

Das Betreuungskapital ist die maximale Anzahl Betreuungstage, die ein/e konventionierte/r Tagesmutter/-vater monatlich aufweisen darf, wobei Dritteltagsbetreuungen zu einem Drittel und Halbtagsbetreuungen zur Hälfte berechnet werden.

§ 2 - In Abweichung von § 1 können die konventionierten Tagesmütter/-väter eine zeitlich begrenzte Ausnahmegenehmigung zur Ausdehnung des Betreuungskapitals von bis zu höchstens 138 Betreuungstagen pro Monat anfragen.

Die Ausnahme ist möglich unter der Voraussetzung, dass ein Mangel an Betreuungsplätzen gegeben ist und der Tagesmütterdienst aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen mit der/dem konventionierten Tagesmutter/-vater und aufgrund der vorhandenen räumlichen Kapazitäten zu dem Schluss kommt, dass diese Ausnahmegenehmigung erteilt werden kann. Eine solche Ausnahmegenehmigung kann frühestens nach einem Jahr Tätigkeit erteilt werden.

Der Tagesmütterdienst hält jede individuelle Ausnahmegenehmigung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

Der Fachbereich erhält eine Abschrift der Ausnahmegenehmigung.

Art. 134 - Der Tagesmütterdienst empfiehlt den konventionierten Tagesmüttern/-vätern, die eigenen Kinder entsprechend den Richtlinien des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen impfen zu lassen.

Kapitel 4 — *Entschädigung*

Art. 135 - § 1 - Der Tagesmütterdienst zahlt den konventionierten Tagesmüttern/-vätern pro betreutes Kind folgende Kostenentschädigungen aus:

1. 18,51 Euro für einen ganzen Betreuungstag;
2. 11,11 Euro für einen halben Betreuungstag;
3. 7,40 Euro für eine Dritteltagsbetreuung im Rahmen einer außerschulischen Betreuung.

Die konventionierten Tagesmütter/-väter erhalten im Rahmen einer Langzeitbetreuung eine zusätzliche Kostenentschädigung von 3,52 Euro für jede Stunde, die über einen ganzen Betreuungstag hinausgeht.

Die im vorliegenden Paragraphen erwähnten Beträge werden um 50 % erhöht, falls es sich gemäß Artikel 73 § 2 um ein Kind mit einer Behinderung oder mit einem besonderen Pflegebedarf handelt, insofern diese Kinder einer intensiveren Betreuung und Zuwendung bedürfen.

§ 2 - Artikel 80 ist für die Anwendung des vorliegenden Artikels entsprechend anwendbar.

Art. 136 - Der Tagesmütterdienst zahlt den konventionierten Tagesmüttern/-vätern eine Jahrespauschale zur Deckung der zusätzlichen Müllkosten aus. Der Betrag der Jahrespauschale unterliegt einer vorherigen Genehmigungspflicht durch den Minister.

Art. 137 - Der Tagesmütterdienst zahlt den konventionierten Tagesmüttern/-vätern, die mindestens zehn Stunden im Jahr an den in Artikel 125 vorgesehenen Weiterbildungen teilgenommen haben, eine Jahrespauschale von 108,90 Euro aus.

Untertitel 3 — *Verfahrensbestimmungen*Kapitel 1 — *Zulassung*

Art. 138 - Für den Erhalt einer Zulassung reichen die konventionierten Tagesmütter/-väter einen Antrag bei dem Tagesmütterdienst ein.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen und Angaben beigefügt:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die ausführliche Umschreibung der Motivation, um als konventionierte/r Tagesmutter/-vater zu arbeiten;
3. die beantragte Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen;
4. die ausführliche Beschreibung des Betreuungsortes;
5. die in Artikel 121 erwähnten Unterlagen;
6. gegebenenfalls die in Artikel 122 § 2 erwähnte Ausnahmegenehmigung in Bezug auf die Höchstaltersgrenze;
7. eine Erklärung, dass der Antragsteller die anwendbaren Bestimmungen des Dekrets und des vorliegenden Erlasses sowie insbesondere die in den Artikeln 123 und 125 erwähnten Zulassungsbedingungen einhält;
8. die Zustimmung aller volljährigen Personen, die die Räume bewohnen, in denen die Betreuung durchgeführt wird, dass die Inspektion während der Öffnungszeiten diese Räume gemäß Artikel 17 § 1 Absatz 2 Nummer 4 des Dekrets einsehen darf;
9. das in Artikel 124 erwähnte Betreuungskonzept.

Art. 139 - Der Tagesmütterdienst prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Zulassung sowie die beigefügten Unterlagen. Ist der Antrag vollständig, prüft der Tagesmütterdienst die Eignung des Kandidaten gemäß dem in Artikel 58 festgelegten Verfahren.

Der Tagesmütterdienst entscheidet innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags über die Erteilung der Zulassung. Die Zulassung beinhaltet die Festlegung der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen. Die Entscheidung ist schriftlich und begründet. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Zulassung als verweigert.

Der Fachbereich erhält eine Abschrift der Zulassung.

Art. 140 - Die Zulassung ist persönlich und kann nicht ohne neuen Antrag übertragen werden.

Art. 141 - Die Dauer der Zulassung beträgt sechs Jahre und kann erneuert werden.

Die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann die Kinderbetreuung nur nach Erhalt der Zulassung beginnen.

§ 2 - In Abweichung von § 1 kann die Zulassung für eine geringere Dauer erteilt werden:

1. wenn die in Artikel 122 § 1 festgelegte Höchstaltersgrenze voraussichtlich während der Dauer der Zulassung erreicht wird;
2. in anderen begründeten Ausnahmefällen.

Art. 142 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter reichen den Antrag auf Erneuerung der Zulassung frühestens sechs Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Gültigkeit der Zulassung bei dem Tagesmütterdienst ein.

Der Antrag enthält die unter Artikel 138 Absatz 2 Nummern 1, 2, 3, 5 und 6 erwähnten aktualisierten Unterlagen.

Art. 143 - § 1 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter teilen dem Tagesmütterdienst während der Dauer der Zulassung innerhalb von 30 Tagen jede Änderung zu den in Artikel 138 Absatz 2 Nummern 4, 5, 6, 8 und 9 erwähnten Angaben schriftlich mit.

§ 2 - Der Tagesmütterdienst kann während der Dauer der Zulassung jederzeit eine aktuelle Ausführung der in § 1 erwähnten Angaben bei den konventionierten Tagesmüttern/-vätern anfordern.

Art. 144 - Änderungen zu den in Artikel 138 Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Angaben unterliegen einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reichen die konventionierten Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Tagesmütterdienst ein. Der Tagesmütterdienst entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags über die Genehmigung der Änderung. Die Entscheidung ist schriftlich und begründet. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann die Änderungen nur nach Erhalt einer Zusage vornehmen.

Kapitel 2 — Aussetzung und Entzug der Zulassung

Abschnitt 1 — Aussetzung der Zulassung

Art. 145 - § 1 - Der Fachbereich oder die Inspektion weisen den Tagesmütterdienst auf alle Fälle hin, in denen ein/e konventionierte/r Tagesmutter/-vater eine oder mehrere der im Dekret oder im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen auf Grundlage der ihnen zur Verfügung stehenden Informationen vermutlich nicht einhält.

§ 2 - Kommt der Tagesmütterdienst nach einem Hinweis gemäß § 1 oder aufgrund jeglicher anderer Hinweise oder Informationen zu der Schlussfolgerung, dass die/der konventionierte Tagesmutter/-vater eine oder mehrere der im Dekret oder im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen nicht einhält, fordert er die betroffene Person dazu auf, diesen Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann der/die konventionierte Tagesmutter/-vater spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen bei dem Tagesmütterdienst beantragen.

§ 3 - In dringenden Fällen kann der Tagesmütterdienst mittels eines besonders begründeten Beschlusses eine sofortige Anpassung auferlegen.

Art. 146 - § 1 - Kommt die/der konventionierte Tagesmutter/-vater nach der in Artikel 145 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt der Tagesmütterdienst die Zulassung aus.

Vor der Aussetzung teilt der Tagesmütterdienst der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater per Einschreibebrief seine Absicht mit. Die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung bei dem Tagesmütterdienst einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefs statt.

Der Tagesmütterdienst entscheidet innerhalb von 15 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung und die Dauer dieser Aussetzung. Die Entscheidung ist schriftlich und begründet.

Dieser Beschluss wird der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater unverzüglich zugestellt. Der Fachbereich erhält eine Abschrift des Beschlusses.

§ 2 - Während der Aussetzung der Zulassung nimmt die/der betroffene konventionierte Tagesmutter/-vater keine neuen Kinder zur Betreuung auf.

Art. 147 - § 1 - Der Minister kann aus volksgesundheitlichen Gründen oder Gründen der Sicherheit und der schweren Missachtung der anwendbaren Bestimmungen, um einen offensichtlich ernsthaften Schaden für die betreuten Kinder zu vermeiden, entscheiden, die Zulassung im Dringlichkeitsverfahren für eine unbefristete Dauer auszusetzen. Der Minister handelt, wenn die/der konventionierte Tagesmutter/-vater nach der in Artikel 145 § 3 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nachkommt, und entscheidet aufgrund eines Gutachtens der Inspektion und mittels eines besonders begründeten Beschlusses.

Die Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren hat die sofortige vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle für eine unbefristete Dauer zur Folge.

Vor der Aussetzung teilt der Minister der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater unverzüglich seine Absicht per Fax, per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von zehn Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefs statt.

Der Minister entscheidet innerhalb von fünf Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 3 genannten Frist über die Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren.

Dieser Beschluss wird der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater unverzüglich zugestellt. Der Tagesmütterdienst erhält eine Abschrift des Beschlusses und informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die sofortige vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle. Der Tagesmütterdienst gewährleistet gemäß Artikel 66 im Rahmen der Möglichkeiten die Kontinuität der Betreuung des Kindes.

§ 2 - Sind die Umstände, die zur Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren geführt haben, behoben, beendet der Minister umgehend die Aussetzung der Zulassung und die vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle. Der Tagesmütterdienst erhält eine Abschrift des Beschlusses und informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die erneute Öffnung der Kinderbetreuungsstelle.

Abschnitt 2 — Entzug der Zulassung

Art. 148 - Kommt die/der konventionierte Tagesmutter/-vater nach Ablauf der Dauer der in Artikel 146 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, entzieht der Tagesmütterdienst die Zulassung.

Vor dem Entzug teilt der Tagesmütterdienst der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater per Einschreibebrief seine Absicht mit. Die/der konventionierte Tagesmutter/-vater kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung bei dem Tagesmütterdienst einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefs statt.

Der Tagesmütterdienst entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über den Entzug. Die Entscheidung ist schriftlich und begründet.

Dieser Beschluss wird der/dem betroffenen konventionierten Tagesmutter/-vater unverzüglich zugestellt. Der Fachbereich erhält eine Abschrift des Beschlusses. Der Tagesmütterdienst informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über den Entzug der Zulassung.

Kapitel 3 — *Beendigung der Kinderbetreuung*

Art. 149 - Unbeschadet des Artikels 147 hat der Entzug der Zulassung einer/eines konventionierten Tagesmutter/-vaters gemäß Artikel 148 die Beendigung der Kinderbetreuung innerhalb von 30 Tagen zur Folge.

Mit der Beendigung der Kinderbetreuung wird die in Anwendung von Artikel 60 § 1 Absatz 2 abgeschlossene Vereinbarung von Rechtswegen beendet.

Art. 150 - § 1 - Die konventionierten Tagesmütter/-väter teilen dem Tagesmütterdienst jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung ihrer Tätigkeit schriftlich mit, die nicht auf einen Entzug der Zulassung gemäß Artikel 148 zurückzuführen ist. Ausgenommen sind Urlaubsperioden und Feiertage.

§ 2 - Die definitive Einstellung der Tätigkeit der konventionierten Tagesmütter/-väter hat den Entzug der Zulassung von Rechtswegen zur Folge.

Mit der definitiven Einstellung der Tätigkeit werden alle Kinderbetreuungen durch die/den konventionierte/n Tagesmutter/-vater beendet.

Art. 151 - Die in Anwendung von Artikel 28 abgeschlossenen Betreuungsverträge bleiben durch den Entzug der Zulassung der/des konventionierten Tagesmutter/-vaters beziehungsweise durch die definitive Einstellung der Tätigkeit unberührt.

Der Tagesmütterdienst unterbreitet bei der Beendigung der Kinderbetreuungen durch die/den konventionierte/n Tagesmutter/-vater den Erziehungsberechtigten schnellstmöglich ein neues Betreuungsangebot. Nimmt der Erziehungsberechtigte das Angebot nicht an oder kann der Tagesmütterdienst kein zutreffendes Angebot unterbreiten, ist der Betreuungsvertrag ab Datum der Absage von Rechtswegen beendet.

Titel 4 — Zentren für Kinderbetreuung

Kapitel 1 — *Inhaltliche Bestimmungen**Abschnitt 1 — Einhaltung der allgemeinen und besonderen Bestimmungen*

Art. 152 - Außer in den Fällen, für die das vorliegende Kapitel spezifische Bestimmungen vorsieht, halten die Zentren für Kinderbetreuung bei der Gewährleistung der in Artikel 163 Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Dienstleistungen die jeweils gemäß den Titeln 2 und 3 anwendbaren gemeinsamen und besonderen Bestimmungen ein.

Abschnitt 2 — Außerschulische Betreuung

Art. 153 - § 1 - Für Standorte der außerschulischen Betreuung, die durch ein Zentrum für Kinderbetreuung angeboten und gleichzeitig durch die Deutschsprachige Gemeinschaft und eine oder mehrere Gemeinden bezuschusst werden, wird das Anerkennungsverfahren nach den Bestimmungen des vorliegenden Artikels eingeleitet.

§ 2 - In Abweichung von Artikel 37 wird vor dem Einreichen eines Antrags auf vorläufige Anerkennung des Standortes der außerschulischen Betreuung im KBAK der betroffenen Gemeinde eine ausführliche Bedarfsanalyse vorgestellt und eine dazugehörige Stellungnahme ausgearbeitet. Wenn die Bedarfsanalyse eine durchschnittliche Anwesenheit von mindestens sechs Kindern pro Kalenderjahr erkennen lässt, kann eine positive Stellungnahme ausgesprochen werden.

Der KBAK wird auf Initiative der Gemeinde oder nach schriftlicher Anfrage eines interessierten Zentrums für Kinderbetreuung durch den Vorsitzenden des KBAK einberufen.

§ 3 - Liegt eine positive Stellungnahme vor, lässt der KBAK der Gemeinde einen Antrag zukommen, der zumindest folgende Punkte beinhaltet:

1. den Bedarf für die neue Initiative der Kinderbetreuung;
2. die vorgeschlagene Aufnahmekapazität;
3. die Beschreibung und die Lage der vorgeschlagenen Räumlichkeiten;
4. die begründete positive Stellungnahme des KBAK.

Insofern die Gemeinde nach Erhalt des Antrags einen positiven Beschluss fasst, kann sie bei dem Zentrum für Kinderbetreuung eine Anfrage zur Schaffung eines Standortes der außerschulischen Betreuung stellen.

§ 4 - Stellt die Gemeinde bei dem Zentrum für Kinderbetreuung eine Anfrage zur Schaffung eines Standortes der außerschulischen Betreuung, informiert sie zeitgleich den in Artikel 154 genannten Begleitausschuss über ihren Beschluss.

Innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt dieser Information fertigt der Begleitausschuss für den Standort der außerschulischen Betreuung ein begründetes Gutachten zu der Stellungnahme des KBAK an, das sich für oder gegen die Anerkennung eines neuen Standortes der außerschulischen Betreuung ausspricht.

§ 5 - Spätestens sechs Monate nach dem positiven Gutachten des Begleitausschusses kann das Zentrum für Kinderbetreuung bei dem Fachbereich einen Antrag auf vorläufige Anerkennung eines neuen Standortes der außerschulischen Betreuung gemäß Artikel 37 stellen. Wird diese Frist überschritten, ist das gemäß dem vorliegenden Artikel begonnene Anerkennungsverfahren hinfällig.

Ausgehend von der positiven Stellungnahme des KBAK, dem positiven Beschluss der Gemeinde und dem positiven Gutachten des Begleitausschusses entscheidet der Minister gemäß Artikel 38 über den Antrag.

Art. 154 - § 1 - Es wird ein Begleitausschuss für die Standorte der außerschulischen Betreuung eingerichtet, die durch ein Zentrum für Kinderbetreuung angeboten und gleichzeitig durch die Deutschsprachige Gemeinschaft und eine oder mehrere Gemeinden bezuschusst werden.

§ 2 - Der Begleitausschuss setzt sich aus jeweils einem Vertreter des Kollegiums jeder der neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zusammen.

Dem Begleitausschuss gehören ebenfalls mit beratender Stimme an:

1. ein oder mehrere Vertreter des Ministers;
2. ein oder mehrere Vertreter des Fachbereichs;
3. ein oder mehrere Vertreter des betroffenen Zentrums für Kinderbetreuung.

Der Begleitausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens sechs der neun Gemeindevertreter anwesend sind. Wenn der Begleitausschuss wegen unzureichender Teilnahme ein zweites Mal einberufen werden muss, zählt die einfache Stimmenmehrheit der Anwesenden.

Art. 155 - Nach der Eröffnung eines neuen Standortes der außerschulischen Betreuung, der durch ein Zentrum für Kinderbetreuung angeboten und gleichzeitig durch die Deutschsprachige Gemeinschaft und eine oder mehrere Gemeinden bezuschusst wird, beginnt eine zweijährige Startphase.

Im zweiten Jahr dieser Startphase ist eine durchschnittliche Anwesenheit von mindestens sechs Kindern zu erreichen. Falls diese durchschnittliche Anwesenheit nicht erreicht wird, wird der Standort innerhalb der nächsten sechs Monate geschlossen.

Insofern ein Standort nach der zweijährigen Startphase in einem der nachfolgenden Kalenderjahre die in Absatz 2 aufgeführte durchschnittliche Mindestanwesenheit nicht erreicht, kann er noch ein Jahr weitergeführt werden. Wenn er nach Ablauf dieses Kalenderjahres weiterhin nicht die durchschnittliche Mindestanwesenheit erfüllt, wird er innerhalb der nächsten sechs Monate geschlossen.

Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr.

Abschnitt 3 — Verschiedene Verpflichtungen

Art. 156 - Die Zentren für Kinderbetreuung verfügen mindestens über eine vollzeitbeschäftigte Leitung.

Diese Funktion wird von einer oder mehreren Personen wahrgenommen, die über einen Bildungsnachweis eines Hochschulstudiums langer Dauer verfügen.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Art. 157 - Die Zentren für Kinderbetreuung verfügen mindestens über eine halbzzeitbeschäftigte pädagogische Begleitung.

Diese Fachkraft verfügt über einen Bildungsnachweis eines Hochschulstudiums langer Dauer.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Art. 158 - Die Zentren für Kinderbetreuung reichen die in Artikel 34 § 2 erwähnte Ergebnisrechnung und Bilanz sowohl für das Zentrum global als auch jeweils für die in Artikel 163 Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Dienstleistungen einzeln und getrennt voneinander ein.

Abschnitt 4 — Bezuschussung

Art. 159 - Unbeschadet eines gegebenenfalls abgeschlossenen Geschäftsführungsvertrags gemäß Artikel 13 des Dekrets, können anerkannte Zentren für Kinderbetreuung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel einen Zuschuss gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels erhalten.

Art. 160 - Folgende Personalkosten der Zentren für Kinderbetreuung können bezuschusst werden:

1. 1 Vollzeitäquivalentstelle für die in Artikel 156 erwähnte Leitung;
2. 0,5 Vollzeitäquivalentstelle für die in Artikel 157 erwähnte pädagogische Begleitung.

Für die Bezuschussung der Personalkosten finden die durch die Regierung für den Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Bemessungsgrundlagen Anwendung.

Es werden nur die Kosten für Personalmitglieder berücksichtigt, die über die in den Artikeln 156 und 157 jeweils festgelegten Diplome verfügen.

Art. 161 - Die trimestriellen Belege für die Bezuschussung reicht das Zentrum für Kinderbetreuung spätestens sechs Wochen nach Ende eines jeden Trimesters bei dem Fachbereich ein.

Bei verspätetem Einreichen der trimestriellen Belege können 5 % des Zuschusses bei einem Monat und 10 % bei zwei oder mehr Monaten Verzug einbehalten werden.

Art. 162 - Unbeschadet des Artikels 159 gewährt der Minister auf Antrag des Zentrums für Kinderbetreuung die im vorliegenden Abschnitt genannten Zuschüsse nach vorheriger Prüfung durch den Fachbereich. Die Anträge auf Bezuschussung werden bei dem Fachbereich mit den gegebenenfalls erforderlichen Belegen eingereicht.

*Kapitel 2 — Verfahrensbestimmungen**Abschnitt 1 — Anerkennung*

Art. 163 - Für den Erhalt einer Anerkennung als Zentrum für Kinderbetreuung reichen die Dienstleister einen Antrag bei dem Fachbereich ein.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen und Angaben beigefügt:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der juristischen Person;
3. der Nachweis, dass unter Einhaltung der in den Titeln 2 und 3 aufgeführten Bestimmungen folgende Dienstleistungen angeboten werden:
 - a) mindestens ein Tagesmütterdienst,
 - b) mindestens eine Kinderkrippe,
 - c) mindestens ein Standort der außerschulischen Betreuung;
4. ein Konzept der Koordination der verschiedenen Dienstleistungen des Zentrums.

Art. 164 - § 1 - Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags sowie die beigefügten Unterlagen.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Erteilung einer Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

§ 2 - Der Antragsteller kann im Fall einer verweigerten Anerkennung bei der Regierung Einspruch einlegen.

Der Antragsteller übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreibebrief oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des verweigerten Antrags beziehungsweise nach Ablauf der in § 1 genannten Frist.

Die Regierung informiert den Fachbereich und die Inspektion über den Einspruch. Diese übermitteln der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist die Verwaltungsakte sowie jeweils eine Stellungnahme.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Erteilung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

Art. 165 - Die Anerkennung wird für einen unbestimmten Zeitraum erteilt.

Der Antragsteller kann das Zentrum für Kinderbetreuung nur nach Erhalt der Anerkennung in Betrieb nehmen.

Abschnitt 2 — Aussetzung und Entzug der Anerkennung

Art. 166 - Die Artikel 49-54 sind auf die Zentren für Kinderbetreuung entsprechend anwendbar.

Abschnitt 3 — Beendigung der Kinderbetreuung

Art. 167 - Die Artikel 55-57 sind auf die Zentren für Kinderbetreuung entsprechend anwendbar.

*Titel 5 — Kinderhorte**Untertitel 1 — Inhaltliche Bestimmungen**Kapitel 1 — Anerkennungsbedingungen**Abschnitt 1 — Trägerschaft*

Art. 168 - Ausschließlich juristische Personen, die keine Gewinnerzielungsabsicht verfolgen, werden als Träger eines oder mehrerer Kinderhorte anerkannt.

Abschnitt 2 — Personenbezogene Bestimmungen

Art. 169 - Die Kinderhorte stellen den in der Kinderbetreuung tätigen Personen, die von ihnen beauftragt wurden, sowie dem Hauptverantwortlichen und seinem Vertreter jährlich ein für sie kostenloses Weiterbildungsangebot zur Verfügung.

Art. 170 - Die Artikel 12 und 13 sind auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

Abschnitt 3 — Betreuungskonzept

Art. 171 - Der Kinderhort erstellt ein Betreuungskonzept.

Das Betreuungskonzept enthält zumindest:

1. die Zielsetzungen der Angebote;
2. die pädagogischen Grundsätze;
3. die Vorgehensweise der Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten;
4. die Vorgehensweise der Zusammenarbeit mit anderen Diensten;
5. die Vorgehensweise der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen;
6. das Verfahren zur Zulassung der Hortbetreuer im Hinblick auf ihre Eignung;

7. die Maßnahmen der Gesundheitsförderung;
8. die Angaben zum Beschwerdemanagement;
9. die Öffnungszeiten und Kontaktmöglichkeiten des Dienstes;
10. die Verfahrensrichtlinien bei Vermutung oder Feststellung von Kindesmisshandlung,-missbrauch und/oder Vernachlässigung, ansteckenden Krankheiten, andauerndem sozial auffälligem Verhalten, Vermutung oder Feststellung von Entwicklungsverzögerungen sowie über den Umgang mit Kindern mit Behinderung oder psychischer Beeinträchtigung.

Abschnitt 4 — Hausordnung

Art. 172 - Artikel 16 ist auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

Abschnitt 5 — Versicherungen

Art. 173 - Artikel 17 ist auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

Kapitel 2 — Beschaffenheit der Räumlichkeiten

Art. 174 - § 1 - Die Artikel 19-22 sind auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

§ 2 - Zusätzlich gelten folgende Bedingungen in Bezug auf die Beschaffenheit der Räumlichkeiten:

1. die Treppen sind mit Stoßstufen ausgestattet und ihr Zugang ist durch Treppenschutzgitter gesichert. Die Treppen sind mit einem doppelten Handlauf, einen auf Kinderhöhe und einen auf Erwachsenenhöhe, versehen. Bei Fehlen dürfen diese nur in Begleitung von Erwachsenen genutzt werden;
2. alle den Kindern zugänglichen Räume sind mit einem Fußbodenbelag ausgelegt, der ein Ausrutschen verhindert. Es wird kein Teppich verwendet;
3. der Hygienebereich ist mit genügend Waschbecken, Wickeltischen und dem Alter der Kinder angepassten Toiletten und Handwaschbecken ausgestattet.

Kapitel 3 — Verpflichtungen

Abschnitt 1 — Anerkennungsbedingungen und Beschaffenheit der Räumlichkeiten

Art. 175 - Die Kinderhorte erfüllen nach ihrer Anerkennung weiterhin die im Dekret oder im vorliegenden Titel aufgeführten Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, und halten die vorgegebene Beschaffenheit der Räumlichkeiten ein.

Abschnitt 2 — Allgemeine Verpflichtungen

Art. 176 - Der Kinderhort öffnet mindestens zwei Stunden und höchstens vier Stunden pro Tag. Die Betreuung wird mindestens einen Tag alle zwei Wochen und höchstens vier Tage pro Woche angeboten.

Art. 177 - § 1 - Die Höchstanzahl der Betreuungstage liegt für jedes Kind bei 90 pro Jahr.

§ 2 - In Abweichung von § 1 kann der Kinderhort für ein oder mehrere Kinder eine begründete zeitlich begrenzte Ausnahmegenehmigung beantragen.

Zu diesem Zweck reicht der Kinderhort einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Fachbereich ein. Der Fachbereich erstellt innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung der Ausnahmegenehmigung und ihre Dauer. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Art. 178 - § 1 - Der Kinderhort beauftragt für die Kinderbetreuung ausschließlich zugelassene Hortbetreuer. Er schließt hierfür eine schriftliche Vereinbarung mit diesen ab.

§ 2 - Für den Erhalt einer Zulassung erfüllen die Hortbetreuer mindestens folgende Bedingungen:

1. mindestens 18 und höchstens 65 Jahre alt sein;
2. über die Eignung zum Umgang mit Kindern verfügen;
3. bereit sein, seine Vorstellungen und Kenntnisse über die Kinderbetreuung weiterzuentwickeln;
4. bereit sein, an Weiterbildungen und insbesondere an Kursen in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder teilzunehmen.

§ 3 - In Abweichung von § 2 Nummer 1 kann der Kinderhort eine Ausnahmegenehmigung zur festgelegten Höchstaltersgrenze eines Hortbetreuers beantragen.

Zu diesem Zweck reicht der Kinderhort einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Fachbereich ein, dem ein positives ärztliches Attest beigelegt ist. Der Fachbereich überprüft, ob die physische und psychische Belastbarkeit der Person eine Fortführung der Tätigkeit über die Höchstaltersgrenze hinaus erlaubt und erstellt innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung der Ausnahmegenehmigung und ihre Dauer. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Die Dauer der Ausnahmegenehmigung ist in jedem Fall auf höchstens zwei Jahre begrenzt und kann erneuert werden.

Art. 179 - § 1 - Der Kinderhort verfügt mindestens über zugelassene Hortbetreuer gemäß nachfolgender kumulativer Tabelle:

Anzahl gleichzeitig anwesende Kinder	Anzahl anwesende Hortbetreuer
1-5	1
6-10	2
11-15	3
16-20	4
21-25	5
26-30	6

§ 2 - Die Hortbetreuer können sowohl vertraglich beschäftigte als auch ehrenamtliche Mitarbeiter sein.

§ 3 - Der Minister kann in begründeten Ausnahmefällen dem Kinderhort eine Frist einräumen, um die in § 1 erwähnten Normen einzuhalten. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Art. 180 - § 1 - Der Kinderhort bestimmt einen Hauptverantwortlichen, der mindestens die folgenden Bedingungen erfüllt:

1. die in Artikel 178 § 2 erwähnten Bedingungen erfüllen;
2. einen abgeschlossenen Kurs in Erster Hilfe für Kinder und Kleinkinder nachweisen. Die Ersthelferkenntnisse werden alle zwei Jahre erneuert;
3. mindestens über einen Bildungsnachweis als Säuglings- oder Kinderpfleger, Kinderbetreuer, Erzieher oder einem diesen Ausbildungen gleichgestellten Diplom verfügen.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

§ 2 - Die Aufgaben des Hauptverantwortlichen sind insbesondere:

1. die Umsetzung des pädagogischen Konzeptes mit dem Team;
2. die Begleitung und Anleitung der Hortbetreuer;
3. die tägliche Geschäftsführung;
4. die Funktion des offiziellen Ansprechpartners für Erziehungsberechtigte oder Behörden;
5. die Zulassung der Hortbetreuer nach Überprüfung der in Artikel 178 § 2 genannten Bedingungen unter Einhaltung des in Artikel 171 Absatz 2 Nummer 6 erwähnten Verfahrens.

Der Hauptverantwortliche ist grundsätzlich an jedem Betreuungstag erreichbar und kann auch in der Kinderbetreuung tätig sein.

§ 3 - Der Kinderhort bestimmt einen Vertreter des Hauptverantwortlichen, der mindestens die in § 1 Absatz 1 Nummer 1 und 2 aufgeführten Bedingungen erfüllt.

Bei Abwesenheit des Hauptverantwortlichen nimmt sein Vertreter die in § 2 Absatz 1 Nummern 1-4 beschriebenen Aufgaben wahr.

Art. 181 - Kranke Kinder können nur dann betreut werden, wenn keine Gefahr für die anderen betreuten Kinder besteht.

Der Kinderhort kann im Zweifelsfall ein medizinisches Attest verlangen.

Abschnitt 3 — Betreuungskonzept

Art. 182 - Artikel 24 ist auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

Abschnitt 4 — Hausordnung

Art. 183 - Artikel 25 ist auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

Abschnitt 5 — Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten

Art. 184 - § 1 - Der Kinderhort schließt vor Beginn der Betreuung einen schriftlichen Betreuungsvertrag mit den Erziehungsberechtigten ab.

Die Betreuung beginnt erst nach Unterzeichnung des Betreuungsvertrags durch alle Vertragsparteien.

§ 2 - Unbeschadet des § 1 kann der Kinderhort von den Erziehungsberechtigten ohne vorherige Anmeldung des Kindes genutzt werden.

Art. 185 - Der Kinderhort teilt den Erziehungsberechtigten rechtzeitig die Angaben zu den Schließungstagen mit.

Art. 186 - Die Artikel 26 sowie 30-31 sind auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

Abschnitt 6 — Brandschutz

Art. 187 - Artikel 32 ist auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

Abschnitt 7 — Berichtswesen

Art. 188 - Außer im ersten Jahr der Betreuung reicht der Kinderhort jährlich bis spätestens zum 1. Februar eine Übersichtsliste mit dem im Vorjahr effektiv beschäftigten Personal bei dem Fachbereich ein.

Die Übersichtsliste beinhaltet folgende Angaben zu den einzelnen Personalmitgliedern: Name, Geburtsdatum, Diplom beziehungsweise Qualifikation, Funktion, Diensteintritt, effektives Dienstalter, Beschäftigungsgrad.

Art. 189 - § 1 - Außer im ersten Jahr der Betreuung reicht der Kinderhort jährlich bis spätestens zum 1. April einen Tätigkeitsbericht des vergangenen Kalenderjahres bei dem Fachbereich ein.

Der Tätigkeitsbericht beinhaltet:

1. die Anzahl der Öffnungstage und die Öffnungszeiten;
2. die Gesamtzahl der Anwesenheiten;
3. die Gesamtzahl der durchschnittlichen Anwesenheiten;
4. die Auswertung und Einschätzung der Aktivitäten;
5. einen Querschnitt der besuchten Weiterbildungsveranstaltungen.

§ 2 - Artikel 34 §§ 2-3 ist auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

Art. 190 - Artikel 35 ist auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

Kapitel 4 — Bezuschussung

Art. 191 - Unbeschadet eines gegebenenfalls abgeschlossenen Geschäftsführungsvertrags gemäß Artikel 13 des Dekrets, können anerkannte Kinderhorte im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels erhalten.

Art. 192 - Um bezuschusst werden zu können, sieht der Kinderhort eine Kostenbeteiligung für Nutznießer sowie ein Sozialtarif für Familien mit geringem Einkommen vor.

Art. 193 - Für die Organisation des Kinderhortes erhält der Träger eine Jahrespauschale von 45 Euro für jeden Öffnungstag unter der Voraussetzung, dass eine durchschnittliche Anwesenheit von mindestens fünf Kindern pro Kalenderjahr erreicht wird. Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr.

Art. 194 - Der Träger beantragt den in Artikel 193 beschriebenen Zuschuss bis spätestens zum 1. April des dem Tätigkeitsjahr folgenden Jahres bei dem Fachbereich.

Art. 195 - Unbeschadet des Artikels 191 gewährt der Minister auf Antrag des Kinderhortes die im vorliegenden Kapitel genannten Zuschüsse nach vorheriger Prüfung durch den Fachbereich. Die Anträge auf Bezuschussung werden bei dem Fachbereich mit den gegebenenfalls erforderlichen Belegen eingereicht.

*Untertitel 2 — Verfahrensbestimmungen**Kapitel 1 — Anerkennung*

Art. 196 - Für den Erhalt einer vorläufigen Anerkennung reicht der Träger einen Antrag bei dem Fachbereich ein.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen und Angaben beigelegt:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der juristischen Person;
3. der Nachweis des Betreuungsbedarfs;
4. die beantragte Aufnahmekapazität;
5. das Finanzierungskonzept;
6. die Festlegung der Elternbeiträge;
7. die Beschreibung der Infrastruktur;
8. die Funktionsbeschreibung des Personals;
9. die Identität und Qualifikation der mit der Betreuung der Kinder beauftragten Personen sowie des Hauptverantwortlichen und seines Vertreters;
10. das Modell des Vertrags zwischen dem Kinderhort und den Hortbetreuern, in dem die in den Artikeln 169 und 170 erwähnten Verpflichtungen aufgeführt sind;
11. das Verfahren zur Prüfung der Eignung der Kandidaten, die eine Zulassung als Hortbetreuer beantragen;
12. das in Artikel 171 beschriebene Betreuungskonzept;
13. die in Artikel 172 beschriebene Hausordnung;
14. den Nachweis, dass die in Artikel 173 beschriebenen Versicherungen abgeschlossen wurden;
15. das Modell des Betreuungsvertrags zwischen dem Kinderhort und den Erziehungsberechtigten;
16. ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten, welches nicht älter als zwei Monate ist, zu den Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfinden soll;
17. die gemäß Artikel 9 § 2 erteilte positive Stellungnahme des KBAK der Gemeinde, in der der Kinderhort angesiedelt werden soll. Richtet sich das Angebot an die Bevölkerung mehrerer Gemeinden, wird eine Stellungnahme der jeweils örtlich zuständigen KBAK eingereicht.

Art. 197 - § 1 - Die Kinderhorte teilen dem Fachbereich während der Dauer der gegebenenfalls vorläufigen oder definitiven Anerkennung innerhalb von 30 Tagen jede Änderung zu den in Artikel 196 Absatz 2 Nummern 1, 2, 3, 5, 8, 13, 14 und 16 erwähnten Angaben schriftlich mit.

§ 2 - Der Fachbereich kann während der Dauer der gegebenenfalls vorläufigen oder definitiven Anerkennung jederzeit eine aktuelle Ausführung der in § 1 erwähnten Angaben bei den Kinderhorten anfordern.

Art. 198 - Änderungen zu den in Artikel 196 Absatz 2 Nummern 4, 6, 7, 10, 11, 12 und 15 erwähnten Angaben unterliegen einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reichen die Kinderhorte einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Fachbereich ein. Der Fachbereich erstellt innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Genehmigung der Änderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Der Kinderhort kann die Änderungen nur nach Erhalt einer Zusage vornehmen.

Art. 199 - Die Artikel 38-41 sowie 44-46 sind auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

Kapitel 2 — Aussetzung und Entzug der Anerkennung

Art. 200 - Die Artikel 49-54 sind auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

Kapitel 3 — Beendigung der Kinderbetreuung

Art. 201 - Die Artikel 55-57 sind auf die Kinderhorte entsprechend anwendbar.

Titel 6 — Örtlich begrenzte Projekte der Kinderbetreuung

Art. 202 - Unter Einhaltung der im Dekret aufgeführten Vorgaben kann der durch die bestehenden Betreuungsformen nicht abgedeckten Nachfrage in der Kinderbetreuung im Rahmen von zeitlich und örtlich begrenzten Projekten nachgekommen werden.

Die Aufgabenbeschreibung und die Finanzierung dieser Projekte werden in einer eigenen Konvention zwischen dem Dienstleister und der Regierung geregelt.

Titel 7 — Schlussbestimmungen

Art. 203 - Der Erlass der Regierung vom 18. Januar 2007 zur Kinderbetreuung, abgeändert durch den Erlass vom 24. Juni 2010, ist aufgehoben.

Art. 204 - Unbeschadet des Artikels 205 gilt Folgendes für die aufgrund des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2007 zur Kinderbetreuung anerkannten Dienstleister und in der Kinderbetreuung tätigen Personen:

1. die Tagesmütterdienste, Kinderkrippen, Standorte der außerschulischen Betreuung und Zentren für Kinderbetreuung gelten für die Anwendung des vorliegenden Erlasses als anerkannt. Die bestehenden Anerkennungen gelten für eine unbestimmte Dauer;

2. die Tagesmütter/-väter werden zu konventionierten Tagesmüttern/-vätern und gelten für die Anwendung des vorliegenden Erlasses als zugelassen. Die bestehenden Anerkennungen gelten als Zulassung für die Dauer, die jeweils in den Anerkennungszusagen der betroffenen Tagesmütter/-väter festgelegt ist.

Art. 205 - Die Dienstleister und in der Kinderbetreuung tätigen Personen verfügen über eine Frist von 24 Monaten ab Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses, um gegebenenfalls erforderliche Anpassungen im Hinblick auf die Übereinstimmung mit dem vorliegenden Erlass vorzunehmen.

In Abweichung von Absatz 1 verfügen die Dienstleister über eine Frist von vier Jahren ab Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses, um gegebenenfalls erforderliche Anpassungen im Hinblick auf die Übereinstimmung mit Artikel 158 vorzunehmen.

Art. 206 - Die in Artikel 123 § 1 Nummer 3 aufgeführte Bestimmung gilt nicht für konventionierte Tagesmütter/-väter, die vor dem 1. April 2007 anerkannt wurden.

Art. 207 - In Abweichung von Artikel 155 können die dort erwähnten Standorte der außerschulischen Betreuung, die zum 1. Januar 2013 bereits bestehen und die in Artikel 155 erwähnte durchschnittliche Anwesenheit von sechs Kindern pro Kalenderjahr im Jahr 2013 nicht erreichen, noch ein Kalenderjahr weitergeführt werden. Wenn sie Ende 2014 weiterhin nicht die durchschnittliche Mindestanwesenheit pro Kalenderjahr erfüllen, werden sie innerhalb der nächsten sechs Monate geschlossen.

Die in Artikel 155 erwähnten Standorte der außerschulischen Betreuung, die zum 1. Januar 2013 bereits bestehen und die durchschnittliche Anwesenheit von sechs Kindern pro Kalenderjahr ab dem Jahr 2014 nicht erreichen, können noch ein Kalenderjahr weitergeführt werden. Wenn sie nach Ablauf dieses Kalenderjahres weiterhin nicht die durchschnittliche Mindestanwesenheit pro Kalenderjahr erfüllen, werden sie innerhalb der nächsten sechs Monate geschlossen.

Die durchschnittliche Anwesenheit errechnet sich aus der Gesamtheit der Anzahl anwesender Kinder geteilt durch die Anzahl Öffnungstage pro Kalenderjahr.

Art. 208 - Der vorliegende Erlass tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

In Abweichung von Absatz 1 treten die Artikel 117 und 207 mit Wirkung vom 1. Januar 2013 in Kraft.

Art. 209 - Der für die Familienpolitik zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 22. Mai 2014

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
H. MOLLERS

**Anhang zum Erlass der Regierung
über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung**

ANHANG

Die tägliche Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten und die Reservierungsgebühr								
Kumulierte monatliche Einkünfte		Elternbeteiligung und Reservierungsgebühr in EUR						
Einkommen in EUR		Ganze Tage		Halbe Tage		Drittel Tag		Reservierungsgebühr
Von	bis	Tages-satz	Ermä-ßi-gung	Halb-tagessatz	Ermä-ßi-gung	Drittel-Tagessatz	Ermä-ßi-gung	
0,00	495,78	1,39	0,97	0,83	0,58	0,56	0,39	75,00
495,79	520,57	2,01	1,41	1,21	0,85	0,80	0,56	75,00
520,58	545,36	2,36	1,65	1,42	0,99	0,94	0,66	75,00
545,37	570,15	2,75	1,93	1,65	1,16	1,10	0,77	75,00
570,16	594,93	3,15	2,21	1,89	1,32	1,26	0,88	75,00
594,94	619,72	3,45	2,42	2,07	1,45	1,38	0,97	75,00
619,73	644,51	3,57	2,50	2,14	1,50	1,43	1,00	75,00
644,52	669,30	3,72	2,60	2,23	1,56	1,49	1,04	75,00
669,31	694,09	3,84	2,69	2,30	1,61	1,54	1,08	75,00
694,10	718,88	3,99	2,79	2,39	1,67	1,60	1,12	75,00
718,89	743,67	4,12	2,88	2,47	1,73	1,65	1,16	75,00
743,68	768,46	4,26	2,98	2,56	1,79	1,70	1,19	75,00
768,47	793,25	4,56	3,19	2,74	1,92	1,82	1,27	75,00
793,26	818,04	4,71	3,30	2,83	1,98	1,88	1,32	75,00
818,05	842,83	4,83	3,38	2,90	2,03	1,93	1,35	75,00
842,84	867,62	4,98	3,49	2,99	2,09	1,99	1,39	75,00
867,63	892,41	5,11	3,58	3,07	2,15	2,04	1,43	75,00
892,42	917,20	5,26	3,68	3,16	2,21	2,10	1,47	75,00
917,21	941,99	5,38	3,77	3,23	2,26	2,15	1,51	75,00
942,00	966,77	5,53	3,87	3,32	2,32	2,21	1,55	75,00
966,78	991,56	5,65	3,96	3,39	2,37	2,26	1,58	75,00
991,57	1.016,35	5,80	4,06	3,48	2,44	2,32	1,62	75,00
1.016,36	1.041,14	5,93	4,15	3,56	2,49	2,37	1,66	75,00
1.041,15	1.065,93	6,07	4,25	3,64	2,55	2,43	1,70	75,00
1.065,94	1.090,72	6,20	4,34	3,72	2,60	2,48	1,74	75,00
1.090,73	1.115,51	6,35	4,45	3,81	2,67	2,54	1,78	75,00
1.115,52	1.140,30	6,47	4,53	3,88	2,72	2,59	1,81	75,00
1.140,31	1.165,09	6,62	4,63	3,97	2,78	2,65	1,86	75,00

Kumulierte monatliche Einkünfte		Elternbeteiligung und Reservierungsgebühr in EUR							Reservierungsgebühr
		Einkommen in EUR		Ganze Tage		Halbe Tage		Drittel Tag	
Von	bis	Tages-satz	Ermä-ßi-gung	Halb-tagessatz	Ermä-ßi-gung	Drittel-Tagessatz	Ermä-ßi-gung		
1.165,10	1.189,88	6,74	4,72	4,04	2,83	2,70	1,89	75,00	
1.189,89	1.214,67	6,89	4,82	4,13	2,89	2,76	1,93	75,00	
1.214,68	1.239,46	7,02	4,91	4,21	2,95	2,81	1,97	75,00	
1.239,47	1.264,25	7,16	5,01	4,30	3,01	2,86	2,00	125,00	
1.264,26	1.289,04	7,29	5,10	4,37	3,06	2,92	2,04	125,00	
1.289,05	1.313,83	7,44	5,21	4,46	3,12	2,98	2,09	125,00	
1.313,84	1.338,62	7,56	5,29	4,54	3,18	3,02	2,11	125,00	
1.338,63	1.363,40	7,71	5,40	4,63	3,24	3,08	2,16	125,00	
1.363,41	1.388,19	7,83	5,48	4,70	3,29	3,13	2,19	125,00	
1.388,20	1.412,98	7,98	5,59	4,79	3,35	3,19	2,23	125,00	
1.412,99	1.437,77	8,11	5,68	4,87	3,41	3,24	2,27	125,00	
1.437,78	1.462,56	8,26	5,78	4,96	3,47	3,30	2,31	125,00	
1.462,57	1.487,35	8,38	5,87	5,03	3,52	3,35	2,35	125,00	
1.487,36	1.512,14	8,53	5,97	5,12	3,58	3,41	2,39	125,00	
1.512,15	1.536,93	8,65	6,06	5,19	3,63	3,46	2,42	125,00	
1.536,94	1.561,72	8,80	6,16	5,28	3,70	3,52	2,46	125,00	
1.561,73	1.586,51	8,93	6,25	5,36	3,75	3,57	2,50	125,00	
1.586,52	1.611,30	9,07	6,35	5,44	3,81	3,63	2,54	125,00	
1.611,31	1.636,09	9,20	6,44	5,52	3,86	3,68	2,58	125,00	
1.636,10	1.660,88	9,35	6,55	5,61	3,93	3,74	2,62	125,00	
1.660,89	1.685,67	9,47	6,63	5,68	3,98	3,79	2,65	125,00	
1.685,68	1.710,46	9,62	6,73	5,77	4,04	3,85	2,70	125,00	
1.710,47	1.735,24	9,74	6,82	5,84	4,09	3,90	2,73	125,00	
1.735,25	1.760,03	9,89	6,92	5,93	4,15	3,96	2,77	125,00	
1.760,04	1.784,82	10,02	7,01	6,01	4,21	4,01	2,81	125,00	
1.784,83	1.809,61	10,16	7,11	6,10	4,27	4,06	2,84	125,00	
1.809,62	1.834,40	10,29	7,20	6,17	4,32	4,12	2,88	125,00	
1.834,41	1.859,19	10,44	7,31	6,26	4,38	4,18	2,93	125,00	
1.859,20	1.883,98	10,56	7,39	6,34	4,44	4,22	2,95	125,00	
1.883,99	1.908,77	10,71	7,50	6,43	4,50	4,28	3,00	125,00	
1.908,78	1.933,56	10,83	7,58	6,50	4,55	4,33	3,03	125,00	
1.933,57	1.958,35	10,98	7,69	6,59	4,61	4,39	3,07	125,00	
1.958,36	1.983,14	11,11	7,78	6,67	4,67	4,44	3,11	125,00	
1.983,15	2.007,93	11,26	7,88	6,76	4,73	4,50	3,15	175,00	
2.007,94	2.032,72	11,38	7,97	6,83	4,78	4,55	3,19	175,00	

Kumulierte monatliche Einkünfte		Elternbeteiligung und Reservierungsgebühr in EUR						
Einkommen in EUR		Ganze Tage		Halbe Tage		Drittel Tag		Reservierungsgebühr
Von	bis	Tagesatz	Ermäßigung	Halbtagesatz	Ermäßigung	Drittel-Tagesatz	Ermäßigung	
2.032,73	2.057,51	11,53	8,07	6,92	4,84	4,61	3,23	175,00
2.057,52	2.082,30	11,65	8,16	6,99	4,89	4,66	3,26	175,00
2.082,31	2.107,08	11,80	8,26	7,08	4,96	4,72	3,30	175,00
2.107,09	2.131,87	11,92	8,34	7,15	5,01	4,77	3,34	175,00
2.131,88	2.156,66	12,07	8,45	7,24	5,07	4,83	3,38	175,00
2.156,67	2.181,45	12,20	8,54	7,32	5,12	4,88	3,42	175,00
2.181,46	2.206,24	12,35	8,65	7,41	5,19	4,94	3,46	175,00
2.206,25	2.231,03	12,47	8,73	7,48	5,24	4,99	3,49	175,00
2.231,04	2.255,82	12,62	8,83	7,57	5,30	5,05	3,54	175,00
2.255,83	2.280,61	12,74	8,92	7,64	5,35	5,10	3,57	175,00
2.280,62	2.305,40	12,89	9,02	7,73	5,41	5,16	3,61	175,00
2.305,41	2.330,19	13,02	9,11	7,81	5,47	5,21	3,65	175,00
2.330,20	2.354,98	13,16	9,21	7,90	5,53	5,26	3,68	175,00
2.354,99	2.379,77	13,29	9,30	7,97	5,58	5,32	3,72	175,00
2.379,78	2.404,56	13,44	9,41	8,06	5,64	5,38	3,77	175,00
2.404,57	2.429,35	13,56	9,49	8,14	5,70	5,42	3,79	175,00
2.429,36	2.454,14	13,71	9,60	8,23	5,76	5,48	3,84	175,00
2.454,15	2.478,93	13,83	9,68	8,30	5,81	5,53	3,87	175,00
2.478,94	2.503,71	13,98	9,79	8,39	5,87	5,59	3,91	175,00
2.503,72	2.528,50	14,11	9,88	8,47	5,93	5,64	3,95	175,00
2.528,51	2.553,29	14,25	9,98	8,55	5,99	5,70	3,99	175,00
2.553,30	2.578,08	14,38	10,07	8,63	6,04	5,75	4,03	175,00
2.578,09	2.602,87	14,53	10,17	8,72	6,10	5,81	4,07	175,00
2.602,88	2.627,66	14,65	10,26	8,79	6,15	5,86	4,10	175,00
2.627,67	2.652,45	14,80	10,36	8,88	6,22	5,92	4,14	175,00
2.652,46	2.677,24	14,92	10,44	8,95	6,27	5,97	4,18	175,00
2.677,25	2.702,03	15,07	10,55	9,04	6,33	6,03	4,22	175,00
2.702,04	2.726,82	15,20	10,64	9,12	6,38	6,08	4,26	175,00
2.726,83	2.751,61	15,35	10,75	9,21	6,45	6,14	4,30	175,00
2.751,62	2.776,40	15,47	10,83	9,28	6,50	6,19	4,33	225,00
2.776,41	2.801,19	15,62	10,93	9,37	6,56	6,25	4,38	225,00
2.801,20	2.825,98	15,74	11,02	9,44	6,61	6,30	4,41	225,00
2.825,99	2.850,77	15,89	11,12	9,53	6,67	6,36	4,45	225,00
2.850,78	2.875,55	16,01	11,21	9,61	6,73	6,40	4,48	225,00
2.875,56	2.900,34	16,16	11,31	9,70	6,79	6,46	4,52	225,00

Kumulierte monatliche Einkünfte		Elternbeteiligung und Reservierungsgebühr in EUR						
		Einkommen in EUR		Ganze Tage		Halbe Tage		Drittel Tag
Von	bis	Tages-satz	Ermä-ßi-gung	Halb-tagessatz	Ermä-ßi-gung	Drittel-Tagessatz	Ermä-ßi-gung	
2.900,35	2.925,13	16,29	11,40	9,77	6,84	6,52	4,56	225,00
2.925,14	2.949,92	16,44	11,51	9,86	6,90	6,58	4,61	225,00
2.949,93	2.974,71	16,56	11,59	9,94	6,96	6,62	4,63	225,00
2.974,72	2.999,50	16,68	11,68	10,01	7,01	6,67	4,67	225,00
2.999,51	3.024,29	16,81	11,77	10,09	7,06	6,72	4,70	225,00
3.024,30	3.049,08	16,93	11,85	10,16	7,11	6,77	4,74	225,00
3.049,09	3.073,87	17,06	11,94	10,24	7,17	6,82	4,77	225,00
3.073,88	3.098,66	17,18	12,03	10,31	7,22	6,87	4,81	225,00
3.098,67	3.123,45	17,30	12,11	10,38	7,27	6,92	4,84	225,00
3.123,46	3.148,24	17,43	12,20	10,46	7,32	6,97	4,88	225,00
3.148,25	3.173,03	17,55	12,29	10,53	7,37	7,02	4,91	225,00
3.173,04	3.197,82	17,68	12,38	10,61	7,43	7,07	4,95	225,00
3.197,83	3.222,61	17,80	12,46	10,68	7,48	7,12	4,98	225,00
3.222,62	3.247,40	17,92	12,54	10,75	7,53	7,17	5,02	225,00
3.247,41	3.272,19	18,05	12,64	10,83	7,58	7,22	5,05	225,00
3.272,20	3.296,97	18,17	12,72	10,90	7,63	7,27	5,09	225,00
3.296,98	3.321,76	18,30	12,81	10,98	7,69	7,32	5,12	225,00
3.321,77	3.346,55	18,42	12,89	11,05	7,74	7,37	5,16	225,00
3.346,56	3.371,34	18,54	12,98	11,12	7,78	7,42	5,19	225,00
3.371,35	3.396,13	18,67	13,07	11,20	7,84	7,47	5,23	225,00
3.396,14	3.420,92	18,79	13,15	11,27	7,89	7,52	5,26	225,00
3.420,93	3.445,71	18,92	13,24	11,35	7,95	7,57	5,30	225,00
3.445,72	3.470,50	19,04	13,33	11,42	7,99	7,62	5,33	225,00
3.470,51	3.495,29	19,16	13,41	11,50	8,05	7,66	5,36	225,00
3.495,30	3.520,08	19,29	13,50	11,57	8,10	7,72	5,40	225,00
3.520,09	3.544,87	19,41	13,59	11,65	8,16	7,76	5,43	275,00
3.544,88	3.569,66	19,53	13,67	11,72	8,20	7,81	5,47	275,00
3.569,67	3.594,45	19,66	13,76	11,80	8,26	7,86	5,50	275,00
3.594,46	3.619,24	19,78	13,85	11,87	8,31	7,91	5,54	275,00
3.619,25	3.644,03	19,91	13,94	11,95	8,37	7,96	5,57	275,00
3.644,04	3.668,81	20,03	14,02	12,02	8,41	8,01	5,61	275,00
3.668,82	3.693,60	20,15	14,11	12,09	8,46	8,06	5,64	275,00
3.693,61	3.718,39	20,28	14,20	12,17	8,52	8,11	5,68	275,00
3.718,40	3.743,18	20,40	14,28	12,24	8,57	8,16	5,71	275,00
3.743,19	3.767,97	20,53	14,37	12,32	8,62	8,21	5,75	275,00

Kumulierte monatliche Einkünfte		Elternbeteiligung und Reservierungsgebühr in EUR						
Einkommen in EUR		Ganze Tage		Halbe Tage		Drittel Tag		Reservierungsgebühr
Von	bis	Tagesatz	Ermäßigung	Halbtagesatz	Ermäßigung	Drittel-Tagesatz	Ermäßigung	
3.767,98	3.792,76	20,65	14,46	12,39	8,67	8,26	5,78	275,00
3.792,77	3.817,55	20,77	14,54	12,46	8,72	8,31	5,82	275,00
3.817,56	3.842,34	20,90	14,63	12,54	8,78	8,36	5,85	275,00
3.842,35	3.867,13	21,02	14,71	12,61	8,83	8,41	5,89	275,00
3.867,14	3.891,92	21,15	14,81	12,69	8,88	8,46	5,92	275,00
3.891,93	3.916,71	21,27	14,89	12,76	8,93	8,51	5,96	275,00
3.916,72	3.941,50	21,39	14,97	12,83	8,98	8,56	5,99	275,00
3.941,51	3.966,29	21,52	15,06	12,91	9,04	8,61	6,03	275,00
3.966,30	3.991,08	21,64	15,15	12,98	9,09	8,66	6,06	275,00
3.991,09	4.015,87	21,77	15,24	13,06	9,14	8,71	6,10	275,00
4.015,88	4.040,66	21,89	15,32	13,13	9,19	8,76	6,13	275,00
4.040,67	4.065,44	22,01	15,41	13,21	9,25	8,80	6,16	275,00
4.065,45	4.090,23	22,14	15,50	13,28	9,30	8,86	6,20	275,00
4.090,24	4.115,02	22,26	15,58	13,36	9,35	8,90	6,23	275,00
4.115,03	4.139,81	22,39	15,67	13,43	9,40	8,96	6,27	275,00
4.139,82	4.164,60	22,51	15,76	13,51	9,46	9,00	6,30	275,00
4.164,61	4.189,39	22,63	15,84	13,58	9,51	9,05	6,34	275,00
4.189,40	4.214,18	22,76	15,93	13,66	9,56	9,10	6,37	275,00
4.214,19	4.238,97	22,88	16,02	13,73	9,61	9,15	6,41	275,00
4.238,98	4.263,76	23,01	16,11	13,81	9,67	9,20	6,44	275,00
4.263,77	4.288,55	23,13	16,19	13,88	9,72	9,25	6,48	275,00
4.288,56	4.313,34	23,25	16,28	13,95	9,77	9,30	6,51	325,00
4.313,35	4.338,13	23,38	16,37	14,03	9,82	9,35	6,55	325,00
4.338,14	4.362,92	23,50	16,45	14,10	9,87	9,40	6,58	325,00
4.362,93	4.387,71	23,63	16,54	14,18	9,93	9,45	6,62	325,00
4.387,72	4.412,50	23,75	16,63	14,25	9,98	9,50	6,65	325,00
4.412,51	4.437,28	23,87	16,71	14,32	10,02	9,55	6,69	325,00
4.437,29	4.462,07	24,00	16,80	14,40	10,08	9,60	6,72	325,00
4.462,08	4.486,86	24,12	16,88	14,47	10,13	9,65	6,76	325,00
4.486,87	4.511,65	24,24	16,97	14,54	10,18	9,70	6,79	325,00
4.511,66	4.536,44	24,37	17,06	14,62	10,23	9,75	6,83	325,00
4.536,45	4.561,23	24,49	17,14	14,69	10,28	9,80	6,86	325,00
4.561,24	4.586,02	24,62	17,23	14,77	10,34	9,85	6,90	325,00
4.586,03	4.610,81	24,74	17,32	14,84	10,39	9,90	6,93	325,00
4.610,82	4.635,60	24,86	17,40	14,92	10,44	9,94	6,96	325,00

Kumulierte monatliche Einkünfte		Elternbeteiligung und Reservierungsgebühr in EUR						
Einkommen in EUR		Ganze Tage		Halbe Tage		Drittel Tag		Reservierungsgebühr
Von	bis	Tages-satz	Ermäβi-gung	Halb-tagessatz	Ermäβi-gung	Drittel-Tagessatz	Ermäβi-gung	
4.635,61	4.660,39	24,99	17,49	14,99	10,49	10,00	7,00	325,00
4.660,40	4.685,18	25,11	17,58	15,07	10,55	10,04	7,03	325,00
4.685,19	4.709,97	25,24	17,67	15,14	10,60	10,10	7,07	325,00
4.709,98	4.734,76	25,36	17,75	15,22	10,65	10,14	7,10	325,00
4.734,77	4.759,55	25,48	17,84	15,29	10,70	10,19	7,13	325,00
4.759,56	4.784,34	25,61	17,93	15,37	10,76	10,24	7,17	325,00
4.784,35	4.809,13	25,73	18,01	15,44	10,81	10,29	7,20	325,00
4.809,14	4.833,91	25,86	18,10	15,52	10,86	10,34	7,24	325,00
4.833,92	4.858,70	25,98	18,19	15,59	10,91	10,39	7,27	325,00
4.858,71	4.883,49	26,10	18,27	15,66	10,96	10,44	7,31	325,00
4.883,50	4.908,28	26,23	18,36	15,74	11,02	10,49	7,34	325,00
4.908,29	4.933,07	26,35	18,45	15,81	11,07	10,54	7,38	325,00
4.933,08	4.957,86	26,48	18,54	15,89	11,12	10,59	7,41	325,00
4.957,87	4.982,65	26,60	18,62	15,96	11,17	10,64	7,45	325,00
4.982,66	5.007,44	26,72	18,70	16,03	11,22	10,69	7,48	325,00
5.007,45	5.032,23	26,85	18,80	16,11	11,28	10,74	7,52	325,00
5.032,24	5.057,02	26,97	18,88	16,18	11,33	10,79	7,55	325,00
5.057,03	...	27,10	18,97	16,26	11,38	10,84	7,59	375,00

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung beigelegt zu werden.

Eupen, den 22. Mai 2014

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2014/205395]

22 MAI 2014. — Arrêté du Gouvernement relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, article 20;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, article 7;

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, article 2, alinéa 2, article 7, alinéas 2, 3 et 4, article 8, § 1^{er}, alinéas 2 et 5, ainsi que § 3, article 9, alinéa 2, article 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ainsi que § 2, article 11, alinéa 2, article 12, alinéa 2, article 15, § 3, alinéa 3, article 16, alinéa 3, et article 22;

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, article 3.2, dernier alinéa;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 18 novembre 2007 relatif à l'accueil des enfants;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 3 avril 2014;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 3 avril 2014;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 55.982/3, donné le 5 mai 2014, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Vu l'avis du conseil consultatif pour les questions familiales et générationnelles, donné le 5 mai 2014;

Sur la proposition du Ministre compétent pour la Politique familiale;

Après délibération,

Arrête :

TITRE 1^{er}. — DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Chapitre 1^{er}. — *Dispositions liminaires*

Section 1^{re}. — Définitions

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, il y a lieu d'entendre par :

1^o enfants : conformément à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1^o, et alinéa 2, du décret, les personnes qui n'ont pas douze ans accomplis ou, en ce qui concerne l'accueil extrascolaire, celles plus âgées fréquentant l'enseignement primaire;

2^o jeunes enfants : les enfants jusqu'à ce qu'ils aient atteint l'âge de 3 ans accomplis;

3^o accueil d'enfants : conformément à l'article 2, alinéa 1^{er}, 2^o, du décret, l'accueil régulier d'enfants contre paiement et dans des locaux déterminés se situant en dehors de l'habitation des personnes chargées de l'éducation;

4^o prestataire : conformément à l'article 2, alinéa 1^{er}, 3^o, du décret, la personne physique ou morale ou l'association de fait qui propose un accueil d'enfants, à titre de profession principale ou accessoire ou à titre bénévole;

5^o personne active dans l'accueil d'enfants : conformément à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4^o, du décret, la personne physique qui est active en tant que prestataire ou pour le compte d'un prestataire et accueille elle-même des enfants ou entre directement et régulièrement en contact avec des enfants gardés;

6^o service d'accueillants d'enfants : le prestataire qui assure principalement l'accueil de jeunes enfants et, le cas échéant, l'accueil extrascolaire par le biais d'accueillants conventionnés;

7^o accueillant conventionné : la personne active dans l'accueil d'enfants qui, pour le compte d'un service d'accueillants d'enfants mais sans être engagée par lui dans les liens d'un contrat de travail, accueille prioritairement des jeunes enfants qui ne sont pas les siens et/ou propose, le cas échéant, un accueil extrascolaire;

8^o accueillant autonome : le prestataire et la personne active dans l'accueil d'enfants qui, de manière autonome et dans les liens d'un contrat de garde, accueille prioritairement des jeunes enfants qui ne sont pas les siens et/ou, le cas échéant, propose un accueil extrascolaire;

9^o crèche : le prestataire qui assure l'accueil de jeunes enfants sous forme collective et a une capacité d'accueil d'au moins 18 places;

10^o minicrèche : le prestataire financé par des organismes publics ou privés, qui assure l'accueil de jeunes enfants sous forme collective et a une capacité d'accueil de six places au moins et de 14 places au plus;

11^o lieu d'accueil extrascolaire : le prestataire qui assure l'accueil d'enfants en dehors du temps scolaire;

12^o services d'accueil : les prestataires décrits aux 6^o, 9^o, 10^o et 11^o;

13^o centre d'accueil : le prestataire qui propose simultanément au moins un service d'accueillants d'enfants, une crèche et un lieu d'accueil extrascolaire agréés;

14^o halte-garderie : le prestataire qui assure, sous forme collective, l'accueil occasionnel et temporaire d'enfants âgés de quatre mois à six ans;

15^o C.C.C.A.E. : la Commission consultative communale pour l'accueil d'enfants;

16^o inspection : les inspecteurs désignés par le Gouvernement conformément à l'article 17, § 1^{er}, du décret;

17^o département : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de famille;

18^o ministre : le ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone compétent pour la Politique familiale;

19^o décret : le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants.

Section 2. — Principes généraux

Art. 2. Conformément à l'article 6 du décret, tout prestataire concerné par cet arrêté qui propose un accueil d'enfants doit, avant de débiter ses activités, être agréé en application du présent arrêté.

Sans préjudice de l'article 4, les prestataires concernés par le présent arrêté remplissent, pour être agréés, les conditions d'agrément mentionnées dans le décret ou dans le présent arrêté.

Art. 3. Conformément à l'article 12 du décret, seuls les prestataires concernés par cet arrêté et agréés peuvent, en exécution du présent arrêté et dans les limites des crédits budgétaires disponibles, obtenir des subsides en lien avec l'accueil d'enfants.

Art. 4. Sans préjudice des articles 6 à 12 du décret, les prestataires avec lesquels le Gouvernement conclut une convention pour un projet d'accueil à portée locale conformément au titre 6 sont considérés comme agréés pour la durée de la convention en question. La convention précise les autres modalités.

Art. 5. Tout prestataire agréé garantit la qualité de l'accueil conformément aux dispositions du décret et aux dispositions du présent arrêté qui lui sont applicables.

Chapitre 2. — *Commission consultative communale pour l'accueil d'enfants**Section 1^{re}. — Composition et fonctionnement*

Art. 6. Le conseil communal de chacune des communes de la région de langue allemande institue une C.C.C.A.E. et établit son règlement d'ordre intérieur.

Art. 7. § 1^{er} - La C.C.C.A.E. se compose :

- 1° d'un représentant du collège communal;
- 2° d'un représentant du centre public d'aide sociale de la commune;
- 3° d'un représentant par école implantée sur le territoire communal;
- 4° d'un représentant par conseil des parents d'élèves éventuellement adjoint à l'une des écoles mentionnées au 3°.

Un membre suppléant est désigné pour chaque membre effectif mentionné à l'alinéa 1^{er}.

§ 2 - Font également partie de la C.C.C.A.E., avec voix consultative :

- 1° un représentant du ministre;
- 2° un représentant du département;
- 3° un représentant par service d'accueil ou halte-garderie actif sur le territoire communal;
- 4° un représentant du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;
- 5° d'autres partenaires locaux, importants en matière d'accueil d'enfants, invités par la C.C.C.A.E. à participer aux délibérations.

Art. 8. Le représentant du collège communal assure la présidence des séances de la C.C.C.A.E. Celles-ci sont convoquées par le président, d'initiative ou à la demande écrite d'un intéressé et/ou d'un prestataire potentiel.

Un membre du personnel de l'administration communale assiste aux séances de la C.C.C.A.E. et rédige le procès-verbal sous la responsabilité du président.

Le représentant du département assiste aux séances en tant qu'expert et assure le suivi technique ainsi que l'échange d'informations entre les C.C.C.A.E. des différentes communes de la région de langue allemande.

Le représentant du ministre assure l'échange d'informations entre la C.C.C.A.E. et le Gouvernement.

Section 2. — Missions

Art. 9. § 1^{er} - La C.C.C.A.E. remet au ministre, à la demande de celui-ci et dans le délai prévu par lui ou d'initiative, un avis sur les points suivants :

- 1° le calcul des besoins à court et moyen terme quant à l'accueil d'enfants dans la commune;
- 2° la formulation de recommandations en vue d'améliorer l'offre en matière d'accueil d'enfants, en tenant compte des données locales, et la détermination des conditions quantitatives et qualitatives requises pour y parvenir.

§ 2 - La C.C.C.A.E. rend un avis sur toutes les nouvelles initiatives locales en matière d'accueil d'enfants, sauf en ce qui concerne celles relatives à l'agrégation d'accueillants autonomes ou à l'enregistrement d'accueillants conventionnés, et transmet cet avis au ministre. À cette fin, le prestataire potentiel transmet au préalable à la C.C.C.A.E. tous les documents nécessaires.

L'avis porte au moins sur les points suivants :

- 1° la nécessité de la nouvelle initiative d'accueil, en tenant compte des données géographiques, démographiques et socio-économiques;
- 2° l'adéquation et la situation des locaux prévus;
- 3° le concept d'accueil;
- 4° la capacité prévue;
- 5° la participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation;
- 6° s'il n'y a pas unanimité, la présentation des différents points de vue.

La C.C.C.A.E. transmet son avis au ministre dans un délai de 90 jours après réception des documents introduits par le prestataire potentiel.

§ 3 - Lorsqu'est créé un nouveau lieu d'accueil extrascolaire, proposé par un centre d'accueil et subsidié simultanément par la Communauté germanophone et une ou plusieurs communes, la C.C.C.A.E. remet un avis conformément à l'article 153.

Chapitre 3. — Indexation des subsides

Art. 10. Les montants fixés aux articles 72, § 2, alinéa 2, 74, alinéa 1^{er}, 76, § 1^{er} et § 2, alinéa 1^{er}, 93, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 94, 106, 116, alinéa 1^{er}, 135, § 1^{er}, alinéas 1 et 2, et 137, ainsi que celui fixé à 3,52 euros par heure à l'article 82, § 2, sont liés à l'indexation des traitements de la fonction publique de la Communauté germanophone; l'indice-pivot est 138,01.

*Titre 2. — Services d'accueil**Sous-titre 1^{er}. — Dispositions communes relatives au contenu**Chapitre 1^{er}. — Champ d'application*

Art. 11. Le présent sous-titre s'applique aux services d'accueil mentionnés à l'article 1^{er}, 12°.

Chapitre 2. — Conditions générales d'agrément

Section 1^{re}. — Dispositions relatives aux personnes

Art. 12. Conformément à l'article 7, alinéa 1^{er}, du décret, les services d'accueil veillent à ce que les personnes actives dans l'accueil d'enfants mandatées par eux fournissent les documents suivants avant d'entamer leurs activités :

1° un extrait du casier judiciaire (modèle 2) pour elles-mêmes ainsi que, si l'accueil des enfants a lieu dans leur habitation, pour toutes les personnes majeures qui font partie du ménage et/ou seront régulièrement en contact avec les enfants gardés. Si ces personnes sont domiciliées à l'étranger, elles produisent un document équivalent établi par une autorité compétente et permettant l'accès à une activité relevant du domaine de l'éducation, de la guidance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection des enfants, de l'animation ou de la garde de mineurs d'âge;

2° un certificat médical de moins de deux mois de date attestant qu'elles sont en mesure de garder des enfants et qu'il n'existe aucun signe de souffrance ou d'affection physique ou psychique susceptible de présenter un danger pour la santé des enfants gardés;

3° dans la mesure où cela ne ressort pas du certificat médical mentionné au 2°, les personnes de sexe féminin actives dans l'accueil d'enfants et âgées de moins de 55 ans présentent un certificat médical attestant qu'elles-mêmes et, si l'accueil des enfants a lieu dans leur habitation, les membres féminins de leur ménage âgés de moins de 55 ans sont immunisés contre la rubéole. Le refus d'une éventuelle future vaccination n'est admis que sur présentation d'un certificat médical ad hoc dûment motivé.

Art. 13. Dans les contrats ou conventions que les services d'accueil concluent avec les personnes actives dans l'accueil d'enfants, ils obligent celles-ci à :

1° communiquer immédiatement au service tout changement significatif de leur état de santé;

2° à n'exercer, conformément à l'article 7, alinéa 1^{er}, du décret, aucune activité, professionnelle ou non, incompatible avec l'accueil d'enfants ou qui pourrait les empêcher d'accueillir les enfants pendant les heures de prestation.

Art. 14. Chaque année, les services d'accueil proposent aux personnes actives dans l'accueil d'enfants et mandatées par eux une offre gratuite de formations continues représentant au moins dix heures.

Section 2. — Concept d'accueil

Art. 15. Les services d'accueil définissent un concept d'accueil.

Le concept d'accueil reprend au moins :

1° les objectifs de l'offre;

2° les principes pédagogiques;

3° la méthodologie appliquée pour transposer les principes pédagogiques;

4° les processus standardisés en ce qui concerne les missions principales;

5° la manière de procéder en ce qui concerne la coopération avec les personnes chargées de l'éducation;

6° la manière de procéder en ce qui concerne la coopération avec d'autres services;

7° la manière de procéder en ce qui concerne la coopération avec des bénévoles;

8° les mesures visant à promouvoir la santé;

9° les données relatives à la gestion des plaintes;

10° les heures d'ouverture du service et les possibilités pour le contacter;

11° les procédures à suivre lorsque l'on suspecte ou constate une maltraitance, un abus et/ou un délaissement d'enfant, lors de maladies contagieuses, lors de comportements asociaux, lorsque l'on suspecte ou constate des retards de développement, ou lorsque l'on a affaire à des enfants présentant un handicap ou une déficience psychique.

Section 3. — Règlement intérieur

Art. 16. Les services d'accueil établissent un règlement intérieur.

Ce règlement intérieur reprend au moins :

1° les heures d'ouverture du service et les possibilités pour le contacter;

2° les principales lignes directrices du concept d'accueil;

3° le montant de la contribution des parents;

4° les droits et devoirs des personnes chargées de l'éducation;

5° les données relatives à la gestion des plaintes visée à l'article 15, alinéa 2, 9°.

6° les données relatives à la possibilité, le cas échéant, d'accueillir des stagiaires.

Section 4. — Assurances

Art. 17. Les services d'accueil contractent, pour exercer leur activité, une assurance en responsabilité civile et une assurance contre l'incendie.

Chapitre 3. — Caractéristiques des locaux

Art. 18. Sans préjudice de l'article 174, le présent chapitre s'applique uniquement aux crèches, minicrèches et lieux d'accueil extrascolaire.

Art. 19. Conformément à l'article 7, alinéa 2, du décret, les enfants sont accueillis dans un environnement adapté et dans des locaux suffisamment grands, sûrs et propres. Il y a une zone pour les activités extérieures, de préférence attenante aux locaux où se déroule l'accueil.

Art. 20. Les locaux où se déroule l'accueil et tous les autres locaux accessibles aux enfants remplissent les critères suivants :

1° le public y a facilement accès, par exemple grâce à une bonne accessibilité en termes de mobilité ou grâce à un accueil organisé de préférence au rez-de-chaussée;

2° à défaut de précision, la taille des locaux correspond au nombre d'enfants gardés, de manière à ce que ceux-ci puissent se mouvoir librement;

3° il y a plusieurs zones de jeux;

4° il est prévu une zone de repos;

5° dans les lieux d'accueil où des repas sont préparés pour les enfants, il y a une kitchenette avec lave-vaisselle, cuisinière et frigo;

6° les locaux sont équipés du mobilier nécessaire pour l'accueil et de jeux en nombre suffisant;

7° les locaux sont en bon état et bien entretenus;

8° le personnel d'encadrement est joignable par téléphone dans les locaux.

Art. 21. Les services d'accueil aménagent les locaux accessibles aux enfants de manière à garantir une sécurité maximale. Ils veillent à déceler tous les dangers et risques potentiels. Ils prennent toute mesure utile pour créer un environnement sûr avec un risque d'accident réduit.

Les critères suivants sont valables pour la sécurisation des locaux :

1° la sécurité routière est garantie;

2° la zone extérieure et l'accès à celle-ci sont sécurisés;

3° la répartition et l'aménagement des zones garantit la surveillance visuelle des enfants par le personnel d'encadrement;

4° les locaux sont chauffés par un chauffage central. Des radiateurs à haute température ne peuvent être utilisés. Le bon fonctionnement des radiateurs est garanti;

5° les services d'accueil prennent toutes les mesures pour prévenir une intoxication au monoxyde de carbone. A cette fin, ils veillent à entretenir régulièrement les appareils de chauffage, de production d'eau chaude et d'extraction de l'air;

6° l'usage de produits toxiques tels que les pesticides, herbicides, insecticides n'a lieu qu'en l'absence des enfants et en observant toutes les mesures de sécurité;

7° les enfants de moins de six ans ne peuvent emprunter les escaliers en colimaçon que s'ils sont accompagnés par des adultes; lesdits escaliers sont munis d'une barrière de sécurité;

8° lorsque les enfants ont accès à des terrasses surélevées, celles-ci sont sécurisées par un garde-corps ou une délimitation;

9° les garde-corps et /ou délimitations répondent aux instructions du ministre;

10° les portes et fenêtres s'ouvrent et se ferment de manière sûre;

11° il n'y a pas d'arrêtes, coins ou bouts saillants tranchants, représentant un danger, à moins qu'ils ne soient munis d'une protection ad hoc;

12° les prises, les interrupteurs et tous les appareils ou installations électriques pouvant représenter un danger sont hors de portée des enfants ou munis d'un système de sécurité adéquat;

13° les détergents, produits chimiques, substances facilement inflammables, médicaments et autres objets potentiellement dangereux seront conservés en lieu sûr, hors de portée des enfants;

14° les piscines, pataugeoires, étangs, mares ou autres points d'eau seront couverts et sécurisés de manière à être inaccessibles pour les enfants;

15° les plantes toxiques se trouvent, à l'intérieur comme à l'extérieur, hors de portée des enfants;

16° tout lieu d'accueil disposera d'une trousse de premiers secours conformément aux instructions du ministre;

17° les locaux destinés au sommeil et à l'accueil sont équipés de détecteurs de fumée conformément à l'arrêté du Gouvernement wallon du 21 octobre 2004 relatif à la présence de détecteurs d'incendie dans les logements.

Art. 22. Les services d'accueil garantissent le respect de l'hygiène et des mesures correspondantes dans toutes les zones d'activité, notamment lors des soins aux enfants, l'entretien des locaux, la préparation d'aliments et l'enlèvement des déchets.

Les critères suivants sont valables pour la conception hygiénique des locaux :

1° il y a suffisamment d'installations sanitaires et de lavabos adaptés aux différents âges;

2° il est prévu un éclairage et une aération naturels suffisants, adaptés aux activités se déroulant dans ces locaux.

3° les locaux peuvent être chauffés suivant la température extérieure;

4° il y a une protection efficace contre la lumière directe du soleil;

5° lors de conditions climatiques normales, la température est en règle générale de 18° Celcius dans les locaux destinés au sommeil et de 20 à 22° Celcius dans les locaux destinés à l'accueil;

6° tous les locaux sont faciles à nettoyer;

7° les locaux et le matériel sont régulièrement nettoyés. Le mode de nettoyage des sols, des surfaces et du matériel est compatible avec l'accueil d'enfants;

8° l'élimination des déchets s'opère quotidiennement dans un local séparé des locaux d'accueil et se trouvant de préférence à l'extérieur;

9° les matériaux de construction et l'état des locaux ne peuvent mettre en danger la santé des enfants.

Chapitre 4. — Obligations générales

Section 1^{re}. — Conditions d'agrément et caractéristiques des locaux

Art. 23. Après leur agrément, les services d'accueil continuent à remplir les conditions générales et particulières mises à l'agrément, telles que mentionnées dans le décret ou dans le présent titre, et respectent les caractéristiques spécifiées pour les locaux.

Section 2. — Concept d'accueil

Art. 24. En début d'accueil et lors de modifications, les services d'accueil informent les personnes chargées de l'éducation sur le concept d'accueil mentionné à l'article 15, le service aux clients, leurs propres obligations et les obligations des personnes chargées de l'éducation.

Les principales lignes directrices du concept d'accueil sont reprises sous la forme d'un feuillet informatif destiné aux personnes chargées de l'éducation et qui leur est remis, contre accusé de réception, en même temps que le contrat de garde. Le concept peut être consulté sur le site internet du service si un tel site existe.

Section 3. — Règlement intérieur

Art. 25. En début d'accueil, les services d'accueil remettent aux personnes chargées de l'éducation, contre accusé de réception, le règlement intérieur visé à l'article 16. Le règlement intérieur peut être consulté sur le site internet du service si un tel site existe.

Section 4. — Coopération avec les personnes chargées de l'éducation

Art. 26. Les services d'accueil réceptionnent les demandes d'accueil et les traitent conformément aux dispositions fixées dans le décret et dans le présent arrêté.

L'échange régulier et la coopération avec les personnes chargées de l'éducation se déroulent conformément au concept d'accueil mentionné à l'article 15.

Art. 27. Les services d'accueil veillent à ce que les personnes de contact soient à la disposition des personnes chargées de l'éducation, par téléphone ou de visu, pour leur donner des renseignements ou discuter des problèmes, si nécessaire en dehors des heures normales de bureau.

Les heures de consultation et les dérogations possibles sont communiquées en début d'accueil aux personnes chargées de l'éducation.

Art. 28. Avant le début de l'accueil, les services d'accueil concluent, par écrit, un contrat de garde avec les personnes chargées de l'éducation.

L'accueil ne commence que lorsque toutes les parties ont signé le contrat de garde.

Le contrat de garde prévoit que les personnes chargées de l'éducation ou le service d'accueil, lorsqu'il s'agit de l'accueil de jeunes enfants, peuvent résilier le contrat moyennant un préavis de trois mois. Le service peut réduire ce délai lorsque les personnes chargées de l'éducation ne paient pas ou lorsque la situation d'accueil le requiert dans l'intérêt de l'enfant.

Art. 29. A l'exception des services d'accueillants d'enfants, les services d'accueil transmettent aux personnes chargées de l'éducation, chaque année en janvier, un planning reprenant les données obligatoires quant aux jours de fermeture.

Les jours de fermeture pour cause de formation sont communiqués au moins quatre mois à l'avance aux personnes chargées de l'éducation.

Art. 30. Les services d'accueil remplissent les attestations fiscales délivrées par le département et les remettent aux personnes chargées de l'éducation.

Art. 31. En début d'accueil, les services d'accueil signalent par écrit aux personnes chargées de l'éducation qu'elles peuvent s'adresser directement au département lorsqu'un désaccord avec le service ne peut être résolu par le biais de la gestion des plaintes visée à l'article 15, alinéa 2, 9°.

Section 5. — Protection contre l'incendie

Art. 32. Tous les six ans après l'entrée en vigueur de leur agrément, les services d'accueil introduisent auprès du département un avis positif en matière de sécurité incendie, de moins de 6 mois de date, établi par le commandant des pompiers compétent à propos des locaux où se déroule l'accueil.

Par ailleurs, un tel avis doit être introduit lors de toute modification significative apportée à la structure des bâtiments du lieu d'accueil ou, en tout temps, à la demande du département.

Section 6. — Rapportage

Art. 33. A l'exception de la première année d'accueil, les services d'accueil introduisent auprès du département, pour le 1^{er} février de chaque année au plus tard, une liste récapitulative reprenant le personnel effectivement occupé l'année calendrier précédente.

Cette liste reprend les données suivantes pour chacun des membres du personnel : nom, date de naissance, diplôme ou qualification, fonction, entrée en service, ancienneté effective, régime de travail, nature d'éventuels subsides accordés dans le cadre de mesures favorisant l'emploi, échelles de traitement appliquées et traitement annuel brut.

Art. 34. § 1^{er} - Sauf pour la première année d'activité, les services d'accueil introduisent auprès du département, pour le 1^{er} juin au plus tard, un rapport d'activités relatif à l'année calendrier précédente.

Ce rapport d'activités mentionne :

1° le nombre de jours d'ouverture et les heures d'ouverture;

2° le nombre total de présences;

3° le nombre total des présences moyennes;

- 4° les demandes introduites pour l'accueil de jeunes enfants qui ont été satisfaites et celles qui ne l'ont pas été;
- 5° l'analyse et l'évaluation des activités;
- 6° les perspectives quant à l'avenir de la structure d'accueil;
- 7° le nombre et la fonction des personnes effectivement occupées, y compris - le cas échéant - les accueillants conventionnés;
- 8° une moyenne des formations continues fréquentées.

§ 2 - Les services d'accueil subsidiés par la Communauté germanophone introduisent auprès du département, en même temps que le rapport d'activités mentionné au § 1^{er}, un compte de résultats et un bilan de l'année d'accueil précédente ainsi qu'une prévision budgétaire pour l'année d'accueil suivante.

§ 3 - En cas d'introduction tardive du rapport d'activités, du bilan, du compte de résultats ou de la proposition budgétaire, une retenue peut être opérée sur le subsidie; elle représente 5 % pour un retard d'un mois et 10 % pour un retard de deux mois ou plus.

Art. 35. Les services d'accueil tiennent un registre des présences.

Pour chaque enfant gardé, ils tiennent un dossier reprenant au moins les données suivantes :

- 1° les nom, prénom et adresse de l'enfant;
- 2° les nom, adresse et numéro de téléphone de la/des personne(s) de contact;
- 3° les nom, adresse et numéro de téléphone du médecin traitant;
- 4° des données particulières quant à l'état de santé de l'enfant lorsqu'elles sont pertinentes pour les contacts quotidiens avec lui.

Sous-titre 2. — Dispositions communes relatives aux procédures

Chapitre 1^{er}. — *Champ d'application*

Art. 36. Le présent sous-titre s'applique aux services d'accueil mentionnés à l'article 1^{er}, 12°.

Chapitre 2. — *Agréation*

Section 1^{re}. — *Agréation provisoire*

Art. 37. § 1^{er} - Pour obtenir une agréation provisoire, les prestataires introduisent une demande auprès du département.

La demande doit être accompagnée des documents et données suivants :

- 1° l'identité du demandeur;
- 2° les statuts de la personne morale;
- 3° la preuve qu'il existe un besoin d'accueil;
- 4° la capacité d'accueil demandée;
- 5° le concept de financement;
- 6° le montant fixé pour la contribution financière des parents;
- 7° la description de l'infrastructure;
- 8° la description de fonction du personnel;
- 9° l'identité et la qualification tant des personnes actives dans l'accueil d'enfants que du personnel administratif;
- 10° le modèle du contrat conclu entre le prestataire et les personnes actives dans l'accueil d'enfants et reprenant les obligations mentionnées aux articles 12, 13 et 14;
- 11° le concept d'accueil décrit à l'article 15;
- 12° le règlement intérieur décrit à l'article 16;
- 13° la preuve que les assurances décrites à l'article 17 ont été conclues;
- 14° le règlement d'ordre intérieur qui explicite le fonctionnement du prestataire;
- 15° le modèle du contrat de garde conclu entre le prestataire et les personnes chargées de l'éducation;
- 16° un avis positif en matière de sécurité incendie, de moins de six mois de date, établi par le commandant des pompiers compétent à propos des locaux où se doit se dérouler l'accueil;
- 17° l'avis positif rendu conformément à l'article 9, § 2, par la C.C.C.A.E. de la commune où doit se dérouler l'accueil. Si l'offre s'adresse à la population de plusieurs communes, chaque C.C.C.A.E. compétente territorialement et matériellement remettra un avis.

§ 2 - S'il s'agit de l'agréation provisoire d'un service d'accueillants d'enfants, il faudra de plus annexer les documents ou données suivants :

- 1° la procédure mentionnée à l'article 58, relative à la vérification de l'aptitude des candidats demandant à être enregistrés comme accueillants conventionnés;
- 2° le modèle mentionné à l'article 59 pour le concept d'accueil des accueillants conventionnés;
- 3° le nombre demandé d'accueillants conventionnés pouvant être enregistrés pour le service d'accueillants d'enfants;
- 4° la description de la coopération avec les accueillants conventionnés.

S'il s'agit d'une agréation provisoire pour un service d'accueillants d'enfants, il n'y a pas lieu, par dérogation au § 1^{er}, 16°, de joindre un avis en matière de sécurité incendie.

§ 3 - S'il s'agit d'une agrégation provisoire pour un lieu d'accueil extrascolaire, il faut en plus annexer la procédure envisagée pour le contrôle du respect des conditions décrites à l'article 110, § 2, 1^o et 2^o.

S'il s'agit d'une agrégation provisoire pour un lieu d'accueil extrascolaire proposé par un centre d'accueil et subsidié simultanément par la Communauté germanophone et une ou plusieurs communes, il faut en plus joindre les avis et décisions mentionnés à l'article 153.

Art. 38. Le département vérifie si la demande d'agrégation introduite est complète et les documents y annexés. Si la demande est complète, le département inspecte les locaux où doit se dérouler l'accueil.

Dans les 90 jours suivant la réception de la demande complète, le département établit, en se basant sur les éléments en sa connaissance, un avis qu'il transmet au ministre. À défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 60 jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur l'octroi d'une agrégation provisoire. L'agrégation provisoire mentionne le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément et, le cas échéant, la capacité d'accueil. À défaut de décision dans le délai imparti, l'agrégation provisoire est censée être refusée.

Art. 39. L'agrégation provisoire a une durée de validité de six mois.

Le demandeur ne peut ouvrir le service d'accueil qu'après avoir reçu l'agrégation provisoire.

Art. 40. Pendant la validité de l'agrégation provisoire, l'inspection mène un ou plusieurs contrôles pour vérifier si les conditions générales et particulières d'agrégation sont rencontrées.

À l'issue de cette vérification, l'inspection établit un rapport sur la base des éléments dont elle a connaissance. Ce rapport est présenté au ministre et au service d'accueil concerné au plus tard 60 jours avant l'expiration de l'agrégation provisoire.

Art. 41. § 1^{er} - Sur demande motivée, le service d'accueil peut, au plus tard 60 jours avant l'expiration de l'agrégation provisoire, demander au ministre une prolongation unique de celle-ci pour une durée maximale de six mois.

Le ministre statue sur la prolongation de l'agrégation provisoire dans les 30 jours suivant la réception de la demande complète. À défaut de décision dans le délai imparti, la prolongation est censée être refusée.

§ 2 - Le ministre peut, d'initiative, prolonger une seule fois l'agrégation provisoire pour une durée de six mois maximum.

Art. 42. § 1^{er} - Pendant la validité de l'agrégation provisoire, les services d'accueil communiquent dans les quinze jours au département, par écrit, toute modification relative aux données mentionnées à l'article 37, § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, 2^o, 3^o, 5^o, 8^o, 12^o, 13^o, 14^o et 16^o.

§ 2 - Pendant la validité de l'agrégation provisoire, le département peut en tout temps exiger des services d'accueil une version actuelle des données mentionnées au § 1^{er}.

Art. 43. Les modifications relatives aux données mentionnées à l'article 37, § 1^{er}, alinéa 2, 4^o, 6^o, 7^o, 10^o, 11^o et 15^o, ainsi qu'au § 2, alinéa 1^{er}, 1^o, 2^o et 3^o, requièrent une approbation préalable.

Pour ce faire, les services d'accueil introduisent auprès du département une demande individuelle écrite. Dans les 30 jours suivant la réception de la demande complète, le département établit un avis qu'il transmet au ministre. À défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 15 jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur l'approbation de la modification. À défaut de décision dans le délai imparti, l'approbation est censée être refusée.

Le service d'accueil ne peut procéder aux modifications qu'après y avoir été autorisé.

Section 2. — Agrégation

Art. 44. § 1^{er} - Sans préjudice de l'article 41, le ministre statue dans les 30 jours précédant l'expiration de l'agrégation provisoire sur l'octroi d'une agrégation en se basant sur le rapport d'inspection mentionné à l'article 40. L'agrégation mentionne le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément et, le cas échéant, la capacité d'accueil. À défaut de décision dans le délai imparti, l'agrégation est censée être refusée.

§ 2 - En cas de refus d'agrégation, le demandeur peut introduire un recours auprès du Gouvernement.

Le demandeur transmet au Gouvernement le recours motivé, accompagné de tout document pertinent, par recommandé ou contre accusé de réception, et ce, dans les 15 jours suivant la réception du rejet de la demande ou le terme du délai mentionné au § 1^{er}.

Le Gouvernement informe le département et l'inspection qu'un recours a été introduit. Ceux-ci transmettent au Gouvernement, dans le délai qu'il détermine, le dossier administratif accompagné de leur prise de position.

Le Gouvernement statue sur l'octroi de l'agrégation dans les 90 jours suivant la réception du recours. L'agrégation mentionne le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément. À défaut de décision dans le délai imparti, l'agrégation est censée être refusée.

Art. 45. L'agrégation est octroyée pour une durée indéterminée.

Art. 46. Si le service d'accueil ne remplit pas, au moment mentionné à l'article 44, une ou plusieurs conditions d'agrégation, le ministre peut reporter de six mois au plus sa décision, afin de permettre audit service de remplir toutes les conditions d'agrégation.

Moyennant le respect des délais fixés à l'article 44, l'agrégation provisoire reste valable jusqu'à la décision du ministre.

Art. 47. § 1^{er} - Pendant la validité de l'agrégation, les services d'accueil communiquent dans les 30 jours au département, par écrit, toute modification relative aux données mentionnées à l'article 37, § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, 2^o, 3^o, 5^o, 8^o, 12^o, 13^o, 14^o et 16^o.

§ 2 - Pendant la validité de l'agrégation, le département peut en tout temps exiger des services d'accueil une version actuelle des données mentionnées au § 1^{er}.

Art. 48. Les modifications relatives aux données mentionnées à l'article 37, § 1^{er}, alinéa 2, 4^o, 6^o, 7^o, 10^o, 11^o et 15^o, ainsi qu'au § 2, alinéa 1^{er}, 1^o, 2^o et 3^o, requièrent une approbation préalable.

Pour ce faire, les services d'accueil introduisent auprès du département une demande individuelle écrite. Dans les 60 jours suivant la réception de la demande complète, le département établit un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 30 jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur l'approbation de la modification. A défaut de décision dans le délai imparti, l'approbation est censée être refusée.

Le service d'accueil ne peut procéder aux modifications qu'après y avoir été autorisé.

Chapitre 3. — *Suspension et retrait de l'agrération*

Section 1^{re}. — *Suspension de l'agrération*

Art. 49. § 1^{er} - Le département signale à l'inspection tous les cas où il présume, sur la base des informations dont il dispose, qu'un service d'accueil ne remplit pas une ou plusieurs des obligations mentionnées dans le décret ou le présent arrêté.

§ 2 - Si l'inspection conclut, sur la base d'un signalement conformément au § 1^{er} ou de tout autre signalement ou renseignement, que le service d'accueil ne remplit pas une ou plusieurs des obligations mentionnées dans le décret ou le présent arrêté, elle l'invite à se mettre en ordre dans un délai de 30 jours.

Sur demande motivée, le service d'accueil peut, au plus tard dix jours avant l'expiration du délai mentionné au premier alinéa, demander à l'inspection une prolongation unique dudit délai pour 30 jours au plus.

§ 3 - En cas d'urgence, l'inspection peut imposer une adaptation immédiate par décision particulièrement motivée.

Art. 50. § 1^{er} - Si après l'invitation mentionnée à l'article 49, le service d'accueil continue à ne pas remplir les obligations, le ministre suspendra l'agrération, provisoire ou définitive selon le cas, sur avis de l'inspection.

Avant de prendre sa décision, le ministre communique son intention par recommandé au service d'accueil concerné. Dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, le service peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les 30 jours suivant l'envoi du recommandé.

Dans les 15 jours suivant cette audition ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur la suspension et sa durée.

Cette décision est notifiée sans délai au service d'accueil concerné.

§ 2 - Pendant la suspension de l'agrération, provisoire ou définitive selon le cas, le service d'accueil concerné n'accepte plus la garde de nouveau enfants.

Si des gardes sont annulées pendant la suspension, le ministre peut réduire au prorata le subventionnement éventuel du service concerné pour la durée de la suspension.

Art. 51. § 1^{er} - Pour des raisons de santé publique, de sécurité ou de manquement grave aux dispositions applicables, le ministre peut - d'urgence et pour une durée indéterminée - suspendre l'agrération, provisoire ou définitive selon le cas, afin d'éviter aux enfants gardés un dommage manifestement grave. Si après l'invitation mentionnée à l'article 49, § 3, le service d'accueil continue à ne pas remplir les obligations, le ministre intervient et, sur avis de l'inspection, statue par décision particulièrement motivée.

La suspension d'urgence implique la fermeture provisoire immédiate du service d'accueil pour une durée indéterminée.

Avant la suspension, le ministre communique immédiatement son intention au service d'accueil concerné, et ce, par fax, courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. Dans un délai de trois jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, le service peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les dix jours suivant l'envoi du recommandé.

Dans les cinq jours suivant cette audition ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 3 selon le cas, le ministre statue sur la suspension d'urgence.

Cette décision est notifiée sans délai au service concerné. Le département informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le service fait l'objet d'une fermeture provisoire immédiate.

§ 2 - Si les faits ayant conduit à la suspension d'urgence n'existent plus, le ministre met immédiatement un terme tant à la suspension de l'agrération, provisoire ou définitive selon le cas, qu'à la fermeture provisoire du service. Le département informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le service est rouvert.

Art. 52. En cas de suspension de l'agrération, le service d'accueil peut introduire un recours auprès du Gouvernement. Le recours n'est pas suspensif.

Le service d'accueil transmet au Gouvernement le recours motivé, accompagné de tout document pertinent, par recommandé ou contre accusé de réception, et ce, dans un délai de 15 jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision portant suspension de l'agrération.

Le Gouvernement informe le département et l'inspection qu'un recours a été introduit. Ceux-ci transmettent au Gouvernement, dans le délai qu'il détermine, le dossier administratif accompagné de leur prise de position.

Le Gouvernement statue sur l'admissibilité du recours dans les 60 jours suivant sa réception. A défaut de décision dans le délai imparti, la décision contre laquelle le recours a été introduit est censée être confirmée.

Section 2. — Retrait de l'agrération

Art. 53. Si à l'expiration de la suspension mentionnée à l'article 50, le service d'accueil continue à ne pas remplir les obligations, le ministre peut retirer l'agrération, provisoire ou définitive selon le cas, sur avis de l'inspection.

Avant le retrait, le ministre communique son intention au service concerné, et ce, par recommandé. Dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, le service peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les 30 jours suivant l'envoi du recommandé.

Dans les 30 jours suivant cette audition ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur le retrait.

Cette décision est immédiatement notifiée au service d'accueil concerné et publiée au *Moniteur belge* avec sa date d'entrée en vigueur. Le département informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que l'agrération, provisoire ou définitive selon le cas, a été retirée.

Art. 54. En cas de retrait de l'agrération, le service d'accueil peut introduire un recours auprès du Gouvernement. Le recours n'est pas suspensif.

Le service d'accueil transmet au Gouvernement le recours motivé, accompagné de tout document pertinent, par recommandé ou contre accusé de réception, et ce, dans un délai de 15 jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision portant retrait de l'agrération.

Le Gouvernement informe le département et l'inspection qu'un recours a été introduit. Ceux-ci transmettent au Gouvernement, dans le délai qu'il détermine, le dossier administratif accompagné de leur prise de position.

Le Gouvernement statue sur l'admissibilité du recours dans les 60 jours suivant sa réception. A défaut de décision dans le délai imparti, la décision contre laquelle le recours a été introduit est censée être confirmée.

Chapitre 4. — Cessation de l'accueil d'enfants

Art. 55. Sans préjudice de l'article 51, le retrait de l'agrération, provisoire ou définitive selon le cas, opéré conformément à l'article 53 et le refus de l'agrération définitive entraînent la fermeture dans les 30 jours du service concerné.

La fermeture du service met un terme à tout accueil d'enfants et au subventionnement éventuel par la Communauté germanophone.

Art. 56. § 1^{er} - Les services d'accueil communiquent par écrit au département toute cessation volontaire de leurs activités qui n'est pas due à un retrait de l'agrération conformément à l'article 53, que cette cessation soit temporaire ou définitive. Sont exclus les périodes de congé et les jours fériés.

Le service d'accueil communique son intention par écrit au ministre, et ce, au moins trois mois avant une cessation temporaire et six mois avant une cessation définitive.

§ 2 - La cessation définitive des activités en tant que service d'accueil entraîne d'office le retrait de l'agrération.

La cessation définitive des activités du service met un terme à tout accueil d'enfants et au subventionnement éventuel par la Communauté germanophone.

Art. 57. Lorsqu'un service d'accueil est transféré à un autre pouvoir organisateur, l'agrération reste valable pour une durée de six mois après le transfert, à condition que le nouveau pouvoir organisateur demande une agrération conformément aux dispositions du présent titre.

Si aucune demande n'a pas été introduite auprès du département dans le délai mentionné au premier alinéa, ceci correspond à une cessation définitive des activités conformément à l'article 56, § 2.

Sous-titre 3. — Dispositions particulières

Chapitre 1^{er}. — Services d'accueillants d'enfantsSection 1^{re}. — Conditions particulières d'agrération

Art. 58. Le service d'accueillants d'enfants établit une procédure pour vérifier l'aptitude des candidats demandant à être enregistrés comme accueillants conventionnés.

Cette procédure tient compte de la compétence éducative, de la disponibilité, des conditions d'hygiène et des possibilités d'accueil offertes par les locaux, du besoin existant dans la commune ou la localité, ainsi que de la disposition à collaborer avec le service d'accueillants d'enfants et les personnes chargées de l'éducation.

Art. 59. Le service d'accueillants d'enfants établit un modèle pour le concept d'accueil des accueillants conventionnés.

Section 2. — Obligations particulières

Art. 60. § 1^{er} - Le service d'accueillants d'enfants veille au respect des dispositions du titre 3.

Le service d'accueillants d'enfants mandate pour l'accueil uniquement des accueillants conventionnés enregistrés conformément au titre 3. Pour ce faire, il conclut avec eux une convention écrite.

§ 2 - Aux conditions suivantes, le service d'accueillants d'enfants peut organiser un accueil extrascolaire :

1° la mission d'accueil des jeunes enfants est assurée prioritairement;

2° le nombre maximal de jours de garde fixé pour le service d'accueillants d'enfants et le nombre maximal d'enfants qui peuvent être accueillis simultanément, sont respectés en ce qui concerne chaque accueillant conventionné;

3° l'accueillant conventionné peut décider librement de proposer ou non un accueil extrascolaire.

Art. 61. Lorsqu'il mandate des accueillants conventionnés, le service d'accueillants d'enfants est obligé de :

1° guider les accueillants conventionnés dans l'exercice de leurs missions et promouvoir ou faciliter les contacts avec les personnes chargées de l'éducation;

2° mettre à disposition l'équipement de base nécessaire à l'accueil d'enfants;

3° garantir la sécurité sociale des accueillants conventionnés conformément au statut social applicable;

4° conclure, en faveur des accueillants conventionnés, une assurance obligatoire de la responsabilité civile et une assurance accidents de travail;

5° veiller à ce que les accueillants conventionnés ne dépassent ni le nombre d'enfants qui peuvent être accueillis simultanément, mentionné à l'article 132, ni le capital gardé mentionné à l'article 133;

6° veiller à la formation continue des accueillants conventionnés. En début d'année calendrier, le service d'accueillants d'enfants notifie au département les thèmes des formations continues, à titre d'information.

Art. 62. § 1^{er} - Le service d'accueillants d'enfants dispose au moins de personnel sociopédagogique conformément au tableau cumulatif suivant :

Nombre de jours de garde	Nombre de membres du personnel sociopédagogique
7.420 - 14.840	0,5
14.841 - 18.500	1
18.501 - 22.600	1,5
22.601 - 26.700	1,75
26.701 - 30.800	2
30.801 - 35.300	2,25
35.301 - 39.800	2,5
39.801 - 44.300	2,75
44.301 - 50.000	3
50.001 - 55.700	3,25
55.701 - 61.400	3,5
61.401 - 67.100	4
67.101 - 72.800	4,5

Pour calculer la clef de personnel, les demi-jours de garde sont assimilés à des jours entiers. Une garde d'un tiers de journée est comptée pour un tiers.

§ 2 - Tout membre du personnel mentionné au § 1^{er} est au moins occupé à mi-temps.

§ 3 - Le personnel sociopédagogique est au moins porteur d'un certificat de l'enseignement supérieur de type court dans les domaines du travail social, des sciences sanitaires et infirmières, de la pédagogie, de la psychologie, des sciences éducatives, des sciences pédagogiques ou d'un diplôme y assimilé.

Le ministre peut admettre des porteurs d'autres qualifications, pour autant qu'ils puissent justifier d'une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou d'une formation particulière pour la fonction concernée. Le ministre statue dans les 60 jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

§ 4 - Dans des cas exceptionnels justifiés, le ministre peut concéder au service d'accueillants d'enfants un délai pour se conformer aux normes fixées dans le présent article. Le ministre statue dans les 60 jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

§ 5 - Par dérogation à l'article 72, § 1^{er}, alinéa 2, le plafond retenu pour le subventionnement des personnes mentionnées au § 3, alinéa 2, est l'échelle de traitement d'assistant social fixée par le Gouvernement pour le subventionnement du personnel dans les domaines Affaires sociales et Santé.

Art. 63. Le service d'accueillants d'enfants dispose d'un secrétariat.

Le rédacteur compétent pour le secrétariat est au moins occupé à mi-temps. Il est au moins porteur du certificat d'enseignement secondaire supérieur.

Art. 64. Le service d'accueillants d'enfants assure l'accueil de jeunes enfants au moins du lundi au vendredi, pendant dix heures par jour et durant 220 jours ouvrables par année calendrier.

Art. 65. La coordination des demandes de garde et le placement d'enfants chez les accueillants conventionnés s'opèrent via le service d'accueillants d'enfants.

Un accueil peut aussi être assuré la nuit ou les samedis, dimanches et jours fériés.

Art. 66. Si possible, le service d'accueillants d'enfants assure la continuité de l'accueil de l'enfant en cas d'indisponibilité temporaire d'un accueillant conventionné.

Art. 67. Pour pouvoir bénéficier d'un accueil, les personnes chargées de l'éducation introduisent une demande auprès du service d'accueillants d'enfants.

Toute demande d'accueil est inscrite dans un registre du service d'accueillants d'enfants qui reprend au moins l'identité et l'âge de l'enfant, la date de la demande d'accueil, les heures de garde, le nombre de jours de garde par mois, la date demandée pour le début de l'accueil et, le cas échéant, celle prévue pour la fin de l'accueil.

Au plus tard huit semaines avant que débute l'accueil demandé, le service d'accueillants d'enfants communique - de façon contraignante pour lui - à la personne chargée de l'éducation si un accueil peut ou non intervenir à la date demandée.

Si aucun accueil ne peut être proposé, ceci est inscrit au registre avec indication du motif.

Art. 68. § 1^{er} - Des enfants malades ne peuvent être accueillis que s'il n'existe aucun risque pour les autres enfants gardés.

En cas de doute, le service d'accueillants d'enfants peut exiger un certificat médical.

Si un enfant est absent plus de deux jours pour cause de maladie, le service d'accueillants d'enfants peut, avant de l'accueillir à nouveau, exiger un certificat médical confirmant que l'enfant en question ne présente aucun risque de contagion pour les autres.

§ 2 - Le service d'accueillants d'enfants recommande aux personnes chargées de l'éducation des enfants gardés de les faire vacciner conformément aux instructions du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

Art. 69. Le service d'accueillants d'enfants invite au moins tous les deux ans l'ensemble des personnes chargées de l'éducation afin de pouvoir tenir compte de leurs points de vue dans le concept d'accueil.

Section 3. — Subventionnement

Art. 70. Sans préjudice d'un éventuel contrat de gestion conclu conformément à l'article 13 du décret, les services d'accueillants d'enfants agréés peuvent obtenir des subsides conformément aux dispositions de la présente section dans les limites des crédits budgétaires disponibles.

Art. 71. § 1^{er} - Pour pouvoir être subsidié, le service d'accueillants d'enfants remplit les conditions suivantes :

1° il assure au moins 7.240 jours de garde pour des jeunes enfants;

2° son taux d'occupation minimal est de 70 % en moyenne pendant les 212 jours d'ouverture déterminés.

§ 2 - Le calcul du taux d'occupation mentionné au § 1^{er}, 2°, est effectué une fois par an, sur la base des présences réelles, les demi-jours de garde étant assimilés à des jours entiers. Une garde d'un tiers de journée est comptée pour un tiers. Pour calculer le taux d'occupation, la formule suivante est appliquée :

capacité maximale théorique : 212 jours x capacité = X;

calcul du taux d'occupation : jours de garde réels = Y = % de X.

Pour les accueillants conventionnés qui sont actifs seulement une partie de l'année, le taux d'occupation est calculé proportionnellement aux jours prestés.

§ 3 - Après l'ouverture d'un nouveau service d'accueillants d'enfants débute une phase de démarrage de trois ans pour le calcul du taux d'occupation minimal moyen.

Par dérogation au § 1^{er}, 2°, le taux d'occupation moyen peut osciller entre 30 et 50 % la première année calendrier suivant l'ouverture. La deuxième année, il peut osciller entre 50 et 70 %.

La troisième année de cette phase de démarrage, il faut atteindre un taux d'occupation moyen de 70 % . Si ce taux d'occupation n'est pas atteint, l'adaptation du subventionnement des frais de personnel mentionnée à l'article 72, § 4, s'applique. S'il s'agit d'un service d'accueillants d'enfants assurant au plus 14.480 jours de garde, le subventionnement est arrêté à partir de l'année suivante.

Si, au cours de l'une des années calendrier suivant la phase de démarrage de trois ans, un service d'accueillants d'enfants n'atteint pas le taux d'occupation mentionné au § 1^{er}, l'adaptation du subventionnement des frais de personnel mentionnée à l'article 72, § 4, s'applique. S'il s'agit d'un service d'accueillants d'enfants assurant au plus 14.480 jours de garde, il peut encore être subsidié l'année suivante. Si, au terme de cette année, il n'atteint toujours pas le taux d'occupation minimal moyen, le subventionnement est arrêté à partir de l'année suivante.

Art. 72. § 1^{er} - Les bases de calcul fixées par le Gouvernement pour les domaines Affaires sociales et Santé sont appliquées pour le subventionnement des frais relatifs au personnel.

Seuls sont pris en considération les frais relatifs aux membres du personnel porteurs des diplômes admis dans le présent chapitre.

§ 2 - Le tableau fixé à l'article 62, § 1^{er}, est pris en considération pour le subventionnement des frais relatifs au personnel sociopédagogique du service d'accueillants d'enfants. Tout subside éventuellement obtenu dans le cadre de mesures favorisant l'emploi est déduit.

En ce qui concerne le personnel sociopédagogique occupé à temps plein, un montant forfaitaire de 116,82 euros est accordé mensuellement pour les frais de déplacement. En cas de travail à temps partiel, le montant est réduit à due concurrence.

§ 2 - Le tableau cumulatif suivant est pris en considération pour le subventionnement des frais de personnel relatifs au rédacteur occupé auprès du secrétariat du service d'accueillants d'enfants :

Nombre de jours de garde	Nombre de rédacteurs
35.301 - 50.000	0,5
50.001 - 64.700	0,75
64.701 - 79.400	1
79.401 - 94.100	1,25

Pour calculer la clef de personnel, les demi-jours de garde sont assimilés à des jours entiers. Une garde d'un tiers de journée est comptée pour un tiers.

Tout subside éventuellement obtenu dans le cadre de mesures favorisant l'emploi est déduit.

§ 4 - Le subventionnement des frais relatifs au personnel est adapté tous les deux ans sur la base du nombre total de jours de garde des deux années calendrier précédentes. L'année de l'adaptation, le service d'accueillants d'enfants est informé en février de l'effectif subsidié à partir du mois de septembre de la même année.

§ 5 - Si le service d'accueillants d'enfants obtient un délai pour satisfaire aux normes fixées à l'article 62, le subventionnement conformément à la présente section n'en est pas affecté.

Art. 73. § 1^{er} - Pour les frais de garde admissibles, le service d'accueillants d'enfants reçoit un subside qui correspond à la différence entre l'indemnité journalière des accueillants d'enfants conventionnés fixée à l'article 135, § 1^{er}, et la participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation, en ce compris le défraiement prévu à l'article 85, § 2.

§ 2 - Pour l'accueil d'enfants handicapés ou nécessitant des soins particuliers, le service d'accueillants d'enfants peut obtenir un subside supplémentaire s'élevant à 50 % de l'indemnité journalière visée à l'article 135, § 1^{er}, dans la mesure où ces enfants ont besoin d'un encadrement plus intensif et d'une attention plus soutenue.

A cette fin, le service d'accueillants d'enfants introduit auprès du département une demande individuelle écrite accompagnée d'un avis émis par un établissement spécialisé ou un médecin spécialiste ou, le cas échéant, d'un rapport social. Le ministre statue dans les 60 jours suivant la réception de la demande. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

§ 3 - Les cotisations patronales et primes versées pour l'assurance contre les accidents du travail des accueillants conventionnés sont remboursées au service d'accueillants d'enfants par la Communauté germanophone.

Art. 74. Pour les frais administratifs, un subside de 1,14 euro par enfant est accordé au service d'accueillants d'enfants par jour de garde payant.

Pour le calcul du subside, les demi-jours de garde sont assimilés à des jours entiers. Une garde d'un tiers de journée est comptée pour un tiers.

Art. 75. Le défraiement visé à l'article 85, § 2, est le cas échéant déduit du subside total annuel accordé l'année suivante, 20 % revenant au service d'accueillants d'enfants pour frais de dossier.

Art. 76. § 1^{er} - Pour l'organisation de la formation continue visée à l'article 125, destinée aux accueillants d'enfants conventionnés, et de celle prévue à l'article 14 pour le personnel sociopédagogique, ainsi que pour l'acquisition de matériel didactique, le service d'accueillants d'enfants obtient un forfait annuel de 4.500 euros maximum. Le subside ne sera liquidé que lorsque le département aura vérifié les justificatifs introduits.

§ 2 - Pour chaque accueillant conventionné ayant suivi au moins dix heures de formation continue au cours de l'année, le service d'accueillants d'enfants obtient en plus un forfait annuel de 108,90 euros à liquider, conformément à l'article 137, aux accueillants conventionnés participants.

Pour bénéficier de ce subside de formation continue, le service doit - au 1^{er} février de chaque année - présenter au département une liste des participants aux formations continues organisées au cours de l'année calendrier précédente.

Art. 77. Au plus tard six semaines après la fin de chaque trimestre, le service d'accueillants d'enfants introduit auprès du département les justificatifs trimestriels pour le subventionnement.

En cas d'introduction tardive des justificatifs trimestriels, 5 % des subsides peuvent être retenus si le retard est d'un mois, 10 % s'il est de deux mois ou plus.

Art. 78. Sans préjudice de l'article 70 et après vérification par le département, le ministre octroie les subsides mentionnés dans la présente section au service d'accueillants d'enfants qui en fait la demande. Les demandes de subsides sont introduites auprès du département avec les justificatifs éventuellement requis.

Section 4. — Participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation

Art. 79. Les dispositions de la présente section sont applicables aux services d'accueillants d'enfants subventionnés par la Communauté germanophone.

Art. 80. Pour l'application de la présente section, l'on entend par :

1° jeunes enfants : par dérogation à l'article 1^{er}, 2°, les enfants qui n'ont pas encore quatre ans accomplis;

2° lors de l'accueil de jeunes enfants :

a) garde d'une journée complète : garde de cinq à dix heures par jour;

b) garde d'une demi-journée : garde jusqu'à cinq heures par jour;

c) garde de longue durée : garde de plus de dix heures par jour.

3° lors de l'accueil d'enfants dans le cadre de l'accueil extrascolaire :

a) garde d'une journée complète : garde de cinq à dix heures par jour;

b) garde d'une demi-journée : garde de trois à cinq heures par jour;

c) garde d'un tiers de journée : garde jusqu'à trois heures par jour;

d) garde de longue durée : garde de plus de dix heures par jour.

Art. 81. § 1^{er} - Le service d'accueillants d'enfants veille à ce que les personnes chargées de l'éducation confirment dans les trois mois leur demande d'accueil, et ce, en acquittant le droit de réservation fixé en annexe. En cas de manque de places d'accueil, le droit de réservation peut être dû dans les trois mois suivant la confirmation d'occupation.

Le droit de réservation est retenu lorsque les personnes chargées de l'éducation ne sollicitent pas l'accueil convenu.

Si l'offre d'accueil convenue ne peut être maintenue, le service d'accueillants d'enfants rembourse immédiatement le droit de réservation aux personnes chargées de l'éducation, à moins qu'il ne conclue un autre arrangement avec elles.

Le droit de réservation est remboursé au plus tard trois mois après l'expiration du contrat de garde, sur initiative du service d'accueillants d'enfants, ou vient en compensation de montants éventuellement dus.

Les personnes chargées de l'éducation sont informées des modalités de paiement et de remboursement de ce droit.

§ 2 - Lorsque les personnes chargées de l'éducation ne sollicitent pas l'accueil convenu, l'accueillant conventionné qui a réservé la place non sollicitée perçoit du service d'accueillants d'enfants 50 % du droit de réservation retenu.

Art. 82. § 1^{er} - La participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation, y compris la contribution pour couvrir les frais supplémentaires mentionnés à l'article 136 et supportés par les accueillants conventionnés pour la collecte des déchets, prend la forme d'un forfait journalier à payer conformément au tableau figurant en annexe.

Ne sont pas compris le coût des aliments de régime, des aliments "bio", des médicaments, des langes, du lait en poudre et des produits spécifiques souhaités par les personnes chargées de l'éducation.

§ 2 - Le taux applicable pour le forfait journalier mentionné au § 1^{er} est calculé comme suit :

1^o pour une garde d'une journée complète (5 à 10 heures) : 100 %

2^o pour une garde d'une demi-journée (jusqu'à 5 heures) : 60 %

3^o pour une garde d'un tiers de journée dans le cadre de l'accueil extrascolaire (0 à 3 heures) : 40 %

4^o pour une garde de longue durée (plus de dix heures) : 100 % plus toute heure entamée conformément au § 3.

Par dérogation au premier alinéa, les taux suivants sont applicables pour l'accueil d'enfants :

1^o en cas de garde simultanée de deux jeunes enfants, la participation par enfant est de 70 % . Par garde simultanée, l'on entend la garde par un service d'accueillants d'enfants et/ou par une crèche subsidiée par la Communauté germanophone;

2^o en cas de garde simultanée d'au moins deux enfants d'une personne chargée de l'éducation, dont un a au moins 3 ans, la participation est de 100 % pour un enfant de moins de 3 ans et 70 % pour un enfant de 3 ans et plus;

3^o en cas de familles ayant au moins 3 enfants à charge, la participation est de 70 % par enfant;

4^o pour les enfants handicapés bénéficiant d'allocations familiales majorées, la participation est de 70 % par enfant.

§ 3 - Pour une garde de longue durée, les personnes chargées de l'éducation paient, en plus du forfait journalier calculé en application des §§ 1^{er} et 2, un forfait horaire de 3,52 euros par enfant gardé si les revenus du ménage excèdent 1.500 euros.

Art. 83. § 1^{er} - La participation aux frais est calculée en se basant sur les revenus mensuels nets cumulés du ménage formé par les personnes chargées de l'éducation.

Sont considérés comme revenus nets pour l'application du présent article les revenus nets mentionnés à l'article 6 du Code des impôts sur les revenus 1992.

Sont considérés comme "ménage" pour l'application du présent article les conjoints, les personnes vivant maritalement ainsi que les personnes seules chargées de l'éducation d'un enfant.

§ 2 - Le mois de référence pour calculer la participation aux frais en début d'accueil est le mois précédant le début de l'accueil. S'il n'est pas représentatif en raison de la situation actuelle du ménage, c'est le mois représentatif suivant qui sera pris en considération.

Le mois de référence pour adapter la participation aux frais est le mois de novembre. S'il n'est pas représentatif en raison de la situation actuelle du ménage, c'est le mois représentatif suivant qui sera pris en considération.

Une adaptation de la participation a lieu annuellement au mois de janvier.

§ 3 - Le service d'accueillants d'enfants veille à ce que les personnes chargées de l'éducation introduisent en début de garde les preuves de revenus correspondantes. À défaut, c'est la participation aux frais la plus élevée qui est portée en compte.

En lieu et place de ces preuves, le service d'accueillants d'enfants peut aussi accepter le dernier avertissement-extrait de rôle. Dans ce cas, les revenus correspondent aux revenus nets imposables y mentionnés, majorés de 20 %. Les revenus du nouvel avertissement-extrait de rôle sont pris en compte au plus tard au 1^{er} juillet de chaque année.

§ 4 - Le service d'accueillants d'enfants signale aux personnes chargées de l'éducation que toute modification des revenus du ménage doit immédiatement lui être communiquée si elle représente au moins 10 % des revenus déterminés conformément au présent article. Le service adapte en conséquence la participation aux frais à partir du mois suivant la modification.

Si une augmentation représentant au moins 10 % n'est pas communiquée, le service calcule, avec effet rétroactif au moment de l'augmentation de revenus, le tarif correspondant applicable conformément à la participation aux frais fixée en annexe, majoré d'un forfait pour frais administratifs représentant 10 % du montant manquant calculé.

Art. 84. En raison de la situation financière particulière des personnes chargées de l'éducation ou lorsque les revenus du ménage sont inférieurs au revenu d'intégration déterminé par la loi, le service d'accueillants d'enfants peut diminuer en conséquence la participation aux frais pour une durée maximale de trois mois. Le service mène au préalable une enquête sur la situation financière particulière.

Si la diminution est accordée, et dans la mesure où la situation décrite au premier alinéa perdure, le service introduit auprès du département, au plus tard trente jours avant l'expiration du délai imparti, une demande motivée en vue de pouvoir continuer à appliquer une participation moindre. La preuve que la personne chargée de l'éducation fait l'objet d'une médiation de dettes conformément au décret du 29 avril 1996 concernant la médiation et l'apurement de dettes est une condition pour maintenir la réduction de la participation aux frais. Dans les 60 jours suivant la réception de la demande complète, le département établit un avis qu'il transmet au ministre. À défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 30 jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur le maintien de la réduction de la participation aux frais. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Art. 85. § 1^{er} - Dans le cadre du plan de garde fixé dans le contrat de garde, les personnes chargées de l'éducation disposent, dans le cas d'un accueil de cinq jours complets par semaine, d'un "crédit" de 35 jours entiers par année de garde pour l'absence de l'enfant. En cas de garde partielle, les jours de crédit sont réduits proportionnellement.

A ces jours de crédit sont ajoutés :

- 1° les jours fériés légaux, le jour de la Communauté germanophone, le lendemain de Noël et le lundi de carnaval;
- 2° les jours d'absence de l'enfant en raison d'une hospitalisation et de la convalescence y relative, justifiés par un certificat médical;
- 3° les jours d'absence pour cause de maladie de l'accueillant conventionné;
- 4° les jours de congé de l'accueillant conventionné;
- 5° les jours d'absence de l'accueillant conventionné, en raison d'une maladie contagieuse d'un membre de son ménage.

§ 2 - Les absences du jeune enfant dépassant les jours de crédit octroyés sont considérées comme jours de garde pour lesquels le service d'accueillants d'enfants exige un défraiement égal à 60 % de la participation aux frais de garde supportée par les personnes chargées de l'éducation et calculée conformément à l'article 83.

En cas d'absence particulièrement fréquente du jeune enfant en raison d'une affection chronique, le défraiement dû peut être supprimé en tout ou partie. A cette fin, le service d'accueillants d'enfants introduit une demande motivée auprès du département, accompagnée du rapport de l'assistant social et d'un certificat médical. Dans les 60 jours suivant la réception de la demande complète, le département établit un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 30 jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur la suppression partielle ou totale. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Chapitre 2. — Crèches

Section 1^{re}. — Conditions particulières d'agrément

Art. 86. § 1^{er} - La crèche a une capacité d'accueil minimale de 18 places.

§ 2 - Une adaptation de la capacité d'accueil est soumise à une approbation préalable.

A cette fin, la crèche introduit une demande individuelle écrite auprès du département. Dans les 60 jours suivant la réception de la demande complète, le département établit un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 15 jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur l'approbation de l'adaptation. A défaut de décision dans le délai imparti, l'approbation est censée être refusée.

Art. 87. Sans préjudice des articles 19 à 22, les conditions supplémentaires suivantes sont applicables aux crèches en ce qui concerne les caractéristiques des locaux :

- 1° la superficie minimale de l'ensemble des locaux est de 12 m² par place d'accueil, dont au moins 7 m² pour les zones de jeu, de soins et de repas et 2 m² pour le sommeil et le repos;
- 2° si la crèche est implantée dans un bâtiment ayant d'autres affectations que l'accueil d'enfants, la crèche doit avoir un accès indépendant;
- 3° la crèche est aménagée de manière à permettre le contrôle de l'accès de personnes extérieures;
- 4° la zone pour les activités extérieures, mentionnée à l'article 19, peut être fermée de manière sécurisée;
- 5° les escaliers sont munis de contremarches et d'une barrière de sécurité. Les escaliers sont pourvus d'une double main courante, l'une à hauteur d'enfant et l'autre à hauteur d'adulte. A défaut, ils ne peuvent être empruntés par des enfants que si ceux-ci sont accompagnés par des adultes. Les escaliers en colimaçon ne peuvent être empruntés par les enfants, seuls ou accompagnés d'adultes;
- 6° tous les locaux accessibles aux enfants sont pourvus d'un revêtement de sol antidérapant. Il n'y a aucun tapis;
- 7° dans les locaux destinés à l'accueil, les ouvertures donnant de la lumière du jour couvrent au moins un sixième de la surface au sol;
- 8° le local destiné au sommeil est séparé des autres et conçu de manière à être isolé acoustiquement des autres zones. Si des nourrissons sont gardés, une surface de repos séparée doit être prévue pour eux;
- 9° l'équipement des locaux destinés au sommeil répond aux instructions du ministre;
- 10° la crèche dispose d'une pièce d'isolement avec contact visuel donnant sur les locaux d'accueil;
- 11° l'aménagement de la cuisine mentionnée à l'article 20, 5°, permet une distribution rapide et simple de la nourriture;
- 12° la zone sanitaire est équipée de lavabos, de tables à langer, ainsi que de toilettes et lave-mains adaptés à l'âge des enfants, le tout en nombre suffisant;
- 13° les locaux sont nettoyés quotidiennement les jours d'ouverture. Le mode de nettoyage des sols, des surfaces et du matériel est compatible avec l'accueil de jeunes enfants;
- 14° la crèche veille à un nettoyage régulier du matériel et de la literie;
- 15° les éventuels bacs à sable sont recouverts de manière à éviter toute pollution. Le sable est renouvelé au moins une fois par année.

Section 2. — Obligations particulières

Art. 88. § 1^{er} - La crèche veille à la présence d'un nombre suffisant de gardes d'enfants et dispose au moins de gardes d'enfants conformément au tableau cumulatif suivant :

Nombre de places	Nombre de gardes d'enfants
18	3
21	3,5
24	4
27	4,5
30	5
33	5,5
36	6
39	6,5
42	7
45	7,5
48	8

§ 2 - La crèche dispose au moins de personnel sociopédagogique conformément au tableau cumulatif suivant :

Nombre de places	Nombre de membres du personnel sociopédagogique
18	0,5
21	0,5
24	0,75
27	0,75
30	1
33	1
36	1,25
39	1,25
42	1,50
45	1,50
48	1,75

§ 3 - La crèche dispose au moins de gardes remplaçants conformément au tableau cumulatif suivant :

Nombre de places	Nombre de gardes d'enfants remplaçants
18	0,5
21	0,5
24	0,75
27	0,75
30	1
33	1
36	1,25
39	1,25
42	1,50
45	1,50
48	1,75

§ 4 - Tout membre du personnel mentionné aux §§ 1 à 3 est au moins occupé à mi-temps.

§ 5 - Les gardes d'enfants sont au moins porteurs d'un certificat de formation comme assistant en nursing ou puériculteur, garde d'enfants, éducateur ou d'un diplôme y assimilé.

Le ministre peut admettre des porteurs d'autres qualifications, pour autant qu'ils puissent justifier d'une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou d'une formation particulière pour la fonction concernée. Le ministre statue dans les 60 jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Si aucune personne ayant une formation dans le domaine de l'accueil d'enfants ou de l'éducation n'est disponible en raison d'un manque prouvé de personnel, la crèche peut admettre des porteurs d'autres qualifications pour une durée maximale de quatre mois. Si le manque de personnel perdure au-delà, la crèche demande au ministre une dérogation motivée, au plus tard deux mois avant l'échéance du délai de quatre mois. Le ministre statue dans les 60 jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Le ministre approuve la demande lorsque les compétences du membre du personnel d'encadrement correspondent aux instructions fixées par lui.

§ 6 - Par dérogation à l'article 92, § 1^{er}, alinéa 2, le plafond retenu pour le subventionnement des personnes mentionnées au § 5, alinéa 2, est l'échelle de traitement de garde d'enfants fixée par le Gouvernement pour le subventionnement du personnel dans les domaines Affaires sociales et Santé.

§ 7 - L'article 62, §§ 3 à 5, est applicable mutatis mutandis aux crèches.

Art. 89. Les articles 64 et 67 à 69 sont applicables mutatis mutandis aux crèches.

Section 3. — Subventionnement

Art. 90. Sans préjudice d'un éventuel contrat de gestion conclu conformément à l'article 13 du décret, les crèches agréées peuvent obtenir des subsides conformément aux dispositions de la présente section dans les limites des crédits budgétaires disponibles.

Art. 91. § 1^{er} - Pour être subsidiée, une crèche doit avoir un taux d'occupation minimal de 70 % en moyenne pendant les 220 jours d'ouverture déterminés.

§ 2 - Le calcul du taux d'occupation est effectué un fois par année sur la base des présences effectives, les jours complets autant que les demi-jours étant considérés comme présence complète. Pour calculer le taux d'occupation, la formule suivante est appliquée :

capacité maximale théorique : 220 jours x capacité = X; calcul du taux d'occupation : jours de garde réels = Y = % de X.

§ 3 - Après l'ouverture d'une nouvelle crèche débute une phase de démarrage de trois ans pour le calcul du taux d'occupation minimal moyen.

Par dérogation au § 1^{er}, le taux d'occupation moyen peut osciller entre 30 et 50 % la première année calendrier suivant l'ouverture. La deuxième année, il peut osciller entre 50 et 70 % .

La troisième année de cette phase de démarrage, il faut atteindre un taux d'occupation moyen de 70 % . Si ce n'est pas le cas, le nombre de places agréées est réduit. S'il s'agit d'une crèche de 18 places, le subventionnement est arrêté à partir de l'année suivante.

Si une crèche, au cours de l'une des années suivant la phase de démarrage de trois ans, n'atteint pas le taux d'occupation mentionné au § 1^{er}, elle peut poursuivre pendant un an. Si, au terme de cette année, elle n'atteint toujours pas le taux d'occupation minimal moyen, le nombre de places agréées est réduit. S'il s'agit d'une crèche de 18 places, le subventionnement est arrêté à partir de l'année suivante.

§ 4 - Un élargissement du nombre de places suppose un taux d'occupation moyen d'au moins 80 % des places existantes pendant les jours d'ouverture de la crèche, et ce, durant deux années calendrier consécutives.

Art. 92. § 1^{er} - Les bases de calcul fixées par le Gouvernement pour les domaines Affaires sociales et Santé sont appliquées pour le subventionnement des frais relatifs au personnel.

Seuls sont pris en considération les frais relatifs aux membres du personnel porteurs des diplômes admis dans le présent chapitre.

§ 2 - Le tableau cumulatif suivant est pris en considération pour le subventionnement des frais relatifs au personnel de la crèche :

Nombre de places	Nombre de jours de garde	Nombre de gardes d'enfants	Nombre de membres du personnel sociopédagogique	Nombre de gardes d'enfants remplaçants
18	2.772	3	0,5	0,5
21	3.234	3,5	0,5	0,5
24	3.696	4	0,75	0,8
27	4.158	4,5	0,75	0,8
30	4.620	5	1	1
33	5.082	5,5	1	1
36	5.544	6	1,25	1,25
39	6.006	6,5	1,25	1,25
42	6.468	7	1,50	1,50
45	6.930	7,5	1,50	1,50
48	7.392	8	1,75	1,75

Tout subside éventuellement obtenu dans le cadre de mesures favorisant l'emploi est déduit.

§ 3 - L'article 72, § 5, est applicable mutatis mutandis aux crèches.

Art. 93. § 1^{er} - Pour l'accueil d'enfants handicapés ou nécessitant des soins particuliers, la crèche peut obtenir un subside supplémentaire de 9,26 euros pour une garde d'une journée complète et de 5,55 euros pour une garde d'une demi-journée, dans la mesure où ces enfants ont besoin d'un encadrement plus intensif et d'une attention plus soutenue.

A cette fin, la crèche introduit auprès du département une demande individuelle écrite, accompagnée d'un avis émis par un établissement spécialisé ou un médecin spécialiste ou, le cas échéant, d'un rapport social. Dans les 30 jours suivant la réception de la demande complète, le département établit un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 60 jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur l'octroi du subside. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

§ 2 - L'article 97 est applicable mutatis mutandis en ce qui concerne l'application du présent article.

Art. 94. Pour organiser la formation continue visée à l'article 14, la crèche obtient un forfait annuel de 745 euros maximum.

Art. 95. Les articles 77 à 78 sont applicables mutatis mutandis aux crèches.

Section 4. — Participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation

Art. 96. Les dispositions de la présente section sont applicables aux crèches subventionnées par la Communauté germanophone.

Art. 97. Pour l'application de la présente section, l'on entend par :

1° jeunes enfants : par dérogation à l'article 1^{er}, 2°, les enfants qui n'ont pas encore quatre ans accomplis;

2° lors de l'accueil de jeunes enfants :

a) garde d'une journée complète : garde de cinq à dix heures par jour;

b) garde d'une demi-journée : garde jusqu'à cinq heures par jour;

c) garde de longue durée : garde de plus de dix heures par jour.

Art. 98. Les articles 81 à 85 sont applicables mutatis mutandis aux crèches, à l'exception des articles 81, § 2, 82, § 2, alinéa 1^{er}, 3°, et 85, § 1^{er}, alinéa 2, 5°.

Chapitre 3. — Minicrèches

Section 1^{re}. — Conditions particulières d'agrément

Art. 99. § 1^{er} - La minicrèche a une capacité d'accueil minimale de 6 places et une capacité d'accueil maximale de 14 places.

§ 2 - L'article 86, § 2, est applicable mutatis mutandis aux minicrèches.

Art. 100. L'article 87 est applicable mutatis mutandis aux minicrèches.

Section 2. — Obligations particulières

Art. 101. § 1^{er} - La minicrèche veille à la présence d'un nombre suffisant de gardes d'enfants et dispose au moins de gardes d'enfants conformément au tableau cumulatif suivant :

Nombre de places	Nombre de gardes d'enfants
6 - 8	1,25
9 - 11	1,75
12 - 14	2,25

§ 2 - La minicrèche dispose au moins de personnel sociopédagogique conformément au tableau cumulatif suivant :

Nombre de places	Nombre de membres du personnel sociopédagogique
6-14	0,50

§ 3 - La minicrèche dispose au moins de gardes remplaçants conformément au tableau cumulatif suivant :

Nombre de places	Nombre de gardes remplaçants
6-14	0,50

§ 4 - Tout membre du personnel mentionné aux §§ 1 à 3 est au moins occupé à mi-temps.

Le personnel sociopédagogique peut aussi être occupé pour l'accueil des enfants.

§ 5 - Les articles 62, §§ 3 à 4, et 88, § 5, sont applicables mutatis mutandis aux minicrèches.

Art. 102. La minicrèche assure l'accueil de jeunes enfants au moins du lundi au vendredi, pendant neuf heures par jour et durant 220 jours ouvrables par année calendrier.

Art. 103. Les articles 67 à 69 sont applicables mutatis mutandis aux minicrèches.

Section 3. — Subventionnement

Art. 104. Sans préjudice d'un éventuel contrat de gestion conclu conformément à l'article 13 du décret, les minicrèches agréées peuvent obtenir des subsides conformément aux dispositions de la présente section dans les limites des crédits budgétaires disponibles.

Art. 105. Pour pouvoir être subsidiée, la minicrèche prévoit une participation personnelle aux frais pour les utilisateurs, ainsi qu'un tarif social pour les familles à revenus modestes.

Art. 106. Pour organiser la minicrèche, le service d'accueil reçoit un forfait annuel de 3.500 euros par place.

Le service d'accueil demande ce subside auprès du département, au plus tard pour le 31 mai de l'année suivant l'année d'activité.

Art. 107. Les articles 78, 91 et 93 sont applicables mutatis mutandis aux minicrèches.

Chapitre 4 — Lieux d'accueil extrascolaire

Section 1^{re}. — Conditions particulières d'agrément

Art. 108. Dans les locaux où se déroule l'accueil extrascolaire, il y a au moins une salle de jeux et une zone de repos dans un cadre chaleureux et aménagé spécialement pour les enfants.

Section 2. — Obligations particulières

Art. 109. L'offre proposée par le lieu d'accueil extrascolaire doit se distinguer nettement de la vie scolaire quotidienne. Cette distinction se reflète clairement au niveau de l'organisation, des locaux et du concept d'accueil.

Art. 110. § 1^{er} - Le lieu d'accueil extrascolaire veille à la présence d'un nombre suffisant de gardes d'enfants et dispose au moins d'un personnel d'encadrement conformément au tableau cumulatif suivant :

Présence moyenne	Nombre de gardes d'enfants
1-16	1
17-32	2
33-48	3

La présence moyenne est calculée en divisant le nombre total d'enfants présents par le nombre de jours d'ouverture par année calendrier.

§ 2 - Le personnel d'encadrement remplit au moins les conditions suivantes :

1° disposer d'aptitudes pédagogiques et organisationnelles et être disponible pour les enfants et les personnes chargées de leur éducation;

2° être disposé à développer ses idées et connaissances au sujet de l'accueil d'enfants.

3° avoir participé à un cours de premiers secours aux enfants et jeunes enfants ou s'engager contractuellement à suivre un tel cours dans l'année suivant l'engagement. Les connaissances en matière de premiers secours sont mises à jour tous les deux ans.

§ 3 - Dans des cas exceptionnels justifiés, le ministre peut concéder au lieu d'accueil extrascolaire un délai pour se conformer aux normes mentionnées au § 1^{er}. Le ministre statue dans les 60 jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Art. 111. Le lieu d'accueil extrascolaire assure l'accueil proposé avant et/ou après l'école au moins 4 jours par semaine scolaire.

Le lieu d'accueil extrascolaire peut également proposer un accueil pendant les vacances scolaires.

Art. 112. Le lieu d'accueil extrascolaire veille à la sécurité des enfants sur le chemin séparant l'école et les locaux où se déroule l'accueil extrascolaire ainsi que lors d'éventuelles activités extérieures.

Section 3. — Subventionnement

Art. 113. Sans préjudice d'un éventuel contrat de gestion conclu conformément à l'article 13 du décret, les lieux d'accueil extrascolaire agréés peuvent obtenir des subsides conformément aux dispositions de la présente section dans les limites des crédits budgétaires disponibles.

Art. 114. § 1^{er} - Pour pouvoir être subsidié, le lieu d'accueil extrascolaire remplit les conditions suivantes :

1° l'offre d'accueil s'adresse en principe à tous les enfants domiciliés en région de langue allemande ou y inscrits comme élèves de l'enseignement ordinaire ou spécialisé;

2° la présence moyenne est d'au moins six enfants par année calendrier. La présence moyenne est calculée en divisant le nombre total d'enfants présents par le nombre de jours d'ouverture par année calendrier;

3° il est prévu une participation personnelle aux frais pour les utilisateurs et un tarif social pour les familles à revenus modestes.

§ 2 - Après l'ouverture d'un nouveau lieu d'accueil extrascolaire débute une phase de démarrage de deux ans.

Par dérogation au § 1^{er}, 2°, la présence moyenne d'au moins six enfants ne doit pas être atteinte la première année de la phase de démarrage. Si cette présence minimale moyenne n'est pas atteinte la deuxième année de la phase de démarrage, le subventionnement du lieu d'accueil extrascolaire est arrêté dès l'année suivante.

Si un lieu d'accueil extrascolaire, au cours de l'une des années suivant la phase de démarrage de deux ans, n'atteint pas la présence minimale moyenne mentionnée au § 1^{er}, 2°, il peut encore être subsidié l'année suivante. Si, au terme de cette année, il n'atteint toujours pas la présence minimale moyenne, le subventionnement est arrêté.

Art. 115. § 1^{er} - Pour pouvoir être subsidié, un lieu d'accueil extrascolaire veille à la présence d'un nombre suffisant de gardes d'enfants et dispose au moins d'un personnel d'encadrement conformément au tableau cumulatif suivant :

Présence moyenne	Nombre de gardes d'enfants
1-10	1
11-22	2
23-36	3
37-50	4
51-64	5

§ 2 - Le personnel d'encadrement des lieux d'accueil extrascolaire subsidiés remplit au moins les conditions suivantes :

1° avoir une formation dans le domaine de l'accueil d'enfants ou de l'éducation;

2° être disposé à développer ses idées et connaissances au sujet de l'accueil d'enfants;

3° avoir participé à un cours de premiers secours aux enfants et jeunes enfants ou s'engager contractuellement à suivre un tel cours dans l'année suivant l'engagement. Les connaissances en matière de premiers secours sont mises à jour tous les deux ans.

Le ministre peut admettre des porteurs d'autres qualifications, pour autant qu'ils puissent justifier d'une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou d'une formation particulière pour la fonction concernée. Le ministre statue dans les 60 jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Si aucune personne ayant une formation dans le domaine de l'accueil d'enfants ou de l'éducation n'est disponible en raison d'un manque prouvé de personnel, le lieu d'accueil extrascolaire peut admettre des porteurs d'autres qualifications pour une durée maximale de quatre mois. Si le manque de personnel perdure au-delà, le lieu d'accueil extrascolaire demande au ministre une dérogation motivée, au plus tard deux mois avant l'expiration du délai de quatre mois. Le ministre statue dans les 60 jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Le ministre approuve la demande lorsque les compétences du membre du personnel d'encadrement correspondent aux instructions fixées par lui.

§ 3 - Si le lieu d'accueil extrascolaire obtient un délai pour satisfaire aux normes fixées à l'article 110, le subventionnement conformément à la présente section n'en est pas affecté.

Art. 116. Par lieu d'accueil extrascolaire, le service d'accueil obtient un subside unique de premier équipement s'élevant à 2.000 euros maximum qu'il peut solliciter dans les deux ans suivant la date de l'agrément. Le subside ne sera liquidé que lorsque le département aura vérifié les justificatifs introduits.

S'il est mis fin à l'accueil extrascolaire dans les deux ans de l'installation, le service d'accueil est le cas échéant invité à remettre au département l'équipement acquis grâce à des moyens de la Communauté germanophone.

Art. 117. Si les dispositions de la présente section sont respectées, la Communauté germanophone prend à sa charge 50 % du déficit d'un lieu d'accueil extrascolaire lorsque son compte de résultats est déficitaire en fin d'année calendaire en tenant compte de toutes les recettes.

Par dérogation au premier alinéa, la Communauté germanophone prend entièrement en charge le déficit éventuel pour les enfants qui sollicitent ou ont sollicité l'accueil extrascolaire et ne sont pas domiciliés en région de langue allemande, mais y sont ou y ont été scolarisés.

Art. 118. Le service d'accueil demande au département les subsides décrits aux articles 116 et 117, et ce, au plus tard pour le 31 mai de l'année suivant l'année d'activité.

Art. 119. Les articles 78 et 93 sont applicables mutatis mutandis aux lieux d'accueil extrascolaire.

Titre 3. — Accueillants conventionnés

Sous-titre 1^{er}. — Disposition générale

Art. 120. Les dispositions du présent titre ne sont applicables au service d'accueillants d'enfants qu'en tant que conditions particulières conformément à l'article 60, § 1^{er}. Il veille à leur respect.

Sous-titre 2. — Dispositions relatives au contenu

Chapitre 1^{er}. — Conditions d'enregistrement

Art. 121. Avant de débiter leurs activités, les accueillants conventionnés présentent les documents suivants :

1° un extrait du casier judiciaire (modèle 2) pour eux-mêmes ainsi que, si l'accueil des enfants a lieu dans leur habitation, pour toutes les personnes majeures qui font partie du ménage et/ou seront régulièrement en contact avec les enfants gardés. S'ils sont domiciliés à l'étranger, ils produisent un document équivalent établi par une autorité compétente et permettant l'accès à une activité relevant du domaine de l'éducation, de la guidance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection des enfants, de l'animation ou de la garde de mineurs d'âge;

2° un certificat médical de moins de deux mois de date attestant qu'ils sont en mesure de garder des enfants et qu'il n'existe aucun signe de souffrance ou d'affection physique ou psychique susceptible de présenter un danger pour la santé des enfants gardés;

3° dans la mesure où cela ne ressort pas du certificat médical mentionné au 2°, les personnes de sexe féminin actives dans l'accueil d'enfants et âgées de moins de 55 ans présentent un certificat médical attestant qu'elles-mêmes et, si l'accueil des enfants a lieu dans leur habitation, les membres féminins de leur ménage âgés de moins de 55 ans sont immunisés contre la rubéole. Le refus d'une éventuelle future vaccination n'est admis que sur présentation d'un certificat médical ad hoc dûment motivé.

Art. 122. § 1^{er} - Les accueillants conventionnés sont âgés de 21 ans au moins et de 65 ans au plus.

§ 2 - Les accueillants conventionnés peuvent demander une dérogation à la limite d'âge fixée au § 1^{er}.

Pour ce faire, ils introduisent auprès du service d'accueillants d'enfants une demande individuelle écrite accompagnée d'un certificat médical positif. Ledit service vérifie si l'endurance physique et psychique de la personne lui permet ou non de poursuivre ses activités au-delà de la limite d'âge et statue dans les 90 jours suivant la réception de la demande complète, sur l'octroi d'une dérogation et sa durée. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

La dérogation a en tout cas une durée limitée à deux ans et peut être renouvelée.

Le service d'accueillants d'enfants consigne par écrit toute dérogation individuelle, sa justification ainsi que sa durée.

Le département reçoit copie de la dérogation.

Art. 123. § 1^{er} - Les accueillants conventionnés s'engagent à :

1^o communiquer immédiatement au service tout changement significatif de leur état de santé;

2^o n'exercer aucune activité, professionnelle ou non, incompatible avec l'accueil d'enfants ou qui pourrait les empêcher d'accueillir les enfants pendant les heures de prestation;

3^o permettre une occupation équivalant au moins à 34 % ou 288 jours de garde lorsqu'il y a des demandes d'accueil. Le calcul du taux d'occupation est effectué annuellement sur la base des jours de garde prestés, les demi-jours étant considérés comme jour de garde complets. Les gardes d'un tiers de journée sont comptées pour un tiers.

§ 2 - Les accueillants conventionnés peuvent demander une dérogation temporaire à l'occupation minimale fixée au § 1^{er}, 3^o.

Une telle dérogation n'est possible que pour des raisons de santé. Un certificat médical correspondant est joint à la demande.

Le service d'accueillants d'enfants consigne par écrit toute dérogation individuelle, sa justification ainsi que sa durée.

Le département reçoit copie de la dérogation.

Art. 124. Les accueillants conventionnés établissent un concept d'accueil en se basant sur le modèle déterminé par le service d'accueillants d'enfants conformément à l'article 59.

Art. 125. Les accueillants conventionnés se déclarent prêts à participer régulièrement aux formations continues proposées par le service d'accueillants d'enfants.

Chapitre 2. — *Caractéristiques des locaux*

Art. 126. Conformément à l'article 7, alinéa 2, du décret, les enfants sont accueillis dans un environnement adapté et dans des locaux suffisamment grands, sûrs et propres. Il y a une zone pour les activités extérieures, de préférence attenante aux locaux où se déroule l'accueil.

Art. 127. Les locaux où se déroule l'accueil et tous les locaux accessibles aux enfants remplissent les critères suivants :

1^o à défaut de précision, la taille des locaux correspond au nombre d'enfants gardés, de manière à ce qu'ils puissent se mouvoir librement;

2^o il est prévu une zone de sommeil et de repos;

3^o il y a une kitchenette avec lave-vaisselle, cuisinière et frigo;

4^o les locaux sont équipés du mobilier nécessaire pour l'accueil et de jeux en nombre suffisant;

5^o les locaux sont en bon état et bien entretenus;

6^o les accueillants conventionnés sont joignables par téléphone dans les locaux.

Art. 128. Les accueillants conventionnés aménagent les locaux accessibles aux enfants de manière à garantir une sécurité maximale. Ils veillent à déceler tous les dangers et risques potentiels. Ils prennent toute mesure utile pour créer un environnement sûr avec un risque d'accident réduit.

Les critères suivants sont valables pour la sécurisation des locaux :

1^o la zone extérieure et l'accès à celle-ci sont sécurisés;

2^o la répartition et l'aménagement des zones garantit la surveillance visuelle des enfants par les accueillants conventionnés;

3^o les locaux sont chauffés par un chauffage central. Des radiateurs à haute température ne peuvent être utilisés. Le bon fonctionnement des radiateurs est garanti;

4^o les accueillants conventionnés prennent toute les mesures pour prévenir une intoxication au monoxyde de carbone. À cette fin, ils veillent à entretenir régulièrement les appareils de chauffage, de production d'eau chaude et d'extraction de l'air;

5^o l'usage de produits toxiques tels que les pesticides, herbicides, insecticides n'a lieu qu'en l'absence des enfants et en observant toutes les mesures de sécurité;

6^o les escaliers sont de préférence munis de contremarches et d'une barrière de sécurité. S'il n'y a pas de contremarche, des enfants de moins de six ans ne peuvent les emprunter que s'ils sont accompagnés par des adultes;

7^o les enfants ne peuvent emprunter les escaliers en colimaçon que s'ils sont accompagnés par des adultes;

8^o lorsque les enfants ont accès à des terrasses surélevées, celles-ci sont sécurisées par un garde-corps ou une délimitation;

9^o les garde-corps et /ou délimitations répondent aux instructions du ministre;

10^o les portes et fenêtres s'ouvrent et se ferment de manière sûre;

11^o il n'y a pas d'arrêtes, coins ou bouts saillants tranchants, représentant un danger, à moins qu'ils ne soient munis d'une protection ad hoc;

12° l'équipement des locaux destinés au sommeil répond aux instructions du ministre;

13° les prises, les interrupteurs et tous les appareils ou installations électriques pouvant représenter un danger sont hors de portée des enfants ou munis d'un système de sécurité adéquat;

14° les détergents, produits chimiques, substances facilement inflammables, médicaments et autres objets potentiellement dangereux seront conservés en lieu sûr, hors de portée des enfants;

15° les piscines, pataugeoires, étangs, mares ou autres points d'eau seront couverts et sécurisés de manière à être inaccessibles pour les enfants;

16° les plantes toxiques se trouvent, à l'intérieur comme à l'extérieur, hors de portée des enfants;

17° tout lieu d'accueil disposera d'une trousse de premiers secours conformément aux instructions du ministre;

18° les locaux destinés au sommeil et à l'accueil sont équipés de détecteurs de fumée conformément à l'arrêté du Gouvernement wallon du 21 octobre 2004 relatif à la présence de détecteurs d'incendie dans les logements;

19° si l'accueillant conventionné détient des animaux de compagnie qui entrent en contact avec les enfants gardés, les instructions du ministre en la matière sont applicables.

Art. 129. Les accueillants conventionnés garantissent le respect de l'hygiène et des mesures correspondantes dans toutes les zones d'activité, notamment lors des soins aux enfants, l'entretien des locaux, la préparation des repas et l'enlèvement des déchets.

Les critères suivants sont valables pour la conception hygiénique des locaux :

1° il y a suffisamment d'installations sanitaires et de lavabos adaptés aux différents âges;

2° il est prévu un éclairage et une aération naturels suffisants, adaptés aux activités se déroulant dans ces locaux.

3° les locaux peuvent être chauffés suivant la température extérieure;

4° il y a une protection efficace contre la lumière directe du soleil;

5° lors de conditions climatiques normales, la température est en règle générale de 18° Celcius dans les locaux destinés au sommeil et de 20 à 22° Celcius dans les locaux destinés à l'accueil;

6° tous les locaux sont faciles à nettoyer;

7° les locaux et le matériel sont régulièrement nettoyés. Le mode de nettoyage des sols, des surfaces et du matériel est compatible avec l'accueil d'enfants;

8° l'élimination des déchets s'opère quotidiennement dans un local séparé des locaux d'accueil et se trouvant de préférence à l'extérieur;

9° les éventuels bacs à sable sont recouverts de manière à éviter toute pollution. Le sable est renouvelé au moins une fois par année;

10° leurs matériaux de construction et leur état ne peuvent mettre en danger la santé des enfants;

11° conformément à la loi du 22 décembre 2009 instaurant une réglementation générale relative à l'interdiction de fumer dans les lieux fermés accessibles au public et à la protection des travailleurs contre la fumée du tabac, il est interdit de fumer dans les locaux destinés au sommeil et à l'accueil.

Chapitre 3. — Obligations

Section 1^{re}. — Conditions d'enregistrement et caractéristiques des locaux

Art. 130. Après leur enregistrement, les accueillants conventionnés continuent à remplir les conditions mises à l'enregistrement, telles que mentionnées dans le décret ou dans le présent titre, et respectent les caractéristiques spécifiées pour les locaux.

Section 2. — Obligations générales

Art. 131. § 1^{er} - Les accueillants conventionnés accueillent toujours eux-mêmes les enfants.

§ 2 - En concertation avec le service d'accueillants d'enfants, ils peuvent prendre des stagiaires sous leur responsabilité.

Le stagiaire est considéré comme membre supplémentaire du personnel d'encadrement et ne peut pas remplacer les accueillants conventionnés.

Art. 132. § 1^{er} - Au plus, les accueillants conventionnés peuvent accueillir simultanément quatre jeunes enfants de moins de trois ans et six enfants au total, leurs propres enfants étant compris dans le nombre maximal lorsqu'ils répondent aux conditions d'âge.

§ 2 - Les accueillants conventionnés peuvent demander une dérogation temporaire au nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, fixé au § 1^{er}, afin de pouvoir accueillir simultanément au plus six jeunes enfants et huit enfants au total, leurs propres enfants étant compris dans le nombre maximal lorsqu'ils répondent aux conditions d'âge.

Une telle dérogation est possible s'il est constaté un manque de places d'accueil et que le service d'accueillants d'enfants conclut que cette dérogation peut être octroyée au vu de l'expérience positive vécue jusque-là avec l'accueillant et de l'espace dont il dispose. Une telle dérogation peut être octroyée au plus tôt après un an d'activité.

Le service d'accueillants d'enfants consigne par écrit toute dérogation individuelle, sa justification ainsi que sa durée.

Le département reçoit copie de la dérogation.

Art. 133. § 1^{er} - Les accueillants conventionnés s'engagent à ne pas dépasser un capital garde de 115 jours par mois.

Le capital garde est le nombre maximal de jours de garde qu'un accueillant conventionné peut compter par mois, les gardes d'un tiers de journée comptant pour un tiers et les gardes d'une demi-journée pour une moitié.

§ 2 - Les accueillants conventionnés peuvent demander une dérogation temporaire au capital garde fixé au § 1^{er}, afin de le porter à 138 jours par mois maximum.

Une dérogation est possible s'il est constaté un manque de places d'accueil et que le service d'accueillants d'enfants conclut que cette dérogation peut être octroyée au vu de l'expérience positive vécue jusque-là avec l'accueillant conventionné et de l'espace dont il dispose. Une telle dérogation peut être octroyée au plus tôt après un an d'activité.

Le service d'accueillants d'enfants consigne par écrit toute dérogation individuelle, sa justification ainsi que sa durée.

Le département reçoit copie de la dérogation.

Art. 134. Le service d'accueillants d'enfants recommande aux accueillants conventionnés de faire vacciner leurs propres enfants conformément aux instructions du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

Chapitre 4. — *Indemnité*

Art. 135. § 1^{er} - Les accueillants conventionnés reçoivent du service d'accueillants d'enfants une indemnité par enfant gardé qui s'élève à :

1° 18,51 euros par garde d'une journée complète;

2° 11,11 euros par garde d'une demi-journée;

3° 7,40 euros par garde d'un tiers de journée dans le cadre de l'accueil extrascolaire.

Dans le cadre d'une garde de longue durée, les accueillants conventionnés reçoivent une indemnité supplémentaire de 3,52 euros pour toute heure prestée au-delà d'un jour de garde complet.

Les montants stipulés dans le présent paragraphe sont majorés de 50 % s'il s'agit, conformément à l'article 73, § 2, d'un enfant handicapé ou nécessitant des soins particuliers, dans la mesure où ces enfants ont besoin d'un encadrement plus intensif et d'une attention plus soutenue.

§ 2 - L'article 80 est applicable mutatis mutandis en ce qui concerne l'application du présent article.

Art. 136. Les accueillants conventionnés reçoivent du service d'accueillants d'enfants un forfait annuel pour couvrir les frais supplémentaires supportés pour la collecte des déchets. Le montant de ce forfait annuel doit préalablement être approuvé par le ministre.

Art. 137. Le service d'accueillants d'enfants liquide un forfait annuel de 108,90 euros aux accueillants conventionnés qui prouvent leur participation aux formations continues mentionnées à l'article 125, à raison d'au moins dix heures par année.

Sous-titre 3 — Dispositions relatives aux procédures

Chapitre 1^{er}. — *Enregistrement*

Art. 138. Pour obtenir leur enregistrement, les accueillants conventionnés introduisent une demande auprès du service d'accueillants d'enfants.

La demande doit être accompagnée des documents et données suivants :

1° l'identité du demandeur;

2° une description détaillée des motivations à travailler comme accueillant conventionné;

3° le nombre maximal d'enfants qu'ils souhaitent pouvoir accueillir simultanément;

4° la description détaillée du lieu d'accueil;

5° les documents mentionnés à l'article 121;

6° le cas échéant, la dérogation mentionnée à l'article 122, § 2, quant à la limite d'âge;

7° la déclaration que le demandeur respecte les dispositions applicables du décret et du présent arrêté ainsi que, notamment, les conditions d'enregistrement mentionnées aux articles 123 et 125;

8° l'accord de toutes les personnes majeures habitant les locaux où se déroule l'accueil pour que l'inspection puisse visiter ces locaux pendant leurs heures d'ouverture, et ce, conformément à l'article 17, § 1^{er}, alinéa 2, 4^o, du décret;

9° le concept d'accueil mentionné à l'article 124.

Art. 139. Le service d'accueillants d'enfants vérifie si la demande d'enregistrement introduite est complète et les documents y annexés. Si la demande est complète, le service vérifie l'aptitude du candidat en suivant la procédure fixée à l'article 58.

Le service statue sur l'enregistrement dans les 90 jours suivant la réception de la demande complète. L'enregistrement mentionne le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément. La décision prise est écrite et motivée. A défaut de décision dans le délai imparti, l'enregistrement est censé être refusé.

Le département reçoit copie de l'enregistrement.

Art. 140. L'enregistrement est personnel et ne peut être cédé sans une nouvelle demande.

Art. 141. § 1^{er} - L'enregistrement a une durée de validité de six ans renouvelable.

L'accueillant conventionné ne peut débiter l'accueil qu'après avoir reçu l'enregistrement.

§ 2 - Par dérogation au § 1^{er}, l'enregistrement peut être octroyé pour une durée inférieure :

1° lorsque la limite d'âge, fixée à l'article 122, § 1^{er}, sera vraisemblablement atteinte pendant la validité de l'enregistrement;

2° dans d'autres cas exceptionnels justifiés.

Art. 142. Les accueillants conventionnés introduisent la demande de renouvellement de l'enregistrement auprès du service d'accueillants d'enfants, et ce, au plus tôt six mois et au plus tard trois mois avant l'expiration de l'enregistrement.

La demande comprend une version actualisée des documents mentionnés à l'article 138, alinéa 2, 1^o, 2^o, 3^o, 5^o et 6^o.

Art. 143. § 1^{er} - Pendant la validité de l'enregistrement, les accueillants conventionnés communiquent par écrit au service des accueillants d'enfants, dans les 30 jours, toute modification apportée aux données mentionnées à l'article 138, alinéa 2, 4^o, 5^o, 6^o, 8^o et 9^o.

§ 2 - Pendant la validité de l'enregistrement, le service d'accueillants d'enfants peut en tout temps exiger des accueillants conventionnés une version actuelle des données mentionnées au § 1^{er}.

Art. 144. Les modifications apportées aux données mentionnées à l'article 138, alinéa 2, 3^o, requièrent une approbation préalable.

Pour ce faire, les accueillants conventionnés introduisent auprès du service d'accueillants d'enfants une demande individuelle écrite. Le service statue sur l'approbation de la modification dans les 30 jours suivant la réception de la demande complète. La décision prise est écrite et motivée. À défaut de décision dans le délai imparti, l'approbation est censée être refusée.

L'accueillant conventionné ne peut procéder aux modifications qu'après y avoir été autorisé

Chapitre 2. — *Suspension et retrait de l'enregistrement*

Section 1^{re}. — *Suspension de l'enregistrement*

Art. 145. § 1^{er} - Le département ou l'inspection signalent au service d'accueillants d'enfants tous les cas où ils présument, sur la base des informations dont ils disposent, qu'un accueillant conventionné ne remplit pas une ou plusieurs des obligations mentionnées dans le décret ou le présent arrêté.

§ 2 - Si le service conclut, sur la base d'un signalement conformément au § 1^{er} ou de tout autre signalement ou renseignement, que l'accueillant conventionné ne remplit pas une ou plusieurs des obligations mentionnées dans le décret ou le présent arrêté, il l'invite à se mettre en ordre dans un délai de 30 jours.

Sur demande motivée, l'accueillant conventionné peut, au plus tard dix jours avant l'expiration du délai mentionné au premier alinéa, demander au service une prolongation unique dudit délai pour 30 jours au plus.

§ 3 - En cas d'urgence, le service peut imposer une adaptation immédiate par décision particulièrement motivée.

Art. 146. § 1^{er} - Si après l'invitation mentionnée à l'article 145, l'accueillant conventionné continue à ne pas remplir les obligations, le service d'accueillants d'enfants suspend l'enregistrement.

Avant de prendre sa décision de suspension, le service communique son intention à l'accueillant conventionné par recommandé. Dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, l'accueillant conventionné peut introduire une demande d'audition auprès du service. Cette audition intervient dans les 30 jours suivant l'envoi du recommandé.

Dans les 15 jours suivant cette audition ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le service statue sur la suspension et sa durée. La décision prise est écrite et motivée.

Cette décision est notifiée sans délai à l'accueillant conventionné concerné. Le département reçoit copie de cette décision.

§ 2 - Pendant la suspension de l'enregistrement, l'accueillant conventionné concerné n'accepte plus la garde de nouveaux enfants.

Art. 147. § 1^{er} - Pour des raisons de santé publique, de sécurité ou de manquement grave aux dispositions applicables, le ministre peut - d'urgence et pour une durée indéterminée - suspendre l'enregistrement afin d'éviter aux enfants gardés un dommage manifestement grave. Si après l'invitation mentionnée à l'article 145, § 3, l'accueillant conventionné continue à ne pas remplir les obligations, le ministre intervient et, sur avis de l'inspection, statue par décision particulièrement motivée.

La suspension d'urgence implique la fermeture provisoire immédiate du lieu d'accueil pour une durée indéterminée.

Avant la suspension, le ministre communique immédiatement son intention à l'accueillant conventionné concerné, et ce, par fax, courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. Dans un délai de trois jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, l'accueillant conventionné peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les dix jours suivant l'envoi du recommandé.

Dans les cinq jours suivant cette audition ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 3 selon le cas, le ministre statue sur la suspension d'urgence.

Cette décision est notifiée sans délai à l'accueillant conventionné concerné. Le service d'accueillants d'enfants reçoit copie de la décision et informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le lieu d'accueil fait l'objet d'une fermeture provisoire immédiate. Dans la mesure du possible, le service assure la continuité de l'accueil conformément à l'article 66.

§ 2 - Si les faits ayant conduit à la suspension d'urgence n'existent plus, le ministre met immédiatement fin à la suspension de l'enregistrement et à la fermeture provisoire du lieu d'accueil. Le service d'accueillants d'enfants reçoit copie de la décision et informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le lieu d'accueil est rouvert.

Section 2. — Retrait de l'enregistrement

Art. 148. Si à l'expiration de la suspension mentionnée à l'article 146, l'accueillant conventionné continue à ne pas remplir ses obligations, le service d'accueillants d'enfants retire l'enregistrement.

Avant le retrait, le service communique son intention à l'accueillant conventionné concerné, et ce, par recommandé. Dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, l'accueillant conventionné peut introduire une demande d'audition auprès du service. Cette audition intervient dans les 30 jours suivant l'envoi du recommandé.

Dans les 30 jours suivant cette audition ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le service statue sur le retrait. La décision prise est écrite et motivée.

Cette décision est notifiée sans délai à l'accueillant conventionné concerné. Le département reçoit copie de cette décision. Le département informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que l'enregistrement a été retiré.

Chapitre 3. — Cessation de l'accueil d'enfants

Art. 149. Sans préjudice de l'article 147, le retrait de l'enregistrement d'un accueillant conventionné opéré conformément à l'article 148 entraîne la cessation de l'accueil d'enfants dans les 30 jours.

La cessation de l'accueil d'enfants met fin d'office à la convention conclue en application de l'article 60, § 1^{er}, alinéa 2.

Art. 150. § 1^{er} - Les accueillants conventionnés communiquent par écrit au service d'accueillants d'enfants toute cessation volontaire de leurs activités qui n'est pas due à un retrait de l'enregistrement conformément à l'article 148, que cette cessation soit temporaire ou définitive. Sont exclus les périodes de congé et les jours fériés.

§ 2 - La cessation définitive des activités en tant qu'accueillant conventionné entraîne d'office le retrait de l'enregistrement.

La cessation définitive des activités met fin à tout accueil d'enfants par l'accueillant conventionné.

Art. 151. Les contrats de garde conclus en application de l'article 28 ne sont concernés ni par le retrait de l'enregistrement comme accueillant conventionné ni par la cessation définitive de l'activité.

Lorsque l'accueil par un accueillant conventionné prend fin, le service d'accueillants d'enfants propose, le plus rapidement possible, une nouvelle offre d'accueil aux personnes chargées de l'éducation. Si celles-ci n'acceptent pas l'offre proposée ou si le service ne peut proposer une offre pertinente, le contrat de garde prend fin de plein droit à dater du refus.

Titre 4 — Centres d'accueil

Chapitre 1^{er}. — Dispositions relatives au contenuSection 1^{re}. — Respect des dispositions générales et particulières

Art. 152. Sauf dans les cas pour lesquels le présent chapitre prévoit des dispositions particulières, les centres d'accueil respectent, lorsqu'ils assurent les prestations mentionnées à l'article 163, alinéa 2, 3^o, les dispositions communes et particulières applicables conformément aux titres 2 et 3 selon le cas.

Section 2. — Accueil extrascolaire

Art. 153. § 1^{er} - Pour les lieux d'accueil extrascolaire proposés par un centre d'accueil et subsidiés simultanément par la Communauté germanophone et une ou plusieurs communes, la procédure d'agrément est entamée selon les dispositions du présent article.

§ 2 - Avant que soit introduite une demande d'agrément provisoire pour le lieu d'accueil extrascolaire et par dérogation à l'article 37, une analyse détaillée des besoins est présentée à la C.C.C.A.E. de la commune concernée qui prend position. Si l'analyse des besoins prévoit une présence moyenne d'au moins six enfants par année calendrier, la prise de position peut être positive.

La C.C.C.A.E. est convoquée par son président à l'initiative de la commune ou sur demande écrite d'un centre d'accueil intéressé.

§ 3 - Si la prise de position est positive, la C.C.C.A.E. fait parvenir à la commune une demande reprenant au moins les points suivants :

- 1^o la nécessité de la nouvelle initiative en matière d'accueil d'enfants;
- 2^o la capacité d'accueil proposée;
- 3^o la description et la situation des locaux proposés;
- 4^o la position positive, motivée, prise par la C.C.C.A.E.

Si la commune prend une décision positive après réception de la demande, elle peut demander au centre d'accueil de créer un lieu d'accueil extrascolaire.

§ 4 - Si la commune formule une telle demande, elle informe simultanément le comité de suivi mentionné à l'article 154 de la décision qu'elle a prise.

Dans les 45 jours suivant la réception de cette information, le comité de suivi établit, pour le lieu d'accueil extrascolaire, un avis motivé relatif à la position prise par la C.C.C.A.E. et dans lequel il s'exprime pour ou contre l'agrément d'un nouveau lieu d'accueil extrascolaire.

§ 5 - Au plus tard six mois après l'avis positif rendu par le comité de suivi, le centre d'accueil peut introduire auprès du département une demande d'agrément provisoire pour un nouveau lieu d'accueil extrascolaire conformément à l'article 37. Passé ce délai, la procédure d'agrément entamée conformément au présent article devient caduque.

En se basant sur la position positive prise par la C.C.C.A.E., la décision positive de la commune et l'avis positif du comité de suivi, le ministre statue sur la demande conformément à l'article 38.

Art. 154. § 1^{er} - Il est créé un comité de suivi pour les lieux d'accueil extrascolaire proposés par un centre d'accueil et subsidiés simultanément par la Communauté germanophone et une ou plusieurs communes.

§ 2 - Le comité de suivi se compose d'un représentant du collège de chacune des neuf communes de la région de langue allemande.

Font également partie du comité de suivi, avec voix consultative :

1° un ou plusieurs représentants du ministre;

2° un ou plusieurs représentants du département;

3° un ou plusieurs représentants du centre d'accueil concerné.

Le comité de suivi peut délibérer valablement si au moins six représentants des neuf communes sont présents. Si le quorum de présence n'est pas atteint et que le comité de suivi doit être convoqué une seconde fois, les décisions sont alors prises à la majorité simple des membres présents.

Art. 155. Après l'ouverture d'un nouveau lieu d'accueil extrascolaire, proposé par un centre d'accueil et subsidié simultanément par la Communauté germanophone et une ou plusieurs communes, débute une phase de démarrage de deux ans.

La deuxième année de cette phase de démarrage, une présence minimale moyenne de six enfants doit être atteinte. Si cette présence moyenne n'est pas atteinte, le lieu d'accueil est fermé dans les six mois suivants.

Si, au cours de l'une des années suivant la phase de démarrage de deux ans, un lieu d'accueil n'atteint pas la présence minimale moyenne mentionnée au deuxième alinéa, il peut poursuivre pendant un an. Si, au terme de cette année, il n'atteint toujours pas la présence minimale moyenne, il est fermé dans les six mois qui suivent.

La présence moyenne est calculée en divisant le nombre total d'enfants présents par le nombre de jours d'ouverture par année calendrier.

Section 3. — Obligations diverses

Art. 156. Les centres d'accueil ont au moins une direction occupée à temps plein.

Cette fonction est exercée par une ou plusieurs personnes porteuses d'un certificat d'enseignement supérieur de type long.

Le ministre peut admettre des porteurs d'autres qualifications, pour autant qu'ils puissent justifier d'une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou d'une formation particulière pour la fonction concernée. Le ministre statue dans les 60 jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Art. 157. Les centres d'accueil ont au moins un encadrement pédagogique occupé à mi-temps.

Ce spécialiste est porteur d'un certificat d'enseignement supérieur de type long.

Le ministre peut admettre des porteurs d'autres qualifications, pour autant qu'ils puissent justifier d'une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou d'une formation particulière pour la fonction concernée. Le ministre statue dans les 60 jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Art. 158. Les centres d'accueil introduisent le compte de résultats et le bilan mentionnés à l'article 34, § 2, et ce, de manière distincte pour le centre dans son ensemble et pour chacune des prestations mentionnées à l'article 163, alinéa 2, 3°.

Section 4. — Subventionnement

Art. 159. Sans préjudice d'un éventuel contrat de gestion conclu conformément à l'article 13 du décret, les centres d'accueil agréés peuvent obtenir des subsides conformément aux dispositions du présent chapitre dans les limites des crédits budgétaires disponibles.

Art. 160. Les frais de personnel suivants, encourus par les centres d'accueil, peuvent être subsidiés :

1° 1 équivalent temps plein pour la direction mentionnée à l'article 156;

2° 0,5 équivalent temps plein pour l'encadrement pédagogique mentionné à l'article 157.

Les bases de calcul fixées par le Gouvernement dans les domaines Affaires sociales et Santé sont appliquées pour le subventionnement des frais relatifs au personnel.

Seuls les frais relatifs aux membres du personnel titulaires des diplômes déterminés aux articles 156 et 157 sont pris en considération.

Art. 161. Au plus tard six semaines après la fin de chaque trimestre, le centre d'accueil introduit auprès du département les justificatifs trimestriels pour le subventionnement.

En cas d'introduction tardive des justificatifs trimestriels, 5 % des subsides peuvent être retenus si le retard est d'un mois, 10 % s'il est de deux mois ou plus.

Art. 162. Sans préjudice de l'article 159 et après vérification par le département, le ministre octroie les subsides mentionnés dans la présente section au centre qui en fait la demande. Les demandes de subsides sont introduites auprès du département avec les justificatifs éventuellement requis.

Chapitre 2. — *Dispositions relatives aux procédures**Section 1^{re}. — Agréation*

Art. 163. Pour obtenir une agréation en tant que centre d'accueil, les prestataires introduisent une demande auprès du département.

La demande doit être accompagnée des documents et données suivants :

- 1° l'identité du demandeur;
- 2° les statuts de la personne morale;
- 3° la preuve que les prestations suivantes sont proposés dans le respect des dispositions des titres 2 et 3 :
 - a) au moins un service d'accueillants d'enfants;
 - b) au moins un crèche;
 - c) au moins un lieu d'accueil extrascolaire;
- 4° le concept de coordination des différentes prestations proposées par le centre.

Art. 164. § 1^{er} - Le département vérifie si la demande d'agrégation introduite est complète et les documents y annexés.

Dans les 90 jours suivant la réception de la demande complète, le département établit, en se basant sur les éléments en sa connaissance, un avis qu'il transmet au ministre. À défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 60 jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur l'octroi de l'agrégation. À défaut de décision dans le délai imparti, l'agrégation est censée être refusée.

§ 2 - En cas de refus d'agrégation, le demandeur peut introduire un recours auprès du Gouvernement.

Le demandeur transmet au Gouvernement le recours motivé, accompagné de tout document pertinent, par recommandé ou contre accusé de réception, et ce, dans les 15 jours suivant la réception du rejet de la demande ou le terme du délai mentionné au § 1^{er}.

Le Gouvernement informe le département et l'inspection qu'un recours a été introduit. Ceux-ci transmettent au Gouvernement, dans le délai qu'il détermine, le dossier administratif accompagné de leur prise de position.

Le Gouvernement statue sur l'octroi de l'agrégation dans les 90 jours suivant la réception du recours. À défaut de décision dans le délai imparti, l'agrégation est censée être refusée.

Art. 165. L'agrégation est octroyée pour une durée indéterminée.

Le demandeur ne peut ouvrir le centre d'accueil qu'après avoir reçu l'agrégation.

Section 2. — Suspension et retrait de l'agrégation

Art. 166. Les articles 49 à 54 sont applicables mutatis mutandis aux centres d'accueil.

Section 3. — Cessation de l'accueil d'enfants

Art. 167. Les articles 55 à 57 sont applicables mutatis mutandis aux centres d'accueil.

Titre 5. — Haltes-garderies

Sous-titre 1^{er}. — Dispositions relatives au contenuChapitre 1^{er}. — *Conditions d'agrégation**Section 1^{re}. — Pouvoir organisateur*

Art. 168. Seules des personnes morales ne poursuivant pas un but lucratif sont agréées comme pouvoir organisateur d'une ou plusieurs haltes-garderies.

Section 2. — Dispositions relatives aux personnes

Art. 169. Chaque année, les haltes-garderies proposent des formations continues gratuites aux personnes actives dans l'accueil d'enfants et mandatées par elles, ainsi qu'au responsable et à son représentant.

Art. 170. Les articles 12 et 13 sont applicables mutatis mutandis aux haltes-garderies.

Section 3. — Concept d'accueil

Art. 171. La halte-garderie établit un concept d'accueil.

Le concept d'accueil reprend au moins :

- 1° les objectifs de l'offre;
- 2° les principes pédagogiques;
- 3° la manière de procéder en ce qui concerne la coopération avec les personnes chargées de l'éducation;
- 4° la manière de procéder en ce qui concerne la coopération avec d'autres services;
- 5° la manière de procéder en ce qui concerne la coopération avec des bénévoles;
- 6° la procédure d'enregistrement des gardiens, en ce qui concerne leur aptitude;
- 7° les mesures visant à promouvoir la santé;
- 8° les données relatives à la gestion des plaintes;
- 9° les heures d'ouverture du service et les possibilités pour le contacter;

10° les procédures à suivre lorsque l'on suspecte ou constate une maltraitance, un abus et/ou un délaissement d'enfant, lors de maladies contagieuses, lors de comportements asociaux, lorsque l'on suspecte ou constate des retards de développement, ou lorsque l'on a affaire à des enfants présentant un handicap ou une déficience psychique.

Section 4. — Règlement intérieur

Art. 172. L'article 16 s'applique mutatis mutandis aux haltes-garderies.

Section 5. — Assurances

Art. 173. L'article 17 s'applique mutatis mutandis aux haltes-garderies.

Chapitre 2. — Caractéristiques des locaux

Art. 174. § 1^{er} - Les articles 19 à 22 sont applicables mutatis mutandis aux haltes-garderies.

§ 2 - En outre, les conditions suivantes sont applicables en ce qui concerne les caractéristiques des locaux :

1° les escaliers sont munis de contremarches et d'une barrière de sécurité. Les escaliers sont pourvus d'une double main courante, l'une à hauteur d'enfant et l'autre à hauteur d'adulte. À défaut, ils ne peuvent être empruntés par des enfants que si ceux-ci sont accompagnés d'adultes;

2° tous les locaux accessibles aux enfants sont pourvus d'un revêtement de sol antidérapant. Il n'y a aucun tapis;

3° la zone sanitaire est équipée de lavabos, de tables à langer, ainsi que de toilettes et lave-mains adaptés à l'âge des enfants, le tout en nombre suffisant.

Chapitre 3. — Obligations

Section 1^{re}. — Conditions d'agrément et caractéristiques des locaux

Art. 175. Après leur agrément, les haltes-garderies continuent à remplir les conditions mises à leur agrément, telles que mentionnées dans le décret ou dans le présent titre, et respectent les caractéristiques spécifiées pour les locaux.

Section 2. — Obligations générales

Art. 176. La halte-garderie est ouverte au moins deux et au plus quatre heures par jour. L'accueil est proposé au moins un jour tous les quinze jours et au plus quatre jours par semaine.

Art. 177. § 1^{er} - Le nombre maximal de jours de garde est de 90 par an pour chaque enfant.

§ 2 - La halte-garderie peut demander une dérogation au § 1^{er}, temporaire et motivée, pour un ou plusieurs enfants.

A cette fin, elle introduit une demande individuelle écrite auprès du département. Dans les 60 jours suivant la réception de la demande complète, le département établit un avis qu'il transmet au ministre. À défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 30 jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur l'octroi de la dérogation et sa durée. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Art. 178. § 1^{er} - La halte-garderie mandate pour l'accueil uniquement des gardiens enregistrés. Pour ce faire, il conclut avec eux une convention écrite.

§ 2 - Pour obtenir l'enregistrement, les gardiens remplissent au moins les conditions suivantes :

1° être âgé de 18 ans au minimum et de 65 ans maximum;

2° être apte à s'occuper d'enfants;

3° être disposé à développer ses idées et connaissances au sujet de l'accueil d'enfants;

4° être disposé à participer à des formations continues et notamment à des cours de premiers secours aux enfants et jeunes enfants.

§ 3 - La halte-garderie peut demander une dérogation à la limite d'âge fixée au § 2, 1°, pour les gardiens.

Pour ce faire, elle introduit auprès du département une demande individuelle écrite accompagnée d'un certificat médical positif. Le département vérifie si l'endurance physique et psychique de la personne lui permet ou non de poursuivre ses activités au-delà de la limite d'âge et établit, dans les 90 jours suivant la réception de la demande complète, un avis qu'il transmet au ministre. À défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 30 jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur l'octroi de la dérogation et sa durée. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

La dérogation a en tout cas une durée limitée à deux ans et peut être renouvelée.

Art. 179. § 1^{er} - La halte-garderie dispose au moins de gardiens enregistrés, présents conformément au tableau cumulatif suivant :

Nombre d'enfants présents simultanément	Nombre de gardiens présents
1-5	1
6-10	2
11-15	3
16-20	4
21-25	5
26-30	6

§ 2 - Les gardiens peuvent être des collaborateurs occupés dans les liens d'un contrat ou bénévoles.

§ 3 - Dans des cas exceptionnels justifiés, le ministre peut concéder à la halte-garderie un délai pour se conformer aux normes mentionnées au § 1^{er}. Le ministre statue dans les 60 jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Art. 180. § 1^{er} - La halte-garderie désigne un responsable remplissant au moins les conditions suivantes :

1° remplir les conditions mentionnées à l'article 178, § 2;

2° apporter la preuve qu'il a terminé les cours de premiers secours aux enfants et jeunes enfants. Les connaissances en matière de premiers secours sont mises à jour tous les deux ans;

3° être au moins porteur d'un certificat de formation comme assistant en nursing ou puériculteur, garde d'enfants, éducateur ou d'un diplôme y assimilé.

Le ministre peut admettre des porteurs d'autres qualifications, pour autant qu'ils puissent justifier d'une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou d'une formation particulière pour la fonction concernée. Le ministre statue dans les 60 jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

§ 2 - Le responsable a notamment pour mission :

1° la transposition du concept pédagogique avec l'équipe;

2° l'encadrement et l'initiation des gardiens;

3° la gestion journalière;

4° la fonction d'interlocuteur officiel pour les personnes chargées de l'éducation ou les autorités;

5° l'enregistrement des gardiens après avoir vérifié dans le respect de la procédure mentionnée à l'article 171, alinéa 2, 6°, que les conditions mentionnées à l'article 178, § 2, sont remplies.

En principe, le responsable est joignable chaque jour de garde et peut aussi être affecté à l'accueil des enfants.

§ 3 - La halte-garderie désigne un représentant du responsable; il remplit au moins les conditions mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o et 2^o.

En cas d'absence du responsable, son représentant assure les missions décrites au § 2, alinéa 1^{er}, 1^o à 4^o.

Art. 181. Des enfants malades ne peuvent être accueillis que s'il n'existe aucun risque pour les autres enfants gardés.

En cas de doute, la halte-garderie peut exiger un certificat médical.

Section 3. — Concept d'accueil

Art. 182. L'article 24 s'applique mutatis mutandis aux haltes-garderies.

Section 4. — Règlement intérieur

Art. 183. L'article 25 s'applique mutatis mutandis aux haltes-garderies.

Section 5. — Coopération avec les personnes chargées de l'éducation

Art. 184. § 1^{er} - Avant le début de l'accueil, la halte-garderie conclut, par écrit, un contrat de garde avec les personnes chargées de l'éducation.

L'accueil ne commence que lorsque toutes les parties ont signé le contrat de garde.

§ 2 - Sans préjudice du § 1^{er}, les personnes chargées de l'éducation peuvent recourir à la halte-garderie sans inscription préalable de l'enfant.

Art. 185. La halte-garderie communique en temps utile aux personnes chargées de l'éducation les données relatives aux jours de fermeture.

Art. 186. Les articles 26 et 30 à 31 s'appliquent mutatis mutandis aux haltes-garderies.

Section 6. — Protection contre l'incendie

Art. 187. L'article 32 s'applique mutatis mutandis aux haltes-garderies.

Section 7. — Rapportage

Art. 188. A l'exception de la première année d'accueil, la halte-garderie introduit auprès du département, pour le 1^{er} février de chaque année au plus tard, une liste récapitulative reprenant le personnel effectivement occupé l'année calendrier précédente.

Cette liste reprend les données suivantes pour chacun des membres du personnel : nom, date de naissance, diplôme ou qualification, fonction, entrée en service, ancienneté de service effective, régime de travail.

Art. 189. § 1^{er} - Sauf pour la première année d'accueil, la halte-garderie introduit auprès du département, pour le 1^{er} avril au plus tard, un rapport d'activités relatif à l'année calendrier précédente.

Ce rapport d'activités mentionne :

1° le nombre de jours d'ouverture et les heures d'ouverture;

2° le nombre total de présences;

3° le nombre total des présences moyennes;

4° l'analyse et l'évaluation des activités;

5° une moyenne des formations continues fréquentées.

§ 2 - L'article 34, §§ 2 à 3, s'applique mutatis mutandis aux haltes-garderies.

Art. 190. L'article 35 s'applique mutatis mutandis aux haltes-garderies.

Chapitre 4. — *Subventionnement*

Art. 191. Sans préjudice d'un éventuel contrat de gestion conclu conformément à l'article 13 du décret, les haltes-garderies agréées peuvent obtenir des subsides conformément aux dispositions du présent chapitre dans les limites des crédits budgétaires disponibles.

Art. 192. Pour être subsidiée, la halte-garderie prévoit une participation personnelle aux frais pour les utilisateurs, ainsi qu'un tarif social pour les familles à revenus modestes.

Art. 193. Pour l'organisation de la halte-garderie, le pouvoir organisateur obtient un forfait annuel de 45 euros par jour d'ouverture, à condition que la présence minimale moyenne d'au moins cinq enfants par année calendrier soit atteinte. La présence moyenne est calculée en divisant le nombre total d'enfants présents par le nombre de jours d'ouverture par année calendrier.

Art. 194. Le pouvoir organisateur demande au département le subside décrit à l'articles 193, et ce, au plus tard pour le 1^{er} avril de l'année suivant l'année d'activité.

Art. 195. Sans préjudice de l'article 191 et après vérification par le département, le ministre octroie les subsides mentionnés dans le présent chapitre à la halte-garderie qui en fait la demande. Les demandes de subsides sont introduites auprès du département avec les justificatifs éventuellement requis.

Sous-titre 2. — Dispositions relatives aux procédures

Chapitre 1^{er}. — *Agréation*

Art. 196. § 1^{er} - Pour obtenir une agréation provisoire, le pouvoir organisateur introduit une demande auprès du département.

La demande doit être accompagnée des documents et données suivants :

- 1° l'identité du demandeur;
- 2° les statuts de la personne morale;
- 3° la preuve qu'il existe un besoin d'accueil;
- 4° la capacité d'accueil demandée;
- 5° le concept de financement;
- 6° le montant fixé pour la contribution financière des parents;
- 7° la description de l'infrastructure;
- 8° la description de fonction du personnel;
- 9° l'identité et la qualification tant des personnes chargées de la garde des enfants que du responsable et de son remplaçant;
- 10° le modèle du contrat conclu entre la halte-garderie et les personnes actives dans l'accueil d'enfants et reprenant les obligations mentionnées aux articles 169 et 170;
- 11° la procédure relative à la vérification de l'aptitude des candidats demandant à être enregistrés comme gardiens;
- 12° le concept d'accueil décrit à l'article 171;
- 13° le règlement intérieur décrit à l'article 172;
- 14° la preuve que les assurances décrites à l'article 173 ont été conclues;
- 15° le modèle du contrat de garde conclu entre la halte-garderie et les personnes chargées de l'éducation;
- 16° un avis positif en matière de sécurité incendie, de moins de six mois de date, établi par le commandant des pompiers compétent à propos des locaux où se doit se dérouler l'accueil;
- 17° l'avis positif rendu conformément à l'article 9, § 2, par la C.C.C.A.E. de la commune où doit être implantée la halte-garderie. Si l'offre s'adresse à la population de plusieurs communes, chaque C.C.C.A.E. compétente territorialement remettra un avis.

Art. 197. § 1^{er} - Pendant la validité de l'agréation, provisoire ou définitive selon le cas, la halte-garderie communique dans les 30 jours au département, par écrit, toute modification relative aux données mentionnées à l'article 196, alinéa 2, 1°, 2°, 3°, 5°, 8°, 13°, 14° et 16°.

§ 2 - Pendant la validité de l'agréation, provisoire ou définitive selon le cas, le département peut en tout temps exiger des haltes-garderies une version actuelle des données mentionnées au § 1^{er}.

Art. 198. Les modifications apportées aux données mentionnées à l'article 196, alinéa 2, 4°, 6°, 7°, 10°, 11°, 12° et 15°, requièrent une approbation préalable.

A cette fin, la halte-garderie introduit une demande individuelle écrite auprès du département. Dans les 60 jours suivant la réception de la demande complète, le département établit un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 30 jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2 selon le cas, le ministre statue sur l'approbation de la modification. A défaut de décision dans le délai imparti, l'approbation est censée être refusée.

La halte-garderie ne peut procéder aux modifications qu'après y avoir été autorisée.

Art. 199. Les articles 38 à 41 et 44 à 46 sont applicables mutatis mutandis aux haltes-garderies.

Chapitre 2. — *Suspension et retrait de l'agrément*

Art. 200. Les articles 49 à 54 sont applicables mutatis mutandis aux haltes-garderies.

Chapitre 3. — *Cessation de l'accueil d'enfants*

Art. 201. Les articles 55 à 57 sont applicables mutatis mutandis aux haltes-garderies.

Titre 6. — Projets d'accueil à portée locale

Art. 202. Moyennant le respect des prescriptions du décret, la demande à laquelle les formes d'accueil existantes ne répondent pas peut être satisfaite par des projets ayant une durée et une portée géographique limitées.

La description des missions et le financement de ces projets sont alors régis par la convention conclue entre le prestataire et le Gouvernement.

Titre 7. — Dispositions finales

Art. 203. L'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2007 relatif à l'accueil des enfants, modifié par l'arrêté du 24 juin 2010, est abrogé.

Art. 204. Sans préjudice de l'article 205, ce qui suit s'applique aux prestataires et personnes actives dans l'accueil d'enfants, lorsqu'ils ont été agréés en vertu de l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2007 :

1° les services de gardiennes, les crèches, les lieux d'accueil extrascolaire et les centres d'accueil sont considérés comme agréés pour l'application du présent arrêté. Les agréments existants valent pour une durée indéterminée;

2° les gardiennes deviennent des accueillants conventionnés et sont considérées comme enregistrées pour l'application du présent arrêté. Les agréments existants sont considérées comme un enregistrement pour la durée fixée dans l'agrément octroyé à la gardienne concernée.

Art. 205. A dater de l'entrée en vigueur du présent arrêté, les prestataires et les personnes actives dans l'accueil d'enfants disposent d'un délai de 24 mois afin de procéder aux éventuelles adaptations nécessaires pour se conformer à cet arrêté.

Par dérogation au premier alinéa, les prestataires disposent d'un délai de 12 mois à dater de l'entrée en vigueur du présent arrêté afin de procéder aux éventuelles adaptations nécessaires pour se conformer à l'article 158.

Art. 206. La disposition mentionnée à l'article 123, § 1^{er}, 3°, ne vaut pas pour les accueillants conventionnés agréés avant le 1^{er} avril 2007.

Art. 207. Par dérogation à l'article 155, les lieux d'accueil extrascolaire y mentionnés, existant déjà au 1^{er} janvier 2013 et n'atteignant pas, en 2013, la présence moyenne de six enfants par année calendrier, telle que mentionnée audit article 155, peuvent être maintenus pour une année calendrier. S'ils n'atteignent toujours pas la présence moyenne minimale par année calendrier à la fin de l'année 2014, ils sont fermés dans les six mois qui suivent.

Les lieux d'accueil extrascolaire mentionnés à l'article 155, existant déjà au 1^{er} janvier 2013 et n'atteignant pas, à partir de 2014, la présence moyenne de six enfants par année calendrier peuvent être maintenus pour une année calendrier. Si, au terme de cette année, ils n'atteignent toujours pas la présence moyenne minimale par année calendrier, ils sont fermés dans les six mois qui suivent.

La présence moyenne est calculée en divisant le nombre total d'enfants présents par le nombre de jours d'ouverture par année calendrier.

Art. 208. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2015.

Par dérogation au premier alinéa, les articles 117 et 207 produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2013.

Art. 209. Le Ministre compétent pour la Politique familiale est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 22 mai 2014.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,
H. MOLLERS

**Annexe à l'arrêté du Gouvernement
relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants**

Annexe

Participation personnelle journalière supportée par les personnes chargées de l'éducation et droit de réservation								
Revenus mensuels cumulés		Participation des parents et droit de réservation en euros						
Revenus en euros		Jours entiers		Demi-jours		1/3 jours		Droit de réservation
de	à	Taux journalier	Réduction	Taux pour 1/2 journée	Réduction	Taux pour 1/3 journée	Réduction	
0,00	495,78	1,39	0,97	0,83	0,58	0,56	0,39	75,00
495,79	520,57	2,01	1,41	1,21	0,85	0,80	0,56	75,00
520,58	545,36	2,36	1,65	1,42	0,99	0,94	0,66	75,00
545,37	570,15	2,75	1,93	1,65	1,16	1,10	0,77	75,00
570,16	594,93	3,15	2,21	1,89	1,32	1,26	0,88	75,00
594,94	619,72	3,45	2,42	2,07	1,45	1,38	0,97	75,00
619,73	644,51	3,57	2,50	2,14	1,50	1,43	1,00	75,00
644,52	669,30	3,72	2,60	2,23	1,56	1,49	1,04	75,00
669,31	694,09	3,84	2,69	2,30	1,61	1,54	1,08	75,00
694,10	718,88	3,99	2,79	2,39	1,67	1,60	1,12	75,00
718,89	743,67	4,12	2,88	2,47	1,73	1,65	1,16	75,00
743,68	768,46	4,26	2,98	2,56	1,79	1,70	1,19	75,00
768,47	793,25	4,56	3,19	2,74	1,92	1,82	1,27	75,00
793,26	818,04	4,71	3,30	2,83	1,98	1,88	1,32	75,00
818,05	842,83	4,83	3,38	2,90	2,03	1,93	1,35	75,00
842,84	867,62	4,98	3,49	2,99	2,09	1,99	1,39	75,00
867,63	892,41	5,11	3,58	3,07	2,15	2,04	1,43	75,00
892,42	917,20	5,26	3,68	3,16	2,21	2,10	1,47	75,00
917,21	941,99	5,38	3,77	3,23	2,26	2,15	1,51	75,00
942,00	966,77	5,53	3,87	3,32	2,32	2,21	1,55	75,00
966,78	991,56	5,65	3,96	3,39	2,37	2,26	1,58	75,00
991,57	1.016,35	5,80	4,06	3,48	2,44	2,32	1,62	75,00
1.016,36	1.041,14	5,93	4,15	3,56	2,49	2,37	1,66	75,00
1.041,15	1.065,93	6,07	4,25	3,64	2,55	2,43	1,70	75,00
1.065,94	1.090,72	6,20	4,34	3,72	2,60	2,48	1,74	75,00
1.090,73	1.115,51	6,35	4,45	3,81	2,67	2,54	1,78	75,00
1.115,52	1.140,30	6,47	4,53	3,88	2,72	2,59	1,81	75,00
1.140,31	1.165,09	6,62	4,63	3,97	2,78	2,65	1,86	75,00

Revenus mensuels cumulés		Participation des parents et droit de réservation en euros						Droit de réservation
Revenus en euros		Jours entiers		Demi-jours		1/3 jours		
de	à	Taux journalier	Réduction	Taux pour 1/2 journée	Réduction	Taux pour 1/3 journée	Réduction	
1.165,10	1.189,88	6,74	4,72	4,04	2,83	2,70	1,89	75,00
1.189,89	1.214,67	6,89	4,82	4,13	2,89	2,76	1,93	75,00
1.214,68	1.239,46	7,02	4,91	4,21	2,95	2,81	1,97	75,00
1.239,47	1.264,25	7,16	5,01	4,30	3,01	2,86	2,00	125,00
1.264,26	1.289,04	7,29	5,10	4,37	3,06	2,92	2,04	125,00
1.289,05	1.313,83	7,44	5,21	4,46	3,12	2,98	2,09	125,00
1.313,84	1.338,62	7,56	5,29	4,54	3,18	3,02	2,11	125,00
1.338,63	1.363,40	7,71	5,40	4,63	3,24	3,08	2,16	125,00
1.363,41	1.388,19	7,83	5,48	4,70	3,29	3,13	2,19	125,00
1.388,20	1.412,98	7,98	5,59	4,79	3,35	3,19	2,23	125,00
1.412,99	1.437,77	8,11	5,68	4,87	3,41	3,24	2,27	125,00
1.437,78	1.462,56	8,26	5,78	4,96	3,47	3,30	2,31	125,00
1.462,57	1.487,35	8,38	5,87	5,03	3,52	3,35	2,35	125,00
1.487,36	1.512,14	8,53	5,97	5,12	3,58	3,41	2,39	125,00
1.512,15	1.536,93	8,65	6,06	5,19	3,63	3,46	2,42	125,00
1.536,94	1.561,72	8,80	6,16	5,28	3,70	3,52	2,46	125,00
1.561,73	1.586,51	8,93	6,25	5,36	3,75	3,57	2,50	125,00
1.586,52	1.611,30	9,07	6,35	5,44	3,81	3,63	2,54	125,00
1.611,31	1.636,09	9,20	6,44	5,52	3,86	3,68	2,58	125,00
1.636,10	1.660,88	9,35	6,55	5,61	3,93	3,74	2,62	125,00
1.660,89	1.685,67	9,47	6,63	5,68	3,98	3,79	2,65	125,00
1.685,68	1.710,46	9,62	6,73	5,77	4,04	3,85	2,70	125,00
1.710,47	1.735,24	9,74	6,82	5,84	4,09	3,90	2,73	125,00
1.735,25	1.760,03	9,89	6,92	5,93	4,15	3,96	2,77	125,00
1.760,04	1.784,82	10,02	7,01	6,01	4,21	4,01	2,81	125,00
1.784,83	1.809,61	10,16	7,11	6,10	4,27	4,06	2,84	125,00
1.809,62	1.834,40	10,29	7,20	6,17	4,32	4,12	2,88	125,00
1.834,41	1.859,19	10,44	7,31	6,26	4,38	4,18	2,93	125,00
1.859,20	1.883,98	10,56	7,39	6,34	4,44	4,22	2,95	125,00
1.883,99	1.908,77	10,71	7,50	6,43	4,50	4,28	3,00	125,00
1.908,78	1.933,56	10,83	7,58	6,50	4,55	4,33	3,03	125,00
1.933,57	1.958,35	10,98	7,69	6,59	4,61	4,39	3,07	125,00
1.958,36	1.983,14	11,11	7,78	6,67	4,67	4,44	3,11	125,00
1.983,15	2.007,93	11,26	7,88	6,76	4,73	4,50	3,15	175,00
2.007,94	2.032,72	11,38	7,97	6,83	4,78	4,55	3,19	175,00

Revenus mensuels cumulés		Participation des parents et droit de réservation en euros						Droit de réservation
Revenus en euros		Jours entiers		Demi-jours		1/3 jours		
de	à	Taux journalier	Réduction	Taux pour 1/2 journée	Réduction	Taux pour 1/3 journée	Réduction	
2.032,73	2.057,51	11,53	8,07	6,92	4,84	4,61	3,23	175,00
2.057,52	2.082,30	11,65	8,16	6,99	4,89	4,66	3,26	175,00
2.082,31	2.107,08	11,80	8,26	7,08	4,96	4,72	3,30	175,00
2.107,09	2.131,87	11,92	8,34	7,15	5,01	4,77	3,34	175,00
2.131,88	2.156,66	12,07	8,45	7,24	5,07	4,83	3,38	175,00
2.156,67	2.181,45	12,20	8,54	7,32	5,12	4,88	3,42	175,00
2.181,46	2.206,24	12,35	8,65	7,41	5,19	4,94	3,46	175,00
2.206,25	2.231,03	12,47	8,73	7,48	5,24	4,99	3,49	175,00
2.231,04	2.255,82	12,62	8,83	7,57	5,30	5,05	3,54	175,00
2.255,83	2.280,61	12,74	8,92	7,64	5,35	5,10	3,57	175,00
2.280,62	2.305,40	12,89	9,02	7,73	5,41	5,16	3,61	175,00
2.305,41	2.330,19	13,02	9,11	7,81	5,47	5,21	3,65	175,00
2.330,20	2.354,98	13,16	9,21	7,90	5,53	5,26	3,68	175,00
2.354,99	2.379,77	13,29	9,30	7,97	5,58	5,32	3,72	175,00
2.379,78	2.404,56	13,44	9,41	8,06	5,64	5,38	3,77	175,00
2.404,57	2.429,35	13,56	9,49	8,14	5,70	5,42	3,79	175,00
2.429,36	2.454,14	13,71	9,60	8,23	5,76	5,48	3,84	175,00
2.454,15	2.478,93	13,83	9,68	8,30	5,81	5,53	3,87	175,00
2.478,94	2.503,71	13,98	9,79	8,39	5,87	5,59	3,91	175,00
2.503,72	2.528,50	14,11	9,88	8,47	5,93	5,64	3,95	175,00
2.528,51	2.553,29	14,25	9,98	8,55	5,99	5,70	3,99	175,00
2.553,30	2.578,08	14,38	10,07	8,63	6,04	5,75	4,03	175,00
2.578,09	2.602,87	14,53	10,17	8,72	6,10	5,81	4,07	175,00
2.602,88	2.627,66	14,65	10,26	8,79	6,15	5,86	4,10	175,00
2.627,67	2.652,45	14,80	10,36	8,88	6,22	5,92	4,14	175,00
2.652,46	2.677,24	14,92	10,44	8,95	6,27	5,97	4,18	175,00
2.677,25	2.702,03	15,07	10,55	9,04	6,33	6,03	4,22	175,00
2.702,04	2.726,82	15,20	10,64	9,12	6,38	6,08	4,26	175,00
2.726,83	2.751,61	15,35	10,75	9,21	6,45	6,14	4,30	175,00
2.751,62	2.776,40	15,47	10,83	9,28	6,50	6,19	4,33	225,00
2.776,41	2.801,19	15,62	10,93	9,37	6,56	6,25	4,38	225,00
2.801,20	2.825,98	15,74	11,02	9,44	6,61	6,30	4,41	225,00
2.825,99	2.850,77	15,89	11,12	9,53	6,67	6,36	4,45	225,00
2.850,78	2.875,55	16,01	11,21	9,61	6,73	6,40	4,48	225,00
2.875,56	2.900,34	16,16	11,31	9,70	6,79	6,46	4,52	225,00

Revenus mensuels cumulés		Participation des parents et droit de réservation en euros						Droit de réservation
Revenus en euros		Jours entiers		Demi-jours		1/3 jours		
de	à	Taux journalier	Réduction	Taux pour 1/2 journée	Réduction	Taux pour 1/3 journée	Réduction	
2.900,35	2.925,13	16,29	11,40	9,77	6,84	6,52	4,56	225,00
2.925,14	2.949,92	16,44	11,51	9,86	6,90	6,58	4,61	225,00
2.949,93	2.974,71	16,56	11,59	9,94	6,96	6,62	4,63	225,00
2.974,72	2.999,50	16,68	11,68	10,01	7,01	6,67	4,67	225,00
2.999,51	3.024,29	16,81	11,77	10,09	7,06	6,72	4,70	225,00
3.024,30	3.049,08	16,93	11,85	10,16	7,11	6,77	4,74	225,00
3.049,09	3.073,87	17,06	11,94	10,24	7,17	6,82	4,77	225,00
3.073,88	3.098,66	17,18	12,03	10,31	7,22	6,87	4,81	225,00
3.098,67	3.123,45	17,30	12,11	10,38	7,27	6,92	4,84	225,00
3.123,46	3.148,24	17,43	12,20	10,46	7,32	6,97	4,88	225,00
3.148,25	3.173,03	17,55	12,29	10,53	7,37	7,02	4,91	225,00
3.173,04	3.197,82	17,68	12,38	10,61	7,43	7,07	4,95	225,00
3.197,83	3.222,61	17,80	12,46	10,68	7,48	7,12	4,98	225,00
3.222,62	3.247,40	17,92	12,54	10,75	7,53	7,17	5,02	225,00
3.247,41	3.272,19	18,05	12,64	10,83	7,58	7,22	5,05	225,00
3.272,20	3.296,97	18,17	12,72	10,90	7,63	7,27	5,09	225,00
3.296,98	3.321,76	18,30	12,81	10,98	7,69	7,32	5,12	225,00
3.321,77	3.346,55	18,42	12,89	11,05	7,74	7,37	5,16	225,00
3.346,56	3.371,34	18,54	12,98	11,12	7,78	7,42	5,19	225,00
3.371,35	3.396,13	18,67	13,07	11,20	7,84	7,47	5,23	225,00
3.396,14	3.420,92	18,79	13,15	11,27	7,89	7,52	5,26	225,00
3.420,93	3.445,71	18,92	13,24	11,35	7,95	7,57	5,30	225,00
3.445,72	3.470,50	19,04	13,33	11,42	7,99	7,62	5,33	225,00
3.470,51	3.495,29	19,16	13,41	11,50	8,05	7,66	5,36	225,00
3.495,30	3.520,08	19,29	13,50	11,57	8,10	7,72	5,40	225,00
3.520,09	3.544,87	19,41	13,59	11,65	8,16	7,76	5,43	275,00
3.544,88	3.569,66	19,53	13,67	11,72	8,20	7,81	5,47	275,00
3.569,67	3.594,45	19,66	13,76	11,80	8,26	7,86	5,50	275,00
3.594,46	3.619,24	19,78	13,85	11,87	8,31	7,91	5,54	275,00
3.619,25	3.644,03	19,91	13,94	11,95	8,37	7,96	5,57	275,00
3.644,04	3.668,81	20,03	14,02	12,02	8,41	8,01	5,61	275,00
3.668,82	3.693,60	20,15	14,11	12,09	8,46	8,06	5,64	275,00
3.693,61	3.718,39	20,28	14,20	12,17	8,52	8,11	5,68	275,00
3.718,40	3.743,18	20,40	14,28	12,24	8,57	8,16	5,71	275,00
3.743,19	3.767,97	20,53	14,37	12,32	8,62	8,21	5,75	275,00

Revenus mensuels cumulés		Participation des parents et droit de réservation en euros						Droit de réservation
Revenus en euros		Jours entiers		Demi-jours		1/3 jours		
de	à	Taux journalier	Réduction	Taux pour 1/2 journée	Réduction	Taux pour 1/3 journée	Réduction	
3.767,98	3.792,76	20,65	14,46	12,39	8,67	8,26	5,78	275,00
3.792,77	3.817,55	20,77	14,54	12,46	8,72	8,31	5,82	275,00
3.817,56	3.842,34	20,90	14,63	12,54	8,78	8,36	5,85	275,00
3.842,35	3.867,13	21,02	14,71	12,61	8,83	8,41	5,89	275,00
3.867,14	3.891,92	21,15	14,81	12,69	8,88	8,46	5,92	275,00
3.891,93	3.916,71	21,27	14,89	12,76	8,93	8,51	5,96	275,00
3.916,72	3.941,50	21,39	14,97	12,83	8,98	8,56	5,99	275,00
3.941,51	3.966,29	21,52	15,06	12,91	9,04	8,61	6,03	275,00
3.966,30	3.991,08	21,64	15,15	12,98	9,09	8,66	6,06	275,00
3.991,09	4.015,87	21,77	15,24	13,06	9,14	8,71	6,10	275,00
4.015,88	4.040,66	21,89	15,32	13,13	9,19	8,76	6,13	275,00
4.040,67	4.065,44	22,01	15,41	13,21	9,25	8,80	6,16	275,00
4.065,45	4.090,23	22,14	15,50	13,28	9,30	8,86	6,20	275,00
4.090,24	4.115,02	22,26	15,58	13,36	9,35	8,90	6,23	275,00
4.115,03	4.139,81	22,39	15,67	13,43	9,40	8,96	6,27	275,00
4.139,82	4.164,60	22,51	15,76	13,51	9,46	9,00	6,30	275,00
4.164,61	4.189,39	22,63	15,84	13,58	9,51	9,05	6,34	275,00
4.189,40	4.214,18	22,76	15,93	13,66	9,56	9,10	6,37	275,00
4.214,19	4.238,97	22,88	16,02	13,73	9,61	9,15	6,41	275,00
4.238,98	4.263,76	23,01	16,11	13,81	9,67	9,20	6,44	275,00
4.263,77	4.288,55	23,13	16,19	13,88	9,72	9,25	6,48	275,00
4.288,56	4.313,34	23,25	16,28	13,95	9,77	9,30	6,51	325,00
4.313,35	4.338,13	23,38	16,37	14,03	9,82	9,35	6,55	325,00
4.338,14	4.362,92	23,50	16,45	14,10	9,87	9,40	6,58	325,00
4.362,93	4.387,71	23,63	16,54	14,18	9,93	9,45	6,62	325,00
4.387,72	4.412,50	23,75	16,63	14,25	9,98	9,50	6,65	325,00
4.412,51	4.437,28	23,87	16,71	14,32	10,02	9,55	6,69	325,00
4.437,29	4.462,07	24,00	16,80	14,40	10,08	9,60	6,72	325,00
4.462,08	4.486,86	24,12	16,88	14,47	10,13	9,65	6,76	325,00
4.486,87	4.511,65	24,24	16,97	14,54	10,18	9,70	6,79	325,00
4.511,66	4.536,44	24,37	17,06	14,62	10,23	9,75	6,83	325,00
4.536,45	4.561,23	24,49	17,14	14,69	10,28	9,80	6,86	325,00
4.561,24	4.586,02	24,62	17,23	14,77	10,34	9,85	6,90	325,00
4.586,03	4.610,81	24,74	17,32	14,84	10,39	9,90	6,93	325,00
4.610,82	4.635,60	24,86	17,40	14,92	10,44	9,94	6,96	325,00

Revenus mensuels cumulés		Participation des parents et droit de réservation en euros						Droit de réservation
Revenus en euros		Jours entiers		Demi-jours		1/3 jours		
de	à	Taux journalier	Réduction	Taux pour 1/2 journée	Réduction	Taux pour 1/3 journée	Réduction	
4.635,61	4.660,39	24,99	17,49	14,99	10,49	10,00	7,00	325,00
4.660,40	4.685,18	25,11	17,58	15,07	10,55	10,04	7,03	325,00
4.685,19	4.709,97	25,24	17,67	15,14	10,60	10,10	7,07	325,00
4.709,98	4.734,76	25,36	17,75	15,22	10,65	10,14	7,10	325,00
4.734,77	4.759,55	25,48	17,84	15,29	10,70	10,19	7,13	325,00
4.759,56	4.784,34	25,61	17,93	15,37	10,76	10,24	7,17	325,00
4.784,35	4.809,13	25,73	18,01	15,44	10,81	10,29	7,20	325,00
4.809,14	4.833,91	25,86	18,10	15,52	10,86	10,34	7,24	325,00
4.833,92	4.858,70	25,98	18,19	15,59	10,91	10,39	7,27	325,00
4.858,71	4.883,49	26,10	18,27	15,66	10,96	10,44	7,31	325,00
4.883,50	4.908,28	26,23	18,36	15,74	11,02	10,49	7,34	325,00
4.908,29	4.933,07	26,35	18,45	15,81	11,07	10,54	7,38	325,00
4.933,08	4.957,86	26,48	18,54	15,89	11,12	10,59	7,41	325,00
4.957,87	4.982,65	26,60	18,62	15,96	11,17	10,64	7,45	325,00
4.982,66	5.007,44	26,72	18,70	16,03	11,22	10,69	7,48	325,00
5.007,45	5.032,23	26,85	18,80	16,11	11,28	10,74	7,52	325,00
5.032,24	5.057,02	26,97	18,88	16,18	11,33	10,79	7,55	325,00
5.057,03	...	27,10	18,97	16,26	11,38	10,84	7,59	375,00

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants Eupen, le 22 mai 2014.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,
H. MOLLERS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2014/205395]

22 MEI 2014. — Besluit van de Regering betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 2, tweede lid, artikel 7, tweede, derde en vierde lid, artikel 8, § 1, tweede en vijfde lid, en § 3, artikel 9, tweede lid, artikel 10, § 1, eerste lid, en § 2, artikel 11, tweede lid, artikel 12, tweede lid, artikel 15, § 3, derde lid, artikel 16, derde lid, en artikel 22;

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, artikel 3.2, laatste lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 18 januari 2007 betreffende de kinderopvang;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 3 april 2014;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 3 april 2014;

Gelet op advies 55.982/3 van de Raad van State, gegeven op 5 mei 2014, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende het advies van de adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken, gegeven op 5 mei 2014;

Op de voordracht van de Minister bevoegd voor Gezinsbeleid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Titel 1. — Algemene bepalingen

Hoofdstuk 1. — Inleidende bepalingen

Afdeling 1. — Definities

Artikel 1. Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder :

1° kinderen : overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 1°, en tweede lid van het decreet, personen die de volle leeftijd van twaalf jaar nog niet bereikt hebben resp., wat de buitenschoolse opvang betreft, personen die deze leeftijd wel bereikt hebben en lager onderwijs volgen;

2° baby's en peuters : kinderen tot de volle leeftijd van drie jaar;

3° kinderopvang : overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 2°, van het decreet, de regelmatige opvang van kinderen tegen betaling en in vastgelegde ruimten, buiten de woning van de personen belast met de opvoeding;

4° dienstverrichter : overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 3°, van het decreet, natuurlijke persoon of rechtspersoon resp. vereniging zonder rechtspersoonlijkheid die in hoofdberoep, bijberoep of als vrijwilliger kinderopvang aanbiedt;

5° persoon die werkzaam is in de kinderopvang : overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 4°, van het decreet, natuurlijke persoon die als dienstverrichter of in opdracht van een dienstverrichter werkzaam is en zelf kinderen opvangt of direct en regelmatig met opgevangen kinderen in contact komt;

6° dienst voor onthaalouders : dienstverrichter die bij voorrang baby's en peuters opvangt en eventueel buitenschoolse opvang door aangesloten onthaalouders aanbiedt;

7° aangesloten onthaalouder : persoon die werkzaam is in de kinderopvang en die in opdracht van een dienst voor onthaalouders - zonder door een arbeidsovereenkomst met die dienst verbonden te zijn - bij voorrang baby's en peuters van anderen opvangt en/of eventueel buitenschoolse opvang aanbiedt;

8° zelfstandige onthaalouder : dienstverrichter en persoon die werkzaam is in de kinderopvang die zelfstandig, in het kader van een opvangcontract, bij voorrang baby's en peuters van anderen opvangt en/of eventueel buitenschoolse opvang aanbiedt;

9° crèche : dienstverrichter die baby's en peuters in collectieve vorm opvangt en een opvangcapaciteit van ten minste 18 plaatsen heeft;

10° mini-crèche : een door overheids- of privé-instellingen gefinancierde dienstverrichter die baby's en peuters in collectieve vorm opvangt en een opvangcapaciteit van ten minste zes en ten hoogste veertien plaatsen heeft;

11° locatie voor buitenschoolse opvang : dienstverrichter die kinderopvang buiten de schooltijd aanbiedt;

12° diensten voor kinderopvang : de dienstverrichters beschreven in de bepalingen onder 6°, 9°, 10° en 11°;

13° centrum voor kinderopvang : dienstverrichter die tegelijk ten minste een erkende dienst voor onthaalouders, een erkende crèche en een erkende locatie voor buitenschoolse opvang aanbiedt;

14° initiatief voor occasionele kinderopvang : dienstverrichter die kinderen van vier maanden tot zes jaar af en toe en voor korte duur in collectieve vorm opvangt;

15° GAK : Gemeentelijke Adviescommissie inzake Kinderopvang;

16° inspectie : de inspecteurs die de Regering overeenkomstig artikel 17, § 1, van het decreet heeft aangewezen;

17° departement : het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Gezin;

18° Minister : de minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor het gezinsbeleid;

19° decreet : het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang.

Afdeling 2. — Algemene beginselen

Art. 2. Overeenkomstig artikel 6 van het decreet moet elke onder dit besluit vallende dienstverrichter die kinderopvang aanbiedt, ter uitvoering van dit besluit erkend zijn voordat hij van start gaat.

Onder voorbehoud van de toepassing van artikel 4 voldoen de onder dit besluit vallende dienstverrichters, om erkend te worden, aan de erkenningsvoorwaarden vermeld in het decreet of in dit besluit.

Art. 3. Overeenkomstig artikel 12 van het decreet kunnen alleen erkende, onder dit besluit vallende dienstverrichters binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen subsidie voor kinderopvang ter uitvoering van dit besluit ontvangen.

Art. 4. Onder voorbehoud van de toepassing van de artikelen 6 tot 12 van het decreet worden de dienstverrichters met wie de Regering overeenkomstig titel 6 een overeenkomst tot uitvoering van een lokaal project sluit, voor de duur van die overeenkomst als erkende dienstverrichters beschouwd. De nadere regels worden in de overeenkomst gepreciseerd.

Art. 5. Elke erkende dienstverrichter waarborgt de kwaliteit van de opvang overeenkomstig de bepalingen van het decreet en overeenkomstig de bepalingen van dit besluit die op die dienstverrichter van toepassing zijn.

Hoofdstuk 2. — *Gemeentelijke Adviescommissie inzake Kinderopvang**Afdeling 1. — Samenstelling en werkwijze*

Art. 6. De gemeenteraad van elke gemeente van het Duitse taalgebied installeert een GAK en legt het huishoudelijk reglement van die commissie vast.

Art. 7. § 1 - De GAK bestaat uit :

- 1° een vertegenwoordiger van het gemeentecollege;
- 2° een vertegenwoordiger van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn van de gemeente;
- 3° telkens één vertegenwoordiger per school die op het grondgebied van de gemeente gevestigd is;
- 4° telkens één vertegenwoordiger per ouderraad van de scholen vermeld in de bepaling onder 3°.

Voor elk in het eerste lid vermeld werkend lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen.

§ 2 - Tot de GAK behoren ook met raadgevende stem :

- 1° een vertegenwoordiger van de Minister;
- 2° een vertegenwoordiger van het departement;
- 3° telkens één vertegenwoordiger van de diensten voor kinderopvang of van de initiatieven voor occasionele kinderopvang die op het grondgebied van de gemeente werkzaam zijn;
- 4° één vertegenwoordiger van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren;
- 5° andere plaatselijke partners die belangrijk zijn voor de kinderopvang en die door de GAK bij de beraadslagingen betrokken worden.

Art. 8. De vertegenwoordiger van het gemeentecollege zit de vergaderingen van de GAK voor. De voorzitter organiseert die vergaderingen op eigen initiatief of op schriftelijk verzoek van een belangstellende en/of op schriftelijk verzoek van een potentiële dienstverrichter.

Een personeelslid van de gemeentediensten woont de vergaderingen van de GAK bij en maakt onder de verantwoordelijkheid van de voorzitter de notulen op.

De vertegenwoordiger van het departement woont de vergaderingen bij als deskundige en zorgt voor de technische follow-up en de informatie-uitwisseling tussen de GAK's van de verschillende gemeenten van het Duitse taalgebied.

De vertegenwoordiger van de Minister zorgt voor de informatie-uitwisseling tussen de GAK en de Regering.

Afdeling 2. — Opdrachten

Art. 9. § 1 - Op verzoek van de Minister en binnen de door hem gestelde termijn of op eigen initiatief verstrekt de GAK de Minister advies over de volgende punten :

- 1° de berekening van de behoeften inzake kinderopvang in de gemeente op korte en middellange termijn;
- 2° het doen van aanbevelingen om het aanbod inzake kinderopvang te verbeteren, rekening houdend met de plaatselijke omstandigheden en het vaststellen van de kwantitatieve en kwalitatieve voorwaarden die daarvoor vervuld moeten zijn.

§ 2 - De GAK geeft advies over alle nieuwe lokale initiatieven voor kinderopvang, met uitzondering van initiatieven die betrekking hebben op de erkenning van zelfstandige onthaalouders resp. de toelating van aangesloten onthaalouders, en zendt haar advies toe aan de Minister. Daartoe bezorgt de potentiële dienstverrichter alle daartoe nodige stukken vooraf aan de GAK.

In het advies worden ten minste de volgende punten behandeld :

- 1° de behoefte aan het nieuwe initiatief voor kinderopvang, met inachtneming van de geografische, demografische en socio-economische omstandigheden;
- 2° de geschiktheid en de ligging van de geplande ruimten;
- 3° het opvangconcept;
- 4° de geplande opvangcapaciteit;
- 5° de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding;
- 6° indien het advies niet unaniem is : een uiteenzetting van de verschillende standpunten.

De GAK bezorgt haar advies aan de Minister binnen 90 dagen na ontvangst van de stukken van de potentiële dienstverrichter.

§ 3 - Bij de oprichting van een nieuwe locatie voor buitenschoolse opvang die wordt aangeboden door een centrum voor kinderopvang en die tegelijk door de Duitstalige Gemeenschap en één of meer gemeenten gesubsidieerd wordt, verstrekt de GAK een advies overeenkomstig artikel 153.

Hoofdstuk 3. — *Indexering van de subsidies*

Art. 10. De bedragen vastgelegd in de artikelen 72, § 2, tweede lid, artikel 74, eerste lid, artikel 76, § 1 en § 2, eerste lid, artikel 93, § 1, eerste lid, artikel 94, artikel 106, artikel 116, eerste lid, artikel 135, § 1, eerste en tweede lid, en artikel 137, alsook het bedrag van 3,52 euro vastgelegd in artikel 82, § 3, zijn gekoppeld aan de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap op basis van de spilindex 138,01.

Titel 2. — Diensten voor kinderopvang

Ondertitel 1. — Gemeenschappelijke inhoudelijke bepalingen

Hoofdstuk 1. — *Toepassingsgebied*

Art. 11. Deze ondertitel is van toepassing op de diensten voor kinderopvang vermeld in artikel 1, 12°.

Hoofdstuk 2. — *Algemene erkenningsvoorwaarden*

Afdeling 1. — Bepalingen inzake persoonsgegevens

Art. 12. Overeenkomstig artikel 7, eerste lid, van het decreet zorgen de diensten voor kinderopvang ervoor dat de personen die in de kinderopvang werkzaam zijn en die van hen een opdracht hebben gekregen, de volgende stukken hebben ingediend voordat ze van start gaan met hun activiteit :

1° een uittreksel uit het strafregister (model 2) van zichzelf en, indien de kinderopvang in hun woning plaatsvindt, van alle meerderjarigen die deel uitmaken van het gezin en/of regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen op het gebied van opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, jeugdbijstand, kinderbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen;

2° een medisch attest dat niet ouder is dan twee maanden, dat bekrachtigt dat de gezondheidstoestand van betrokkene hem toelaat voor kinderen te zorgen en dat hij geen tekenen van fysiek of psychisch lijden of geen fysieke of psychische beperkingen vertoont die een gevaar voor de gezondheid van de opgevangen kinderen kunnen betekenen;

3° voor zover dit niet blijkt uit het medisch attest vermeld in 2°, voor de vrouwelijke personen die werkzaam zijn in de kinderopvang en jonger zijn dan 55 jaar en, indien de kinderopvang in hun woning plaatsvindt, voor de andere vrouwelijke leden van hun gezin die jonger zijn dan 55 jaar, een medisch bewijs dat ze immuun zijn voor rodehond. De weigering van een eventueel nog noodzakelijke inenting wordt alleen aangenomen op grond van een gemotiveerd medisch attest.

Art. 13. De diensten voor kinderopvang leggen in hun contracten en overeenkomsten met de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang vast dat die personen :

1° elke wezenlijke verandering in hun gezondheidstoestand zo snel mogelijk aan de dienst meedelen;

2° overeenkomstig artikel 7, eerste lid, van het decreet geen professionele of niet-professionele activiteit uitoefenen die onverenigbaar is met kinderopvang of die hen tijdens de openingstijden van de kinderopvangvoorziening van de zorg voor de kinderen zou kunnen afhouden.

Art. 14. De diensten voor kinderopvang bieden de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang en die een opdracht van hen hebben gekregen, jaarlijks minstens tien uur gratis voortgezette opleiding aan.

Afdeling 2. — *Opvangconcept*

Art. 15. De diensten voor kinderopvang werken een opvangconcept uit.

Het opvangconcept bevat minstens :

1° de doelstellingen van het aanbod;

2° de pedagogische principes;

3° de manier waarop de pedagogische principes in praktijk worden gebracht;

4° de gestandaardiseerde werkprocessen van de kerntaken;

5° de manier waarop samengewerkt wordt met de personen belast met de opvoeding;

6° de manier waarop samengewerkt wordt met andere diensten;

7° de manier waarop samengewerkt wordt met vrijwilligers;

8° de maatregelen inzake gezondheidspromotie;

9° de informatie over het klachtenbeheer;

10° de openingstijden en de manier waarop contact kan worden opgenomen met de dienst;

11° de procedurerichtlijnen bij vermoeden of vaststelling van kindermishandeling, kindermisbruik en/of kinderverwaarlozing, besmettelijke ziekten, aanhoudende gedragsstoornissen, vermoeden of vaststelling van ontwikkelingsachterstand, alsook de procedurerichtlijnen voor de omgang met kinderen met een lichamelijke of geestelijke beperking.

Afdeling 3. — *Huishoudelijk reglement*

Art. 16. De diensten voor kinderopvang maken een huishoudelijk reglement op.

Het huishoudelijk reglement bevat minstens :

1° de openingstijden en de manier waarop contact kan worden opgenomen met de dienst;

2° de hoofdlijnen van het opvangconcept;

3° de ouderbijdragen;

4° de rechten en plichten van de personen belast met de opvoeding;

5° de informatie over het klachtenbeheer dat in artikel 15, tweede lid, 9°, wordt vermeld.

6° in voorkomend geval de gegevens over de mogelijkheid om stagiairs op te nemen.

Afdeling 4. — Verzekeringen

Art. 17. De diensten voor kinderopvang sluiten een aansprakelijkheidsverzekering en een brandverzekering voor de uitoefening van hun activiteit.

Hoofdstuk 3. — Inrichting van de ruimten

Art. 18. Onder voorbehoud van de toepassing van artikel 174 is dit hoofdstuk alleen van toepassing op de crèches, mini-crèches en locaties voor buitenschoolse opvang.

Art. 19. Overeenkomstig artikel 7, tweede lid, van het decreet vindt de kinderopvang plaats in een daarvoor geschikte omgeving en in ruimten die voldoende groot, veilig en proper zijn. Er is een ruimte voor buitenactiviteiten die bij voorkeur aan de opvangruimten grenst.

Art. 20. De opvangruimten en alle ruimten die voor de kinderen toegankelijk zijn, voldoen aan de volgende criteria :

1° gemakkelijk bereikbaar en toegankelijk, bijvoorbeeld door goede bereikbaarheid voor het verkeer of door de opvang bij voorkeur op de benedenverdieping te laten plaatsvinden;

2° voor zover niet nader gedefinieerd, stemt de grootte van de ruimten overeen met het aantal opgevangen kinderen, zodat deze zich vrij kunnen bewegen;

3° er zijn verscheidene speelruimten;

4° er is een rustruimte;

5° in de opvangvoorzieningen waar maaltijden voor kinderen worden voorbereid, is een keukenblok met een aanrecht, kookgelegenheid en koelkast;

6° de ruimten zijn ingericht met het voor de opvang noodzakelijke meubilair en met voldoende speelgoed;

7° de ruimten zijn in goede toestand en er wordt voor gezorgd dat dit zo blijft;

8° de begeleiders zijn telefonisch bereikbaar in de ruimten.

Art. 21. De diensten voor kinderopvang richten de ruimten waartoe de kinderen toegang hebben zo veilig mogelijk in. De diensten voor kinderopvang dragen er zorg voor dat alle mogelijke gevaren en risico's worden opgespoord. Ze nemen alle nodige maatregelen om een veilige omgeving te scheppen met verminderd gevaar voor ongevallen.

Voor de veilige inrichting van de ruimten gelden de volgende criteria :

1° er wordt op de verkeersveiligheid gelet;

2° de buitenruimte en de toegang daartoe zijn beveiligd;

3° de ruimten zijn zo ingedeeld en ingericht dat de begeleiders visueel toezicht op de kinderen kunnen houden;

4° er wordt verwarmd met centrale verwarming. Er mogen geen verwarmingselementen worden gebruikt waaraan de kinderen zich kunnen verbranden. De radiatoren zijn doeltreffend beveiligd;

5° de diensten voor kinderopvang nemen alle nodige maatregelen om een CO-vergiftiging te voorkomen. Daarom zorgen ze ervoor dat de installaties voor verwarming, warm water en luchtafvoer regelmatig onderhouden worden;

6° producten die de gezondheid kunnen schaden, zoals pesticiden, herbiciden en insecticiden, worden alleen gebruikt in afwezigheid van de kinderen en met inachtneming van voorzorgsmaatregelen;

7° wenteltrappen mogen door kinderen tot zes jaar alleen in begeleiding van volwassenen worden gebruikt en de toegang is beveiligd met traphekjes;

8° indien de kinderen toegang hebben tot verhoogde terrassen, moeten die terrassen beveiligd zijn door een balustrade of een omheining;

9° de balustrades en/of omheiningen beantwoorden aan de richtlijnen van de Minister;

10° de vensters en deuren gaan op een veilige manier open en dicht;

11° gevaarlijk scherpe kanten, hoeken of uiteinden zijn niet voorhanden of worden adequaat beveiligd;

12° de stopcontacten, de schakelaars en alle elektrische toestellen of installaties die gevaar kunnen opleveren, worden buiten het bereik van de kinderen gehouden of worden adequaat beveiligd;

13° poetsmiddelen, chemische producten, licht ontvlambare stoffen, medicamenten en andere voorwerpen die gevaarlijk kunnen zijn, worden veilig en buiten het bereik van de kinderen opgeborgen;

14° zwembaden, plonsbadjes, tuinvijvers, waterpoelen of andere waterpartijen zijn zo afgedekt en beveiligd dat kinderen er niet bij kunnen;

15° zowel binnen als buiten worden giftige planten buiten het bereik van de kinderen gehouden;

16° in elke opvangvoorziening staat een EHBO-does met materiaal dat beantwoordt aan de richtlijnen van de Minister;

17° in de slaap- en opvangruimten zijn rookmelders aangebracht overeenkomstig het besluit van de Waalse Regering van 21 oktober 2004 betreffende de aanwezigheid van brandmelders in de woningen.

Art. 22. De diensten voor kinderopvang letten op de hygiëne en nemen bij alle activiteiten de nodige hygiënemaatregelen, in het bijzonder bij het verzorgen van de kinderen, het poetsen van de ruimten, het bereiden van de maaltijden en het wegdoen van afval.

Voor de hygiëne van de ruimten gelden de volgende criteria :

1° er zijn voldoende aan de verschillende leeftijdsgroepen aangepaste sanitaire inrichtingen en lavabo's;

2° er is voldoende natuurlijke verlichting en verluchting. De verlichting en verluchting worden aangepast aan de activiteiten die in de ruimten plaatsvinden;

3° bij de verwarming van de ruimten kan rekening worden gehouden met de buitentemperatuur;

4° er is een doeltreffende zonnewering;

5° bij normale weersomstandigheden bedraagt de temperatuur in de regel 18°C in de slaapruidten en 20°C tot 22°C in de opvangruimten;

6° alle ruimten kunnen eenvoudig proper gehouden worden;

7° de ruimten en het materiaal worden regelmatig gereinigd. De manier waarop de vloeren, de oppervlakten en het materiaal worden gereinigd, is verenigbaar met de kinderopvang;

8° het afval wordt dagelijks naar een van de kinderopvang afgezonderde ruimte gebracht die zich bij voorkeur buiten bevindt;

9° het bouw materiaal en de toestand ervan mogen niet schadelijk zijn voor de gezondheid van de kinderen.

Hoofdstuk 4. — Algemene verplichtingen

Afdeling 1. — Erkenningsvoorwaarden en inrichting van de ruimten

Art. 23. Na hun erkenning blijven de diensten voor kinderopvang voldoen aan de algemene en bijzondere erkenningsvoorwaarden die in het decreet of in deze titel worden vermeld en blijven ze voldoen aan de voorgeschreven inrichting van de ruimten.

Afdeling 2. — Opvangconcept

Art. 24. Bij het begin van de opvang en bij latere wijzigingen lichten de diensten voor kinderopvang de personen belast met de opvoeding in over het opvangconcept vermeld in artikel 15, over de klantenservice en over de verplichtingen van de diensten voor kinderopvang en van de personen belast met de opvoeding.

De hoofdlijnen van het opvangconcept worden opgenomen in een informatiebrochure voor de personen belast met de opvoeding en worden hen samen met het opvangcontract tegen ontvangstbewijs overhandigd. Indien de dienst een website heeft, kan het concept op die site worden ingezien.

Afdeling 3. — Huishoudelijk reglement

Art. 25. De diensten voor kinderopvang overhandigen het huishoudelijk reglement vermeld in artikel 16 bij het begin van de opvang tegen ontvangstbewijs aan de personen belast met de opvoeding. Indien de dienst een website heeft, kan het huishoudelijk reglement op die site worden ingezien.

Afdeling 4. — Samenwerking met de personen belast met de opvoeding

Art. 26. De diensten voor kinderopvang nemen de opvanganvragen in ontvangst en verwerken ze overeenkomstig de bepalingen van het decreet en dit besluit.

De regelmatige uitwisseling van gedachten en de samenwerking met de personen belast met de opvoeding verloopt zoals bepaald in het opvangconcept vermeld in artikel 15.

Art. 27. De diensten voor kinderopvang zorgen ervoor dat de personen belast met de opvoeding telefonisch of persoonlijk contact kunnen opnemen met de contactpersonen om inlichtingen te krijgen of problemen te bespreken, zo nodig ook buiten de gewone kantooruren.

De spreektijden en de uitzonderingen daarop worden bij het begin van de opvang meegedeeld aan de personen belast met de opvoeding.

Art. 28. De diensten voor kinderopvang sluiten voor het begin van de opvang een schriftelijk opvangcontract met de personen belast met de opvoeding.

De opvang begint pas nadat het opvangcontract door alle partijen is ondertekend.

In het opvangcontract wordt bepaald dat de personen belast met de opvoeding of de dienst voor kinderopvang het contract voor de opvang van een baby of peuter kan opzeggen met inachtneming van een opzeggingstermijn van drie maanden. De dienst kan die termijn inkorten, indien de personen belast met de opvoeding hun rekeningen niet betalen of de opvangsituatie dat in het belang van het kind vereist.

Art. 29. De diensten voor kinderopvang, met uitzondering van de diensten voor onthaalouders, zenden de personen belast met de opvoeding elk jaar in januari een plan met de bindende gegevens omtrent de sluitingsdagen.

Sluitingsdagen naar aanleiding van voortgezette opleidingen worden minstens vier maanden op voorhand aan de personen belast met de opvoeding meegedeeld.

Art. 30. De diensten voor kinderopvang ontvangen van het departement de fiscale attesten voor de personen belast met de opvoeding, vullen die attesten in en zenden ze door aan de personen belast met de opvoeding.

Art. 31. Bij het begin van de opvang maken de diensten voor kinderopvang de personen belast met de opvoeding er schriftelijk attent op dat ze zich rechtstreeks tot het departement kunnen wenden bij meningsverschillen tussen de dienst en de personen belast met de opvoeding die niet via het klachtenbeheer vermeld in artikel 15, tweede lid, 9°, opgelost kunnen worden.

Afdeling 5. — Brandveiligheid

Art. 32. Na de inwerkingtreding van de erkenning bezorgen de diensten voor kinderopvang het departement alle zes jaar een gunstig advies van de bevoegde commandant van de brandweerdienst over de brandveiligheid van de ruimten waar de opvang plaatsvindt; dat advies mag niet ouder zijn dan zes maanden.

Een dergelijk advies moet bovendien bij elke belangrijke wijziging van de structuur van het gebouw van de opvangvoorziening of te allen tijde op verzoek van het departement worden ingediend.

Afdeling 6. — Rapportering

Art. 33. De diensten voor kinderopvang dienen jaarlijks, behalve in het eerste jaar van de opvang, uiterlijk op 1 februari een overzichtslijst in met het personeel dat in het vorige kalenderjaar werkelijk beschikbaar was.

Deze overzichtslijst bevat de volgende gegevens over alle personeelsleden afzonderlijk: naam, geboortedatum, diploma resp. kwalificatie, functie, indiensttreding, effectieve dienstanciënniteit, arbeidsregeling, eventuele subsidies in het kader van tewerkstellingsmaatregelen, de toepasselijke barema's en de brutojaarwedde.

Art. 34. § 1 - De diensten voor kinderopvang dienen jaarlijks, behalve in het eerste jaar van de opvang, uiterlijk op 1 juni een activiteitenverslag over het vorige kalenderjaar in bij het departement.

Het activiteitenverslag bevat :

- 1° het aantal openingsdagen en de openingstijden;
- 2° het totaal aantal aanwezigheden;
- 3° het totaal aantal van de gemiddelde aanwezigheden;
- 4° de beantwoorde en onbeantwoorde aanvragen voor opvang van baby's en peuters;
- 5° de analyse en de evaluatie van de activiteiten;
- 6° de perspectieven wat de toekomst van de opvangstructuur betreft;
- 7° het aantal werkelijk beschikbare personeelsleden en hun functie, in voorkomend geval aangesloten onthaalouders inbegrepen;
- 8° een overzicht van de bezochte voortgezette opleidingen.

§ 2 - De diensten voor kinderopvang die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden, dienen, samen met het in § 1 vermelde activiteitenverslag, een resultatenrekening en een balans van het vorige opvangjaar, alsook een budgettair voorstel voor het volgende opvangjaar in bij het departement.

§ 3 - Indien het activiteitenverslag, de balans, de resultatenrekening of het budgettair voorstel te laat worden ingediend, kan bij één maand vertraging 5 % van de subsidie en bij twee of meer maanden vertraging 10 % van de subsidie ingehouden worden.

Art. 35. De diensten voor kinderopvang houden een aanwezigheidsregister bij.

De diensten voor kinderopvang maken per opgevangen kind een dossier op dat minstens de volgende gegevens bevat :

- 1° naam, voornaam en adres van het kind;
- 2° naam, adres en telefoonnummer van de contactpersoon/contactpersonen;
- 3° naam, adres en telefoonnummer van de huisarts;
- 4° bijzondere gegevens over de gezondheidstoestand van het kind, indien deze voor de dagelijkse omgang met het kind relevant zijn.

Ondertitel 2. — Gemeenschappelijke procedurebepalingen

Hoofdstuk 1. — Toepassingsgebied

Art. 36. Deze ondertitel is van toepassing op de diensten voor kinderopvang vermeld in artikel 1, 12°.

Hoofdstuk 2. — Erkenning

Afdeling 1. — Voorlopige erkenning

Art. 37. § 1 - Om een voorlopige erkenning te krijgen, dienen de dienstverrichters een aanvraag in bij het departement.

Bij de aanvraag worden de volgende stukken en gegevens gevoegd :

- 1° de identiteit van de aanvrager;
- 2° de statuten van de rechtspersoon;
- 3° het bewijs van de behoefte aan opvang;
- 4° de aangevraagde opvangcapaciteit;
- 5° het financieringsconcept;
- 6° de vastlegging van de ouderbijdragen;
- 7° de beschrijving van de infrastructuur;
- 8° de functiebeschrijving van het personeel;
- 9° de identiteit en kwalificatie van de personen die in de kinderopvang werkzaam zijn, alsook de identiteit en kwalificatie van het administratief personeel;
- 10° het model van de overeenkomst tussen de dienstverrichter en de personen die in de kinderopvang werkzaam zijn, met vermelding van de verplichtingen vervat in de artikelen 12, 13 en 14;
- 11° het opvangconcept beschreven in artikel 15;
- 12° het huishoudelijk reglement beschreven in artikel 16;
- 13° het bewijs dat de verzekeringen vermeld in artikel 17 afgesloten zijn;
- 14° het huishoudelijk reglement waarin uitsluitel wordt gegeven over de werkwijze van de dienstverrichter;
- 15° het model van het opvangcontract tussen de dienstverrichter en de personen belast met de opvoeding;
- 16° een gunstig advies van de bevoegde commandant van de brandweerdienst dat niet ouder is dan zes maanden en dat betrekking heeft op de brandveiligheid van de opvangruimten;
- 17° het gunstige advies van de GAK van de gemeente waar de opvang zal plaatsvinden, gegeven overeenkomstig artikel 9, § 2. Indien het aanbod zich tot de bevolking van meerdere gemeenten richt, dienen alle territoriaal en materieel bevoegde GAK's een advies in.

§ 2 - Gaat het om een voorlopige erkenning van een dienst voor onthaalouders, dan worden bovendien de volgende stukken en gegevens bijgevoegd :

- 1° de in artikel 58 vermelde manier waarop kandidaten die een toelating als aangesloten onthaalouder aanvragen, geschikt worden bevonden;
- 2° het in artikel 59 vermelde model voor het opvangconcept van de aangesloten onthaalouders;

3° het aangevraagde aantal aangesloten onthaalouders dat tot de dienst voor onthaalouders toegelaten kan worden;

4° de beschrijving van de samenwerking met de aangesloten onthaalouders.

Gaat het om de voorlopige erkenning van een dienst voor onthaalouders, dan hoeft - in afwijking van § 1, 16° - geen advies inzake brandveiligheid te worden bijgevoegd.

§ 3 - Gaat het om de voorlopige erkenning van een locatie voor buitenschoolse opvang, dan wordt bovendien een stuk bijgevoegd waarin staat hoe men denkt nagegaan of aan de voorwaarden gesteld in artikel 110, § 2, 1° en 2°, is voldaan.

Gaat het om de voorlopige erkenning van een locatie voor buitenschoolse opvang die door een centrum voor kinderopvang wordt aangeboden en die tegelijk door de Duitstalige Gemeenschap en één of meer gemeenten gesubsidieerd wordt, dan worden bovendien de adviezen en besluiten vermeld in artikel 153 bijgevoegd.

Art. 38. Het departement onderzoekt of de ingediende aanvraag om erkenning volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken. Indien de aanvraag volledig is, controleert het departement de ruimten waar de opvang zal plaatsvinden.

Binnen 90 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 60 dagen na ontvangst van het advies van het departement, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of een voorlopige erkenning wordt toegekend. In de voorlopige erkenning wordt het volgende vastgelegd : het maximale aantal kinderen dat tegelijk mag worden opgevangen en in voorkomend geval de opvangcapaciteit. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de voorlopige erkenning als geweigerd.

Art. 39. De voorlopige erkenning wordt verleend voor zes maanden.

De aanvrager mag de dienst voor kinderopvang pas openen als hij de voorlopige erkenning heeft ontvangen.

Art. 40. Tijdens de duur van de voorlopige erkenning voert de inspectie één of meer controles uit om na te gaan of aan de algemene en bijzondere erkenningsvoorwaarden wordt voldaan.

Na die controle stelt de inspectie op grond van haar bevindingen een inspectieverslag op. Uiterlijk 60 dagen voor het verstrijken van de voorlopige erkenning wordt dat inspectieverslag aan de Minister en aan de betrokken dienst voor kinderopvang bezorgd.

Art. 41. § 1 - Op gemotiveerd verzoek kan de dienst voor kinderopvang uiterlijk 60 dagen voor het verstrijken van de voorlopige erkenning de Minister vragen om de voorlopige erkenning eenmaal voor een duur van hoogstens zes maanden te verlengen.

De Minister beslist binnen 30 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, of de voorlopige erkenning wordt verlengd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de verlenging als geweigerd.

§ 2 - De Minister kan de voorlopige erkenning op eigen initiatief eenmaal voor hoogstens zes maanden verlengen.

Art. 42. § 1 - Tijdens de duur van de voorlopige erkenning delen de diensten voor kinderopvang elke wijziging van de gegevens vermeld in artikel 37, § 1, tweede lid, 1°, 2°, 3°, 5°, 8°, 12°, 13°, 14° en 16°, binnen 15 dagen schriftelijk mee aan het departement.

§ 2 - Tijdens de duur van de voorlopige erkenning kan het departement de diensten voor kinderopvang te allen tijde om een actuele stand van de gegevens vermeld in § 1 verzoeken.

Art. 43. Wijzigingen van de gegevens vermeld in artikel 37, § 1, tweede lid, 4°, 6°, 7°, 10°, 11° en 15°, alsook § 2, eerste lid, 1°, 2° en 3°, moeten vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dienen de diensten voor kinderopvang een individuele schriftelijke aanvraag bij het departement in. Binnen 30 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 15 dagen na ontvangst van het advies van het departement, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de wijziging wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

De dienst voor kinderopvang kan de wijzigingen pas na ontvangst van een toezegging uitvoeren.

Afdeling 2. — Erkenning

Art. 44. § 1 - Onder voorbehoud van de toepassing van artikel 41 beslist de Minister, binnen 30 dagen voor het verstrijken van de voorlopige erkenning, of op basis van het inspectieverslag vermeld in artikel 40 een erkenning wordt toegekend. In de erkenning wordt het volgende vastgelegd : het maximale aantal kinderen dat tegelijk mag worden opgevangen en in voorkomend geval de opvangcapaciteit. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

§ 2 - Indien de erkenning geweigerd wordt, kan de aanvrager beroep instellen bij de Regering.

De aanvrager zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, per aangetekende brief of per brief met ontvangstbevestiging aan de Regering en dit binnen 15 dagen na ontvangst van de weigering van de aanvraag, respectievelijk na het verstrijken van de termijn vermeld in § 1.

De Regering licht het departement en de inspectie over het beroep in. Deze bezorgen de Regering binnen een door haar gestelde termijn het administratief dossier en delen haar elk een standpunt mee.

De Regering beslist binnen 90 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, of de erkenning wordt toegekend. De erkenning legt het maximale aantal kinderen dat tegelijk mag worden opgevangen vast. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

Art. 45. De erkenning wordt voor onbepaalde duur verleend.

Art. 46. Indien de dienst voor kinderopvang op het in artikel 44 vermelde tijdstip niet voldoet aan één of meer erkenningsvoorwaarden, kan de Minister zijn beslissing hoogstens zes maanden uitstellen om de dienst voor kinderopvang de mogelijkheid te geven aan alle erkenningsvoorwaarden te voldoen.

Met inachtneming van de termijnen bepaald in artikel 44 blijft de voorlopige erkenning geldig tot de Minister een beslissing heeft genomen.

Art. 47. § 1 - Tijdens de duur van de erkenning delen de diensten voor kinderopvang elke wijziging van de gegevens vermeld in artikel 37, § 1, tweede lid, 1°, 2°, 3°, 5°, 8°, 12°, 13°, 14° en 16°, binnen 30 dagen schriftelijk mee aan het departement.

§ 2 - Tijdens de duur van de erkenning kan het departement de diensten voor kinderopvang te allen tijde om een actuele stand van de gegevens vermeld in § 1 verzoeken.

Art. 48. Wijzigingen van de gegevens vermeld in artikel 37, § 1, tweede lid, 4°, 6°, 7°, 10°, 11° en 15°, alsook § 2, eerste lid, 1°, 2° en 3°, moeten vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dienen de diensten voor kinderopvang een individuele schriftelijke aanvraag bij het departement in. Binnen 60 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 30 dagen na ontvangst van het advies van het departement, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de wijziging wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

De dienst voor kinderopvang kan de wijzigingen pas na ontvangst van een toezegging uitvoeren.

Hoofdstuk 3. — *Schorsing en intrekking van de erkenning*

Afdeling 1. — Schorsing van de erkenning

Art. 49. § 1 - Het departement maakt de inspectie attent op alle gevallen waarin een dienst voor kinderopvang, volgens de informatie waarover het beschikt, zich vermoedelijk niet houdt aan één of meer verplichtingen vermeld in het decreet of in dit besluit.

§ 2 - Indien de inspectie, na een aanwijzing in de zin van § 1 of op grond van welke andere aanwijzingen of inlichtingen dan ook, tot de slotsom komt dat de dienst voor kinderopvang één of meer verplichtingen vermeld in het decreet of in dit besluit niet naleeft, maant ze de betrokken dienst voor kinderopvang aan om die verplichtingen binnen 30 dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan de dienst voor kinderopvang, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, de inspectie vragen om de termijn eenmaal met hoogstens 30 dagen te verlengen.

§ 3 - In dringende gevallen kan de inspectie, op basis van een met bijzondere redenen omklede beslissing, een dadelijke aanpassing opleggen.

Art. 50. § 1 - Indien de dienst voor kinderopvang na de aanmaning vermeld in artikel 49 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, wordt de voorlopige resp. definitieve erkenning, na een advies van de inspectie, door de Minister geschorst.

Voor de schorsing deelt de Minister de betrokken dienst voor kinderopvang per aangetekende brief zijn voornemen mee. De dienst kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen 30 dagen na toezending van de aangetekende brief.

Binnen 15 dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt geschorst en voor hoelang.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de betrokken dienst voor kinderopvang.

§ 2 - Tijdens de schorsing van de voorlopige resp. definitieve erkenning vangt de betrokken dienst voor kinderopvang geen nieuwe kinderen op.

Indien tijdens de duur van de schorsing minder kinderen worden opgevangen, kan de Minister de eventuele subsidiëring van de betrokken dienst voor kinderopvang voor de duur van de schorsing evenredig verminderen.

Art. 51. § 1 - Om redenen van volksgezondheid, om veiligheidsredenen en wegens kennelijke schending van de toepasselijke bepalingen kan de Minister, om een klaarblijkelijk ernstig nadeel voor de opgevangen kinderen te voorkomen, beslissen om de voorlopige resp. definitieve erkenning wegens dringende noodzakelijkheid voor onbepaalde duur te schorsen. Indien de dienst voor kinderopvang, na de aanmaning vermeld in artikel 49, § 3, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, handelt en beslist de Minister op grond van een advies van de inspectie en door middel van een met bijzondere redenen omklede beslissing.

De schorsing wegens dringende noodzakelijkheid heeft de onmiddellijke voorlopige sluiting van de dienst voor kinderopvang tot gevolg en dit voor onbepaalde duur.

Voor de schorsing deelt de Minister de betrokken dienst voor kinderopvang zijn voornemen zo snel mogelijk mee per fax, per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief. De dienst kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van het voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Hij wordt gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief.

Binnen vijf dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het derde lid vermelde termijn, neemt de Minister een beslissing over de schorsing wegens dringende noodzakelijkheid.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de betrokken dienst. Het departement licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de onmiddellijke voorlopige sluiting van de dienst.

§ 2 - Indien de problemen die tot de schorsing wegens dringende noodzakelijkheid hebben geleid, verholpen zijn, maakt de Minister zo snel mogelijk een einde aan de schorsing van de voorlopige resp. definitieve erkenning en aan de voorlopige sluiting van de dienst voor kinderopvang. Het departement licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de heropening van de dienst.

Art. 52. Indien de erkenning wordt geschorst, kan de dienst voor kinderopvang beroep instellen bij de Regering. Het beroep is niet opschortend.

De dienst voor kinderopvang zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, per aangetekende brief of per brief met ontvangstbevestiging aan de Regering en dit binnen 15 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na het verzenden van de beslissing waarbij de erkenning wordt geschorst.

De Regering licht het departement en de inspectie over het beroep in. Deze bezorgen de Regering binnen een door haar gestelde termijn het administratief dossier en delen haar elk een standpunt mee.

De Regering beslist binnen 60 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, of het beroep ontvankelijk is. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de beslissing waartegen beroep werd ingesteld als bevestigd.

Afdeling 2. — Intrekking van de erkenning

Art. 53. Indien de dienst voor kinderopvang na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 50 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, kan de Minister de voorlopige resp. definitieve erkenning, na een advies van de inspectie, intrekken.

Voor de intrekking deelt de Minister de betrokken dienst voor kinderopvang per aangetekende brief zijn voornemen mee. De dienst kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen 30 dagen na toezending van de aangetekende brief.

Binnen 30 dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt ingetrokken.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk aan de betrokken dienst voor kinderopvang toegezonden en wordt, met vermelding van de inwerkingtreding, in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt. Het departement licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de intrekking van de voorlopige resp. definitieve erkenning.

Art. 54. Indien de erkenning wordt ingetrokken, kan de dienst voor kinderopvang beroep instellen bij de Regering. Het beroep is niet opschortend.

De dienst voor kinderopvang zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, per aangetekende brief of per brief met ontvangstbevestiging aan de Regering en dit binnen 15 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na het verzenden van de beslissing waarbij de erkenning wordt ingetrokken.

De Regering licht het departement en de inspectie over het beroep in. Deze bezorgen de Regering binnen een door haar gestelde termijn het administratief dossier en delen haar elk een standpunt mee.

De Regering beslist binnen 60 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, of het beroep ontvankelijk is. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de beslissing waartegen beroep werd ingesteld als bevestigd.

Hoofdstuk 4. — Beëindiging van de kinderopvang

Art. 55. Onder voorbehoud van de toepassing van artikel 51 heeft de in artikel 53 bedoelde intrekking van de voorlopige resp. definitieve erkenning of de weigering van een definitieve erkenning tot gevolg dat de betrokken dienst binnen 30 dagen wordt gesloten.

Met de sluiting van de dienst worden de opvang van alle kinderen en de eventuele subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap beëindigd.

Art. 56. § 1 - De diensten voor kinderopvang delen elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van hun activiteit die niet aan een intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 53 te wijten is, schriftelijk mee aan het departement. Een uitzondering daarop vormen vakantieperiodes en feestdagen.

De dienst voor kinderopvang deelt zijn voornemen minstens drie maanden voor de geplande tijdelijke stopzetting en zes maanden voor de geplande definitieve stopzetting schriftelijk mee aan de Minister.

§ 2 - De definitieve stopzetting van de activiteit van de dienst voor kinderopvang heeft van rechtswege de intrekking van de erkenning tot gevolg.

Met de definitieve stopzetting van de activiteit van de dienst worden de opvang van alle kinderen en de eventuele subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap beëindigd.

Art. 57. Indien een dienst voor kinderopvang aan een andere organiserende instantie wordt overgedragen, blijft de erkenning gedurende zes maanden na de overdracht geldig op voorwaarde dat de nieuwe organiserende instantie een erkenning aanvraagt overeenkomstig de bepalingen van deze titel.

Indien het departement binnen de termijn gesteld in het eerste lid geen aanvraag heeft ontvangen, komt dit neer op een definitieve stopzetting van de activiteit overeenkomstig artikel 56, § 2.

Ondertitel 3. — Bijzondere bepalingen

Hoofdstuk 1. — *Diensten voor onthaalouders*

Afdeling 1. — Bijzondere erkenningsvoorwaarden

Art. 58. De dienst voor onthaalouders werkt een procedure uit om te bepalen hoe kandidaten die een toelating als aangesloten onthaalouder aanvragen, geschikt worden bevonden.

Bij deze procedure wordt rekening gehouden met de opvoedkundige competenties, de beschikbare tijd, de hygiënische omstandigheden, de ruimtelijke opvangmogelijkheden, de behoefte in de gemeente of in het dorp en de bereidheid om samen te werken met de dienst voor onthaalouders en de personen belast met de opvoeding.

Art. 59. De dienst voor onthaalouders maakt een model op voor het opvangconcept van de aangesloten onthaalouders.

Afdeling 2. — Bijzondere verplichtingen

Art. 60. § 1 - De dienst voor onthaalouders zorgt ervoor dat de bepalingen van titel 3 worden nageleefd.

De dienst voor onthaalouders vertrouwt de opvang van kinderen uitsluitend toe aan aangesloten onthaalouders die overeenkomstig titel 3 toegelaten werden. Hij sluit hiervoor een schriftelijke overeenkomst met hen.

§ 2 - Onder de volgende voorwaarden kan de dienst voor onthaalouders buitenschoolse opvang organiseren :

1° de opvang van baby's en peuters heeft voorrang;

2° het maximale aantal opvangdagen van de dienst voor onthaalouders en het maximale aantal kinderen dat tegelijk mag worden opgevangen per aangesloten onthaalmoeder worden niet overschreden;

3° de aangesloten onthaalouder kan vrij beslissen of hij al dan niet buitenschoolse opvang aanbiedt.

Art. 61. Door de aangesloten onthaalouders een opdracht te geven, verplicht de dienst voor onthaalouders zich ertoe :

1° de aangesloten onthaalouders bij hun taken te begeleiden en de contacten met de personen belast met de opvoeding aan te moedigen resp. te vergemakkelijken;

2° de voor de opvang van kinderen noodzakelijke basisuitrusting ter beschikking te stellen;

3° voor de sociale zekerheid van de aangesloten onthaalouders te zorgen overeenkomstig het toepasselijke sociaal statuut;

4° een aansprakelijkheidsverzekering en een arbeidsongevallenverzekering voor de aangesloten onthaalouders te sluiten;

5° ervoor te zorgen dat de aangesloten onthaalouders het maximale aantal kinderen dat tegelijk mag worden opgevangen, vermeld in artikel 132, en het opvangkapitaal vermeld in artikel 133 niet overschrijden;

6° voor de voortgezette opleiding van de aangesloten onthaalouders te zorgen. Bij het begin van elk kalenderjaar bezorgt de dienst voor onthaalouders de onderwerpen van de voortgezette opleidingen ter informatie aan het departement.

Art. 62. § 1 - De dienst voor onthaalouders beschikt minstens over het sociaal-psychologisch geschoold personeel bepaald in de volgende cumulatieve tabel :

Aantal opvangdagen	Aantal sociaal-psychologisch geschoolde personeelsleden
7.420 - 14.840	0,5
14.841 - 18.500	1
18.501 - 22.600	1,5
22.601 - 26.700	1,75
26.701 - 30.800	2
30.801 - 35.300	2,25
35.301 - 39.800	2,5
39.801 - 44.300	2,75
44.301 - 50.000	3
50.001 - 55.700	3,25
55.701 - 61.400	3,5
61.401 - 67.100	4
67.101 - 72.800	4,5

Voor de berekening van de personeelssleutel worden halve opvangdagen gelijkgesteld met hele dagen. Een 1/3-opvangdag wordt voor één derde berekend.

§ 2 - Elk personeelslid vermeld in § 1 werkt minstens halftijds.

§ 3 - Het sociaal-pedagogisch geschoold personeel beschikt minstens over een bewijs van een hogeschoolopleiding van korte duur op het gebied van sociaal werk, sanitaire en verpleegkundige wetenschappen, pedagogie, psychologie, opvoedingswetenschappen, vormingswetenschappen of over een met één van die opleidingen gelijkgesteld diploma.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen 60 dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

§ 4 - In gemotiveerde uitzonderingsgevallen kan de Minister de dienst voor onthaalouders een termijn toekennen waarbinnen deze dienst aan de normen vervat in dit artikel moet voldoen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen 60 dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

§ 5 - In afwijking van artikel 72, § 1, tweede lid, wordt voor de subsidiëring van de personen vermeld in § 3, tweede lid, de door de Regering voor de personeelssubsidiëring in de sectoren "Sociale Aangelegenheden" en "Gezondheid" bepaalde weddeschalen voor maatschappelijk assistent als hoogste subsidie in aanmerking genomen.

Art. 63. De dienst voor onthaalouders beschikt over een secretariaat.

De voor het secretariaat bevoegde medewerker is minstens halftijds aangesteld. Hij beschikt minstens over een bewijs van hoger secundair onderwijs.

Art. 64. De dienst voor onthaalouders zorgt minstens van maandag tot vrijdag gedurende tien uur per dag voor de opvang van baby's en peuters en dit gedurende 220 werkdagen per kalenderjaar.

Art. 65. De coördinatie van de opvanganvragen en de toewijzing van een plaats bij de aangesloten onthaalouders geschiedt via de dienst voor onthaalouders.

De opvang kan ook 's nachts of op zater-, zon- en feestdagen plaatsvinden.

Art. 66. Indien mogelijk zorgt de dienst voor onthaalouders voor de continuïteit van de opvang van het kind bij tijdelijke onbeschikbaarheid van een aangesloten onthaalouder.

Art. 67. Om aanspraak te kunnen maken op opvang, dienen de personen belast met de opvoeding een opvanganvraag in bij de dienst voor onthaalouders.

Elke opvanganvraag wordt opgenomen in een register van de dienst voor onthaalouders dat minstens de volgende gegevens bevat : de identiteit en de leeftijd van het kind, de datum van de opvanganvraag, de opvangtijden, het aantal opvangdagen per maand, de aangevraagde begindatum voor de opvang en eventueel het vastgelegde einde van de opvang.

Ten laatste acht weken vóór de aangevraagde opvang deelt de dienst voor onthaalouders de persoon belast met de opvoeding mee of de opvang vanaf de aangevraagde datum al dan niet mogelijk is.

Indien geen opvang kan worden aangeboden, wordt dit in het register vermeld, met vermelding van de reden waarom.

Art. 68. § 1 - Zieke kinderen kunnen opgevangen worden voor zover er geen gevaar bestaat voor de andere opgevangen kinderen.

In twijfelgevallen kan de dienst voor onthaalouders een medisch attest verlangen.

Als een kind om gezondheidsredenen langer dan twee dagen afwezig is, kan de dienst voor onthaalouders, voordat hij het kind weer opvangt, een medisch attest verlangen dat bewijst dat het betrokken kind geen besmettingsgevaar inhoudt voor de andere opgevangen kinderen.

§ 2 - De dienst voor onthaalouders beveelt de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen aan om die overeenkomstig de richtlijnen van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren te laten inenten.

Art. 69. De dienst voor onthaalouders nodigt alle personen belast met de opvoeding minstens alle twee jaar samen uit om hun standpunten in het opvangconcept te kunnen inbouwen.

Afdeling 3. — Subsidiëring

Art. 70. Onder voorbehoud van de toepassing van een beheerscontract als bedoeld in artikel 13 van het decreet kunnen erkende diensten voor onthaalouders, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, overeenkomstig de bepalingen van deze afdeling subsidie krijgen.

Art. 71. § 1 - Om subsidie te kunnen krijgen, moet de dienst voor onthaalouders aan de volgende voorwaarden voldoen :

1° hij telt minstens 7.420 opvangdagen voor baby's en peuters;

2° zijn minimale bezettingsgraad ligt tijdens de 212 vastgelegde opvangdagen gemiddeld bij 70 %.

§ 2 - De bezettingsgraad vermeld in § 1, 2°, wordt één keer per jaar berekend op basis van de werkelijke aanwezigheden, waarbij halve opvangdagen gelijkgesteld worden met volledige dagen. Een 1/3-opvangdag wordt voor één derde berekend. Voor de berekening van de bezettingsgraad wordt de volgende formule toegepast :

Theoretische maximale opvangcapaciteit : $212 T \times \text{opvangcapaciteit} = X$; berekening van de bezettingsgraad : $\text{werkelijk aantal opvangdagen} = Y = \% \text{ van } X$.

Voor aangesloten onthaalouders die slechts een deel van het jaar werkzaam zijn, wordt de bezettingsgraad naar rato van het aantal gewerkte dagen berekend.

§ 3 - Na de opening van een nieuwe dienst voor onthaalouders begint een driejarige startfase voor de berekening van de gemiddelde minimale bezettingsgraad.

In afwijking van § 1, 2°, kan de gemiddelde bezettingsgraad in het eerste kalenderjaar na de opening tussen 30 % en 50 % liggen. In het tweede kalenderjaar kan ze tussen 50 % en 70 % liggen.

In het derde kalenderjaar van die startfase moet een bezettingsgraad van 70 % gehaald worden. Indien die bezettingsgraad niet bereikt wordt, is de in artikel 72, § 4, vermelde aanpassing van de subsidiëring van de personeelskosten van toepassing. Indien het om een dienst voor onthaalouders met hoogstens 14.480 opvangdagen gaat, wordt de subsidiëring vanaf het volgende jaar stopgezet.

Voor zover een dienst voor onthaalouders na de driejarige startfase in een van de volgende kalenderjaren de in § 1 vermelde bezettingsgraad niet bereikt, is de in artikel 72, § 4, vermelde aanpassing van de subsidiëring van de personeelskosten van toepassing. Indien het om een dienst voor onthaalouders met hoogstens 14.480 opvangdagen gaat, kan die dienst het volgende jaar nog subsidie krijgen. Indien hij na dat kalenderjaar nog altijd niet aan de gemiddelde minimale bezettingsgraad voldoet, wordt de subsidiëring vanaf het volgende jaar stopgezet.

Art. 72. § 1 - Voor de subsidiëring van de personeelskosten worden de berekeningsbasissen toegepast die de Regering voor de sectoren "Sociale aangelegenheden" en "Gezondheid" heeft vastgelegd.

Alleen de kosten van personeelsleden die houder zijn van de in dit hoofdstuk toegestane diploma's worden in aanmerking genomen.

§ 2 - Voor de subsidiëring van de personeelskosten voor het sociaal-pedagogisch geschoold personeel van de dienst voor onthaalouders wordt de tabel bepaald in artikel 62, § 1, in aanmerking genomen. Indien in het kader van tewerkstellingsmaatregelen subsidies worden verkregen, worden die subsidies afgetrokken.

Voor het sociaal-pedagogisch geschoold personeel met een voltijdse betrekking wordt een forfaitair bedrag van 116,82 euro per maand toegekend voor de reiskosten. Bij een deeltijdse betrekking wordt het bedrag naar rato verminderd.

§ 3 - Voor de subsidiëring van de personeelskosten van de medewerker die in het secretariaat van de dienst voor onthaalouders aangesteld is, wordt de volgende cumulatieve tabel in aanmerking genomen :

Aantal opvangdagen	Aantal Medewerkers
35.301 - 50.000	0,5
50.001 - 64.700	0,75
64.701 - 79.400	1
79.401 - 94.100	1,25

Voor de berekening van de personeelssleutel worden halve opvangdagen gelijkgesteld met hele dagen. Een 1/3-opvangdag wordt voor één derde berekend.

Indien in het kader van tewerkstellingsmaatregelen subsidies worden verkregen, worden die subsidies afgetrokken.

§ 4 - Om de twee jaar wordt de subsidiëring van de personeelskosten aangepast op basis van het totale aantal opvangdagen van de twee voorafgaande kalenderjaren. In februari van het jaar van de aanpassing wordt de dienst voor onthaalouders ingelicht over de personeelsformatie die vanaf september van hetzelfde jaar gesubsidieerd kan worden.

§ 5 - Indien aan de dienst voor onthaalouders een termijn wordt toegekend waarbinnen die dienst aan de normen vervat in artikel 62 moet voldoen, blijft de subsidiëring overeenkomstig deze afdeling onaangetast.

Art. 73. § 1 - Voor de aanneembare opvangkosten ontvangt de dienst voor onthaalouders een subsidie die overeenstemt met het verschil tussen de dagelijkse vergoeding van de aangesloten onthaalouders bepaald in artikel 135, § 1, en de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding, met inbegrip van de retributie vermeld in artikel 85, § 2.

§ 2 - De dienst voor onthaalouders kan een aanvullende subsidie van 50 % van de dagelijkse vergoeding vermeld in artikel 135, § 1, ontvangen voor de opvang van kinderen met een beperking of met bijzondere zorgbehoeften, voor zover die kinderen meer begeleiding en aandacht nodig hebben.

Te dien einde dient de dienst voor onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag in bij het departement, samen met een door een gespecialiseerde instelling of een geneesheer-specialist uitgebracht advies of eventueel een sociaal verslag. De Minister beslist binnen zestig dagen na ontvangst van de aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

§ 3 - De Duitstalige Gemeenschap betaalt de werkgeversbijdragen en de premies voor de arbeidsongevallenverzekering van de aangesloten onthaalouders terug aan de dienst voor onthaalouders.

Art. 74. Voor de administratieve kosten ontvangt de dienst voor onthaalouders een subsidie van 1,14 euro per kind voor elke opvangdag waarvoor een retributie moet worden betaald.

Voor de berekening van de subsidie worden halve opvangdagen gelijkgesteld met hele dagen. Een 1/3-opvangdag wordt voor één derde berekend.

Art. 75. De retributie vermeld in artikel 85, § 2, wordt afgetrokken van de totale jaarlijkse subsidie van het daaropvolgende jaar; de dienst voor onthaalouders krijgt 20 % van die retributie als dossierkosten.

Art. 76. § 1 - Voor de organisatie van de voortgezette opleiding van de aangesloten onthaalouders vermeld in artikel 125 en de voortgezette opleiding van het sociaal-pedagogisch geschoold personeel vermeld in artikel 14, alsook voor de aanschaffing van pedagogische hulpmiddelen, ontvangt de dienst voor onthaalouders een jaarlijks forfaitair bedrag van hoogstens 4.500 euro. De subsidie wordt eerst uitbetaald nadat het departement de ingediende bewijzen onderzocht heeft.

§ 2 - Aanvullend ontvangt de dienst voor onthaalouders voor elke aangesloten onthaalouder die minstens tien uur per jaar aan voortgezette opleidingen deelgenomen heeft, een jaarlijks forfaitair bedrag van 108,90 euro dat overeenkomstig artikel 137 aan de deelnemende aangesloten onthaalouder moet worden uitbetaald.

Om deze subsidie voor voortgezette opleiding te kunnen ontvangen, bezorgt de dienst voor onthaalouders het departement elk jaar uiterlijk op 1 februari de lijst met de onthaalouders die in het afgelopen kalenderjaar aan voortgezette opleidingen hebben deelgenomen.

Art. 77. De dienst voor onthaalouders dient de trimestriële bewijzen voor de subsidiëring ten laatste zes weken na het einde van het betrokken trimester bij het departement in.

Indien de trimestriële bewijzen te laat worden ingediend, kan bij één maand vertraging 5 % van de subsidie en bij twee of meer maanden vertraging 10 % van de subsidie ingehouden worden.

Art. 78. Met behoud van de toepassing van artikel 70 kent de Minister, op aanvraag van de dienst voor onthaalouders, de subsidies vermeld in deze afdeling toe, na voorafgaand onderzoek door het departement. De subsidieaanvragen worden bij het departement ingediend, samen met de eventueel noodzakelijke bewijzen.

Afdeling 4. — Kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding

Art. 79. De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op de diensten voor onthaalouders die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden.

Art. 80. Voor de toepassing van deze afdeling geldt :

1° baby's en peuters : in afwijking van artikel 1, 2°, kinderen die de volle leeftijd van vier jaar nog niet bereikt hebben;

2° bij de opvang van baby's en peuters :

- a) opvang voor een hele dag : kinderopvang van vijf tot tien uur per dag;
- b) opvang voor een halve dag : kinderopvang van hoogstens vijf uur per dag;
- c) langdurige opvang : kinderopvang van meer dan tien uur per dag.

3° bij de opvang van kinderen in het kader van buitenschoolse opvang :

- a) opvang voor een hele dag : kinderopvang van vijf tot tien uur per dag;
- b) opvang voor een halve dag : kinderopvang van drie tot vijf uur per dag;
- c) opvang voor één derde van een dag : kinderopvang van hoogstens drie uur per dag;
- d) langdurige opvang : kinderopvang van meer dan tien uur per dag.

Art. 81. § 1 - De dienst voor onthaalouders zorgt ervoor dat de personen belast met de opvoeding hun opvangaanvraag binnen drie maanden bevestigen door betaling van het in de bijlage bepaalde reservatiegeld. Bij een gebrek aan opvangplaatsen kan het reservatiegeld binnen drie maanden na de toezegging van de opvangplaats betaald worden.

Het reservatiegeld wordt niet terugbetaald als de personen belast met de opvoeding dan toch geen gebruik maken van de overeengekomen opvang.

Indien de overeengekomen opvang niet kan worden aangeboden, betaalt de dienst voor onthaalouders het reservatiegeld onmiddellijk terug aan de personen belast met de opvoeding, tenzij hij een andere regeling met hen treft.

Ten laatste drie maanden na afloop van het opvangcontract wordt het reservatiegeld op initiatief van de dienst voor onthaalouders terugbetaald of wordt het afgetrokken van de eventueel nog te betalen bedragen.

De personen belast met de opvoeding worden op de hoogte gebracht van de nadere regels omtrent de betaling en de terugbetaling van dat reservatiegeld.

§ 2 - Indien de personen belast met de opvoeding geen gebruik maken van de overeengekomen opvang, geeft de dienst voor onthaalouders 50 % van het ingehouden reservatiegeld aan de aangesloten onthaalouder die de plaats waarvan geen gebruik wordt gemaakt vrijgehouden heeft.

Art. 82. § 1 - De kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding, met inbegrip van hun bijdrage om de extra afvalkosten vermeld in artikel 136 te dekken, wordt betaald in de vorm van een dagelijks forfaitair bedrag dat is vastgesteld overeenkomstig de tabel die bij dit besluit is gevoegd.

De kostenbijdrage dekt niet de kosten voor dieetvoeding, biologische voeding, geneesmiddelen, luiers, poedermelk en specifieke, door de personen belast met de opvoeding gewenste producten.

§ 2 - Het toepasselijke percentage van het dagelijkse forfaitaire bedrag vermeld in § 1 wordt berekend als volgt :

1° voor een hele opvangdag (5 tot 10 uur) : 100 %

2° voor een halve opvangdag (tot 5 uur) : 60 %

3° voor een 1/3-opvangdag in het kader van buitenschoolse opvang (0 tot 3 uur) : 40 %

4° voor langdurige opvang (meer dan 10 uur) : 100 % + elk aangevangen uur overeenkomstig § 3.

In afwijking van het eerste lid zijn de volgende bijdragepercentages voor kinderopvang van toepassing :

1° bij gelijktijdige opvang van twee baby's of peuters bedraagt de bijdrage per kind 70 % . Onder gelijktijdige opvang wordt verstaan : de opvang door een dienst voor onthaalouders en/of door een crèche die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd wordt;

2° in geval van gelijktijdige opvang van minstens twee kinderen van eenzelfde persoon belast met opvoeding waarvan één minstens drie jaar oud is, bedraagt de bijdrage 100 % voor een kind onder drie jaar en 70 % voor een kind van drie jaar en meer;

3° voor gezinnen met minstens drie kinderen fiscaal ten laste, bedraagt de bijdrage 70 % per kind;

4° voor kinderen met een beperking die recht op hogere kinderbijslag hebben, bedraagt de bijdrage per kind 70 %.

§ 3 - Voor langdurige opvang betalen de personen belast met de opvoeding, naast het dagelijks forfaitair bedrag dat berekend wordt met toepassing van §§ 1 tot 2, een forfaitair bedrag van 3,52 euro per uur en per kind, voor zover het berekende gezinsinkomen meer dan 1.500 euro bedraagt.

Art. 83. § 1 - De kostenbijdrage wordt berekend op basis van het gezamenlijke maandelijkse netto-inkomen van het gezin van de personen belast met de opvoeding.

Als netto-inkomen geldt voor de toepassing van dit artikel het netto-inkomen vermeld in artikel 6 van het Wetboek van de Inkomstenbelastingen 1992.

Echtgenoten, feitelijk samenwonenden en alleenstaanden worden voor de toepassing van dit artikel als een gezin beschouwd.

§ 2 - De referentiemaand voor de berekening van de kostenbijdrage bij het begin van de opvang is de maand die aan het begin van de opvang voorafgaat. Indien die maand op grond van de actuele situatie van het gezin niet representatief is, geldt de eerstvolgende representatieve maand als referentiemaand.

De referentiemaand voor de jaarlijkse aanpassing van de kostenbijdrage is de maand november. Indien die maand op grond van de actuele situatie van het gezin niet representatief is, geldt de eerstvolgende representatieve maand als referentiemaand.

Een jaarlijkse aanpassing van de bijdrage gebeurt in januari.

§ 3 - De dienst voor onthaalouders zorgt ervoor dat de personen belast met de opvoeding bij het begin van de opvang de dienovereenkomstige inkomstenbewijzen indienen. Worden deze bewijzen niet voorgelegd, dan wordt de maximale kostenbijdrage gevraagd.

In plaats van die bewijzen kan de dienst voor onthaalouders ook het laatste aanslagbiljet aanvaarden. In dat geval stemmen de inkomsten overeen met het daarin vermelde belastbaar inkomen verhoogd met 20 % . De inkomsten vermeld op het nieuwe aanslagbiljet worden jaarlijks ten laatste op 1 juli in aanmerking genomen.

§ 4 - De dienst voor onthaalouders wijst de personen belast met de opvoeding erop dat ze elke wijziging van het gezinsinkomen die ten minste 10 % van de overeenkomstig voorliggend artikel bepaalde inkomsten bedraagt, onmiddellijk aan de dienst voor onthaalouders moeten meedelen. De dienst voor onthaalouders past de kostenbijdrage dienovereenkomstig aan vanaf de maand volgend op de wijziging.

Wordt een verhoging met ten minste 10 % van de inkomsten niet meegedeeld, dan past de dienst voor onthaalouders het toepasselijke tarief overeenkomstig de in de bijlage bij dit besluit bepaalde kostenbijdrage toe, verhoogd met een forfaitaire onkostenvergoeding van 10 % van het berekende ontbrekende bedrag, en dit met terugwerkende kracht vanaf die inkomstenverhoging.

Art. 84. Wegens de bijzondere financiële situatie van de personen belast met de opvoeding of als het gezinsinkomen lager is dan het wettelijk leefloon, kan de dienst voor onthaalouders voor een maximale duur van drie maanden de kostenbijdrage dienovereenkomstig verminderen. De dienst voor onthaalouders onderzoekt vooraf de bijzondere financiële situatie.

Voor zover de in het eerste lid vermelde situatie vermoedelijk voortduurt, dient de dienst voor onthaalouders, als die verlaagde bijdrage wordt ingewilligd en uiterlijk 30 dagen vóór het verstrijken van de ingewilligde termijn, bij het departement een met redenen omklede aanvraag in om de verlaagde kostenbijdrage verder te kunnen toepassen. Opdat de verlaagde kostenbijdrage verder kan worden toegepast, moet de persoon belast met de opvoeding bewijzen dat hij overeenkomstig het decreet van 29 april 1996 betreffende de schuldbemiddeling en de afbetaling van schulden een schuldbemiddeling volgt. Binnen 60 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 30 dagen na ontvangst van het advies van het departement, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de verlaagde kostenbijdrage verder wordt toegepast. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Art. 85. § 1 - In het kader van het opvangplan vastgelegd in het opvangcontract beschikken de personen belast met de opvoeding, bij een opvang van vijf hele dagen per week, over een krediet van 35 hele dagen per opvangjaar voor de afwezigheid van het kind. Bij deeltijdse opvang worden de kredietdagen naar rato verminderd.

Aan die kredietdagen worden toegevoegd :

- 1° de wettelijke feestdagen, de dag van de Duitstalige Gemeenschap, tweede kerstdag en carnavalsmaandag;
- 2° de afwezigheidsdagen van het kind wegens een ziekenhuisopname en de daarmee samenhangende herstelperiode, gestaafd door een medisch attest;
- 3° de afwezigheidsdagen van de aangesloten onthaalouder wegens ziekte;
- 4° de verlofdagen van de aangesloten onthaalouder;
- 5° de afwezigheidsdagen van de aangesloten onthaalouder wegens een besmettelijke ziekte van een gezinslid.

§ 2 - Afwezigheden van de baby of peuter die het toegekende aantal kredietdagen overstijgen, gelden als opvangdagen waarvoor de dienst voor onthaalouders van de personen belast met de opvoeding een retributie van 60 % van de overeenkomstig artikel 83 vastgelegde kostenbijdrage eist.

Als een baby of peuter wegens een chronische ziekte bijzonder vaak afwezig is, kan men de te betalen kostenbijdrage geheel of gedeeltelijk laten vallen. Daarvoor dient de dienst voor onthaalouders een met redenen omklede aanvraag bij het departement in, waarbij een bericht van de maatschappelijk werker en een medisch advies gevoegd is. Binnen 60 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 30 dagen na ontvangst van het advies van het departement, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of men de kostenbijdrage geheel of gedeeltelijk laat vallen. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Hoofdstuk 2. — Crèches

Afdeling 1. — Bijzondere erkenningsvoorwaarden

Art. 86. § 1 - De crèche heeft een opvangcapaciteit van minstens 18 plaatsen.

§ 2 - Indien de opvangcapaciteit wordt aangepast, moet die aanpassing vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dient de crèche een individuele schriftelijke aanvraag bij het departement in. Binnen 60 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 15 dagen na ontvangst van het advies van het departement, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de aanpassing wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

Art. 87. Onder voorbehoud van de toepassing van de artikelen 19 tot 22 gelden de volgende aanvullende voorwaarden voor de inrichting van de ruimten van de crèches :

- 1° de minimale oppervlakte van de totale ruimte van de crèche bedraagt 12 m² per opvangplaats, waarvan minstens 7 m² als speel-, verzorgings- en eetruimte en 2 m² als slaap- en rustruimte;
- 2° indien de crèche ondergebracht is in een gebouw dat nog voor andere doeleinden dan kinderopvang wordt gebruikt, is er een afzonderlijke toegang voor de crèche;
- 3° de crèche is zo ingericht dat de toegang van mensen van buitenaf wordt gecontroleerd;
- 4° de ruimte voor buitenactiviteiten vermeld in artikel 19 kan veilig worden vergrendeld;

5° de trappen zijn uitgerust met gesloten treden en de toegang tot de trappen is beveiligd met traphekjes. De trappen zijn uitgerust met een dubbele handlijst, één op kinderhoogte en één op volwassenhoogte. Indien dat ontbreekt, mogen de trappen alleen onder begeleiding van volwassenen gebruikt worden. Wenteltrappen mogen niet gebruikt worden door de kinderen, noch alleen, noch in begeleiding van volwassenen;

6° in alle ruimten die voor de kinderen toegankelijk zijn, is de vloerbekleding antislip. Er worden geen vloerkleden gebruikt;

7° in de ruimten bestemd voor de opvang bedragen de openingen voor daglicht ten minste een zesde van de vloeroppervlakte;

8° de slaapruiimte is van de andere ruimten gescheiden en zo geconcipieerd dat er geluidsisolatie ten opzichte van de andere ruimten bestaat. Indien zuigelingen opgevangen worden, is er een gescheiden rustruimte voor hen;

9° de uitrusting van de slaapruijntes voldoet aan de richtlijnen van de Minister;

10° de crèche beschikt over een isoleerkamer met zichtcontact op de opvangruimten;

11° de keuken vermeld in artikel 20, 5°, is zo ingericht dat de maaltijden snel en eenvoudig kunnen worden uitgedeeld;

12° de verzorgingsruimte is uitgerust met voldoende wastafels en verzorgingstafels en met toiletten en handwastafels die aan de leeftijd van de kinderen zijn aangepast;

13° op openingsdagen worden de ruimten dagelijks gepoetst. De manier waarop de vloeren en de oppervlakten worden gereinigd, is verenigbaar met de kinderopvang;

14° de crèche zorgt ervoor dat het materiaal en het beddengoed regelmatig gewassen resp. gereinigd wordt;

15° eventuele zandbakken zijn zo afgedekt dat verontreiniging voorkomen wordt. Het zand wordt minstens één keer per jaar vervangen.

Afdeling 2. — Bijzondere verplichtingen

Art. 88. § 1 - De crèche zorgt ervoor dat voldoende kinderbegeleiders aanwezig zijn en beschikt minstens over het aantal kinderbegeleiders bepaald in de volgende cumulatieve tabel :

Aantal plaatsen	Aantal kinderbegeleiders
18	3
21	3,5
24	4
27	4,5
30	5
33	5,5
36	6
39	6,5
42	7
45	7,5
48	8

§ 2 - De crèche beschikt minstens over het sociaal-pedagogisch geschoold personeel bepaald in de volgende cumulatieve tabel :

Aantal plaatsen	Aantal sociaal-pedagogisch geschoold personeel
18	0,5
21	0,5
24	0,75
27	0,75
30	1
33	1
36	1,25
39	1,25
42	1,50
45	1,50
48	1,75

§ 3 - Voor de functie van invaller beschikt de crèche minstens over het aantal kinderbegeleiders bepaald in de volgende cumulatieve tabel :

Aantal plaatsen	Aantal kinderbegeleiders in de functie van invaller
18	0,5
21	0,5
24	0,75
27	0,75
30	1
33	1
36	1,25
39	1,25
42	1,50
45	1,50
48	1,75

§ 4 - Elk personeelslid vermeld in de §§ 1 tot 3 werkt minstens halftijds.

§ 5 - De kinderbegeleiders beschikken minstens over een bewijs dat ze opgeleid zijn tot kinderverzorger, kinderbegeleider, opvoeder of over een met één van die opleidingen gelijkgesteld diploma.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen 60 dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Indien er wegens een bewezen personeelsgebrek geen personen beschikbaar zijn met een opleiding die verband houdt met kinderopvang of opvoeding, kan de crèche gedurende maximaal vier maanden houders van andere kwalificaties toelaten. Indien het personeelsgebrek blijft bestaan, vraagt de crèche uiterlijk twee maanden voor het einde van de termijn van vier maanden een met redenen omklede afwijking aan bij de Minister. De Minister beslist na een advies van het departement binnen 60 dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

De Minister keurt de aanvraag goed als de bekwaamheden van de betrokken begeleider overeenstemmen met zijn richtlijnen.

§ 6 - In afwijking van artikel 92, § 1, tweede lid, wordt voor de subsidiëring van de personen vermeld in § 5, tweede lid, de door de Regering voor de personeelssubsidiëring in de sectoren "Sociale Aangelegenheden" en "Gezondheid" bepaalde weddeschalen voor kinderbegeleider als hoogste subsidie in aanmerking genomen.

§ 7 - Artikel 62, §§ 3 tot 5, geldt mutatis mutandis ook voor de crèches.

Art. 89. Artikel 64 en de artikelen 67 tot 69 gelden mutatis mutandis ook voor de crèches.

Afdeling 3. — Subsidiëring

Art. 90. Onder voorbehoud van de toepassing van een beheerscontract als bedoeld in artikel 13 van het decreet kunnen erkende crèches, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, overeenkomstig de bepalingen van deze afdeling subsidie krijgen.

Art. 91. § 1 - Om gesubsidieerd te kunnen worden, moet de minimale bezettingsgraad van de crèche tijdens de 220 vastgelegde opvangdagen gemiddeld bij 70 % liggen.

§ 2 - De bezettingsgraad wordt eenmaal per jaar berekend op basis van de werkelijke aanwezigheden, waarbij zowel de hele als de halve dagen als volledige aanwezigheden tellen. Voor de berekening van de bezettingsgraad wordt de volgende formule toegepast :

Theoretische maximale opvangcapaciteit : $220 T \times \text{opvangcapaciteit} = X$; berekening van de bezettingsgraad : werkelijk aantal opvangdagen = $Y = \% \text{ van } X$.

§ 3 - Na de opening van een nieuwe crèche begint een driejarige startfase voor de berekening van de gemiddelde minimale bezettingsgraad.

In afwijking van § 1 kan de gemiddelde bezettingsgraad in het eerste kalenderjaar na de opening tussen 30 % en 50 % liggen. In het tweede kalenderjaar kan hij tussen 50 % en 70 % liggen.

In het derde kalenderjaar van die startfase moet een gemiddelde bezettingsgraad van 70 % gehaald worden. Indien die bezettingsgraad niet gehaald wordt, wordt het aantal erkende plaatsen verminderd. Indien het om een crèche met 18 plaatsen gaat, wordt de subsidiëring vanaf het volgende jaar stopgezet.

Indien een crèche na de driejarige startfase in één van de daaropvolgende kalenderjaren de in § 1 vermelde bezettingsgraad niet behaalt, kan ze nog één jaar voortgezet worden. Indien ze na dat kalenderjaar nog altijd niet aan de gemiddelde minimale bezettingsgraad voldoet, wordt het aantal erkende plaatsen verminderd. Indien het om een crèche met 18 plaatsen gaat, wordt de subsidiëring vanaf het volgende jaar stopgezet.

§ 4 - Het aantal plaatsen kan slechts worden uitgebreid als tijdens twee opeenvolgende kalenderjaren een gemiddelde bezettingsgraad van minstens 80 % van de beschikbare plaatsen gehaald werd.

Art. 92. § 1 - Voor de subsidiëring van de personeelskosten worden de berekeningsbasissen toegepast die de Regering voor de sectoren "Sociale aangelegenheden" en "Gezondheid" heeft vastgelegd.

Alleen de kosten van personeelsleden die houder zijn van de in dit hoofdstuk toegestane diploma's worden in aanmerking genomen.

§ 2 - Voor de subsidiëring van de personeelskosten van de crèche wordt de volgende cumulatieve tabel in aanmerking genomen :

Aantal plaatsen	Aantal opvangdagen	Aantal kinderbegeleiders	Aantal sociaal-pedagogisch geschoold personeel	Aantal kinderbegeleiders met functie van invaller
18	2.772	3	0,5	0,5
21	3.234	3,5	0,5	0,5
24	3.696	4	0,75	0,8
27	4.158	4,5	0,75	0,8
30	4.620	5	1	1
33	5.082	5,5	1	1
36	5.544	6	1,25	1,25
39	6.006	6,5	1,25	1,25
42	6.468	7	1,50	1,50
45	6.930	7,5	1,50	1,50
48	7.392	8	1,75	1,75

Indien in het kader van tewerkstellingsmaatregelen subsidies worden verkregen, worden die subsidies afgetrokken.

§ 3 - Artikel 72, § 5, geldt mutatis mutandis ook voor de crèches.

Art. 93. § 1- De crèche kan voor de opvang van kinderen met een beperking of met bijzondere zorgbehoeften, voor zover die kinderen meer begeleiding en aandacht nodig hebben, een aanvullende subsidie van 9,26 euro per hele opvangdag en van 5,55 euro per halve opvangdag ontvangen.

Te dien einde dient de crèche een individuele schriftelijke aanvraag in bij het departement, samen met een door een gespecialiseerde instelling of een geneesheer-specialist uitgebracht advies of eventueel een sociaal verslag. Binnen 30 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het departement, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de subsidie wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

§ 2 - Voor de toepassing van dit artikel geldt mutatis mutandis ook artikel 97.

Art. 94. Voor de organisatie van de voortgezette opleiding vermeld in artikel 14 ontvangt de crèche een jaarlijks forfait van hoogstens 745 euro.

Art. 95. De artikelen 77 tot 78 gelden mutatis mutandis ook voor de crèches.

Afdeling 4. — Kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding

Art. 96. De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op de crèches die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden.

Art. 97. Voor de toepassing van deze afdeling geldt :

1° baby's en peuters : in afwijking van artikel 1, 2°, kinderen die de volle leeftijd van vier jaar nog niet bereikt hebben;

2° bij de opvang van baby's en peuters :

a) opvang voor een hele dag : kinderopvang van vijf tot tien uur per dag;

b) opvang voor een halve dag : kinderopvang van hoogstens vijf uur per dag;

c) langdurige opvang : kinderopvang van meer dan tien uur per dag.

Art. 98. De artikelen 81 tot 85 gelden mutatis mutandis ook voor de crèches, met uitzondering van artikel 81, § 2, artikel 82, § 2, eerste lid, 3°, en artikel 85, § 1, tweede lid, 5°.

Hoofdstuk 3. — *Mini-crèches**Afdeling 1. — Bijzondere erkenningsvoorwaarden*

Art. 99. § 1 - De mini-crèche heeft een opvangcapaciteit van minstens zes en hoogstens 14 plaatsen.

§ 2 - Artikel 86, § 2, geldt mutatis mutandis ook voor de mini-crèches.

Art. 100. Artikel 87 geldt mutatis mutandis ook voor de mini-crèches.

Afdeling 2. — Bijzondere verplichtingen

Art. 101. § 1 - De mini-crèche zorgt ervoor dat voldoende kinderbegeleiders aanwezig zijn en beschikt minstens over het aantal kinderbegeleiders bepaald in de volgende cumulatieve tabel :

Aantal plaatsen	Aantal kinderbegeleiders
6 - 8	1,25
9 - 11	1,75
12 - 14	2,25

§ 2 - De mini-crèche beschikt minstens over het sociaal-pedagogisch geschoold personeel bepaald in de volgende cumulatieve tabel :

Aantal plaatsen	Aantal sociaal- pedagogisch geschoold personeel
6-14	0,50

§ 3 - Voor de functie van invaller beschikt de mini-crèche minstens over het aantal kinderbegeleiders bepaald in de volgende cumulatieve tabel :

Aantal plaatsen	Aantal invallers/ kinderbegeleiders
6-14	0,50

§ 4 - Elk personeelslid vermeld in de §§ 1 tot 3 werkt minstens halftijds.

Het sociaal-pedagogisch geschoold personeel kan ook in de kinderopvang werkzaam zijn.

§ 5 - Artikel 62, §§ 3 tot 4, en artikel 88, § 5, gelden mutatis mutandis ook voor de mini-crèches.

Art. 102. De mini-crèche zorgt minstens van maandag tot vrijdag gedurende negen uur per dag voor de opvang van baby's en peuters en dit gedurende 220 werkdagen per kalenderjaar.

Art. 103. De artikelen 67 tot 69 gelden mutatis mutandis ook voor de mini-crèches.

Afdeling 3. — Subsidiëring

Art. 104. Onder voorbehoud van de toepassing van een beheerscontract als bedoeld in artikel 13 van het decreet kunnen erkende mini-crèches, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, overeenkomstig de bepalingen van deze afdeling subsidie krijgen.

Art. 105. Om gesubsidieerd te kunnen worden, hanteert de mini-crèche een kostenbijdrage voor de gebruikers en een sociaal tarief voor gezinnen met een laag inkomen.

Art. 106. Voor de organisatie van de mini-crèche ontvangt de dienst voor kinderopvang een jaarlijks forfait van 3.500 euro per plaats.

De dienst voor kinderopvang vraagt die subsidie aan bij het departement en dit uiterlijk op 31 mei van het jaar na het activiteitsjaar.

Art. 107. De artikelen 78, 91 en 93 gelden mutatis mutandis ook voor de mini-crèches.

*Hoofdstuk 4. — Locaties voor buitenschoolse opvang**Afdeling 1. — Bijzondere erkenningsvoorwaarden*

Art. 108. In de ruimten van de locatie voor buitenschoolse opvang is minstens een gezellige en kindvriendelijk ingerichte speelruimte en rustruimte.

Afdeling 2. — Bijzondere verplichtingen

Art. 109. De opvang die door de locatie voor buitenschoolse opvang wordt aangeboden, is duidelijk gescheiden van het dagelijkse schoolleven. Die scheiding komt duidelijk tot uiting in de organisatie, de lokalen en het opvangconcept.

Art. 110. § 1 - De locatie voor buitenschoolse opvang zorgt ervoor dat voldoende kinderbegeleiders aanwezig zijn en beschikt minstens over het begeleidend personeel bepaald in de volgende cumulatieve tabel :

Gemiddelde aanwezigheid	Aantal begeleiders
1-16	1
17-32	2
33-48	3

De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen door het aantal openingsdagen per kalenderjaar te delen.

§ 2 - Het begeleidend personeel voldoet op zijn minst aan de volgende voorwaarden :

1° pedagogische en organisatorische capaciteiten hebben en beschikbaar zijn voor de kinderen en de personen belast met de opvoeding;

2° bereid zijn om zijn opvattingen en kennis inzake kinderopvang verder te ontwikkelen;

3° bewijzen dat men een EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen heeft voltooid of zich contractueel ertoe verplichten binnen één jaar na de aanwerving zo'n cursus te volgen. De EHBO-kennis wordt om de twee jaar opgefrist.

§ 3 - In gemotiveerde uitzonderingsgevallen kan de Minister aan de locatie voor buitenschoolse opvang een termijn toekennen waarbinnen die locatie aan de normen vermeld in § 1 moet voldoen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen 60 dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Art. 111. De locatie voor buitenschoolse opvang biedt minstens vier dagen per schoolweek voorschoolse en/of naschoolse opvang aan.

De locatie voor buitenschoolse opvang kan ook kinderopvang tijdens de schoolvakanties aanbieden.

Art. 112. De locatie voor buitenschoolse opvang zorgt voor de veiligheid van de kinderen op de weg tussen de school en de lokalen van de buitenschoolse opvang en bij eventuele buitenactiviteiten.

Afdeling 3. — Subsidiëring

Art. 113. Onder voorbehoud van de toepassing van een beheerscontract als bedoeld in artikel 13 van het decreet kunnen erkende locaties voor buitenschoolse opvang, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, overeenkomstig de bepalingen van deze afdeling subsidie krijgen.

Art. 114. § 1 - Om subsidie te kunnen krijgen, moet de locatie voor buitenschoolse opvang aan de volgende voorwaarden voldoen :

1° het opvangaanbod is in principe bedoeld voor alle kinderen die hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied of die als leerling van het gewoon of gespecialiseerd onderwijs ingeschreven zijn;

2° de gemiddelde aanwezigheid ligt bij minstens zes kinderen per kalenderjaar. De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen door het aantal openingsdagen per kalenderjaar te delen.

3° er is een kostenbijdrage voor gebruikers en een sociaal tarief voor gezinnen met een laag inkomen.

§ 2 - Na de opening van een nieuwe locatie voor buitenschoolse opvang begint een tweejarige startfase.

In afwijking van § 1, 2°, moet de gemiddelde aanwezigheid van minstens zes kinderen in het eerste jaar van de startfase niet bereikt worden. Indien die gemiddelde minimumaanwezigheid in het tweede jaar van de startfase niet bereikt wordt, wordt de subsidiëring van de locatie vanaf het volgende jaar stopgezet.

Indien een locatie na de tweejarige startfase in één van de daaropvolgende kalenderjaren de in § 1, 2°, vermelde gemiddelde minimumaanwezigheid niet behaalt, kan de locatie het volgende jaar nog verder gesubsidieerd worden. Indien de locatie na dat kalenderjaar nog altijd niet aan de gemiddelde minimumaanwezigheid voldoet, wordt de subsidiëring van de locatie stopgezet.

Art. 115. § 1 - Om subsidie te kunnen krijgen, zorgt de locatie voor buitenschoolse opvang ervoor dat voldoende kinderbegeleiders aanwezig zijn en beschikt ze minstens over het begeleidend personeel bepaald in de volgende cumulatieve tabel :

Gemiddelde aanwezigheid	Aantal begeleiders
1-10	1
11-22	2
23-36	3
37-50	4
51-64	5

§ 2 - Het begeleidend personeel van de gesubsidieerde locaties voor buitenschoolse opvang voldoet minstens aan de volgende voorwaarden :

1° een opleiding hebben die verband houdt met kinderopvang of opvoeding;

2° bereid zijn om zijn opvattingen en kennis inzake kinderopvang verder te ontwikkelen;

3° bewijzen dat men een EHBO-cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen heeft voltooid of zich contractueel ertoe verplichten binnen één jaar na de aanwerving zo'n cursus te volgen. De EHBO-kennis wordt om de twee jaar opgefrist.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen 60 dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Indien er wegens een bewezen personeelsgebrek geen personen beschikbaar zijn met een opleiding die verband houdt met kinderopvang of opvoeding, kan de locatie voor buitenschoolse opvang gedurende maximaal vier maanden houders van andere kwalificaties toelaten. Indien het personeelsgebrek blijft bestaan, vraagt de locatie voor buitenschoolse opvang uiterlijk twee maanden voor het einde van de termijn van vier maanden een met redenen omklede afwijking aan bij de Minister. De Minister beslist na een advies van het departement binnen 60 dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

De Minister keurt de aanvraag goed als de bekwaamheden van de betrokken begeleider overeenstemmen met zijn richtlijnen.

§ 3 - Indien aan de locatie voor buitenschoolse opvang een termijn wordt toegekend waarbinnen zij aan de normen vervat in artikel 110 moet voldoen, blijft de subsidiëring overeenkomstig deze afdeling onaangetast.

Art. 116. De dienst voor kinderopvang krijgt per locatie voor buitenschoolse opvang een eenmalige subsidie voor de eerste uitrusting ten belope van hoogstens 2.000 euro; die subsidie kan binnen een termijn van twee jaar na de erkenning worden aangevraagd. De subsidie wordt eerst uitbetaald nadat het departement de ingediende bewijzen onderzocht heeft.

Wordt de buitenschoolse opvang binnen twee jaar na het opstarten gesloten, moet de dienst voor kinderopvang, indien daarom wordt verzocht, de met middelen van de Duitstalige Gemeenschap aangekochte uitrusting aan het departement bezorgen.

Art. 117. Indien de bepalingen van deze afdeling worden nageleefd en indien de resultatenrekening van de locatie voor buitenschoolse opvang op het einde van het kalenderjaar, rekening houdend met alle ontvangsten, een tekort vertoont, dan neemt de Duitstalige Gemeenschap per locatie 50 % van het tekort voor haar rekening.

In afwijking van het eerste lid neemt de Duitstalige Gemeenschap het eventuele tekort volledig voor haar rekening, indien het gaat om kinderen die gebruik maken of gemaakt hebben van de buitenschoolse opvang en die hun woonplaats niet in het Duitse taalgebied hebben, maar daar wel een school bezoeken of bezocht hebben.

Art. 118. Uiterlijk op 31 mei van het jaar na het activiteitenjaar vraagt de dienst voor kinderopvang de in de artikelen 116 en 117 bedoelde subsidies bij het departement aan.

Art. 119. De artikelen 78 en 93 gelden mutatis mutandis ook voor de locaties voor buitenschoolse opvang.

Titel 3. — Aangesloten onthaalouders

Ondertitel 1. — Algemene bepaling

Art. 120. De bepalingen van deze titel zijn uitsluitend als bijzondere verplichtingen overeenkomstig artikel 60, § 1, van toepassing op de dienst voor onthaalouders. Die dienst zorgt ervoor dat de bepalingen van deze titel worden nageleefd.

Ondertitel 2. — Inhoudelijke bepalingen

Hoofdstuk 1. — *Toelatingsvoorwaarden*

Art. 121. De aangesloten onthaalouders leggen de volgende stukken over voordat ze van start gaan met hun activiteiten :

1° een uittreksel uit het strafregister (model 2) van zichzelf en, indien de kinderopvang in hun woning plaatsvindt, van alle meerderjarigen die deel uitmaken van het gezin en/of regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen. Indien ze hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen op het gebied van opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, jeugdbijstand, kinderbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen;

2° een medisch attest dat niet ouder is dan twee maanden, dat bekrachtigt dat hun gezondheidstoestand hen toelaat voor kinderen te zorgen en dat ze geen tekenen van fysiek of psychisch lijden of geen fysieke of psychische beperkingen vertonen die een gevaar voor de gezondheid van de opgevangen kinderen kunnen betekenen;

3° voor zover dit niet blijkt uit het medisch attest vermeld in 2°, voor de vrouwelijke personen die werkzaam zijn in de kinderopvang en jonger zijn dan 55 jaar en, indien de kinderopvang in hun woning plaatsvindt, voor de andere vrouwelijke leden van hun gezin die jonger zijn dan 55 jaar, een medisch bewijs dat ze immuun zijn voor rode hond. De weigering van een eventueel nog noodzakelijke inenting wordt alleen aangenomen op grond van een gemotiveerd medisch attest.

Art. 122. § 1 - Aangesloten onthaalouders zijn minstens 21 en hoogstens 65 jaar oud.

§ 2 - In afwijking van § 1 kunnen de aangesloten onthaalouders een afwijking van de bovenste leeftijdsgrens aanvragen.

Daartoe dienen de aangesloten onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij de dienst voor onthaalouders in en voegen ze daarbij een positief medisch attest. De dienst voor onthaalouders onderzoekt of betrokkene fysiek en psychisch belastbaar genoeg is om zijn activiteit na de bovenste leeftijdsgrens te kunnen voortzetten en beslist binnen 90 dagen na ontvangst van de volledige aanvraag of de afwijking kan worden toegestaan en voor hoelang. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

De duur van de afwijking is in elk geval beperkt tot hoogstens twee jaar en kan verlengd worden.

De dienst voor onthaalouders legt elke individuele afwijking, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

Het departement ontvangt een afschrift van de afwijking.

Art. 123. § 1 - De aangesloten onthaalouders verplichten zich ertoe :

1° elke wezenlijke verandering in hun gezondheidstoestand zo snel mogelijk aan de dienst voor onthaalouders mee te delen;

2° geen professionele of niet-professionele activiteit uit te oefenen die onverenigbaar is met kinderopvang of die hen tijdens de openingstijden van de kinderopvangvoorziening van de zorg voor de kinderen zou kunnen afhouden;

3° een aanstelling van minstens 34 % resp. voor 288 opvangdagen toe te staan indien ze opvanganvragen hebben ontvangen. De bezettingsgraad wordt jaarlijks berekend op basis van de gewerkte opvangdagen, waarbij halve opvangdagen gelijkgesteld worden met hele opvangdagen. Een 1/3-opvangdag wordt voor één derde berekend.

§ 2 - In afwijking van § 1, 3°, kunnen de aangesloten onthaalouders een in de tijd beperkte afwijking van de vastgelegde minimale werkduur aanvragen.

Een afwijking is alleen mogelijk om gezondheidsredenen. Bij de aanvraag wordt een medisch attest gevoegd.

De dienst voor onthaalouders legt elke individuele afwijking, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

Het departement ontvangt een afschrift van de afwijking.

Art. 124. De aangesloten onthaalouders maken een opvangconcept op aan de hand van het model dat de dienst voor onthaalouders overeenkomstig artikel 59 vastlegt.

Art. 125. De aangesloten onthaalouders verklaren zich ertoe bereid regelmatig aan de voortgezette opleidingen van de dienst voor onthaalouders deel te nemen.

Hoofdstuk 2. — *Inrichting van de ruimten*

Art. 126. Overeenkomstig artikel 7, tweede lid, van het decreet vindt de kinderopvang plaats in een daarvoor geschikte omgeving en in ruimten die voldoende groot, veilig en proper zijn. Er is een ruimte voor buitenactiviteiten die bij voorkeur aan de opvangruimten grenst.

Art. 127. De opvangruimten en alle ruimten die voor de kinderen toegankelijk zijn, voldoen aan de volgende criteria :

1° voor zover niet nader gedefinieerd, stemt de grootte van de ruimten overeen met het aantal opgevangen kinderen, zodat deze zich vrij kunnen bewegen;

2° er is een slaap- en rustruimte;

3° er is een keukenblok met een aanrecht, kookgelegenheid en koelkast;

4° de ruimten zijn ingericht met het voor de opvang noodzakelijke meubilair en met voldoende speelgoed;

5° de ruimten zijn in goede toestand en er wordt voor gezorgd dat dit zo blijft;

6° de aangesloten onthaalouders zijn in de ruimten telefonisch bereikbaar.

Art. 128. De aangesloten onthaalouders richten de ruimten waartoe de kinderen toegang hebben zo veilig mogelijk in. De aangesloten onthaalouders dragen er zorg voor dat alle mogelijke gevaren en risico's worden opgespoord. Ze nemen alle nodige maatregelen om een veilige omgeving te scheppen met verminderd gevaar voor ongevallen.

Voor de veilige inrichting van de ruimten gelden de volgende criteria :

1° de buitenruimte en de toegang daartoe zijn beveiligd;

2° de ruimten zijn zo ingedeeld en ingericht dat de aangesloten onthaalouders visueel toezicht op de kinderen kunnen houden;

3° er wordt verwarmd met centrale verwarming. Er mogen geen verwarmingselementen worden gebruikt waaraan de kinderen zich kunnen verbranden. De radiatoren zijn doeltreffend beveiligd;

4° de aangesloten onthaalouders nemen alle nodige maatregelen om een CO-vergiftiging te voorkomen. Daarom zorgen ze ervoor dat de installaties voor verwarming, warm water en luchtafvoer regelmatig onderhouden worden;

5° producten die de gezondheid kunnen schaden, zoals pesticiden, herbiciden en insecticiden, worden alleen gebruikt in afwezigheid van de kinderen en met inachtneming van voorzorgsmaatregelen;

6° de trappen zijn bij voorkeur uitgerust met gesloten treden en de toegang tot de trappen is beveiligd met traphekjes. Indien een trap niet uitgerust is met gesloten treden, mogen kinderen tot zes jaar die alleen in begeleiding van een volwassene gebruiken;

7° wenteltrappen mogen door de kinderen alleen in begeleiding van volwassenen worden gebruikt;

8° indien de kinderen toegang hebben tot verhoogde terrassen, moeten die terrassen beveiligd zijn door een balustrade of een omheining;

9° de balustrades en/of omheiningen beantwoorden aan de richtlijnen van de Minister;

10° de vensters en deuren gaan op een veilige manier open en dicht;

11° gevaarlijk scherpe kanten, hoeken of uiteinden zijn niet voorhanden of worden adequaat beveiligd;

12° de uitrusting van de slaapruidtes voldoet aan de richtlijnen van de Minister;

13° de stopcontacten, de schakelaars en alle elektrische toestellen of installaties die gevaar kunnen opleveren, worden buiten het bereik van de kinderen gehouden of worden adequaat beveiligd;

14° poetsmiddelen, chemische producten, licht ontvlambare stoffen, medicamenten en andere voorwerpen die gevaarlijk kunnen zijn, worden veilig en buiten het bereik van de kinderen opgeborgen;

15° zwembaden, plonsbadjes, tuinvijvers, waterpoelen of andere waterpartijen zijn zo afgedekt en beveiligd dat kinderen er niet bij kunnen;

16° zowel binnen als buiten worden giftige planten buiten het bereik van de kinderen gehouden;

17° in elke opvangvoorziening staat een EHBO-does met materiaal dat beantwoordt aan de richtlijnen van de Minister;

18° in de slaap- en opvangruimten zijn rookmelders aangebracht overeenkomstig het besluit van de Waalse Regering van 21 oktober 2004 betreffende de aanwezigheid van brandmelders in de woningen;

19° voor zover de aangesloten onthaalouder huisdieren heeft die in contact komen met de opgevangen kinderen, zijn de desbetreffende richtlijnen van de Minister van toepassing.

Art. 129. De aangesloten onthaalouders letten op de hygiëne en nemen bij alle activiteiten de nodige hygiënemaatregelen, in het bijzonder bij het verzorgen van de kinderen, het poetsen van de ruimten, het bereiden van de maaltijden en het wegdoen van afval.

Voor de hygiëne van de ruimten gelden de volgende criteria :

1° er zijn voldoende aan de verschillende leeftijdsgroepen aangepaste sanitaire inrichtingen en lavabo's;

2° er is voldoende natuurlijke verlichting en verluchting. De verlichting en verluchting worden aangepast aan de activiteiten die in de ruimten plaatsvinden;

3° bij de verwarming van de ruimten kan rekening worden gehouden met de buitentemperatuur;

4° er is een doeltreffende zonnewering;

5° bij normale weersomstandigheden bedraagt de temperatuur in de regel 18°C in de slaapruidtes en 20°C tot 22°C in de opvangruimten;

6° alle ruimten kunnen eenvoudig proper gehouden worden;

7° de ruimten en het materiaal worden regelmatig gereinigd. De manier waarop de vloeren, de oppervlakten en het materiaal worden gereinigd, is verenigbaar met de kinderopvang;

8° het afval wordt dagelijks naar een van de kinderopvang afgezonderde ruimte gebracht die zich bij voorkeur buiten bevindt;

9° eventuele zandbakken zijn zo afgedekt dat verontreiniging voorkomen wordt. Het zand wordt minstens één keer per jaar vervangen;

10° het bouw materiaal en de toestand ervan mogen niet schadelijk zijn voor de gezondheid van de kinderen;

11° overeenkomstig de wet van 22 december 2009 betreffende een algemene regeling voor rookvrije gesloten plaatsen toegankelijk voor het publiek en ter bescherming van werknemers tegen tabaksrook is het verboden in de slaap- en opvangruimten te roken.

Hoofdstuk 3. — *Verplichtingen*

Afdeling 1. — Toelatingsvoorwaarden en inrichting van de ruimten

Art. 130. Na hun toelating blijven de aangesloten onthaalouders voldoen aan de toelatingsvoorwaarden die in het decreet of in deze titel worden vermeld en blijven ze voldoen aan de voorgeschreven inrichting van de ruimten.

Afdeling 2. — Algemene verplichtingen

Art. 131. § 1 - De aangesloten onthaalouders vangen de kinderen altijd persoonlijk op.

§ 2 - In afspraak met de dienst voor onthaalouders kunnen de aangesloten onthaalouders op eigen verantwoordelijkheid stagiairs opnemen.

De stagiair geldt als extra begeleider en kan de aangesloten onthaalouders niet vervangen.

Art. 132. § 1 - De aangesloten onthaalouders mogen hoogstens vier baby's of peuters tot de leeftijd van drie jaar en in totaal hoogstens zes kinderen tegelijk opvangen, waarbij de eigen kinderen van de betreffende leeftijd in het maximale aantal inbegrepen zijn.

§ 2 - In afwijking van § 1 kunnen de aangesloten onthaalouders een in de tijd beperkte afwijking aanvragen om het maximale aantal kinderen dat tegelijk opgevangen mag worden uit te breiden tot hoogstens zes baby's of peuters en tot in totaal acht kinderen, waarbij de eigen kinderen van de betreffende leeftijd in het maximale aantal inbegrepen zijn.

De afwijking is mogelijk op voorwaarde dat er een gebrek aan kinderopvangplaatsen is en de dienst voor onthaalouders, op grond van de tot nu toe positieve ervaringen met de onthaalouder en de ruimtelijke mogelijkheden die voorhanden zijn, tot de slotsom komt dat die afwijking kan worden toegestaan. Zo'n afwijking kan ten vroegste na één jaar activiteit worden toegestaan.

De dienst voor onthaalouders legt elke individuele afwijking, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

Het departement ontvangt een afschrift van de afwijking.

Art. 133. § 1 - De aangesloten onthaalouders verplichten zich ertoe een opvangkapitaal van 115 dagen per maand niet te overschrijden.

Het opvangkapitaal is het maximale aantal opvangdagen dat een aangesloten onthaalouder per maand mag werken, waarbij een 1/3-opvangdag voor een derde en een 1/2-opvangdag voor de helft berekend worden.

§ 2 - In afwijking van § 1 kunnen de aangesloten onthaalouders een in de tijd beperkte afwijking aanvragen om het opvangkapitaal uit te breiden tot hoogstens 138 opvangdagen per maand.

De afwijking is mogelijk op voorwaarde dat er een gebrek aan kinderopvangplaatsen is en de dienst voor onthaalouders, op grond van de tot nu toe positieve ervaringen met de aangesloten onthaalouder en de ruimtelijke mogelijkheden die voorhanden zijn, tot de slotsom komt dat die afwijking kan worden toegestaan. Zo'n afwijking kan ten vroegste na één jaar activiteit worden toegestaan.

De dienst voor onthaalouders legt elke individuele afwijking, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

Het departement ontvangt een afschrift van de afwijking.

Art. 134. De dienst voor onthaalouders beveelt de aangesloten onthaalouders aan om hun eigen kinderen overeenkomstig de richtlijnen van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren te laten inenten.

Hoofdstuk 4. — *Vergoeding*

Art. 135. § 1 - De dienst voor onthaalouders betaalt aan de aangesloten onthaalouders per opgevangen kind de volgende kostenvergoedingen :

1° 18,51 euro voor een hele opvangdag;

2° 11,11 euro voor een halve opvangdag;

3° 7,40 euro voor een 1/3-opvangdag in het kader van buitenschoolse opvang.

In het kader van langdurige opvang krijgen de aangesloten onthaalouders een aanvullende kostenvergoeding van 3,52 euro voor elk uur bovenop een hele opvangdag.

De bedragen vermeld in deze paragraaf worden met 50 % verhoogd, indien het overeenkomstig artikel 73, § 2, gaat om een kind met een beperking of met bijzondere zorgbehoeften, voor zover die kinderen meer begeleiding en aandacht nodig hebben.

§ 2 - Voor de toepassing van dit artikel geldt mutatis mutandis ook artikel 80.

Art. 136. De dienst voor onthaalouders betaalt aan de aangesloten onthaalouders een jaarlijks forfaitair bedrag om de extra afvalkosten te dekken. Het bedrag van het jaarlijks forfaitair bedrag moet vooraf door de Minister worden goedgekeurd.

Art. 137. De dienst voor onthaalouders betaalt aan de aangesloten onthaalouders die minstens tien uur per jaar aan de voortgezette opleidingen vermeld in artikel 125 hebben deelgenomen, een jaarlijks forfaitair bedrag van 108,90 euro.

Ondertitel 3. — Procedurebepalingen

Hoofdstuk 1. — Toelating

Art. 138. Wie een toelating als aangesloten onthaalouder wil krijgen, dient daartoe een aanvraag in bij de dienst voor onthaalouders.

Bij de aanvraag worden de volgende stukken en gegevens gevoegd :

1° de identiteit van de aanvrager;

2° een uitvoerige uiteenzetting van de redenen waarom betrokkene als aangesloten onthaalouder wil werken;

3° het aangevraagde maximale aantal kinderen dat tegelijk mag worden opgevangen;

4° de uitvoerige beschrijving van de opvangvoorziening;

5° de stukken vermeld in artikel 121;

6° in voorkomend geval, de afwijking van de bovenste leeftijdsgrens vermeld in artikel 122, § 2;

7° een verklaring dat de aanvrager voldoet aan de toepasselijke bepalingen van het decreet en van dit besluit, alsook, in het bijzonder, aan de toelatingsvoorwaarden vermeld in de artikelen 123 en 125;

8° de toestemming die alle meerderjarige bewoners van de ruimten waar opvang wordt aangeboden aan de inspectie geven om die ruimten overeenkomstig artikel 17, § 1, tweede lid, 4°, van het decreet tijdens de openingstijden te bezoeken;

9° het opvangconcept vermeld in artikel 124.

Art. 139. De dienst voor onthaalouders onderzoekt of de ingediende aanvraag om toelating volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken. Indien de aanvraag volledig is, onderzoekt de dienst voor onthaalouders volgens de procedure vervat in artikel 58 of de aanvrager geschikt is.

De dienst voor onthaalouders beslist binnen 90 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, of de toelating wordt gegeven. In de toelating wordt het maximale aantal kinderen dat tegelijk mag worden opgevangen, vastgelegd. De beslissing is schriftelijk en gemotiveerd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de toelating als geweigerd.

Het departement ontvangt een afschrift van de toelating.

Art. 140. De toelating is persoonlijk en kan niet worden overgedragen zonder dat een nieuwe aanvraag wordt ingediend.

Art. 141. § 1 - De toelating wordt toegekend voor zes jaar en kan verlengd worden.

De aangesloten onthaalouder kan de kinderopvang pas na ontvangst van de toelating aanvragen.

§ 2 - In afwijking van § 1 kan de toelating voor kortere duur gegeven worden :

1° indien de bovenste leeftijdsgrens vastgelegd in artikel 122, § 1, waarschijnlijk tijdens de duur van de toelating bereikt wordt;

2° in andere gemotiveerde uitzonderlijke gevallen.

Art. 142. De aangesloten onthaalouders dienen de aanvraag om verlenging van de toelating ten vroegste zes maanden en ten laatste drie maanden voor het verstrijken van de geldigheid van de toelating bij de dienst voor onthaalouders in.

De aanvraag bevat de geactualiseerde stukken vermeld in artikel 138, tweede lid, 1°, 2°, 3°, 5° en 6°.

Art. 143. § 1 - Tijdens de duur van de toelating delen de aangesloten onthaalouders elke wijziging van de gegevens vermeld in artikel 138, tweede lid, 4°, 5°, 6°, 8° en 9°, binnen 30 dagen schriftelijk mee aan de dienst voor onthaalouders.

§ 2 - Tijdens de duur van de toelating kan de dienst voor onthaalouders de aangesloten onthaalouders te allen tijde om een actuele stand van de gegevens vermeld in § 1 verzoeken.

Art. 144. Wijzigingen van de gegevens vermeld in artikel 138, tweede lid, 3°, moeten vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dienen de aangesloten onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij de dienst voor onthaalouders in. De dienst voor onthaalouders beslist binnen 30 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, of de wijziging wordt goedgekeurd. De beslissing is schriftelijk en gemotiveerd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

De aangesloten onthaalouder kan de wijzigingen pas na ontvangst van een toezegging uitvoeren.

Hoofdstuk 2. — Schorsing en intrekking van de toelating

Afdeling 1. — Schorsing van de toelating

Art. 145. § 1 - Het departement of de inspectie maakt de dienst voor onthaalouders attent op alle gevallen waarin een aangesloten onthaalouder, volgens de informatie waarover het departement of de inspectie beschikt, zich vermoedelijk niet houdt aan één of meer verplichtingen vermeld in het decreet of in dit besluit.

§ 2 - Indien de dienst voor onthaalouders, na een aanwijzing in de zin van § 1 of op grond van welke andere aanwijzingen of inlichtingen dan ook, tot de slotsom komt dat de aangesloten onthaalouder één of meer verplichtingen vermeld in het decreet of in dit besluit niet naleeft, maant hij betrokkene aan om die verplichtingen binnen 30 dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan de aangesloten onthaalouder, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, de dienst voor onthaalouders vragen om de termijn eenmaal met hoogstens 30 dagen te verlengen.

§ 3 - In dringende gevallen kan de dienst voor onthaalouders, op basis van een met bijzondere redenen omklede beslissing, een dadelijke aanpassing opleggen.

Art. 146. § 1 - Indien de aangesloten onthaalouder na de aanmaning vermeld in artikel 145 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de dienst voor onthaalouders de toelating.

Voor de schorsing deelt de dienst voor onthaalouders de betrokken aangesloten onthaalouder per aangetekende brief zijn voornemen mee. De aangesloten onthaalouder kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de dienst voor onthaalouders een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen 30 dagen na toezending van de aangetekende brief.

Binnen 15 dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de dienst voor onthaalouders of de toelating wordt geschorst en voor hoelang. De beslissing is schriftelijk en gemotiveerd.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk aan de betrokken aangesloten onthaalouder bezorgd. Het departement ontvangt een afschrift van de beslissing.

§ 2 - Tijdens de schorsing van de toelating vangt de betrokken aangesloten onthaalouder geen nieuwe kinderen op.

Art. 147. § 1 - Om redenen van volksgezondheid, om veiligheidsredenen en wegens kennelijke schending van de toepasselijke bepalingen kan de Minister, om een klaarblijkelijk ernstig nadeel voor de opgevangen kinderen te voorkomen, beslissen om de toelating wegens dringende noodzakelijkheid voor onbepaalde duur te schorsen. Indien de aangesloten onthaalouder, na de aanmaning vermeld in artikel 145, § 3, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, handelt en beslist de Minister op grond van een advies van de inspectie en door middel van een met bijzondere redenen omklede beslissing.

De schorsing wegens dringende noodzakelijkheid heeft de onmiddellijke voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening tot gevolg en dit voor onbepaalde duur.

Voor de schorsing deelt de Minister de betrokken aangesloten onthaalouder zijn voornemen zo snel mogelijk mee per fax, per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief. De aangesloten onthaalouder kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van het voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Hij wordt gehoord binnen tien dagen na toezending van de aangetekende brief.

Binnen vijf dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het derde lid vermelde termijn, neemt de Minister een beslissing over de schorsing wegens dringende noodzakelijkheid.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk aan de betrokken aangesloten onthaalouder bezorgd. De dienst voor onthaalouders ontvangt een afschrift van de beslissing en licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de onmiddellijke voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening. Indien mogelijk waarborgt de dienst voor onthaalouders overeenkomstig artikel 66 de continuïteit van de opvang van het kind.

§ 2 - Indien de problemen die tot de schorsing wegens dringende noodzakelijkheid hebben geleid, verholpen zijn, maakt de Minister zo snel mogelijk een einde aan de schorsing van de toelating en aan de voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening. De dienst voor onthaalouders ontvangt een afschrift van de beslissing en licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de heropening van de kinderopvangvoorziening.

Afdeling 2. — Intrekking van de toelating

Art. 148. Indien de aangesloten onthaalouder, na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 146, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, trekt de dienst voor onthaalouders de toelating in.

Voor de intrekking deelt de dienst voor onthaalouders de betrokken aangesloten onthaalouder per aangetekende brief zijn voornemen mee. De aangesloten onthaalouder kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de dienst voor onthaalouders een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen 30 dagen na toezending van de aangetekende brief.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de dienst voor onthaalouders of de toelating wordt ingetrokken. De beslissing is schriftelijk en gemotiveerd.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk aan de betrokken aangesloten onthaalouder bezorgd. Het departement ontvangt een afschrift van de beslissing. De dienst voor onthaalouders licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de intrekking van de toelating.

Hoofdstuk 3. — *Beëindiging van de kinderopvang*

Art. 149. Onder voorbehoud van de toepassing van artikel 147 heeft de in artikel 148 bedoelde intrekking van de toelating van een aangesloten onthaalouder tot gevolg dat de kinderopvang binnen 30 dagen wordt beëindigd.

Met de beëindiging van de kinderopvang wordt van rechtswege een einde gemaakt aan de overeenkomst die met toepassing van artikel 60, § 1, tweede lid, is gesloten.

Art. 150. § 1 - De aangesloten onthaalouders delen elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van hun activiteit die niet aan een intrekking van de toelating overeenkomstig artikel 148 te wijten is, schriftelijk mee aan de dienst voor onthaalouders. Een uitzondering daarop vormen vakantieperioden en feestdagen.

§ 2 - De definitieve stopzetting van de activiteit van de aangesloten onthaalouders heeft van rechtswege de intrekking van de toelating tot gevolg.

Met de definitieve stopzetting van de activiteit wordt de opvang van alle kinderen door de aangesloten onthaalouder beëindigd.

Art. 151. De opvangcontracten die met toepassing van artikel 28 zijn gesloten, blijven door de intrekking van de toelating van de aangesloten onthaalouder resp. door de definitieve stopzetting van de activiteit onaangetast.

Indien de aangesloten onthaalouder de kinderopvang beëindigt, biedt de dienst voor onthaalouders de personen belast met de opvoeding zo snel mogelijk een nieuwe opvangmogelijkheid aan. Indien de persoon belast met de opvoeding het aanbod niet aanneemt of indien de dienst voor onthaalouders geen passende opvang kan aanbieden, wordt het opvangcontract vanaf de dag van de afmelding van rechtswege beëindigd.

Titel 4. — Centra voor kinderopvang

Hoofdstuk 1. — *Inhoudelijke bepalingen**Afdeling 1. — Naleving van de algemene en bijzondere bepalingen*

Art. 152. Behalve in de gevallen waarvoor dit hoofdstuk specifieke bepalingen bevat, houden de centra voor kinderopvang zich bij het aanbieden van de diensten vermeld in artikel 163, tweede lid, 3°, aan de gemeenschappelijke en bijzondere bepalingen die overeenkomstig titel 2 en titel 3 van toepassing zijn.

Afdeling 2. — Buitenschoolse opvang

Art. 153. § 1 - Voor locaties voor buitenschoolse opvang die worden aangeboden door een centrum voor kinderopvang en die tegelijk door de Duitstalige Gemeenschap en door één of meer gemeenten gesubsidieerd worden, wordt de erkenningsprocedure aangevat zoals bepaald in dit artikel.

§ 2 - In afwijking van artikel 37 wordt in de GAK van de betrokken gemeente een uitvoerige behoeftenanalyse voorgesteld en een bijbehorend advies uitgewerkt, voordat een aanvraag om voorlopige erkenning van de locatie voor buitenschoolse opvang wordt ingediend. Indien uit de behoeftenanalyse blijkt dat de gemiddelde aanwezigheid op minstens zes kinderen per kalenderjaar kan worden geraamd, kan een positief advies gegeven worden.

De voorzitter van de GAK roept de GAK bijeen op initiatief van de gemeente of op schriftelijk verzoek van een geïnteresseerd centrum voor kinderopvang.

§ 3 - Indien een positief advies is verstrekt, bezorgt de GAK aan de gemeente een aanvraag die op zijn minst de volgende punten bevat :

- 1° de behoefte aan het nieuwe initiatief inzake kinderopvang;
- 2° de geplande opvangcapaciteit;
- 3° de beschrijving en ligging van de voorgestelde lokalen;
- 4° het gemotiveerde positief advies van de GAK.

Indien de gemeente na ontvangst van de aanvraag een positieve beslissing neemt, kan ze bij het centrum voor kinderopvang een aanvraag indienen om een locatie voor buitenschoolse opvang te creëren.

§ 4 - Indien de gemeente bij het centrum voor kinderopvang een aanvraag indient om een locatie voor buitenschoolse opvang te creëren, dan licht ze tegelijk het in artikel 154 genoemde opvolgingscomité over haar besluit in.

Binnen 45 dagen na ontvangst van die inlichting maakt het opvolgingscomité voor de locatie voor buitenschoolse opvang een gemotiveerd advies over het advies van de GAK waarin het opvolgingscomité zich voor of tegen de erkenning van een nieuwe locatie voor buitenschoolse opvang uitspreekt.

§ 5 - Uiterlijk zes maanden na het positieve advies van het opvolgingscomité kan het centrum voor kinderopvang bij het departement een aanvraag tot voorlopige erkenning van een nieuwe locatie voor buitenschoolse opvang overeenkomstig artikel 37 indienen. Indien die termijn overschreden wordt, vervalt de overeenkomstig dit artikel aangevatte erkenningsprocedure.

De Minister beslist over de aanvraag overeenkomstig artikel 38 en dit op basis van het positieve advies van de GAK, de positieve beslissing van de gemeente en het positieve advies van het opvolgingscomité.

Art. 154. § 1 - Er wordt een opvolgingscomité opgericht voor de locaties voor buitenschoolse opvang die door een centrum voor kinderopvang worden aangeboden en die tegelijk door de Duitstalige Gemeenschap en één of meer gemeenten worden gesubsidieerd.

§ 2 - Het opvolgingscomité is zo samengesteld dat elk gemeentecollege van de negen gemeenten van het Duitse taalgebied één vertegenwoordiger in het comité heeft.

Tot het opvolgingscomité behoren ook met raadgevende stem :

- 1° een of meer vertegenwoordigers van de Minister;
- 2° een of meer vertegenwoordigers van het departement;
- 3° één of meer vertegenwoordigers van het betrokken centrum voor kinderopvang.

Het opvolgingscomité kan rechtsgeldig beraadslagen indien ten minste zes van de negen gemeentevertegenwoordigers aanwezig zijn. Indien het opvolgingscomité wegens een ontoereikend aantal aanwezigen een tweede keer bijeengeroepen wordt, worden alle beslissingen genomen bij gewone meerderheid van de uitgebrachte stemmen.

Art. 155. Na de oprichting van een nieuwe locatie voor buitenschoolse opvang die door een centrum voor kinderopvang wordt aangeboden en die tegelijk door de Duitstalige Gemeenschap en één of meer gemeenten gesubsidieerd wordt, begint een startfase van twee jaar.

In het tweede jaar van die startfase moet een gemiddelde aanwezigheid van minstens zes kinderen bereikt worden. Indien die gemiddelde aanwezigheid niet bereikt wordt, wordt de locatie in de loop van de volgende zes maanden gesloten.

Indien een locatie na de tweejarige startfase in één van de daaropvolgende kalenderjaren de in het tweede lid vermelde gemiddelde minimumaanwezigheid niet behaalt, kan de locatie nog een jaar voortgezet worden. Indien de locatie na dat kalenderjaar nog altijd niet aan de gemiddelde minimumaanwezigheid voldoet, wordt ze in de loop van de volgende zes maanden gesloten.

De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen door het aantal openingsdagen per kalenderjaar te delen.

Afdeling 3. — Verscheidene verplichtingen

Art. 156. De centra voor kinderopvang beschikken minstens over een voltijdse leiding.

Die functie wordt uitgeoefend door één of meer personen die over een bewijs van een hogeschoolopleiding van lange duur beschikken.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen 60 dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Art. 157. De centra voor kinderopvang beschikken minstens over een halftijdse pedagogische begeleiding.

Die vakkracht beschikt over een bewijs van een hogeschoolopleiding van lange duur.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen 60 dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Art. 158. De centra voor kinderopvang dienen de in artikel 34, § 2, vermelde resultatenrekening en balans zowel in voor het centrum in zijn geheel als voor elke afzonderlijke dienst vermeld in artikel 163, tweede lid, 3^o.

Afdeling 4. — Subsidiëring

Art. 159. Onder voorbehoud van de toepassing van een beheerscontract als bedoeld in artikel 13 van het decreet kunnen erkende centra voor kinderopvang, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk subsidie krijgen.

Art. 160. De volgende personeelskosten van de centra voor kinderopvang kunnen gesubsidieerd worden :

1^o een voltijds equivalente betrekking voor de in artikel 156 vermelde leiding;

2^o een halve equivalente betrekking voor de in artikel 157 vermelde pedagogische begeleiding.

Voor de subsidiëring van de personeelskosten worden de berekeningsbasissen toegepast die de Regering voor de sectoren "Sociale aangelegenheden" en "Gezondheid" heeft vastgelegd.

Alleen de kosten van de personeelsleden die houder zijn van de in de artikelen 156 en 157 vastgelegde diploma's worden in aanmerking genomen.

Art. 161. Het centrum voor kinderopvang dient de trimestriële bewijzen voor de subsidiëring ten laatste zes weken na het einde van het betrokken trimester bij het departement in.

Indien de trimestriële bewijzen te laat worden ingediend, kan bij één maand vertraging 5 % van de subsidie en bij twee of meer maanden vertraging 10 % van de subsidie ingehouden worden.

Art. 162. Met behoud van de toepassing van artikel 159 kent de Minister, op aanvraag van het centrum voor kinderopvang, de subsidies vermeld in deze afdeling toe, na voorafgaand onderzoek door het departement. De subsidieaanvragen worden bij het departement ingediend, samen met de eventueel noodzakelijke bewijzen.

Hoofdstuk 2 — Procedurebepalingen

Afdeling 1. — Erkenning

Art. 163. Dienstverrichters die een erkenning als centrum voor kinderopvang willen krijgen, dienen een aanvraag in bij het departement.

Bij de aanvraag worden de volgende stukken en gegevens gevoegd :

1^o de identiteit van de aanvrager;

2^o de statuten van de rechtspersoon;

3^o het bewijs dat, met inachtneming van de bepalingen van titel 2 en titel 3, de volgende diensten worden aangeboden :

a) minstens één dienst voor onthaalouders;

b) minstens één crèche;

c) minstens één locatie voor buitenschoolse opvang;

4^o een concept voor de coördinatie van de verschillende diensten van het centrum.

Art. 164. § 1 - Het departement onderzoekt of de ingediende aanvraag volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken.

Binnen 90 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 60 dagen na ontvangst van het advies van het centrum, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

§ 2 - Indien de erkenning geweigerd wordt, kan de aanvrager beroep instellen bij de Regering.

De aanvrager zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, per aangetekende brief of per brief met ontvangstbevestiging aan de Regering en dit binnen 15 dagen na ontvangst van de weigering van de aanvraag, respectievelijk na het verstrijken van de termijn vermeld in § 1.

De Regering licht het departement en de inspectie over het beroep in. Deze bezorgen de Regering binnen een door haar gestelde termijn het administratief dossier en delen haar elk een standpunt mee.

De Regering beslist binnen 90 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, of de erkenning wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

Art. 165. De erkenning wordt voor onbepaalde duur verleend.

De aanvrager mag het centrum voor kinderopvang pas openen als hij de erkenning heeft ontvangen.

Afdeling 2. — Schorsing en intrekking van de erkenning

Art. 166. De artikelen 49 tot 54 gelden mutatis mutandis ook voor de centra voor kinderopvang.

Afdeling 3. — Beëindiging van de kinderopvang

Art. 167. De artikelen 55 tot 57 gelden mutatis mutandis ook voor de centra voor kinderopvang.

Titel 5. — Initiatieven voor occasionele kinderopvang

Ondertitel 1. — Inhoudelijke bepalingen

Hoofdstuk 1. — Erkenningsvoorwaarden

Afdeling 1. — Organiserende instantie

Art. 168. Uitsluitend rechtspersonen zonder winstoogmerk worden als organiserende instantie van één of meer initiatieven voor occasionele kinderopvang erkend.

Afdeling 2. — Bepalingen inzake persoonsgegevens

Art. 169. De initiatieven voor occasionele kinderopvang stellen de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang en die van hen een opdracht hebben kregen, alsook de hoofdverantwoordelijke en diens plaatsvervanger jaarlijks een voor hen kosteloos opleidingsaanbod ter beschikking.

Art. 170. De artikelen 12 en 13 gelden mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

Afdeling 3. — Opvangconcept

Art. 171. Het initiatief voor occasionele kinderopvang werkt een opvangconcept uit.

Het opvangconcept bevat minstens :

1° de doelstellingen van het aanbod;

2° de pedagogische principes;

3° de manier waarop samengewerkt wordt met de personen belast met de opvoeding;

4° de manier waarop samengewerkt wordt met andere diensten;

5° de manier waarop samengewerkt wordt met vrijwilligers;

6° de manier waarop personen geschikt worden bevonden om als begeleider in een initiatief voor occasionele kinderopvang te worden toegelaten;

7° de maatregelen inzake gezondheidspromotie;

8° de informatie over het klachtenbeheer;

9° de openingstijden en de manier waarop contact kan worden opgenomen met de dienst;

10° de procedurerichtlijnen bij vermoeden of vaststelling van kindermishandeling, kindermisbruik en/of kinderverwaarlozing, besmettelijke ziekten, aanhoudende gedragsstoornissen, vermoeden of vaststelling van ontwikkelingsachterstand, alsook de procedurerichtlijnen voor de omgang met kinderen met een lichamelijke of geestelijke beperking.

Afdeling 4. — Huishoudelijk reglement

Art. 172. Artikel 16 geldt mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

Afdeling 5. — Verzekeringen

Art. 173. Artikel 17 geldt mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

Hoofdstuk 2. — Inrichting van de ruimten

Art. 174. § 1 - De artikelen 19 tot 22 gelden mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

§ 2 - Bijkomend gelden volgende voorwaarden voor de inrichting van de ruimten :

1° de trappen zijn uitgerust met gesloten treden en de toegang tot de trappen is beveiligd met traphekjes. De trappen zijn uitgerust met een dubbele handlijst, één op kindelhoogte en één op volwassenhogte. Indien dat ontbreekt, mogen de trappen alleen onder begeleiding van volwassenen gebruikt worden;

2° in alle ruimten die voor de kinderen toegankelijk zijn, is de vloerbekleding antislip. Er worden geen vloerkleden gebruikt;

3° de verzorgingsruimte is uitgerust met voldoende wastafels en verzorgingstafels en met toiletten en handwastafels die aan de leeftijd van de kinderen zijn aangepast.

Hoofdstuk 3. — *Verplichtingen**Afdeling 1. — Erkenningsvoorwaarden en inrichting van de ruimten*

Art. 175. Na hun erkenning blijven de initiatieven voor occasionele kinderopvang voldoen aan de erkenningsvoorwaarden die in het decreet of in deze titel worden vermeld en blijven ze voldoen aan de voorgeschreven inrichting van de ruimten.

Afdeling 2. — Algemene verplichtingen

Art. 176. Het initiatief voor occasionele kinderopvang is minstens twee uur en hoogstens vier uur per dag open. De opvang wordt minstens één dag om de twee weken en hoogstens vier dagen per week aangeboden.

Art. 177. § 1 - Het maximale aantal opvangdagen ligt voor elk kind bij 90 per jaar.

§ 2 - In afwijking van § 1 kan het initiatief voor occasionele kinderopvang een gemotiveerde en in de tijd beperkte afwijking aanvragen voor één of meer kinderen.

Daartoe dient het initiatief voor occasionele kinderopvang een individuele schriftelijke aanvraag bij het departement in. Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het advies van het departement, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de afwijking wordt toegestaan en voor hoelang. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Art. 178. § 1 - Het initiatief voor occasionele kinderopvang vertrouwt de kinderopvang uitsluitend toe aan toegelaten begeleiders van occasionele kinderopvang. Hij sluit hiervoor een schriftelijke overeenkomst met hen.

§ 2 - Wie een toelating als begeleider van occasionele kinderopvang wil krijgen, moet minstens aan de volgende voorwaarden voldoen :

1° ten minste 18 en ten hoogste 65 jaar oud zijn;

2° geschikt zijn om met kinderen om te gaan;

3° bereid zijn om zijn opvattingen en kennis inzake kinderopvang verder te ontwikkelen;

4° bereid zijn om deel te nemen aan voortgezette opleidingen en in het bijzonder aan cursussen voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen.

§ 3 - In afwijking van § 2, 1°, kan het initiatief voor occasionele kinderopvang een afwijking van de bovenste leeftijdsgrens van een begeleider van occasionele kinderopvang aanvragen.

Daartoe dient het initiatief voor occasionele kinderopvang een individuele schriftelijke aanvraag bij het departement in en voegt het daarbij een positief medisch attest. Het departement onderzoekt of betrokkene fysiek en psychisch belastbaar genoeg is om zijn activiteit na de bovenste leeftijdsgrens te kunnen voortzetten, stelt binnen negentig dagen na ontvangst van de volledige aanvraag een advies op en bezorgt dat advies aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het advies van het departement, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de afwijking wordt toegestaan en voor hoelang. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

De duur van de afwijking is in elk geval beperkt tot hoogstens twee jaar en kan verlengd worden.

Art. 179. § 1 - Het initiatief voor occasionele kinderopvang beschikt minstens over het aantal toegelaten begeleiders voor occasionele kinderopvang bepaald in de volgende cumulatieve tabel :

Aantal gelijktijdig aanwezige kinderen	Aantal aanwezige begeleiders van de occasionele kinderopvang
1-5	1
6-10	2
11-15	3
16-20	4
21-25	5
26-30	6

§ 2 - De begeleiders van de occasionele kinderopvang kunnen zowel medewerkers met een arbeidsovereenkomst als vrijwillige medewerkers zijn.

§ 3 - In gemotiveerde uitzonderingsgevallen kan de Minister aan het initiatief voor occasionele kinderopvang een termijn toekennen waarbinnen het aan de normen vermeld in § 1 moet voldoen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen 60 dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Art. 180. § 1 - Het initiatief voor occasionele kinderopvang wijst een hoofdverantwoordelijke aan die minstens aan de volgende voorwaarden voldoet :

1° aan de voorwaarden van artikel 178, § 2, voldoen;

2° bewijzen dat men een cursus voor eerste hulp aan baby's, peuters en kinderen heeft voltooid. De EHBO-kennis wordt om de twee jaar opgefrist;

3° minstens beschikken over een bewijs dat ze opgeleid zijn tot kinderverzorger, kinderbegeleider, opvoeder of over een met één van die opleidingen gelijkgesteld diploma.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

§ 2 - De hoofdverantwoordelijke heeft in het bijzonder tot taak :

1° het pedagogisch concept in praktijk te brengen, samen met het team;

2° de begeleiders van occasionele kinderopvang te begeleiden en hen instructies te geven;

3° voor het dagelijks bestuur te zorgen;

4° als officieel aanspreekpunt te fungeren voor de personen belast met de opvoeding of voor overheidsinstanties;

5° de toelating als begeleider van occasionele kinderopvang te geven, na te hebben onderzocht of betrokkene voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 178, § 2, met inachtneming van de procedure vermeld in artikel 171, tweede lid, 6°.

De hoofdverantwoordelijke is in principe elke opvangdag bereikbaar en kan ook in de kinderopvang werkzaam zijn.

§ 3 - Het initiatief voor occasionele kinderopvang wijst een plaatsvervanger voor de hoofdverantwoordelijke aan die minstens voldoet aan de voorwaarden gesteld in § 1, eerste lid, 1° en 2°.

Indien de hoofdverantwoordelijke afwezig is, neemt diens plaatsvervanger de taken vermeld in § 2, eerste lid, 1° tot 4°, op zich.

Art. 181. Zieke kinderen kunnen opgevangen worden voor zover er geen gevaar bestaat voor de andere opgevangen kinderen.

In twijfelgevallen kan het initiatief voor occasionele kinderopvang een medisch attest verlangen.

Afdeling 3. — Opvangconcept

Art. 182. Artikel 24 geldt mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

Afdeling 4. — Huishoudelijk reglement

Art. 183. Artikel 25 geldt mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

Afdeling 5. — Samenwerking met de personen belast met de opvoeding

Art. 184. § 1 - Het initiatief voor occasionele kinderopvang sluit voor het begin van de opvang een schriftelijk opvangcontract met de personen belast met de opvoeding.

De opvang begint pas nadat het opvangcontract door alle partijen is ondertekend.

§ 2 - Onder voorbehoud van de toepassing van § 1 kunnen de personen belast met de opvoeding gebruik maken van het initiatief voor occasionele kinderopvang zonder hun kind vooraf aan te melden.

Art. 185. Het initiatief voor occasionele kinderopvang deelt de sluitingsdagen tijdig mee aan de personen belast met de opvoeding.

Art. 186. Artikel 26 en de artikelen 30 tot 31 gelden mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

Afdeling 6. — Brandveiligheid

Art. 187. Artikel 32 geldt mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

Afdeling 7. — Rapportering

Art. 188. Het initiatief voor occasionele kinderopvang dient jaarlijks, behalve in het eerste jaar van de opvang, uiterlijk op 1 februari een overzichtslijst in met het personeel dat in het vorige kalenderjaar werkelijk beschikbaar was.

Deze overzichtslijst bevat de volgende gegevens over alle personeelsleden afzonderlijk : naam, geboortedatum, diploma resp. kwalificatie, functie, indiensttreding, effectieve dienstanciënniteit, arbeidsregeling.

Art. 189. § 1 - Het initiatief voor occasionele kinderopvang dient jaarlijks, behalve in het eerste jaar van de opvang, uiterlijk op 1 april een activiteitenverslag over het vorige kalenderjaar in bij het departement.

Het activiteitenverslag bevat :

1° het aantal openingsdagen en de openingstijden;

2° het totaal aantal aanwezigheden;

3° het totaal aantal van de gemiddelde aanwezigheden;

4° de analyse en de evaluatie van de activiteiten;

5° een overzicht van de bezochte voortgezette opleidingen.

§ 2 - Artikel 34, §§ 2 tot 3, geldt mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

Art. 190. Artikel 35 geldt mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

Hoofdstuk 4. — *Subsidiëring*

Art. 191. Onder voorbehoud van de toepassing van een beheerscontract als bedoeld in artikel 13 van het decreet kunnen erkende initiatieven voor occasionele kinderopvang, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk subsidie krijgen.

Art. 192. Om gesubsidieerd te kunnen worden, hanteert het initiatief voor occasionele kinderopvang een kostenbijdrage voor de gebruikers en een sociaal tarief voor gezinnen met een laag inkomen.

Art. 193. Voor de organisatie van het initiatief voor occasionele kinderopvang krijgt de organiserende instantie een jaarlijks forfaitair bedrag van 45 euro per openingsdag op voorwaarde dat een gemiddelde aanwezigheid van minstens vijf kinderen per kalenderjaar bereikt wordt. De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen door het aantal openingsdagen per kalenderjaar te delen.

Art. 194. Uiterlijk op 1 april van het jaar na het activiteitenjaar vraagt de organiserende instantie de in artikel 193 bedoelde subsidie bij het departement aan.

Art. 195. Met behoud van de toepassing van artikel 191 kent de Minister, op aanvraag van het initiatief voor occasionele kinderopvang, de subsidies vermeld in dit hoofdstuk toe, na voorafgaand onderzoek door het departement. De subsidieaanvragen worden bij het departement ingediend, samen met de eventueel noodzakelijke bewijzen.

Ondertitel 2. — Procedurebepalingen

Hoofdstuk 1. — *Erkenning*

Art. 196. Om een voorlopige erkenning te krijgen, dient de organiserende instantie daartoe een aanvraag in bij het departement.

Bij de aanvraag worden de volgende stukken en gegevens gevoegd :

- 1° de identiteit van de aanvrager;
- 2° de statuten van de rechtspersoon;
- 3° het bewijs van de behoefte aan opvang;
- 4° de aangevraagde opvangcapaciteit;
- 5° het financieringsconcept;
- 6° de vastlegging van de ouderbijdragen;
- 7° de beschrijving van de infrastructuur;
- 8° de functiebeschrijving van het personeel;
- 9° de identiteit en de kwalificatie van de personen belast met de begeleiding van de kinderen, van de hoofdverantwoordelijke en van diens plaatsvervanger;
- 10° het model van de overeenkomst tussen het initiatief voor occasionele kinderopvang en de begeleiders van occasionele kinderopvang, met vermelding van de verplichtingen vervat in de artikelen 169 en 170;
- 11° de manier waarop kandidaten die een toelating als begeleider van occasionele kinderopvang aanvragen, geschikt worden bevonden;
- 12° het opvangconcept vermeld in artikel 171;
- 13° het huishoudelijk reglement vermeld in artikel 172;
- 14° het bewijs dat de verzekeringen vermeld in artikel 173 afgesloten zijn;
- 15° het model van het opvangcontract tussen het initiatief voor occasionele kinderopvang en de personen belast met de opvoeding;
- 16° een gunstig advies van de bevoegde commandant van de brandweerdienst dat niet ouder is dan twee maanden en dat betrekking heeft op de brandveiligheid van de opvangruimten;
- 17° het gunstige advies van de GAK van de gemeente waar het initiatief voor occasionele kinderopvang zou worden gevestigd, gegeven overeenkomstig artikel 9, § 2. Indien het aanbod zich tot de bevolking van meerdere gemeenten richt, wordt een advies ingediend door elke bevoegde GAK van de betrokken gemeenten.

Art. 197. § 1 - Tijdens de duur van de voorlopige resp. definitieve erkenning delen de initiatieven voor occasionele kinderopvang elke wijziging van de gegevens vermeld in artikel 196, tweede lid, 1°, 2°, 3°, 5°, 8°, 13°, 14° en 16°, binnen 30 dagen schriftelijk mee aan het departement.

§ 2 - Tijdens de duur van de voorlopige resp. definitieve erkenning kan het departement de initiatieven voor occasionele kinderopvang te allen tijde om een actuele stand van de gegevens vermeld in § 1 verzoeken.

Art. 198. Wijzigingen van de gegevens vermeld in artikel 196, tweede lid, 4°, 6°, 7°, 10°, 11°, 12° en 15°, moeten vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dienen de initiatieven voor occasionele kinderopvang een individuele schriftelijke aanvraag bij het departement in. Binnen 60 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het advies van het departement, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de wijziging wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

Het initiatief voor occasionele kinderopvang kan de wijzigingen pas na ontvangst van een toezegging uitvoeren.

Art. 199. De artikelen 38 tot 41 en de artikelen 44 tot 46 gelden mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

Hoofdstuk 2. — *Schorsing en intrekking van de erkenning*

Art. 200. De artikelen 49 tot 54 gelden mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

Hoofdstuk 3. — *Beëindiging van de kinderopvang*

Art. 201. De artikelen 55 tot 57 gelden mutatis mutandis ook voor de initiatieven voor occasionele kinderopvang.

Titel 6. — Lokale projecten voor kinderopvang

Art. 202. Met inachtneming van de bepalingen van het decreet kan het tekort aan kinderopvang dat de bestaande opvangvormen niet kunnen wegwerken, ondervangen worden via tijdelijke en lokale projecten.

De taakomschrijving en de financiering van die projecten worden geregeld in een overeenkomst tussen de dienstverrichter en de Regering.

Titel 7. — Slotbepalingen

Art. 203. Het besluit van de Regering van 18 januari 2007 betreffende de kinderopvang, gewijzigd bij het besluit van 24 juni 2010, wordt opgeheven.

Art. 204. Onder voorbehoud van de toepassing van artikel 205 geldt het volgende voor de dienstverrichters en de in de kinderopvang werkzame personen die op grond van het besluit van de Regering van 18 januari 2007 betreffende de kinderopvang erkend zijn :

1° de diensten voor onthaalouders, crèches, locaties voor buitenschoolse opvang en centra voor kinderopvang worden voor de toepassing van dit besluit als erkend beschouwd. De bestaande erkenningen zijn erkenningen voor onbepaalde duur;

2° de onthaalouders worden aangesloten onthaalouders en worden voor de toepassing van dit besluit als onthaalouders met een toelating beschouwd. De bestaande erkenningen worden als toelatingen beschouwd voor de duur die in de erkenningen van de betrokken onthaalouders is vastgelegd.

Art. 205. De dienstverrichters en de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang hebben vanaf de inwerkingtreding van dit besluit 24 maanden de tijd om eventueel de nodige aanpassingen door te voeren en zo aan de voorschriften van dit besluit te voldoen.

In afwijking van het eerste lid hebben de dienstverrichters vanaf de inwerkingtreding van dit besluit vier jaar de tijd om eventueel de nodige aanpassingen door te voeren en zo aan artikel 158 te voldoen.

Art. 206. De bepaling vervat in artikel 123, § 1, 3°, geldt niet voor aangesloten onthaalouders die voor 1 april 2007 erkend werden.

Art. 207. In afwijking van artikel 155 kunnen de in artikel 155 vermelde locaties voor buitenschoolse opvang die reeds op 1 januari 2013 bestaan en die de in artikel 155 vermelde gemiddelde aanwezigheid van zes kinderen per kalenderjaar in 2013 niet bereiken, nog één kalenderjaar voortgezet worden. Indien ze eind 2014 nog altijd niet aan de gemiddelde minimumaanwezigheid per kalenderjaar voldoen, worden ze in de loop van de volgende zes maanden gesloten.

De in artikel 155 vermelde locaties voor buitenschoolse opvang die reeds op 1 januari 2013 bestaan en die de gemiddelde aanwezigheid van zes kinderen per kalenderjaar vanaf 2014 niet bereiken, kunnen nog één kalenderjaar voortgezet worden. Indien ze na dat kalenderjaar nog altijd niet aan de gemiddelde minimumaanwezigheid per kalenderjaar voldoen, worden ze in de loop van de volgende zes maanden gesloten.

De gemiddelde aanwezigheid wordt berekend door het totaal aantal aanwezige kinderen door het aantal openingsdagen per kalenderjaar te delen.

Art. 208. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2015.

In afwijking van het eerste lid hebben de artikelen 117 en 207 uitwerking met ingang van 1 januari 2013.

Art. 209. De minister bevoegd voor Gezinsbeleid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 22 mei 2014.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MOLLERS

**Bijlage bij het besluit van de Regering
betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang**

Bijlage

Dagbijdrage van de personen belast met de opvoeding en reservatiegeld								
Gezamenlijk maand-inkomen		Ouderbijdrage en reservatiegeld in EUR						
Inkomen in EUR		Hele dagen		Halve dagen		1/3-dag		Reservatiegeld
Van	Tot	Tarief per dag	Korting	Tarief per halve dag	Korting	Tarief per 1/3-dag	Korting	
0,00	495,78	1,39	0,97	0,83	0,58	0,56	0,39	75,00
495,79	520,57	2,01	1,41	1,21	0,85	0,80	0,56	75,00
520,58	545,36	2,36	1,65	1,42	0,99	0,94	0,66	75,00
545,37	570,15	2,75	1,93	1,65	1,16	1,10	0,77	75,00
570,16	594,93	3,15	2,21	1,89	1,32	1,26	0,88	75,00
594,94	619,72	3,45	2,42	2,07	1,45	1,38	0,97	75,00
619,73	644,51	3,57	2,50	2,14	1,50	1,43	1,00	75,00
644,52	669,30	3,72	2,60	2,23	1,56	1,49	1,04	75,00
669,31	694,09	3,84	2,69	2,30	1,61	1,54	1,08	75,00
694,10	718,88	3,99	2,79	2,39	1,67	1,60	1,12	75,00
718,89	743,67	4,12	2,88	2,47	1,73	1,65	1,16	75,00
743,68	768,46	4,26	2,98	2,56	1,79	1,70	1,19	75,00
768,47	793,25	4,56	3,19	2,74	1,92	1,82	1,27	75,00
793,26	818,04	4,71	3,30	2,83	1,98	1,88	1,32	75,00
818,05	842,83	4,83	3,38	2,90	2,03	1,93	1,35	75,00
842,84	867,62	4,98	3,49	2,99	2,09	1,99	1,39	75,00
867,63	892,41	5,11	3,58	3,07	2,15	2,04	1,43	75,00
892,42	917,20	5,26	3,68	3,16	2,21	2,10	1,47	75,00
917,21	941,99	5,38	3,77	3,23	2,26	2,15	1,51	75,00
942,00	966,77	5,53	3,87	3,32	2,32	2,21	1,55	75,00
966,78	991,56	5,65	3,96	3,39	2,37	2,26	1,58	75,00
991,57	1.016,35	5,80	4,06	3,48	2,44	2,32	1,62	75,00
1.016,36	1.041,14	5,93	4,15	3,56	2,49	2,37	1,66	75,00
1.041,15	1.065,93	6,07	4,25	3,64	2,55	2,43	1,70	75,00
1.065,94	1.090,72	6,20	4,34	3,72	2,60	2,48	1,74	75,00
1.090,73	1.115,51	6,35	4,45	3,81	2,67	2,54	1,78	75,00
1.115,52	1.140,30	6,47	4,53	3,88	2,72	2,59	1,81	75,00
1.140,31	1.165,09	6,62	4,63	3,97	2,78	2,65	1,86	75,00

Gezamenlijk maand-inkomen		Ouderbijdrage en reservatiegeld in EUR						
Inkomen in EUR		Hele dagen		Halve dagen		1/3-dag		Reservatie- geld
Van	Tot	Tarief per dag	Korting	Tarief per halve dag	Korting	Tarief per 1/3-dag	Korting	
1.165,10	1.189,88	6,74	4,72	4,04	2,83	2,70	1,89	75,00
1.189,89	1.214,67	6,89	4,82	4,13	2,89	2,76	1,93	75,00
1.214,68	1.239,46	7,02	4,91	4,21	2,95	2,81	1,97	75,00
1.239,47	1.264,25	7,16	5,01	4,30	3,01	2,86	2,00	125,00
1.264,26	1.289,04	7,29	5,10	4,37	3,06	2,92	2,04	125,00
1.289,05	1.313,83	7,44	5,21	4,46	3,12	2,98	2,09	125,00
1.313,84	1.338,62	7,56	5,29	4,54	3,18	3,02	2,11	125,00
1.338,63	1.363,40	7,71	5,40	4,63	3,24	3,08	2,16	125,00
1.363,41	1.388,19	7,83	5,48	4,70	3,29	3,13	2,19	125,00
1.388,20	1.412,98	7,98	5,59	4,79	3,35	3,19	2,23	125,00
1.412,99	1.437,77	8,11	5,68	4,87	3,41	3,24	2,27	125,00
1.437,78	1.462,56	8,26	5,78	4,96	3,47	3,30	2,31	125,00
1.462,57	1.487,35	8,38	5,87	5,03	3,52	3,35	2,35	125,00
1.487,36	1.512,14	8,53	5,97	5,12	3,58	3,41	2,39	125,00
1.512,15	1.536,93	8,65	6,06	5,19	3,63	3,46	2,42	125,00
1.536,94	1.561,72	8,80	6,16	5,28	3,70	3,52	2,46	125,00
1.561,73	1.586,51	8,93	6,25	5,36	3,75	3,57	2,50	125,00
1.586,52	1.611,30	9,07	6,35	5,44	3,81	3,63	2,54	125,00
1.611,31	1.636,09	9,20	6,44	5,52	3,86	3,68	2,58	125,00
1.636,10	1.660,88	9,35	6,55	5,61	3,93	3,74	2,62	125,00
1.660,89	1.685,67	9,47	6,63	5,68	3,98	3,79	2,65	125,00
1.685,68	1.710,46	9,62	6,73	5,77	4,04	3,85	2,70	125,00
1.710,47	1.735,24	9,74	6,82	5,84	4,09	3,90	2,73	125,00
1.735,25	1.760,03	9,89	6,92	5,93	4,15	3,96	2,77	125,00
1.760,04	1.784,82	10,02	7,01	6,01	4,21	4,01	2,81	125,00
1.784,83	1.809,61	10,16	7,11	6,10	4,27	4,06	2,84	125,00
1.809,62	1.834,40	10,29	7,20	6,17	4,32	4,12	2,88	125,00
1.834,41	1.859,19	10,44	7,31	6,26	4,38	4,18	2,93	125,00
1.859,20	1.883,98	10,56	7,39	6,34	4,44	4,22	2,95	125,00
1.883,99	1.908,77	10,71	7,50	6,43	4,50	4,28	3,00	125,00
1.908,78	1.933,56	10,83	7,58	6,50	4,55	4,33	3,03	125,00
1.933,57	1.958,35	10,98	7,69	6,59	4,61	4,39	3,07	125,00
1.958,36	1.983,14	11,11	7,78	6,67	4,67	4,44	3,11	125,00
1.983,15	2.007,93	11,26	7,88	6,76	4,73	4,50	3,15	175,00
2.007,94	2.032,72	11,38	7,97	6,83	4,78	4,55	3,19	175,00

Gezamenlijk maand-inkomen		Ouderbijdrage en reservatiegeld in EUR						
Inkomen in EUR		Hele dagen		Halve dagen		1/3-dag		Reservatiegeld
Van	Tot	Tarief per dag	Korting	Tarief per halve dag	Korting	Tarief per 1/3-dag	Korting	
2.032,73	2.057,51	11,53	8,07	6,92	4,84	4,61	3,23	175,00
2.057,52	2.082,30	11,65	8,16	6,99	4,89	4,66	3,26	175,00
2.082,31	2.107,08	11,80	8,26	7,08	4,96	4,72	3,30	175,00
2.107,09	2.131,87	11,92	8,34	7,15	5,01	4,77	3,34	175,00
2.131,88	2.156,66	12,07	8,45	7,24	5,07	4,83	3,38	175,00
2.156,67	2.181,45	12,20	8,54	7,32	5,12	4,88	3,42	175,00
2.181,46	2.206,24	12,35	8,65	7,41	5,19	4,94	3,46	175,00
2.206,25	2.231,03	12,47	8,73	7,48	5,24	4,99	3,49	175,00
2.231,04	2.255,82	12,62	8,83	7,57	5,30	5,05	3,54	175,00
2.255,83	2.280,61	12,74	8,92	7,64	5,35	5,10	3,57	175,00
2.280,62	2.305,40	12,89	9,02	7,73	5,41	5,16	3,61	175,00
2.305,41	2.330,19	13,02	9,11	7,81	5,47	5,21	3,65	175,00
2.330,20	2.354,98	13,16	9,21	7,90	5,53	5,26	3,68	175,00
2.354,99	2.379,77	13,29	9,30	7,97	5,58	5,32	3,72	175,00
2.379,78	2.404,56	13,44	9,41	8,06	5,64	5,38	3,77	175,00
2.404,57	2.429,35	13,56	9,49	8,14	5,70	5,42	3,79	175,00
2.429,36	2.454,14	13,71	9,60	8,23	5,76	5,48	3,84	175,00
2.454,15	2.478,93	13,83	9,68	8,30	5,81	5,53	3,87	175,00
2.478,94	2.503,71	13,98	9,79	8,39	5,87	5,59	3,91	175,00
2.503,72	2.528,50	14,11	9,88	8,47	5,93	5,64	3,95	175,00
2.528,51	2.553,29	14,25	9,98	8,55	5,99	5,70	3,99	175,00
2.553,30	2.578,08	14,38	10,07	8,63	6,04	5,75	4,03	175,00
2.578,09	2.602,87	14,53	10,17	8,72	6,10	5,81	4,07	175,00
2.602,88	2.627,66	14,65	10,26	8,79	6,15	5,86	4,10	175,00
2.627,67	2.652,45	14,80	10,36	8,88	6,22	5,92	4,14	175,00
2.652,46	2.677,24	14,92	10,44	8,95	6,27	5,97	4,18	175,00
2.677,25	2.702,03	15,07	10,55	9,04	6,33	6,03	4,22	175,00
2.702,04	2.726,82	15,20	10,64	9,12	6,38	6,08	4,26	175,00
2.726,83	2.751,61	15,35	10,75	9,21	6,45	6,14	4,30	175,00
2.751,62	2.776,40	15,47	10,83	9,28	6,50	6,19	4,33	225,00
2.776,41	2.801,19	15,62	10,93	9,37	6,56	6,25	4,38	225,00
2.801,20	2.825,98	15,74	11,02	9,44	6,61	6,30	4,41	225,00
2.825,99	2.850,77	15,89	11,12	9,53	6,67	6,36	4,45	225,00
2.850,78	2.875,55	16,01	11,21	9,61	6,73	6,40	4,48	225,00
2.875,56	2.900,34	16,16	11,31	9,70	6,79	6,46	4,52	225,00

Gezamenlijk maand-inkomen		Ouderbijdrage en reservatiegeld in EUR						
		Inkomen in EUR		Hele dagen		Halve dagen		1/3-dag
Van	Tot	Tarief per dag	Korting	Tarief per halve dag	Korting	Tarief per 1/3-dag	Korting	
2.900,35	2.925,13	16,29	11,40	9,77	6,84	6,52	4,56	225,00
2.925,14	2.949,92	16,44	11,51	9,86	6,90	6,58	4,61	225,00
2.949,93	2.974,71	16,56	11,59	9,94	6,96	6,62	4,63	225,00
2.974,72	2.999,50	16,68	11,68	10,01	7,01	6,67	4,67	225,00
2.999,51	3.024,29	16,81	11,77	10,09	7,06	6,72	4,70	225,00
3.024,30	3.049,08	16,93	11,85	10,16	7,11	6,77	4,74	225,00
3.049,09	3.073,87	17,06	11,94	10,24	7,17	6,82	4,77	225,00
3.073,88	3.098,66	17,18	12,03	10,31	7,22	6,87	4,81	225,00
3.098,67	3.123,45	17,30	12,11	10,38	7,27	6,92	4,84	225,00
3.123,46	3.148,24	17,43	12,20	10,46	7,32	6,97	4,88	225,00
3.148,25	3.173,03	17,55	12,29	10,53	7,37	7,02	4,91	225,00
3.173,04	3.197,82	17,68	12,38	10,61	7,43	7,07	4,95	225,00
3.197,83	3.222,61	17,80	12,46	10,68	7,48	7,12	4,98	225,00
3.222,62	3.247,40	17,92	12,54	10,75	7,53	7,17	5,02	225,00
3.247,41	3.272,19	18,05	12,64	10,83	7,58	7,22	5,05	225,00
3.272,20	3.296,97	18,17	12,72	10,90	7,63	7,27	5,09	225,00
3.296,98	3.321,76	18,30	12,81	10,98	7,69	7,32	5,12	225,00
3.321,77	3.346,55	18,42	12,89	11,05	7,74	7,37	5,16	225,00
3.346,56	3.371,34	18,54	12,98	11,12	7,78	7,42	5,19	225,00
3.371,35	3.396,13	18,67	13,07	11,20	7,84	7,47	5,23	225,00
3.396,14	3.420,92	18,79	13,15	11,27	7,89	7,52	5,26	225,00
3.420,93	3.445,71	18,92	13,24	11,35	7,95	7,57	5,30	225,00
3.445,72	3.470,50	19,04	13,33	11,42	7,99	7,62	5,33	225,00
3.470,51	3.495,29	19,16	13,41	11,50	8,05	7,66	5,36	225,00
3.495,30	3.520,08	19,29	13,50	11,57	8,10	7,72	5,40	225,00
3.520,09	3.544,87	19,41	13,59	11,65	8,16	7,76	5,43	275,00
3.544,88	3.569,66	19,53	13,67	11,72	8,20	7,81	5,47	275,00
3.569,67	3.594,45	19,66	13,76	11,80	8,26	7,86	5,50	275,00
3.594,46	3.619,24	19,78	13,85	11,87	8,31	7,91	5,54	275,00
3.619,25	3.644,03	19,91	13,94	11,95	8,37	7,96	5,57	275,00
3.644,04	3.668,81	20,03	14,02	12,02	8,41	8,01	5,61	275,00
3.668,82	3.693,60	20,15	14,11	12,09	8,46	8,06	5,64	275,00
3.693,61	3.718,39	20,28	14,20	12,17	8,52	8,11	5,68	275,00
3.718,40	3.743,18	20,40	14,28	12,24	8,57	8,16	5,71	275,00
3.743,19	3.767,97	20,53	14,37	12,32	8,62	8,21	5,75	275,00

Gezamenlijk maand-inkomen		Ouderbijdrage en reservatiegeld in EUR						
Inkomen in EUR		Hele dagen		Halve dagen		1/3-dag		Reservatiegeld
Van	Tot	Tarief per dag	Korting	Tarief per halve dag	Korting	Tarief per 1/3-dag	Korting	
3.767,98	3.792,76	20,65	14,46	12,39	8,67	8,26	5,78	275,00
3.792,77	3.817,55	20,77	14,54	12,46	8,72	8,31	5,82	275,00
3.817,56	3.842,34	20,90	14,63	12,54	8,78	8,36	5,85	275,00
3.842,35	3.867,13	21,02	14,71	12,61	8,83	8,41	5,89	275,00
3.867,14	3.891,92	21,15	14,81	12,69	8,88	8,46	5,92	275,00
3.891,93	3.916,71	21,27	14,89	12,76	8,93	8,51	5,96	275,00
3.916,72	3.941,50	21,39	14,97	12,83	8,98	8,56	5,99	275,00
3.941,51	3.966,29	21,52	15,06	12,91	9,04	8,61	6,03	275,00
3.966,30	3.991,08	21,64	15,15	12,98	9,09	8,66	6,06	275,00
3.991,09	4.015,87	21,77	15,24	13,06	9,14	8,71	6,10	275,00
4.015,88	4.040,66	21,89	15,32	13,13	9,19	8,76	6,13	275,00
4.040,67	4.065,44	22,01	15,41	13,21	9,25	8,80	6,16	275,00
4.065,45	4.090,23	22,14	15,50	13,28	9,30	8,86	6,20	275,00
4.090,24	4.115,02	22,26	15,58	13,36	9,35	8,90	6,23	275,00
4.115,03	4.139,81	22,39	15,67	13,43	9,40	8,96	6,27	275,00
4.139,82	4.164,60	22,51	15,76	13,51	9,46	9,00	6,30	275,00
4.164,61	4.189,39	22,63	15,84	13,58	9,51	9,05	6,34	275,00
4.189,40	4.214,18	22,76	15,93	13,66	9,56	9,10	6,37	275,00
4.214,19	4.238,97	22,88	16,02	13,73	9,61	9,15	6,41	275,00
4.238,98	4.263,76	23,01	16,11	13,81	9,67	9,20	6,44	275,00
4.263,77	4.288,55	23,13	16,19	13,88	9,72	9,25	6,48	275,00
4.288,56	4.313,34	23,25	16,28	13,95	9,77	9,30	6,51	325,00
4.313,35	4.338,13	23,38	16,37	14,03	9,82	9,35	6,55	325,00
4.338,14	4.362,92	23,50	16,45	14,10	9,87	9,40	6,58	325,00
4.362,93	4.387,71	23,63	16,54	14,18	9,93	9,45	6,62	325,00
4.387,72	4.412,50	23,75	16,63	14,25	9,98	9,50	6,65	325,00
4.412,51	4.437,28	23,87	16,71	14,32	10,02	9,55	6,69	325,00
4.437,29	4.462,07	24,00	16,80	14,40	10,08	9,60	6,72	325,00
4.462,08	4.486,86	24,12	16,88	14,47	10,13	9,65	6,76	325,00
4.486,87	4.511,65	24,24	16,97	14,54	10,18	9,70	6,79	325,00
4.511,66	4.536,44	24,37	17,06	14,62	10,23	9,75	6,83	325,00
4.536,45	4.561,23	24,49	17,14	14,69	10,28	9,80	6,86	325,00
4.561,24	4.586,02	24,62	17,23	14,77	10,34	9,85	6,90	325,00
4.586,03	4.610,81	24,74	17,32	14,84	10,39	9,90	6,93	325,00
4.610,82	4.635,60	24,86	17,40	14,92	10,44	9,94	6,96	325,00

Gezamenlijk maand-inkomen		Ouderbijdrage en reservatiegeld in EUR						
Inkomen in EUR		Hele dagen		Halve dagen		1/3-dag		Reservatiegeld
Van	Tot	Tarief per dag	Korting	Tarief per halve dag	Korting	Tarief per 1/3-dag	Korting	
4.635,61	4.660,39	24,99	17,49	14,99	10,49	10,00	7,00	325,00
4.660,40	4.685,18	25,11	17,58	15,07	10,55	10,04	7,03	325,00
4.685,19	4.709,97	25,24	17,67	15,14	10,60	10,10	7,07	325,00
4.709,98	4.734,76	25,36	17,75	15,22	10,65	10,14	7,10	325,00
4.734,77	4.759,55	25,48	17,84	15,29	10,70	10,19	7,13	325,00
4.759,56	4.784,34	25,61	17,93	15,37	10,76	10,24	7,17	325,00
4.784,35	4.809,13	25,73	18,01	15,44	10,81	10,29	7,20	325,00
4.809,14	4.833,91	25,86	18,10	15,52	10,86	10,34	7,24	325,00
4.833,92	4.858,70	25,98	18,19	15,59	10,91	10,39	7,27	325,00
4.858,71	4.883,49	26,10	18,27	15,66	10,96	10,44	7,31	325,00
4.883,50	4.908,28	26,23	18,36	15,74	11,02	10,49	7,34	325,00
4.908,29	4.933,07	26,35	18,45	15,81	11,07	10,54	7,38	325,00
4.933,08	4.957,86	26,48	18,54	15,89	11,12	10,59	7,41	325,00
4.957,87	4.982,65	26,60	18,62	15,96	11,17	10,64	7,45	325,00
4.982,66	5.007,44	26,72	18,70	16,03	11,22	10,69	7,48	325,00
5.007,45	5.032,23	26,85	18,80	16,11	11,28	10,74	7,52	325,00
5.032,24	5.057,02	26,97	18,88	16,18	11,33	10,79	7,55	325,00
5.057,03	...	27,10	18,97	16,26	11,38	10,84	7,59	375,00

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang.

Eupen, 22 mei 2014.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,

K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

H. MOLLERS